

Dauerwahlkampf

Die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen haben Spannung in das zuvor freundschaftliche Verhältnis der Koalitionsparteien zueinander gebracht. Der Wahlkampf für 2010 scheint damit eröffnet zu sein.



Foto: BKA/HBF Andy Wenzel

Symbolcharakter? Bundeskanzler Werner Faymann am 20. Oktober 2009 nach dem wöchentlichen Ministerrat – diesmal ohne seinen Vizekanzler Josef Pröll. Dieser weilte nämlich mit seinen Finanzministerkollegen beim informellen Ecofin in Göteborg.

Anfang Oktober, also drei Wochen nach der Landtagswahl in Vorarlberg und eine Woche nach der in Oberösterreich, stand die großkoalitionäre Wetterlage noch auf „heiter“. Die ÖVP genoß ihre Wahlerfolge, hielt sich aber im Großen und Ganzen mit Häme zurück, bewies damit dem Koalitionspartner SPÖ Pakttreue. Es sei während der vorhergegangenen Legislaturperiode (*Regierung Gusenbauer I vom 11. Jänner 2007 bis 2. Dezember 2008*) genug gestritten worden. Man sei doch schließlich mit einer Koalitionsvereinbarung angetreten, deren Umsetzung ohnehin einiges an gemeinsamem Einsatz erfordere. Die Bewälti-

gung der anstehenden Probleme würde alle Kräfte erfordern. Die nächste Nationalratswahl finde erst 2013 statt, bis dahin werde man die vielen gemeinsamen Vorhaben umzusetzen versuchen. Damit habe man, so hieß es, ausreichend zu tun.

SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann bemühte sich, auch als Bundeskanzler seine bereits bewährte Rolle eines Moderators beizubehalten: Er war nämlich in der letzten Regierung gemeinsam mit dem damaligen Landwirtschafts- und heutigen Finanzminister und Vizekanzler Josef Pröll (der ist inzwischen auch Bundesparteiohmann der ÖVP) für die Koordinierung der Koalitions-

partner verantwortlich. Die beiden waren damals ziemlich gefordert, wird doch die Regierung Gusenbauer/Molterer eher als Ringkampf, denn als funktionierende Koalition in die Geschichtsbücher eingehen. Als Faymann und Pröll dann am 23. November 2008 verkündeten, sie hätten sich auf die Bildung einer gemeinsamen Regierung geeinigt, ließ dies auf eine „neue Art“ des Regierens hoffen. Eine Regierung sei eine Form der Partnerschaft, die zwar nicht die Unterschiede der Parteien verleugne, die aber Entschlossenheit zeige, im gemeinsamen Weg für Österreich, erläuterte Faymann damals.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➤

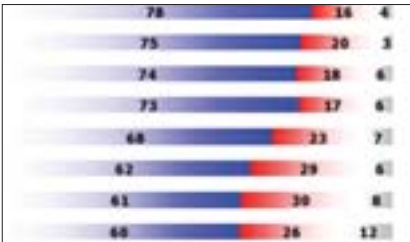
Die Seite 2



Österr. Seniorenrat tage im Parlament S 8



Interview mit Prof. Jerzy Buzek S 18



»Österreich«-Eurobarometer S 24



Hilfe für die Milchbauern S 32



Ansprache des Bundespräsidenten S 43

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos: S. 1 BKA/HBF Andy Wenzel; Parlament/Carina Ott; Vertretung der EU-Kommission in Österreich; ÖVP/Jakob Glaser, ORF/Milenko Badzic, Dieter Schewig, NASA, The Munch Museum/The Munch Ellingsen Group, Michael Mössmer/Österreich Journal, Fondation Oskar Kokoschka, Archiv Vorarlberg Tourismus / Roman Horner.

Aus dem Inhalt

Nationalrat beschließt weitere Verschärfung des Fremdenrechts	6
Vollversammlung des Österreichischen Seniorenrates	8
Neues Haus der EU in Wien	14
Prof. Jerzy Buzek im Interview	18
3. gemeinsame Regierungssitzung Österreich und Ungarn	20
Russische Unterstützung für Österreichs UNO-Vorsitz	22
Schlüsselfaktor in der langfristigen Stabilisierung des Balkans	23
»Österreich«-Eurobarometer	24
Franz Fischler erläutert	27
Europa nachhaltig kommunizieren	30
LH Durnwalder und LR Mussner übergeben 20 Fertighäuser	31
Hilfe für die Milchbauern	32
Die Bedeutung von Wettbewerb für Wachstum und Beschäftigung	36
Österreichs Wirtschaftswachstum dreht wieder ins Plus	37
Inlands- und Nahmärkte im Visier	38
Wiener Immobilienmarkt – hohes Entwicklungspotential	40
Gustieren, bestellen, genießen! www.austriangrocery.com	41
Ansprache von Bundespräsident Heinz Fischer zum Nationalfeiertag	43
Spielberg feiert Stadterhebung	44
Strudlhofstiege ist wieder wie neu	45
2 x Silber für Tulln	46
Wien bekommt Helmut-Zilk-Platz	47
Neue Erdäpfelvielfalt in Wien	48
Hohe Auszeichnung für Superintendent Paul Weiland	49
Festlicher Empfang für Diakone	52
Gold von Wien für Brüder Leichter	53
»Praemium Imperiale« für Alfred Brendel	54
Otto Tausig für Lebenswerk geehrt	55
USA ehren öö. Fliegenfischer	56
Raumzeit auf dem Prüfstand	57
Neue Technologie gegen drohende Phosphorknappheit	58
Österreich am Weg zur Innovationsführerschaft	59
Wittgenstein- und START-Preisträger 2009	60
Wissen braucht Raum	61
E. Munch und das Unheimliche	62
Achtes Kunstprojekt für Salzburg	65
Das Zeughaus in Graz	67
Kampf um die Stadt - Wien 1930	77
100 Jahre Stadttheater Baden	80
1. Wiener Filmmusik-Preis	82
Serie »Österreicher in Hollywood« – diesmal: Celia Lovsky	84
Kärnten: Abenteuerland im Schnee	86
Im Land der Skipioniere	89



Hohe Auszeichnung für SI Paul Weiland S 49



Raumzeit auf dem Prüfstand S 57



Edvard Munch und das Unheimliche S 62



Bildbericht: Das Grazer Zeughaus S 67



Kampf um die Stadt – Wien um 1930 S 77



Im Land der Skipioniere S 88

Innenpolitik

➤ „Daher gibt es aus meiner Sicht keine Verlierer“, so Faymann weiter, „sondern als Gewinn etwas, was der Politik dringend tut – Glaubwürdigkeit bei den Wählerinnen und Wählern. Daß zwei Parteien, die das Beste für das Land wollen, in der Lage sind, konsequent, gemeinsam und engagiert zu arbeiten.“ Und Pröll ergänzte, für die ÖVP sei klar, daß die Regierungsarbeit gemeinsam aufgenommen werde. „Dabei sollen aber weder Konturen noch Unterschiede verwischt werden, aber die ÖVP wird ihren Beitrag für Österreich leisten.“

»Kuschelkurs«

Und dieses Vorhaben von Faymann und Pröll wurde nicht nur angekündigt, sondern setzte sich auch im politischen Alltag durch. Da gab es kaum noch Sticheleien zwischen den Parteisekretariaten, Kanzler und Vizekanzler traten nicht nur gemeinsam, sondern auch einig auf – was heimische Medien dazu brachte, von einem „Kuschelkurs“ zu sprechen und wohl ein wenig der Erinnerung an den medial wirksameren Konfliktkurs der Vorgänger nachhingen. Denn Kontroversen wurden über Monate hindurch vorrangig zwischen Regierung und Opposition ausgetragen – und das hat für Titelseiten nicht immer genug „Fleisch“.

Das Ergebnis der Nationalratswahl im Oktober 2006, bei der die SPÖ mit -1,17 Prozent einen – wenn auch geringen – Verlust hinnehmen mußte (ÖVP: -8,0), setzte den Beginn einer Reihe von Enttäuschungen für die Sozialdemokratie: Bei der Landtagswahl in Niederösterreich (März 2008) bereitete ein Minus von 7,91 Prozent bereits schwere Kopfzerbrechen (ÖVP: +1,00). Die Stimmung zwischen Bundes-SPÖ und -ÖVP war ohnehin denkbar gedämpft. Aus der SPÖ NÖ verlautete bereits vor dem Wahlgang, man hätte ohnehin gewußt, daß gegen den langjährigen VP-Landeshauptmann Erwin Pröll nicht viel auszurichten gewesen wäre. Das traditionell „schwarze“ Niederösterreich blieb, trotz aller Bemühungen, „schwarz“.

Im Juni 2008 stellte sich für die SPÖ ein Verlust von 10,39 Prozent der Stimmen bei der Landtagswahl in Tirol ein (ÖVP: -9,39). Auch in Tirol konnte die ÖVP ihren Landeshauptmann halten. Mit einem Minus von 6,08 Prozent folgte die nächste Enttäuschung bei der Nationalratswahl im September 2008 (ÖVP: -5,38); im März 2009 folgte bei der Landtagswahl in Kärnten ein Minus von 9,69 Prozent der nächsten Verlust (ÖVP: +5,19). Der Verlust von 6,03 Prozent bei der Landtagswahl in Salzburg (ÖVP: -1,4),

ebenfalls im März 2009, wurde gefolgt von einem Stimmenverlust in Höhe von 9,63 Prozent (ÖVP: -2,7) bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2009.

Auch bei der Landtagswahl in Vorarlberg im September 2009 war es der SPÖ nicht gelungen, den Trend umzukehren, und verlor trotz neuem Spitzenkandidaten 6,81 Prozent der Stimmen (ÖVP: -4,1). Mit einigem Bangen erwartete man das Ergebnis der Landtagswahl in Oberösterreich, die exakt zwei Wochen später abgehalten wurde. Dort mußte die SPÖ mit einem Minus von 13,4 Prozent den größten Stimmverlust hinnehmen. Umfragen ließen die Sozialdemokraten noch kurze Zeit vor der Wahl mit einem wesentlich besseren Ergebnis rechnen – der damalige SP-OÖ-Chef und LH-Stellvertreter Erich Haider gab gar seiner Hoffnung Ausdruck, er könne den (jetzt wieder) amtierenden VP-Landeshauptmann Josef Pühringer ablösen, dessen ÖVP 3,4 Prozent zulegte.

„Ich weiß, wie sehr Erich Haider und sein Team sich in Oberösterreich eingesetzt haben, und darum tut mir dieses Ergebnis besonders leid“, so SP-Bundesparteivorsitzender Werner Faymann am Abend des Wahltages. Die Niederlage in Oberösterreich sei nicht schönzureden. Nun sei es besonders wichtig, so Faymann damals, „Reformen schärfer anzugehen“ und „daß wir mit aller Kraft weiterarbeiten. Gegen Arbeitslosigkeit und Kriminalität, für eine Bildungsreform, für das beste Gesundheitssystem“, so Faymann.

ÖVP-Bundesparteiobmann Josef Pröll kommentierte die SP-Niederlage, aus dem „Ergebnis ist klar: wer Konfrontation und Untergriffbarkeit sät, wird Wahlniederlagen ernten.“

Damit ließen es die beiden Parteichefs – vorerst – bewenden. Von der SPÖ gab es keine Kampfrufe, von der ÖVP keine Häme. Das hielt aber gerade so lange, bis aus der SPÖ – vor allem aus den SP-regierten Bundesländern Salzburg und Steiermark – vermehrt Stimmen laut wurden, die einen Kurswechsel forderten, von der SP Kärnten und der SP Vorarlberg kam der Ruf nach einem „klarerer Kurs“. Die „stärkere Profilierung“, die Kanzler Werner Faymann als Vorhaben benannt hatte, um Mitgliedern und Wählern die eigenen Inhalte besser vermitteln zu können, war also zu wenig. Faymann erklärte nach Oberösterreich, „zu ändern ist nichts“. Und er sah Oberösterreich als regionale Angelegenheit: „Mich können Sie an Nationalratswahlen messen. Und die nächste ist in vier Jahren.“

Die Abstände werden größer

Auch wenn beide Parteien nicht gemeinsam zur Nationalratswahl angetreten sind, auch wenn sie eine Koalitionsvereinbarung getroffen haben, die sie – wie sie nach wie vor versichern – auch einhalten wollen, so trifft doch in vielen Themenbereichen vollkommen unterschiedliches Verständnis von der Zukunft des Landes aufeinander. Nein, nicht das Ziel unterscheidet sich so wesentlich, sondern der Weg dorthin. Und so ist die tägliche Auseinandersetzung über den nächsten Schritt – dessen Richtung und Weite – in den ersten Monaten der Regierung Faymann-Pröll nicht so nach außen gedrungen, wie es die Jahre zuvor passierte. Da hatten sich die Beteiligten via Originaltext-Aussendungen der Austria Presseagentur (APA) mehrmals täglich ausgerichtet, was man von einem Vorschlag des jeweils anderen gehalten hatte. Dann hatten aber Faymann und Pröll ihre Parteien ebenso im Griff, wie die Wirtschaftskrise das ganze Land im Griff hatte. Die gemeinsamen – und vielfach auch über unsere Grenzen hinaus als zielführend bezeichneten – „Feuerwehraktionen“ haben ihre Wirkung gezeigt und lassen Österreich in seiner Wirtschaftsleistung nicht so absacken, wie dies in vielen anderen Ländern der Fall ist.

Die Wirtschaftskrise, also der gemeinsame „Außenfeind“ der Regierung, ist zwar nicht bezwungen, aber die Dringlichkeit der Maßnahmen hat nachgelassen. Jetzt, wo es gilt, Nachwirkungen der Krise und über (Politiker-)Generationen hinausgeschobene Altlasten (Verwaltungsreform, Pensionssystem, Steuerreform) in Angriff zu nehmen, gibt es ausreichend Stoff, sich wieder gezielter der eigenen Wählerschaft zuzuwenden. Das geht natürlich nicht, ohne die eigene Lösungskompetenz hervorzuheben und, ebenso natürlich, die des Regierungspartners zu zerpfücken – zum Beispiel:

Prölls »Projekt Österreich«

ÖVP-Chef Josef Pröll rief, in seiner Eigenschaft als Finanzminister, am 14. Oktober ins Foyer des Finanzministeriums, um der interessierten Öffentlichkeit sein „Projekt Österreich“ vorzustellen. Das bedeute, es sei etwas auf dem Weg, es gebe ein Ziel und es gebe noch viel Arbeit. „Die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind gewaltig: Neue Technologien, die demografische Entwicklung, die immer stärkere internationale Vernetzung und Abhängigkeit sowie der Klimawandel gehören bewältigt“, so Pröll. Jetzt seien auch noch die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise da-

Innenpolitik

zugekommen. „Wie wir mit dieser schwierigen Situation umgehen werden, liegt aber ausschließlich an uns. Wir können sie verdrängen und den Kopf in den Sand stecken. Oder aber: erkennen und handeln.“ Österreich sei ein starkes und selbstbewusstes Land. Und Pröll will, daß „wir Österreich voranbringen“.

Österreich brauche eine Agenda für ein „Neues Wachstum“. „Das ist zu allererst natürlich ein neues ökonomisches Wachstum. Es geht aber auch um eine Veränderung unseres Selbstverständnisses, ein Wachstum unseres Selbstvertrauens, und unserer Bereitschaft, die Aufgaben, die vor uns liegen, zu erkennen und sie entschlossen anzugehen.“ Und dieses „Neue Wachstum“ sei keine ausschließlich wirtschaftliche Herausforderung, sondern habe auch weitreichende politische und gesellschaftliche Dimensionen.

In der Außenpolitik setzt Pröll auf eine bessere Zusammenarbeit innerhalb völkerrechtlich etablierter Organisationen und möchte Österreich als Standort für internationale Organisationen attraktiver machen, wobei der Fokus auf genau jenen Wirtschaftsräumen liegen soll, denen alle Prognosen für die kommenden Jahre die größten Wachstumschancen einräumen.

Als die wichtigsten Ziele für den Finanzplatz Österreich nennt Pröll:

1. Vertrauen der Sparer und Anleger in die Finanzwirtschaft durch klare Regelungen für Finanzdienstleistungen und eine konsequente Verfolgung von Anlegeschadensfällen zurückgewinnen.
2. Noch mehr Biß für die Finanzmarktaufsicht in Österreich durch erweiterte Ermittlungsbefugnisse und schärfere Sanktionsmöglichkeiten sowie die letztinstanzliche Bilanzaufsicht.
3. „Financial Education“, das „1x1“ der Finanz- und Volkswirtschaft, als mittelfristiger Bestandteil jeder schulischen Ausbildung und
4. neue Wege zum Schutz von Kundengeldern, um für mögliche künftige Banken Krisen organisatorisch gerüstet zu sein.

Als weitere wichtige Themen erläuterte Pröll die Leitlinie der Bildungspolitik (Eignung, Neigung, Leistung), seinen Wunsch nach 70 Millionen Euro für Forschung und Entwicklung, eine Gesundheitsfinanzierung aus einem Topf, die Sicherung des Pensionssystems und warum er an keine Einführung neuer Steuern, aber an ein „Sozialkonto für jeden“ denke. Schließlich kündigte er ein Konklave zur Verwaltungsreform an. Um bei



Foto: ÖVP/Jakob Glaser

Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll präsentiert sein »Projekt Österreich«.

den Ausgaben zu sparen, müßten in einer Verwaltungsreform Doppelgleisigkeiten und unklare Kompetenzverteilung beseitigt werden. Prölls langfristiges Ziel ist ein gemeinsamer Öffentlicher Dienst in Österreich. Er werde dem Bundeskanzler daher vorschlagen, nächstes Jahr eine Art Konklave zu machen. Auf Basis der bis dahin vorliegenden Expertenvorschläge sollten Bundeskanzler, Finanzminister, Landeshauptleute und die Spitzen der Verwaltung verhandeln, „bis weißer Rauch“ aufsteige. Es sei an der Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen, fordert Pröll alle Akteure auf.

Für heftigste Debatten nach dieser Ansprache sorgte wohl das Thema „Hacklerregelung“, die Pröll angesprochen hatte. Über deren erst ab 2013 vorgesehenes Auslaufen sollte man, so Pröll, schon vorher nachdenken – schließlich koste sie jetzt schon 700 Mio. Euro im Jahr, Geld, das man besser etwa in der Bildung einsetzen könnte.

Faymann: Nicht mit mir

Bundeskanzler Werner Faymann nahm an dem Vortrag Prölls im Finanzministerium nicht teil, er hatte für diesen Vormittag eine SP-Bundesvorstandssitzung einberufen. In einem kurzen Pressegespräch danach bekräftigte er einmal mehr seine Position zum Thema „Hacklerregelung“ bis 2013. Mit der SPÖ wird es keine Verkürzung der Hacklerregelung geben. Ich stehe zu meinem Wort.“ Sozialminister Rudolf Hundstorfer werde eine Pensionslösung für nach 2013 erarbei-

ten. Auch dieser erteilte der Forderung des Koalitionspartners ÖVP, die Hacklerregelung vor 2013 abubrechen, eine klare Absage. „Wir brauchen in diesem Land so etwas wie Vertrauen und Sicherheit. Die Menschen müssen wissen, daß der Nationalratsbeschuß vom September 2008, der noch dazu einstimmig war, bis 2013 gilt“, so Hundstorfer, der weiter ausführte, daß ein abrupter Abbruch der Hacklerregelung nicht nur ein Vertrauensbruch, sondern auch mit hohen Kosten verbunden wäre, da ca. die Hälfte jener, die derzeit in die Langzeitversichertenregel fallen, arbeitslos werden würden.

„Fakt ist, daß die Langzeitversichertenregelung bis 2013 Wirksamkeit hat“, unterstrich der Sozialminister, der weiter erklärte, daß er bis Jahresende einen Vorschlag präsentieren werde, „wie es nach 2013 weitergeht“. So wie im Regierungsprogramm vorgesehen, werde die Hacklerregelung danach auslaufen. „Es wird hier aber kein abruptes Auslaufen geben“, so Hundstorfer, der sich zuversichtlich zeigte, daß man sich mit dem Koalitionspartner rasch über die Etappen und Schritte des Auslaufens einigen werde.

FPÖ-Bundesparteiobermann HC Strache erklärte zu Prölls Rede, dieser setze seine Ankündigungspolitik fort, der große visionäre Entwurf fehle völlig, und seiner Aussage, daß er keine neuen Steuern wolle, könne man erfahrungsbedingt kaum Glauben schenken. Die Ankündigung eines „Konklaves“ zeige zudem, daß in der Bundesre-

Innenpolitik

gierung offenbar eklatanter Kommunikationsmangel herrsche.

BZÖ-Chef Klubobmann Josef Bucher sieht „nichts als schwarzen Rauch. Prölls Bauplan für sein ‚Projekt Österreich‘ fehlt gänzlich das visionäre Feuer“. Für fast ein Jahr als Finanzminister seien die Lösungsansätze sehr dürftig. Bucher: „Der ‚Schuldenvize‘ beklagt sich hier über seine eigene schwache Leistung.“ Zudem sei es mehr als fraglich, ob die zerstrittene Koalition sich auch nur zu kleinen „Reförmchen“ durchringen könne.

Harald Walser, Bildungssprecher der Grünen, zeigt sich enttäuscht. Im Bildungsbereich sei Prölls Rede von Biederkeit und altbekannten Standpunkten gekennzeichnet gewesen, „er hat damit nur bei der bildungspolitischen Betonfraktion seiner Partei punkten können“.

„Von den dringenden notwendigen Reformschritten hin zu einem

modernen Schulsystem ist nichts zu erkennen, die Forderung nach Erhalt der Vielfalt im Schulsystem gleicht einer gefährlichen Drohung“, zumal Österreich der internationalen Entwicklung seit Jahren hinterherhinkte.

»Transferkonto«

In einem Interview mit der Tageszeitung „Wirtschaftsblatt“ erklärte Finanzminister Josef Pröll, warum seine Idee eines Transferkontos notwendig sei, um mehr Transparenz und Gerechtigkeit zu schaffen. „Es braucht Transparenz, Gerechtigkeit, eine klare Übersicht der öffentlichen Transferzahlungen an alle – quer über die Gebietskörperschaften, Bund und Länder hinweg.“ Es gehe darum, klare statistische Daten zu erhalten, um endlich ein aussagekräftiges Bild über die Verteilung in Österreich zu erhalten. Es gehe nicht darum, diese Daten öffentlich zugänglich zu machen.

Bundeskanzler Werner Faymann reagierte auf Prölls Vorstellungen, ein Transferkonto einzurichten, „heißt, ein Neidkonto einzurichten.“ „Doch wir setzen uns gegen eine Neiddebatte und gegen jede Art von Sozialabbau zur Wehr“, sagte Faymann zuletzt in

der Beantwortung eines Dringlichen Antrags zur Umsetzung eines Transferkontos von BZÖ-Obmann Bucher im Nationalrat. „Was alles zu den zu dokumentierenden Transferleistungen gehört und wie ein solches Konto genau aussehen soll, wurde nicht definiert, hier wurde um den heißen Brei geredet. Der Grund liegt auf der Hand: Es soll ein Neidkonto werden und eine Neiddebatte entfachen“, so Faymann.



Die »Hacklerregelung« wurde nicht nur für Schwerstarbeiter erfunden, sondern für all jene Frauen, die 40 Jahre, und Männer, die 45 Jahre gearbeitet haben.

„Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen verursachen Kosten und belasten den öffentlichen Haushalt. Es kommt aber nicht in Frage, daß wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder die Schwächsten in unserer Gesellschaft zur Kasse bitten, sie werden diese Rechnung nicht bezahlen“, so der Bundeskanzler. Die geeigneten Maßnahmen zur Begleichung dieser Kosten seien unter anderem die Verwaltungsreform, die drei Milliarden Euro einbringe, außerdem wirtschaftliches Wachstum durch Konjunkturförderung, und – auf europäischer Ebene – auch eine Europäische Finanztransaktionssteuer und das Ende der Spekulationsfrist bei Aktiengeschäften. „Ein Transferkonto hingegen wäre ein schlechter Beitrag, denn alle Zuschüsse, Beihilfen und Kulturförderungen zu dokumentieren und zu verwalten stünde einer Verwaltungsvereinfachung entgegen“, kritisierte Faymann auch den Kostenfaktor eines Transferkontos. „Die Sozialdemokratie setzt sich für Steuergerechtigkeit ein. Wer den konsequenten Abbau von Sozialleistungen vorantreibt, hat mit unserer entschiedenen Gegnerschaft zu rechnen“, fand der Bundeskanzler mehr als deutliche Worte in Richtung ÖVP.

Die Zahl der „Baustellen“, deren Abarbeitung eine sehr deutliche Abgrenzung zum mitregierenden Gegenüber zulassen, ja geradezu herausfordern, ist groß. Ebenso groß wie die Notwendigkeit vor allem für die Sozialdemokraten, nach den Einbußen bei den zurückliegenden Wahlen „Ecken und Kanten“ zu zeigen, wie es nicht nur von der Basis seit geraumer Zeit erwartet wird. Und die Zeit drängt, denn im kommenden Jahr stehen drei heikle Termine bevor: die Landtagswahlen in der Steiermark, im Burgenland und in Wien. Die turnusmäßige Bundespräsidentenwahl, die ebenfalls 2010 auf dem Kalender steht, wird ja nicht vorrangig als parteipolitisch gesehen, denn Heinz Fischer, der amtierende Bundespräsident, ist zwar aus der SPÖ gekommen, gilt aber nicht als SPÖ-Kandidat, sondern wird von dort nur unterstützt, wenn er sich zu einem neuerlichen Antreten

entscheiden sollte – was als so gut wie sicher scheint. Ob die ÖVP einen Gegenkandidaten positionieren wird, ist noch nicht entschieden. Mit zahlreichen Namen wurde bereits spekuliert, es gab – fast – ebensoviele Absagen (wie, zum Beispiel, von NÖ Landeshauptmann Erwin Pröll oder Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl). Die Wahrscheinlichkeit, daß die ÖVP einen „bürgerlichen Kandidaten“ gemeinsam mit der FPÖ und dem BZÖ unterstützen könnte, ist praktisch auszuschließen. Aus dem BZÖ war zu vernehmen, man könne sich Claudia Haider, Witwe nach dem vor einem Jahr verunglückten Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider, als Kandidatin für das höchste Amt im Lande vorstellen. Diese Überlegungen tauchen, vor allem im Boulevard, wohl noch die nächsten Wochen auf – eben, bis sich Fischer entschieden hat. Und das sollte nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Bleibt eigentlich nur mehr anzumerken, daß sich heimische Medien nun beschweren, daß die Regierung nicht so viel streiten, sondern – angesichts der vielen großen Probleme des Landes – lieber zusammenarbeiten sollte. Es herrscht, so scheint's, doch wieder Nachfrage nach dem „Kuschelkurs“.

■

Nationalrat beschließt weitere Verschärfung des Fremdenrechts

Gegenstände der Debatte waren das Fremdenrechtsänderungsgesetz 2009 und eine Vorlage zur Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes.

Am 21. Oktober wurde nach eingehender Debatte im Hohen Haus über die Regierungsvorlagen zur Verschärfung des Fremdenrechts abgestimmt – und sie wurden mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen angenommen. „Wenn die Grünen klagen, alles wäre zu restriktiv und zu streng und die FPÖ und BZÖ klagen, alles sei zu wenig streng, dann weiß ich mich auf dem richtigen Weg, nämlich ausgewogen, rechtsstaatlich und für die Sicherheit in Österreich arbeitend“, erklärte Innenministerin Maria Fekter bei der Debatte im Plenum des Nationalrates.

„Seit Jänner haben die österreichischen Asylbehörden 16 Prozent der Asylverfahren positiv erledigt. Beim Rest – immerhin über 12.100 Fälle – lagen gar keine Asylgründe vor. 1169 neuerliche Asylanträge wurden abgewiesen. Sie waren als Folgeanträge nicht zulässig. Und seit Jahresbeginn wurden 1178 Personen in ein anderes EU-Land überstellt, weil Österreich nicht für das Asylverfahren zuständig war.“

Diese Zahlen belegen eindrucksvoll, dass die überwiegenden Verfahren, die wir abwickeln, für Personen gemacht werden, die nicht hier bleiben können. Daher ist es notwendig, diese Verfahren rascher und effizienter zu gestalten. Es ist ein Faktum, daß unsere finanziellen Kapazitäten durch Asylmißbrauch erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden“, so Fekter weiter. „Wir müssen die Hintertür für Schlepper und Kriminelle schließen, damit wir die Vordertür für verfolgte und bedrohte Flüchtlinge offen halten.“ Ihr Ziel sei, Österreich zum sichersten Land der Welt mit der höchsten Lebensqualität zu machen. Mit einem geordneten Fremdenrecht werde Sicherheit gestaltet.

Verfolgung, Verstümmelung und Mord – wovor Menschen in anderen Ländern flüchten – seien in Österreich kaum vorstellbar. Dennoch sei es eine Realität, die von der österreichischen Bundesregierung ein Höchstmaß an Verantwortung verlange. Daher sei ein geordnetes Fremdenrecht human und gerecht. Fekter: „Politischer Populismus auf

rechtskräftiges Verfahren im Asylbereich durch alle Instanzen beschieden bekommen haben.

- Für minderjährige Flüchtlinge braucht es besonderen Schutz. Es sei aber nicht gerechtfertigt, daß immer mehr Personen falsche Angaben über ihr Alter machen. Daher gebe es auch die Möglichkeit, eine

Röntgenuntersuchung zur Altersfeststellung zu machen.

- Wer ein Verwandtschaftsverhältnis nicht gesichert durch Dokumente belegen kann, soll die Möglichkeit haben, dies mit einer DNA-Analyse zu tun.

- Wer von unserer Rechtsordnung Schutz erwartet, muß sie auch einhalten, verwies Fekter auf beschleunigte Verfahren für Straffällige.



dem Rücken von Verfolgten ist verwerflich“, so die Ministerin. Die Ministerin nannte ihre Eckpunkte für ein geordnetes Fremdenrecht:

- Wer bei uns Schutz sucht und nachweislich verfolgt ist, erhält diesen Schutz.
- Wer bei uns arbeiten will, muß sich aber um eine Arbeitserlaubnis und Aufenthaltsgenehmigung kümmern. Das hat mit dem Asylrecht aber rein gar nichts zu tun.
- Die Asylwerber müssen selbst mitwirken, um rasche Entscheidungen zu erreichen. Damit sie sich nicht ungerechtfertigt dem Asylverfahren entziehen, sind bereits in der ersten Phase des Verfahrens Meldeverpflichtungen nötig.
- Auch der Trick, immer neue Asylanträge zu stellen, um die Abschiebung zu vereiteln, muß abgestellt werden. Niemand darf sich dem Vollzug der Gesetze entziehen. Über einen Folgeantrag kann künftig auch trotz Abschiebung entschieden werden, weil diese Personen bereits ein

Drei Grundsätze sind für Fekter als Konsens außer Streit zu stellen:

- Das Recht auf Asyl ist unantastbar,
- Asylmißbrauch müssen wir effizient bekämpfen und
- die Gesetze, die das Hohe Haus beschließt, müssen auch vollzogen werden. Wer nicht hier bleiben kann und darf, muß in sein Herkunftsland zurück.

Österreich habe eine große humanitäre Verantwortung, „und dafür werde ich immer eintreten“. Daher biete nur ein geordnetes Fremdenrecht raschen und effizienten Schutz für Verfolgte und garantiere Sicherheit für Österreich. Es mache den Markt für Menschenhandel und Schlepperei unattraktiv. „Nur ein geordnetes Fremdenrecht macht Österreich sicherer, und wer sich dagegen entscheidet, leistet Vorschub für Mißbrauch und Schlepperei“, appellierte Fekter an die Abgeordneten, ihren Beitrag dafür zu leisten.

Innenpolitik

Pendl: Raschere Verfahren und Mißbrauch abschaffen

Otto Pendl, Sicherheitssprecher der SPÖ, warnte davor, heikle Gesetzesmaterien wie die Asyl- und Fremdenrechtsnovelle zu mißbrauchen, um Menschen zu verunsichern. Er kritisierte vor allem die destruktive Haltung der Oppositionsparteien. Generelles Kriminalisieren aller AsylwerberInnen sei verwerflich: „Alle Menschen, die gerechtfertigt um Asyl ansuchen, haben es, werden es und sollen es auch bekommen. Alle, die jedoch versuchen, unser Asylrecht zu umgehen, werden im Gesetzesvorschlag auch berücksichtigt. Wir wollen Mißbrauch ausschalten und Maßnahmen setzen, damit wir zu raschen Verfahren kommen.“

Asyl sei eine „Frage der Gerechtigkeit, der Grundwerte, der europäischen Rechte, der Menschenrechte, aber auch unseres Rechtsstaates“, machte Pendl deutlich. Und weiter: „Ich lade Sie ein, die Frage einer zusätzlichen Erstaufnahmestelle, eines Schubkompetenzzentrums und faire Quotenaufteilungen aller Bundesländer zu diskutieren. Außer Wien, Niederösterreich und Oberösterreich erfüllt leider niemand die Aufnahmequoten bei Asylwerbern.“

Pendl nutzte die Gelegenheit, um sich bei allen am Gesetzesentwurf beteiligten Experten sowie bei der Exekutive für ihre hervorragende Arbeit zu bedanken.

Herbert: Mißstände im Fremden- und Asylbereich prolongiert

Werner Herbert, Mitglied des Innenausschusses und freiheitlicher Bereichssprecher für den Öffentlichen Dienst, stellte in seinem Debattenbeitrag im Hohen Haus fest, „die hohen Erwartungshaltungen, die nach den Vorfällen im Flüchtlingslager Traiskirchen samt der Forderung nach raschen Verfahren und der rigorosen Durchsetzung von Abschiebungen von Personen die sich widerrechtlich im Bundesgebiet aufhalten im Vorfeld mit dieser Regierungsvorlage in der Bevölkerung und auch der Polizei erzeugt wurden, sind einmal mehr nicht erfüllt worden.“

Nachdem sich die erst im März dieses Jahres im Nationalrat beschlossenen Fremdenrechtsänderungen als unpraktikabel und uneffizient erwiesen hätten, sei zu Recht großer Handlungsbedarf im Fremden- und Asylrecht gegeben gewesen. „Wenn man sich aber anschaut, was bei dieser nun in Rede stehenden Regierungsvorlage herausgekommen ist, dann ist das wahrlich nicht viel und eine Prolongierung komplizierter und daher schwer zu vollziehender gesetzlicher Be-

stimmungen, die noch dazu kaum politischen Weitblick zeigen und auch nicht geeignet sind, die Menschen in unserem Land endlich vor ungezügelter Asylmißbrauch und permanente Missachtung des Fremdenrechtes tatsächlich und nachhaltig zu schützen“, so Herbert weiter.

Darüberhinaus sei auch die Exekutive einmal mehr von dieser Bundesregierung im Stich gelassen worden: „Mit der Bagatellisierung von Strafbestimmungen in diesem Fremdenrechtsänderungsgesetz – so ist beispielsweise die Schlepperei oder auch die Beihilfe zum unbefugten Aufenthalt im Bundesgebiet nunmehr nur noch eine Verwaltungsübertretung – und den schon erwähnten komplizierten und unpraktikablen Gesetzesbestimmungen sind der Exekutive auch weiterhin alle Möglichkeiten genommen, gegen die offenkundigen Mißstände im Fremden- und Asylbereich effizient und wirkungsvoll vorgehen zu können“, so Herbert abschließend.

Westenthaler: Zum Schutz der Bevölkerung Grenzkontrollen wieder einführen

BZÖ-Sicherheitssprecher Peter Westenthaler erklärte in seinem Debattenbeitrag, „zwei Drittel der Österreicher haben Sorge, weil für sie die Grenzöffnung ein Grund für die Kriminalitätszunahme ist“. Mittlerweile seien auch die Landeshauptleute Pröll (*NÖ, Anm.*) und Niessl (*Bgld., Anm.*) dieser Meinung. „Das können Sie nicht wegdiskutieren Frau Minister“, wandte sich Westenthaler an Innenministerin Fekter. „Um den Sorgen der Österreicher Rechnung zu tragen“, brachte Westenthaler einen Entschließungsantrag ein, wonach „zum Schutz der Bevölkerung die Grenzkontrollen wieder einzuführen sind.“

„Es ist hoch an der Zeit, ein klares Signal gegen die Kriminalität zu setzen“, forderte Westenthaler. Er kritisierte, daß die Asylrechtsnovellen nichts gebracht hätten. In den Jahren 2001 bis 2007 – „während unserer Regierungsbeteiligung“ – sei die Zahl der Asylanträge von 30.000 auf 10.000 pro Jahr zurückgegangen als Folge der strengen Zuwanderungsbestimmungen. In nur einem Jahr der Großen Koalition sei die Zahl wieder um 33 Prozent gestiegen. „Wir sind bereits das fünftattraktivste Land in Europa für Asylananten“, so Westenthaler. Als „Hohn gegenüber einem Rechtsstaat“ bezeichnete er das Differenzieren zwischen Verfahren an Landes- und Bezirksgerichten und deren Auswirkung auf das Asylverfahren. Wenn Delikte wie Diebstahl, Körperverletzung und

Nötigung erst beim zweiten Mal als straffällig gelten, hieße das: „Ein Schuß ist frei“. Bei rechtskräftig Verurteilten sei deren Antrag verspielt und seien daher abzuschieben. Dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet sei durch das Fehlen von Fingerabdrücken auf Identitätskarten für Fremde und Karten für Geduldete – während sie in Pässen ohne weiteres vorgesehen seien. Westenthaler: „Was Sie mit diesen Gesetzen machen, ist eine Aufenthaltungsverfestigung für Fremde!“ Schließlich sei auch grundsätzlich jeder Folgeantrag im Verdacht, daß er eingebracht wurde, um zu verzögern. „Irgendwann ist es aber aus, deshalb sind Folgeanträge abzuschaffen.“

Korun: Weiter scharfe Kritik an Novelle

Grüne, Vertreter der Zivilgesellschaft sowie der Ökumenische Rat der Kirchen haben einmal mehr Kritik an der geplanten Verschärfung des Fremdenrechts geübt. Die Grüne Nationalratsabgeordnete Alev Korun sprach bei einer Pressekonferenz von „Mißbrauch der Politik und des Parlamentarismus“, der Schriftsteller Robert Menasse warnte vor einer „radikalen Entsolidarisierung der Gesellschaft“. Der Ökumenische Rat zeigte sich in einer Aussendung „äußert besorgt“ über negative Entwicklungen im Asyl- und Menschenrechtsbereich.

Wenn Verschärfungen des Fremdenrechts Probleme lösen würden, „hätten wir längst keine mehr“, so Korun und verwies auf vergangene Gesetzesänderungen. Das Gegenteil sei aber der Fall, da die Regierung nun „sehen- den Auges eine Gruppe ohne Rechte schafft“. Sowohl ein Anstieg bei Schubhäftlingen als auch das Ende der Einbürgerungen in Österreich bezeichnete sie als Folge der Gesetzesänderung. Schubhaft werde nur auf Basis „ethnischer und rassistischer Gründe“ verhängt, ergänzte Menasse, der das als „blanken Faschismus“ bezeichnet.

Der Obmann von „Asyl in Not“, Michael Genner, kritisierte auch die Streichung der Subventionen für unabhängige Beratungsstellen für Schubhäftlinge.

Patrick Topoke, der als Vertreter der Betroffenen an der Pressekonferenz teilnahm, attestierte den Taktiken der Regierung „rassistische Züge“. Durch immer neue Gesetze werde es den Betroffenen erschwert, sich zu orientieren und zu integrieren. Österreich sieht Topoke als multikulturell, nur werde das von der Regierung nicht erkannt. Extreme Vorwürfe kamen auch vom Kulturrat Österreich: „Rechtsextreme Forderungen von gestern sind heute Regierungsprogramm“. ■

Vollversammlung des Österreichischen Seniorenrates

Im Rahmen der Vollversammlung des Österreichischen Seniorenrates am 8. Oktober im Parlament wurde ein Leitantrag zur Beschlußfassung vorgelegt.

Der Österreichische Seniorenrat, die gesetzliche Interessenvertretung der älteren Generation, sieht als Hauptziel seiner Arbeit eine vollständige und gleichberechtigte Teilhabe der Seniorinnen und Senioren am gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehen in Österreich.

Stellung der Seniorinnen und Senioren in der Gesellschaft

Die Seniorinnen und Senioren in Österreich sind politisch und gesellschaftlich sehr aktiv und bilden einen wichtigen Bestandteil unserer Gesellschaft. Um eine völlig gleichberechtigte Teilhabe mit allen anderen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen, verlangt der Österreichische Seniorenrat insbesondere die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Uneingeschränkte Akzeptanz des Österreichischen Seniorenrates als 5. Sozialpartner durch alle Verantwortungsträger der österreichischen Politik, insbesondere durch gleichberechtigte Beteiligung an sämtlichen Sozialpartnergesprächen in seniorenrelevanten Bereichen.
- Volle Mitbestimmung der Seniorinnen und Senioren auf allen Entscheidungsebenen (Bund, Land, Gemeinden, Sozialversicherung, etc.).
- Einführung der bei der letzten EU-Wahl bewährten Vereinfachungen im Bereich der Briefwahl auf allen Ebenen.
- Verankerung des Diskriminierungsverbotes auf Grund des Alters in der Verfassung sowie Grundrecht auf Alterssicherung einschließlich der Werterhaltung bestehender Pensionen.
- Ausbau und Förderung des Dialoges der Generationen zur Stärkung der Generationensolidarität.
- Ausgewogene und dem tatsächlichen Bild der Seniorinnen und Senioren entsprechende Berichterstattung der Medien.
- Verstärkte staatliche Anerkennung und Unterstützung der Freiwilligenarbeit von Seniorinnen und Senioren.
- Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren in allen Lebensbereichen



Alle Fotos: Parlament / Carina Ott

Andreas Khol, Präsident des Österreichischen Seniorenbundes, Bundespräsident Heinz Fischer und Karl Blecha, Präsident des Österreichischen Pensionistenverbandes vor dem Parlament (v.l.)

sowie Förderung des uneingeschränkten Zugangs der älteren Generation zur modernen Informationstechnologie, um eine Diskriminierung der Seniorinnen und Senioren zu verhindern.

Werterhaltung der Pensionen

Die materielle Absicherung im Alter ist Voraussetzung für alle Arten der sozialen Teilhabe und für die Autonomie des Menschen. Sie ist überdies eine Grundvoraussetzung für eine demokratische Gesellschaft.

Das geltende Regierungsübereinkommen hat die Werterhaltung der Pensionen zugesichert. Diese Werterhaltung kann nur die Anwendung des von der Statistik Austria unabhängig ermittelten Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH) gewährleisten, der bereits Richtschnur für die Verhandlungen der Pensionsanpassungen der letzten Jahre war.

Eines der vorrangigen Anliegen des Österreichischen Seniorenrates stellt daher die gesetzliche Verankerung der jährlichen Anpassung der Pensionen auf der Grundlage

dieses PIPH an Stelle des Verbraucherpreisindex (VPI) dar.

Der Österreichische Seniorenrat vertritt mit diesem legitimen Ziel keine unfinanzierbare Forderung, sondern arbeitet konsequent für die Sicherung der Lebensgrundlage der mehr als 2 Millionen Pensionsbezieher und ist sich seiner Verantwortung gegenüber folgenden Generationen vollkommen bewußt.

Die Wertsicherung der Pensionen ist überdies die Grundlage des Vertrauens auch künftiger Generationen in unser hochwertiges Pensionssystem, das sich seit vielen Jahrzehnten bewährt hat und bewiesenermaßen die sicherste Form der Alterssicherung der heute Jungen darstellen wird. Die langfristige Finanzierung steht auf sicheren Beinen und die Staatszuschüsse sind gemessen am BIP in den letzten Jahren gesunken. Die nachhaltige Sicherstellung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Pensionsversicherung soll die Einführung wertschöpfungsbezogener Elemente für die Bemessung des Dienstgeberbeitrages zur Pensionsversicherung gewährleisten. Eine aktive

Innenpolitik



Bundespräsident Heinz Fischer am Rednerpult, auf der Regierungsbank Vertreter des Österreichischen Seniorenrates und auf den Abgeordnetenplätzen Seniorenvetreter und geladene Fachleute.

Arbeitsmarktpolitik um die Erwerbsquote älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhöhen, wird unterstützt.

Der Österreichische Seniorenrat weist auch darauf hin, daß ein finanzieller Transfer nicht nur von der jüngeren Generation zur älteren, sondern in gewaltigem Ausmaß auch in umgekehrter Richtung erfolgt. Neben dem Vererben von Gütern tragen die Seniorinnen und Senioren auch durch Unterstützung in materieller (z.B. Schenkungen) und immaterieller Weise (z.B. Betreuung von Enkelkindern) zur Hebung des Wohlstandes und der Lebensqualität der Jüngeren bei.

Finanzielle Absicherung im Alter setzt überdies eine ausreichende Lebensstandard-sicherung der Witwe/des Witwers sowie des zu Hause bleibenden Ehegatten voraus, wenn der andere ins Pflegeheim muß. Im

Bereich der Mindestsicherung hat eine Anpassung der Richtsätze für Ausgleichszulagenbezieher über die jeweilige Armutsgefährdungsschwelle zu erfolgen sowie wird ein bundeseinheitlicher Heizkostenzuschusses in Höhe von 250 Euro für die Bezieher von kleineren Pensionen gefordert, wobei länderspezifisch bessere Regelungen bestehen bleiben müssen.

Gesundheitswesen

Der Österreichische Seniorenrat tritt für einen uneingeschränkten und gleichen Zugang zum Gesundheitswesen für alle Versicherten – unabhängig vom Alter und Einkommen – ein und unterstützt die im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform durch den Hauptverband der Sozialversicherungsträger genannten Ziele der Sicherstellung der

langfristig ausgeglichenen Gebarung sowie die schrittweise Entschuldung der sozialen Krankenversicherungsträger. Zur Finanzierung unseres Gesundheitswesens tritt der Österreichische Seniorenrat, neben dem Ausschöpfen noch vorhandener Sparpotentiale dafür ein, nicht nur Löhne und Gehälter, sondern auch wertschöpfungsbezogene Elemente sowie Erträge aus Kapital zur Beitragsbemessung heranzuziehen.

Die Garantie des Leistungsniveaus in der medizinischen Versorgung ohne Altersbeschränkung und die Verbesserungen in der Qualitätsorientierung werden ebenso begrüßt, wobei die Kosten für die Versicherten stabil bleiben müssen und es zu keinen Beitragserhöhungen oder neuen Selbstbehalten kommen darf. Eine Zwei-Klassen-Medizin, wie sie in anderen Ländern leider schon



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer am Rednerpult; auf der Regierungsbank haben Andreas Khol, Präsident des Österreichischen Seniorenbundes, und Karl Blecha, Präsident des Österreichischen Pensionistenverbandes, platzgenommen.

Innenpolitik

praktiziert wird, muß unter allen Umständen verhindert werden.

Einsparungsmöglichkeiten im Heilmittelbereich ohne Verschlechterung der Behandlungsqualität durch den Einsatz von kostengünstigeren wirkstoffgleichen oder wirkstoffähnlichen Arzneispezialitäten werden von der älteren Bevölkerung angenommen, wenn dies mit einer entsprechenden Aufklärungsarbeit einhergeht. Im Bereich der Prävention und der Gesundheitsförderung sieht der Österreichische Seniorenrat darüber hinaus langfristig erhebliche Einsparungsmöglichkeiten.

Maßnahmen zur Hebung der Seniorensicherheit, mit dem Ziel der Reduzierung von Seniorenunfällen sowie Bewußtseinsbildung durch Information der älteren Menschen über die Gefahren des täglichen Lebens dienen nicht nur dem Wohl der älteren Generation sondern ersparen der Allgemeinheit enorme Folge- und Behandlungskosten.

Steuerliche Gleichbehandlung

Seitens des Österreichischen Seniorenrates wird die grundsätzliche steuerliche Gleichbehandlung von Pensionsbezieherinnen und sonstigen Lohnsteuerpflichtigen bzw. Aktiven eingefordert und nachfolgende Vorschläge eingebracht:

- Einführung einer weiteren Steuerstufe mit 20 Prozent für die ersten 200 bis 300 steuerpflichtigen Euro sowie eine Verbreiterung der Tarifstufen.
- Gleichbehandlung von Pensionistenabsetzbetrag und Arbeitnehmerabsetzbetrag samt Verkehrsabsetzbetrag durch Wegfall der Einschleifregelung.
- Gleichstellung der Pensionisten mit Arbeitnehmern hinsichtlich der Negativsteuer.
- Anhebung und Valorisierung der pauschalierten Freibeträge (Außergewöhnliche Belastungen) wegen Behinderung bzw. Krankheitendiätverpflegung.
- Anerkennung der Pflegekosten als Aussergewöhnliche Belastungen durch Wegfall des Selbstbehaltes.
- Anpassung bzw. Erhöhung weiterer Absetzbeträge und der Sonderausgaben.
- Streichung der Umsatzsteuer auf rezeptpflichtige Medikamente.
- Steuerliche Absetzbarkeit der Spenden auch an Hilfs- und Seniorenorganisationen durch Ausweitung der Liste der begünstigten Empfänger.

Finanzierung der Pflege

Der Österreichische Seniorenrat freut sich, daß die langjährige Forderung nach besserer sozialer Absicherung für pflegende An-

gehörige umgesetzt wurde. Die beitragsfreie Mitversicherung sowie die gänzliche Übernahme der Pensionsbeiträge durch den Bund ab der Pflegestufe 3 des zu pflegenden Angehörigen leisten einen wertvollen Beitrag für die Pflege in den eigenen vier Wänden.

Offen bleibt aber die Frage der Einrichtung eines Pflegefonds. Der Seniorenrat spricht sich dafür aus, daß die Finanzierung von Pflege und Betreuung nicht über die Belastung des Faktors Arbeit, sondern aus Steuermitteln erfolgen soll. Ein Sozialversicherungsmodell mit Beiträgen wird in diesem Zusammenhang daher abgelehnt. Die Pflegevorsorge ist aus der Sozialhilfe herauszulösen, die steuerliche Finanzierung sollte über zweckgebundene Steuereinnahmen zur Sicherung eines erstklassigen Pflegesystems erfolgen.

Zur Zielerreichung einer möglichst langen Betreuung zu Hause ist ausreichendes Pflegegeld eine weitere wesentliche Voraussetzung. Der Österreichische Seniorenrat fordert daher eine jährliche automatische Valorisierung des Pflegegeldes an die steigenden Pflegekosten sowie die Beschleunigung und Vereinheitlichung des Pflegegeldverfahrens. Damit jene nicht bestraft werden, die sich einen gewissen Lebensstandard erarbeitet haben und im Alter Pflege und Betreuung benötigen, wird der Wegfall des Zugriffs auf das Eigenheim und die Wohnung im Pflege- und Betreuungsfall, der Wegfall des Regresses bei Vermögensübergabe an Kinder und Kindesinder vor Heimunterbringung und die österreichweite Anhebung des Schonvermögens verlangt.

Anhebung des Grenzbetrages bei der Pensionsanpassung

Mit der (per 1. November 2008 in Kraft getretenen) Anpassung für 2009 konnte erreicht werden, daß der „Deckel“ der Pensionsanpassung von 55 Prozent der Höchstbeitragsgrundlage auf 60 Prozent angehoben wurde und somit Pensionen bis zu 2412 Euro die volle Abgeltung der Preissteigerungen erhalten haben. Ein großer Teil der mittleren bis höheren Pensionen hat von dieser Regelung profitiert, dennoch wird eine weitere Anhebung des Deckels auf 75 Prozent der Höchstbeitragsgrundlage (somit auf dzt. 3015 Euro) im Sinne der Gleichbehandlung als notwendig angesehen.

Abschaffung des Pensionsversicherungsbeitrages

Alle Seniorenorganisationen vertreten die Auffassung, daß die Bestimmungen zu

Pensionssicherungsbeiträgen für Beamte und weitere Berufsgruppen ihren Sinn verloren haben und nicht weiter aufrecht erhalten werden dürfen.

Überdies ergeben sich gegen die Regelungen verfassungsrechtliche Bedenken, insbesondere bei Neupensionisten, deren Pension nicht unter die Regelung der früheren Pensionsautomatik gefallen und bei deren Bemessung bereits die Verlängerung der Bemessungszeit zum Tragen gekommen ist.

Der Österreichische Seniorenrat fordert daher – gedeckelt bis zu 75 Prozent der Höchstbeitragsgrundlage – die Streichung des § 13a Pensionsgesetz und der Regelungen betreffend den Pensionssicherungsbeitrag anderer Berufsgruppen, beispielsweise der Post-, Bahn-, oder Landesbediensteten.

Die Arbeiten der – im Regierungsprogramm vorgesehenen – Arbeitsgruppe zum Thema „Pensionssicherungsbeitrag für niedrige Versorgungsleistungen“ sind unter Einbeziehung der Sozialpartner, somit auch des Österreichischen Seniorenrates, umgehend aufzunehmen. Beitragsfreie Mitversicherung für kinderlose Ehepartner. Derzeit muß für die Krankenversicherung des kinderlosen Ehepartners ein Zusatzbeitrag von 3,4 Prozent durch den Versicherten bezahlt werden. Dies bedeutet gerade für Pensionisten eine erhebliche Belastung, die überdies als ungerecht empfunden wird.

Die Wiedereinführung der beitragsfreien Mitversicherung für kinderlose Ehepartner würde für rund 20.000 beitragszahlende Pensionisten, eine deutliche finanzielle Entlastung bedeuten. Nach Auskunft des Hauptverbandes betrugen die Einnahmen in der gesetzlichen Sozialversicherung daraus für 2008 ca. 13,5 Millionen Euro.

Die politisch Verantwortlichen werden aufgefordert, die gesetzlichen Änderungen baldmöglichst vorzunehmen. Um zusätzliche Belastungen der sozialen Krankenversicherung zu vermeiden, muß diese Maßnahme vollständig finanziell abgegolten werden.

Sofortmaßnahmen für Pensionskassen-Pensionisten

Mit Bedauern muß der Österreichische Seniorenrat feststellen, daß in der laufenden Diskussion zur Optimierung des Pensionskassensystems die bereits geschädigten Pensionskassen-Leistungsberechtigten nahezu unbeachtet bleiben. Seit dem Jahr 2000 haben diese rund 60.000 Bezieher Verluste von bis zu 45 Prozent bei ihrer Zusatzpension hinnehmen müssen.

Innenpolitik

Der Österreichische Seniorenrat fordert daher, daß die Politik ihre Mitverantwortung an der derzeitigen Pensionskassenproblematik auch verstärkt für die Gruppe der Pensionskassen-Pensionisten wahrnimmt und effektive Sofortmaßnahmen wie die Einführung eines Abfindungssteuermodells umsetzt, womit unter definierten Rahmenbedingungen die Steuerfreistellung der künftigen Rentenleistungen durch eine einmalige pauschale Besteuerung aus dem Deckungskapital mit einem begünstigten Steuersatz erfolgt.

Um derzeitige und künftige Leistungsbezieher aus Pensionskassen der betrieblichen Vorsorge vor weiteren Abstürzen des Finanzsystems zu schützen, ist darüber hinaus eine Generalüberholung des Pensionskassensystems im Sinne einer Wertsicherung und Kapitalgarantie vorzunehmen.

Ermäßigungen für Seniorinnen und Senioren

Der Bund und die Länder werden aufgefordert, im Rahmen der nächsten Finanzausgleichsverfahren die freie Fahrt für alle Seniorinnen und Senioren ab dem 70. Lebensjahr auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln sowie den freien Eintritt für alle Seniorinnen und Senioren in allen öffentlichen Museen und Ausstellungen in ganz Österreich zu beschließen.

Umgehend hat die ÖBB die erfolgreiche 7-Euro-Aktion wieder aufzunehmen sowie die Vorteils-card für Seniorinnen und Senioren einheitlich ab dem 60. Lebensjahr sowie allen Beziehern einer Invaliditäts-, Berufsunfähigkeits- oder Erwerbsunfähigkeitspension zu gewähren.

Unser Europa

Angesichts der Tatsache, daß sich Entscheidungen auf europäischer Ebene auch verstärkt auf die älteren Menschen in Österreich auswirken, setzt sich der Österreichische Seniorenrat dafür ein, daß ein Gesetzesinitiativrecht des Europäischen Parlaments eingeführt wird, die österreichische Bevölkerung in geeigneter Weise nach jeder Ratssitzung informiert wird sowie, daß für alle wichtigen „EU-Gesetze“ Beratungen in den zuständigen Ausschüssen des Nationalrates und des Bundesrates stattfinden, wobei allen österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament ein Rederecht einzuräumen ist.

Bundesseniorenplan

Der Österreichische Seniorenrat freut sich, daß das zuständige Bundesministerium

für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz die Arbeiten zur Erstellung des im Bundes-Seniorengesetz vorgesehenen Seniorenplanes aufgenommen hat, und verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Grundlagen für ein besseres Verständnis der Anliegen der älteren Menschen in Österreich darstellt.

<http://www.seniorenrat.at>

Bundespräsident Heinz Fischer

Das Staatsoberhaupt dankte eingangs für die „liebenswürdige“ Einladung, die er aus mehreren Gründen gerne angenommen habe. „Erstens möchte ich persönlich meinen



Bundespräsident Heinz Fischer

großen Respekt für die Leistungen jener Generation zum Ausdruck bringen, die zum Aufstieg der Zweiten Republik ganz entscheidende Beiträge geleistet hat. Sind wirklich eindrucksvoll. Ich konnte viele Phasen des Wiederaufbaus unseres Landes aus nächster Nähe beobachten und viele der Akteure selber kennenlernen: Leopold Figl, zum Beispiel, als 10jähriges Kind, Adolf Schärf, Koref und Jochmann im Parlament; die Sozialminister Meisl und Proksch, aber auch die erste Sozialministerin Grete Rehor, Präsident Friedrich Hillegeist, Robert Uhlir und andere“, so Heinz Fischer. Eines der Geheimnisse dieser Generation sei die Fähigkeit zur Zusammenarbeit: Streiten sei keine Kunst, aber die Fähigkeit Brücken zu bauen, über Gegensätze sachlich zu diskutieren und den gemeinsamen Nenner zu finden, das habe uns stark gemacht. „Dich darf sagen, daß ich auch als Bundespräsident versuche, diesen Erfahrungen Rechnung zu tragen.“

Zweitens wollte er auch gegenüber Karl Blecha und Andreas Khol ein Zeichen der Verbundenheit setzen, beide seien für ihn der Beweis, daß man eine politische Gesinnung haben und sich dennoch mit ganzer Kraft dem gemeinsamen Ganzen verpflichtet fühlen könne. „Ich habe gefestigte, politische, demokratische Prinzipien, die auf dem europäischen Menschenbild beruhen, immer höher geschätzt als politische Beliebigkeit“, so der Bundespräsident.

Als dritten Grund nannte er, daß diese Vollversammlung des Seniorenrates auch die Möglichkeit biete, bestimmte Darstellungen zu korrigieren und die ältere Generation gegen unverdiente Kränkungen in Schutz zu nehmen. „Ich lese in manchen Medien über die angebliche ‚graue Gefahr‘, ich lese von Altersegoismus, von der ‚Kukident-Generation‘ etc. Eine völlig unakzeptable Ausdrucksweise. Das sind keine Argumente, das ist kein Umgangston gegenüber der älteren Generation, und das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.“

Mit Hinweis auf die „erfreulicherweise“, steigende Lebenserwartung aber auch auf den sehr angespannten Staatshaushalt mahnte Fischer, auf dem Boden der Realität zu bleiben und Fakten zur Kenntnis nehmen. „Ich bin sicher, daß auch die Vertreter der Senioren Einsicht in gesamtgesellschaftliche Gegebenheiten haben, aber sie haben das Recht, sich gegen Stimmungsmache zur Wehr zu setzen. Die Generationen gegeneinander auszuspielen, lehne ich mit Entschiedenheit ab.“

Im Gutachten der Kommission zur langfristigen Pensionssicherung für das Jahr 2009 sei ersichtlich, zitierte Fischer, daß im Jahr 2004 rund 2,88 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Pensionsversicherung aus Bundesmitteln verwendet wurden, und daß die Prognose für das Jahr 2012 in einer ähnlichen Größenordnung liege. „Es mag schon sein, daß durch die Finanz- und Wirtschaftskrise diese Zahlen, wie das bei Prognosen immer wieder vorkommt, noch Veränderungen erfahren; dann muß man sich damit auseinandersetzen. Aber diese Diskussion muß sachlich geführt werden und das Prinzip einer gerechten Lastenverteilung muß in der Betrachtung bleiben.“

Mit der Lebenssituation älterer und alter Menschen verantwortungsvoll umzugehen, sei auch deshalb notwendig, weil „wir die Kaufkraft dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe erhalten wollen“. Das sei für unsere Volkswirtschaft insgesamt wichtig. „Wir wissen ja, daß alles, was sich die ältere

Innenpolitik

Generation erspart – und das sind in Summe sehr beträchtliche Beträge – letzten Endes auf die eine oder andere Art an die nächste Generation weitergegeben wird. Daher ist es auch unredlich und unwürdig, den Eindruck zu erwecken, daß es zwischen den Älteren und Jüngeren einen gnadenlosen Verteilungskampf gibt“, so Fischer. Jeder ältere Mensch sei einmal jung gewesen und jeder junge Mensch werde – hoffentlich – eines Tages der älteren Generation angehören. „Wenn junge Menschen Verständnis für die ältere Generation haben, dann haben sie letzten Endes Verständnis für ihre eigene Zukunft.“

„Auf dieser Basis und vor diesem Hintergrund möchte ich die Bundesregierung ersuchen und einladen, Entscheidungen über den Anteil der älteren Generation am Volkseinkommen – und damit meine ich Entscheidungen über das gerechtfertigte Ausmaß von Pensionserhöhungen, aber auch über das faktische Pensionsantrittsalter sachlich – faktenbasiert und im Interesse des Gesamtwohles unserer Gesellschaft zu treffen.“

Gleichzeitig appellierte Fischer an die ältere Generation, ihre Erfahrung weiterhin in den Dienst unseres Gemeinwesens zu stellen und das, „was Sie aus der Geschichte gelernt haben, an die Jüngeren weiterzugeben“.

Schließlich erinnerte der Bundespräsident daran, daß es in Österreich 1,9 Millionen Menschen gebe, die heute älter als 60 Jahre und ca. 665.000 Menschen gebe, die älter als 75 Jahre seien.

„Ich gratuliere Ihnen und uns“, schloß der Bundespräsident, „daß die ältere Generation in Form des Österreichischen Seniorenrates eine angesehene und wirksame Vertretung hat. Diese Vertretung ist kein Selbstzweck. Sie erfüllt Aufgaben im Interesse unserer Mitmenschen und ich wünsche dem Österreichischen Seniorenrat für die kommende Arbeitsperiode weiterhin viel Erfolg.“

Prammer: Solidarität der Generationen steht im Mittelpunkt

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer wandte sich an die Mitglieder der SeniorInnenorganisationen im Parlament: „Wir sind gut beraten, den älteren Generationen herzlich zu danken!“ Die älteren Generationen hätten der mittleren Generation den Weg geebnet und würden auch für Österreichs Kinder und Enkelkinder wichtige PartnerInnen darstellen. Im Kern der Gesellschaftsdebatte stünde die Solidarität der Generationen: „Voneinander zu profitieren und zu lernen muß im Mittelpunkt stehen.“

Jung und Alt müßten Herausforderungen „gemeinsam meistern“. Prammer forderte auch ein, den Jugendlichen zu signalisieren, daß sie auch in Zukunft mit öffentlich finanzierten Pensionen rechnen können. Die Aufrechterhaltung des öffentlichen Pensionsystems sei ein bedeutendes Anliegen. Ebenso wichtig sei die Sicherung langfristiger Kaufkraft der SeniorInnen, sowie das Garantieren einer bestmöglichen Gesundheitsversorgung. „Die SeniorInnenorganisationen sind wichtig für die älteren Menschen“, wünschte Prammer dem Seniorenrat abschließend alles Gute und eine erfolgreiche Vollversammlung.



Bundeskanzler Werner Faymann

Faymann: SeniorInnen hohen Respekt erweisen

Bundeskanzler Werner Faymann betonte in seinen Grußworten, daß den SeniorInnen, „die mit ihrer Arbeit dafür gesorgt haben, daß unser Land – auch dank seiner sozialen Systeme und sozialen Errungenschaften – zu den besten der Welt zählt, hoher Respekt, Sympathie und Bewunderung zu erweisen ist“. Die SeniorInnenvertreterInnen seien wichtige „InteressenvertreterInnen unseres Vaterlands“, so Faymann. „Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Wir sind es gemeinsam, die wir uns unserer Geschichte bewußt sind, aus der Geschichte lernen, die Zukunft gemeinsam gestalten und das Zusammenleben fördern.“ Auch bezüglich der Zukunftsfragen Bildung, Chancen der jungen Menschen, gehe es um ein „Miteinander in der Gesellschaft“, so der Bundeskanzler, der jenen eine klare Absage erteilte, die glau-

ben, daß die Zukunft im gegenseitigen Aufhetzen von Jung und Alt, In- und Ausländern sowie Arbeitgebern und Arbeitnehmern liegt. „Im Miteinander liegt die Stärke der Vergangenheit und die Stärke der Zukunft für unser Land“, bekräftigte Faymann.

Der Bundeskanzler unterstrich in seinen Grußworten weiters, daß es in der Krise um Zweierlei gehe: Zum Einen sei dies das „Gegenhalten“ und zum Anderen gelte es, die „Schlüsselfaktoren für die Zukunft unseres Landes jetzt in Angriff zu nehmen“. Hier komme der Bildung sowie der Forschung und Entwicklung zentrale Bedeutung zu. In der Frage einer in die Tiefe gehenden Bildungsreform, bei der u.a. auch die Themen Doppelgleisigkeit und Dienstrechtsänderungen „offen angesprochen werden müssen“, sind es „nicht nur die jungen Menschen, die wissen, daß es um ihre Zukunft geht, es sind die Mütter, die Väter und die Großeltern, die sehr genau wissen, daß Politik für unser Land auch die Zukunftschancen für unsere Jungen als zentrales Thema hat“.

Er wisse, daß „junge Menschen noch nicht ganz davon überzeugt sind, daß die sozialen Sicherheiten, die heute gelten, auch noch für sie gelten“. Daher sei man gemeinsam gefordert, zu beweisen, „daß wir mit Nachhaltigkeit die langfristige Finanzierung dieser sozialen Netze garantieren“, so Faymann, der abschließend nochmals unterstrich, daß jene Bereiche, „auf die wir heute stolz sein können, von Menschen erkämpft und aufgebaut wurden, die heute schon in Pension sind“.

Pröll: Geringer Spielraum

Finanzminister Josef Pröll verdeutlichte, wie gering der Spielraum bei der geforderten Pensionserhöhung im kommenden Jahr sein werde. Man beginne zwar nicht bei null, aber es würde hart verhandelt werden. „Es ist unverzichtbar, daß wir uns alle gemeinsam am Riemen reißen.“ Die Zukunft der Pensionen sei ein hoch emotionales Thema, über das in der Vergangenheit Regierungen gestolpert und Wahlen entschieden worden seien, konkretisierte der Finanzminister wenige Tage später, als er sein „Projekt Österreich“ präsentierte. Er erinnerte sich an eine Zeitungsmeldung in den letzten Wochen, die ihn außergewöhnlich berührt habe, deren Überschrift dazu gelautet habe: „Junge rechnen nicht mehr mit einer Pension.“ Für ihn, auch als Familienvater, sei ist diese Aussage nicht nur alarmierend, sondern auch bestürzend gewesen. Sie bedeute nämlich nichts anderes, als daß die Jugend nicht mehr an

Innenpolitik

den Generationenvertrag glaube, daß sie massive Zweifel an der Generationengerechtigkeit habe. „Und können wir ihnen das verdienen?“, fragte Pröll und weiter: „Und auch Sie werden es nachvollziehen können, wenn Sie folgende Zahlen hören: Wenn jemand im Jahr 1970 seinen 60. Geburtstag gefeiert hat, konnte er mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 75 Jahren rechnen. Heute sind es bereits 81 Jahre – 6 Jahre länger. Das ist die gute Nachricht. Im gleichen Zeitraum ist das effektive Zugangsalter zur Pension gesunken: Von 62 Jahre auf 59 Jahre. Was bedeutet diese Kombination aufsteigender Lebenserwartung und gesunkenem Zugangsalter? Das heißt nichts anderes als: Der Pensionist aus dem Jahr 1970 ist mit 62 in Pension gegangen und wurde 75 Jahre alt, hat also 13 Jahre Pension bezogen. Der Pensionist von heute geht mit 59 in Pension und wird 81 Jahre alt. Er wird 22 Jahre seine Pension beziehen. Allerdings: Von dieser Pensionsleistung hat er nur einen Teil selbst-eingezahlt! Und: Heute sind 1,4 Mio. Österreicherinnen und Österreicher über 65 Jahre alt. Im Jahr 2030 werden es 2,1 Millionen sein. 50 Prozent mehr als heute. Um sich auszurechnen, was das heißt, braucht man kein Pensionsexperte zu sein. Und auch kein Finanzminister“, so Pröll.

Generationenübergreifende Solidarität sei das Rückgrat unserer Gesellschaft, so Pröll weiter. Wenn dieses Rückgrat breche, gehe Österreich schweren Zeiten entgegen. „Ich sage ganz klar: Jede Pensionistin und jeder Pensionist kann sich darauf verlassen, daß in bestehende Pensionen nicht eingegriffen wird. Aber ich weiß, daß auch viele Pensionistinnen und Pensionisten die Dramatik der Entwicklung erkennen. Und daß sie Verständnis dafür haben, wenn ich aus Solidarität mit den Jungen folgendes fordere:

- Wir müssen die umfassenden Pensionsversicherungsreformen wirken lassen! Unser Pensionssystem wird durch eine Reihe von Ausnahmeregelungen völlig aus dem Gleichgewicht gebracht. Diese Ausnahmeregelungen begünstigen einige wenige auf Kosten aller anderen. Hier muß rasch Fairness im System hergestellt werden!
- Das Zusammenspiel zwischen Hacklerregelung, Invaliditätspension, Schwerarbeitspension und der regulären Alterspension muß neu geordnet werden.
- Unser Ziel muß es sein, daß mehr Menschen das Regelpensionsalter auch tatsächlich gesund und erfolgreich erreichen! Nur so ist unser Pensionssystem auch für die Zukunft gesichert!

- Wir brauchen mehr generationenübergreifende Solidarität. Solidarität heißt, daß wir die Leistungen der Menschen anerkennen, die in den vergangenen Jahrzehnten den Wohlstand unseres Landes erarbeitet haben. Aber Solidarität heißt auch, daß wir die Spielräume für die Menschen, die Österreich in Zukunft gestalten werden, nicht verschwindend gering werden lassen.“



Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll

Und darauf, so Josef Pröll, gelte es besonders bei den bevorstehenden Pensionsanpassungen zu achten.

Kickl: Pensionsraub

Der freiheitliche Generalsekretär, Herbert Kickl, nahm anlässlich einer „Pressestunde“ im ORF, wo Sozialminister Rudolf Hundstorfer zu Gast war, zum Thema Pensionen Stellung. „Die Menschen, die Jahrzehnte in ein Pensionssystem eingezahlt haben, haben ein Recht darauf, daß sie die ihnen von der Bundesregierung zugesagten Pensionsansprüche schlußendlich auch erhalten“, und Kickl stellte sich damit klar gegen die Aussetzung der „Hacklerregelung“, die in diesem Zusammenhang heftig diskutiert wird. „Das ist genauso Pensionsraub, wie die Verweigerung einer adäquaten Erhöhung der bestehenden Pensionen entsprechend dem Pensionistenpreisindex“, meinte Kickl.

Bucher: Forderungen der Pensionistenverbände maßlos überzogen

Als „maßlos überzogen“ bezeichnet BZÖ-Chef Klubobmann Josef Bucher die Forde-

rungen der Pensionistenverbände bei der Versammlung des Seniorenrates. „Trotz der nach wie vor andauernden Wirtschaftskrise fordern die rot-schwarzen Pensionsbonzen Blecha und Khol eine Erhöhung der Pensionen weit über das gesetzliche Maß hinaus. Österreich steht vor einem Budgetkollaps, die Arbeitslosigkeit steigt dramatisch an, daher müssen auch die Senioren einen Beitrag leisten, denn der Generationenvertrag kann keine Einbahnstraße sein“, so Bucher.

Der BZÖ-Chef wies darauf hin, daß die Pensionisten mit Khol und Blecha durchschlagskräftige Interessensvertreter besäßen, die fest in ihren Parteien verankert seien. Jugend, Mittelstand und jene, die dieses System erhalten würden, verfügten hingegen über keine Interessensvertretung. „Das BZÖ wird der Anwalt der jüngeren Generation, des Mittelstandes beziehungsweise der Leistungsbereiten sein.“ Und er könne sich nicht vorstellen, „daß die Großeltern wollen, daß ihren Enkelkindern die Zukunftschancen genommen werden“, so Bucher.

Antonov: Unsagbare Chuzpe von Khol und Blecha

„Die Forderung der Präsidenten des Seniorenrats, Andreas Khol und Karl Blecha, nach Anerkennung als Sozialpartner ist eine Verhöhnung demokratischer Grundsätze“, so die Seniorensprecherin der Grünen Wien. Im Seniorenrat sind nicht alle SeniorInnen vertreten, sondern nur die SeniorInnenvereinigungen von SPÖ, ÖVP und FPÖ. Kleinere SeniorInnenvereinigungen, wie etwa die Grünen SeniorInnen, hätten keine Chance, in dem Gremium Mitglied zu werden. „Die Grünen fordern, daß zumindest die SeniorInnenvereinigungen aller im Parlament vertretenen Parteien auch im Österreichischen Seniorenrat vertreten sein sollen“, so Antonov.

„Daran haben aber Khol und Blecha ganz offensichtlich kein Interesse. Nicht zuletzt dürfte es dabei auch um pekuniäre Interessen gehen: von der Seniorenförderung – die im Jahr 2007 rund 1,5 Mio Euro betrug – gehen 95 Prozent an den roten Pensionistenverband und den schwarzen Seniorenbund“, so Antonov.

Die Forderung nach Anerkennung als Sozialpartner erscheint angesichts der undemokratischen Zusammensetzung des Seniorenrates allerdings so, als würden SPÖ und ÖVP den Anspruch erheben, daß nur sie im Nationalrat die österreichische Bevölkerung vertreten dürfen. Khol und Blecha sind rücktrittsreif, ihr Demokratieverständnis ist höchst fragwürdig“, schloß Antonov. ■

Barroso und Buzek eröffneten neues Haus der EU in Wien

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, EU-Parlamentspräsident Prof. Jerzy Buzek, Bundespräsident Heinz Fischer, EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner, Vizekanzler Josef Pröll, Außenminister Michael Spindelegger und Wiens Bürgermeister Michael Häupl trafen einander zur feierlichen Eröffnung.



Alle Fotos: Europäische Union/APA-OTS/Preis

Am 16. Oktober wurde das neue Gebäude für die Europäische Kommission und das Europäische Parlament in der Wiener Wipplingerstraße unter dem Beisein hochrangiger Ehrengäste feierlich eingeweiht.

Die europäischen öffentlichen Räume gehen auf eine neue gemeinsame Initiative von Kommission und Europäischem Parlament zurück. Es handelt sich um modern gestaltete Mehrzweckräume, die die breite Öffentlichkeit und vor allem junge Menschen zur Teilnahme an Veranstaltungen über europäische Themen einladen sollen. Der europäische öffentliche Raum in Wien ist der neunte seiner Art. Diese Einrichtung gibt es bereits in Madrid, Dublin, Tallinn, Rom, Lissabon, Stockholm, Berlin und Kopenhagen. Auch in Riga, Prag und Helsinki wird bis Ende 2009 ein derartiger europäischer öffentlicher Raum entstehen. Am 16. Oktober wurde das soeben fertiggestellte neue Gebäude für die Europäische Kommission und das Europäische Parlament mitten in Wien eingeweiht.

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso erklärte im Vorfeld der Eröffnung: „Ein Europa der Menschen braucht mehr Dialog und Information. Die Bereitschaft zum Dialog mit den Bürgern und den gesellschaftlichen Gruppen ist ein Markenzeichen dieser Kommission und wird auch weiterhin eine entscheidende Rolle spielen. Die Kommission wird sich künftig noch mehr anstrengen, um in den Mitgliedsstaaten und in den Regionen stärker präsent zu sein und mit den Menschen vor Ort in Kontakt zu treten. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament wird sie auf die Bürger zugehen und sich ihrer Fragen und Anliegen direkt annehmen. Wir dürfen uns aber nichts vormachen: Damit die EU stärker ins öffentliche Bewusstsein rückt, müssen alle Verantwortlichen auf nationaler,

regionaler und lokaler Ebene aufs Engste zusammenarbeiten.“

Das neue Gebäude befindet sich am Standort der ehemaligen ÖGB-Zentrale in der Wipplingerstraße 35 im 1. Wiener Gemeindebezirk und beherbergt nicht nur die Österreich-Vertretung der EU-Kommission, sondern auch das Informationsbüro des Europäischen Parlaments. Dies sei auch „ein Zeichen der exzellenten Kooperation zwischen Kommission und EU-Parlament“, erklärte Barroso.

Vizepräsidentin Margot Wallström erklärte, die „europäischen öffentlichen Räume sind ein zentrales Element der Kommunikationsstrategie der Kommission. Dabei geht es uns vor allem darum, durch Präsenz vor Ort die EU der Bevölkerung näher zu bringen.“

Österreich, Europa und die Welt

Auch EU-Parlamentspräsident Prof. Jerzy Buzek betonte, daß beide Institutionen bemüht seien, „auf europäischer und nationaler Ebene“ mehr auf die Bürger einzugehen. Dazu brauche es Büros, wo man mit den Menschen reden könne: „Mit denen, die dafür sind und mit jenen, die dagegen sind.“ Um dies zu verwirklichen sei auch der Lissabon-Vertrag wichtig, so Buzek: „Er bringt auch die nationalen Parlamente ins Spiel. Es ist dies ein guter Vertrag, weil er uns die Instrumente in die Hand gibt, uns in den Dienst der Bürger zu stellen.“ Er sei optimistisch, daß der Vertrag bald in Kraft treten werde. In Irland hätten EU und nationale Verantwortungsträger vor dem zweiten Referendum gezeigt, daß man fähig sei, auf Sorgen und Bedenken der Bürger einzugehen. *(Lesen Sie ein Interview mit dem EU-Parlamentspräsidenten im Anschluß an diesen Beitrag).*

Auch Bundespräsident Heinz Fischer brach eine Lanze für den „Lissabon-Vertrag“: „Das ist eine neue Etappe im europäischen Prozeß. Ich bin überzeugt, daß sich ein Europa auf der Basis des Lissabon-Vertrags leichter tun wird, daß demokratische Elemente dazu kommen und Erfahrungen berücksichtigt werden, die man gemacht hat. Wir können mit realistischem Optimismus und optimistischem Realismus in die Zukunft schauen.“

Allerdings verwies Fischer indirekt auch auf Probleme rund um den Vertrag: „Das Projekt Europa funktioniert nicht nach präzisen Vorgaben, das ist ein demokratischer Prozeß. Auch kritische Meinungen haben ihre Berechtigung, sie ermöglichen einen dialektischen Prozess des ‚Pro und Kontra‘, der fair, pluralistisch und erfolgreich verlaufen möge.“ Der Vertrag wurde bisher in 26 der 27 Mitgliedsländer ratifiziert. Anhängig ist die Tschechische Republik, wo Präsident Vaclav Klaus als letztes EU-Staatsoberhaupt seine Unterschrift unter den Lissabon-Vertrag noch verweigert. Zudem ist eine Klage gegen das Abkommen anhängig.

EU-Kommissarin Ferrero-Waldner

„Ich freue mich sehr, heute bei der Eröffnung des neuen ‚Hauses der Europäischen Union‘ zu sein. Dieses Haus demonstriert bereits durch seine Architektur Offenheit, Transparenz und Bürgernähe. Das sind genau jene Prinzipien, die unsere Union weiterhin hochhalten muß, um das Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu behalten und im ‚globalen Dorf‘ zu bestehen“, so Benita Ferrero-Waldner, Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik (und frühere Außenministerin Österreichs).



v.l.: Wolfgang Hiller (Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments), Prof. Jerzy Buzek (Präsident des Europäischen Parlaments), José Manuel Barroso (Präsident der Europäischen Kommission) und Mag. Richard Nikolaus Kühnel (Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich)



Benita Ferrero-Waldner (EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik), José Manuel Barroso (Präsident der Europäischen Kommission) und Bundespräsident Heinz Fischer.

Dieses Haus werde ein Ort der Begegnung sein, ein Dialogforum, eine Arena für offene, zukunftsorientierte, konstruktive Debatten über und für Europa. Richard Kühnel, Oberster Vertreter der EU-Kommission in Wien, Wolfgang Hiller, Leiter des Informationsbüros des EP, und ihre Teams hätten in den letzten Monaten ja bereits einiges in diese Richtung angestoßen.

„Solche Debatten braucht unsere Union. Denn bei kaum einem Thema haben sich leider so viele Legenden in den Köpfen festgesetzt wie beim Thema ‚Europa‘. Man muß immer über Inhalt und Mehrwert einzelner europäischer Entscheidungen diskutieren – das ist ja der Kern unserer demokratischen

Zusammenarbeit. Wir brauchen noch mehr Transparenz, einen kritischen, durchaus kantigen Dialog.“ Aber der Sinn und Zweck der EU an sich müsse dabei außer Streit stehen: Gerade weil die Union in unserer globalisierten Welt letztlich das Fundament unserer Lebensqualität sei, so die Kommissarin.

Dieses „Europa erklären“, dieses ständige Werben um Vertrauen, sei nicht nur Aufgabe der europäischen Institutionen und Politiker. „Sondern es ist kollektiver Auftrag an uns alle: an Politik und Wirtschaft, an Sozialpartner, Medien und Bürgergesellschaft, in Brüssel, Wien, den Ländern und Gemeinden. Wir dürfen das Zukunftsthema Europa nicht jenen überlassen, die einfach die Zugbrücken

Österreich, Europa und die Welt



v.l.: EP-Präsident Prof. Jerzy Buzek, Vizekanzler Josef Pröll, Außenminister Michael Spindelegger und Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich

hochklappen wollen und damit leichtfertig mit eben dieser Zukunft spielen.“

Daß die Europakommunikation ein zentraler Punkt im Regierungsabkommen ist, sei daher besonders wichtig. Österreichs Außenminister Michael Spindelegger selbst habe mit seiner „Zuhör-Tour“ einen ganz wichtigen Beitrag geleistet.

„Die Kommunikation ist natürlich auch eine wesentliche Priorität der Kommission unter Präsident José Manuel Barroso. Wir haben hier eine ganze Reihe von innovativen Initiativen gesetzt, von Bürgerforen mit bisher 40.000 Teilnehmern über einen verstärkten Dialog mit den nationalen Parlamenten bis hin zu unseren Videos auf ‚EU-Tube‘. Unsere Vertretungen in den Mitgliedsstaaten sind sozusagen ‚Brückenköpfe‘ dieser Kommunikationsarbeit“, so Ferrero-Waldner. Auch sie selbst sei in ihren zahlreichen Kontakten mit Bürgerinnen und Bürgern in allen Bundesländern immer wieder, wenn man so wolle, „an vorderster Front“ tätig, um zuzuhören, zu erklären, zu überzeugen.

„Ich sehe in diesen Gesprächen immer eines: Viele Menschen sind zweifellos euroskeptisch. Aber sie wollen nicht weniger Europa, sondern – ganz zu Recht – eine bessere, effektivere, transparentere EU; eine EU die ihnen etwas bringt.“ Deswegen müsse nicht bloß in der Kommunikation weitergearbeitet werden. „Sie ist ja kein Selbstzweck. Sondern wir müssen weiter arbeiten für ein greifbares ‚Europa der Resultate‘, d.h. eine Union, die echten europäischen Mehrwert liefert und die Themen angeht, die den Menschen berechnete Sorgen bereiten – von der

Wirtschaftskrise und der internationalen Sicherheit bis zum Klimawandel.“

Europa müsse also dort entscheiden, wo es sinnvoll sei – dann aber entschlossen und effizient! Und Ferrero-Waldner denkt, daß die



Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik

Kommission in den letzten paar Jahren auch hierzu wichtige und richtige Weichenstellungen vorgenommen habe, auch wenn auf der ewigen „Baustelle EU“ natürlich noch viel zu tun bleibe.

Als Beispiele nannte die Kommissarin den zentralen Beitrag, den die EU bei der Bewältigung der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise geliefert habe: durch die Koordinierung der europäischen Konjunkturprogramme, eigene EU-Wachstumsimpulse (v.a.

im Energie- und Infrastrukturbereich), die flexible Auslegung der Wettbewerbsregeln und v.a. mit konkreten Vorschlägen zur Neugestaltung des europäischen Finanzsystems.

Dazu komme, zweitens, daß unsere ehrgeizigen EU-Klimaziele und unsere europäische Führungsrolle bei Vorbereitung des Kopenhagener Weltklimagipfels die Union als echte Vorreiterin einer „grünen Wirtschaft“ positioniert haben.

Drittens die Energiesicherheit: Die EU haben nicht nur in „Gaskrisen“ erfolgreich vermittelt, sondern sei dabei, Energiequellen und Lieferanten strategisch zu diversifizieren.

„Zuguterletzt“, so Ferrero-Waldner, „haben wir bei sensiblen Fragen für Österreich immer wieder eine gemeinsame Lösung gefunden, die nicht nur gut für Österreich sondern auch gut für Europa ist: ob beim Uni-Zugang, bestimmten Wettbewerbsfällen, einer ökologischeren Verkehrspolitik oder etwa Übergangsfristen für energieintensive Betriebe, etc.“ Diese Themen würden auch beweisen: Die EU müsse sich als globaler Akteur verstehen, wenn sie im 21. Jahrhundert die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger wirkungsvoll vertreten wolle. „Ich bin

stolz, daß ich als Außenkommissarin dazu einen Beitrag leisten darf: z.B. durch die Vertiefung unserer Nachbarschaftspolitik, um Krisenregionen an den Rändern der Union zu stabilisieren und damit Sicherheit für unsere Bürger zu schaffen; durch den Ausbau unserer strategischen Partnerschaften mit den USA, China oder Indien, mit denen Europas Wohlstand heute so verflochten ist; und nicht zuletzt durch aktives Krisenmanagement in Regionen, die auch auf Europas Stabilität

Österreich, Europa und die Welt

Einfluß haben – ob in Afghanistan, dem Kaukasus und dem Nahen Osten.“

All das zeige: Die EU sei heute unser Schutzschild und unsere gemeinsame „Versicherung“. Der Vertrag von Lissabon, „der nun hoffentlich bald in Kraft treten kann, wird nicht zuletzt diese globale Schlagkraft Europas weiter stärken. Ich füge aber auch hinzu: Entscheidend für unsere europäische Zukunft sind im Endeffekt nicht institutionelle Reformen.“ Entscheidend sei vielmehr unser politischer Wille, als Europäerinnen und Europäer gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.

„Nur wenn wir uns aktiv aufstellen und mit einer Stimme sprechen, können wir die Welt nach den Wünschen unserer Bürger mitgestalten. Dafür zu arbeiten ist für mich die beste Bürgernähe! In diesem Sinne wünsche ich diesem ‚Europäischen Haus‘ und den hier so aktiven Kolleginnen und Kollegen weiterhin viel Erfolg! Ich bin sicher, daß es ein europäischer Leuchtturm sein wird!“, schloß die EU-Kommissarin ihre Rede.

Vizekanzler Josef Pröll

Vizekanzler Josef Pröll erinnerte an das „Wendejahr 1989“: „20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs weiß Österreich als Schnittstelle zwischen Ost und West, was Öffnung bedeutet.“ Gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise habe Europa „wie selten zuvor Einigkeit und Handlungsfähigkeit bewiesen.“

Außenminister Michael Spindelegger

Außenminister Michael Spindelegger sagte, „Europa erklären ist Teamarbeit. Auch die europäischen Institutionen und ihre Vertretungen in den Mitgliedstaaten müssen mehr auf die Bürger zugehen und den ständigen Dialog mit ihnen suchen. Nur so können Sinn und Nutzen eines vereinten Europas unseren Bürgern letztendlich vermittelt werden.“ Der Außenminister gab seinem Wunsch Ausdruck, das neue Europa-Haus möge sich schon bald zu einem lebendigen wie frequentierten Ort des Dialogs für Europa entwickeln.

„Als Schnittstelle zwischen den Europäischen Institutionen und der Bevölkerung kann das Europa-Haus und seine Repräsentanten einen wesentlichen Beitrag leisten, um Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, den Menschen zu erklären und verständlicher zu machen. Meine Zuhörtour durch Österreich hat mir gezeigt, daß viele Bürger mehr Information und mehr Diskussion zu Europa wünschen“, so der Außenminister. „Dieses Haus ist ein



Außenminister Michael Spindelegger: Das Europa-Haus möge sich schon bald zu einem lebendigen wie frequentierten Ort des Dialogs für Europa entwickeln.

wertvoller Beitrag für unser Anliegen, die Bürger verstärkt einzubinden und attraktive ‚Andockstellen‘ für einen lebendigen Europadialog zur Verfügung zu stellen.“

„Wir wollen den Europa-Dialog weiter intensivieren und bürgernahe Informationen zur Europäischen Union anbieten. Ich lade jeden einzelnen Bürger dazu ein, sich einzubringen, mit zu gestalten, und dem Haus der Europäischen Union einen Besuch abzustatten, um sich aus erster Hand zu informieren“, so Spindelegger abschließend.

Bürgermeister Michael Häupl

Wiens Bürgermeister Michael Häupl erklärte, „das ‚Haus Europa‘, von dem so gerne gesprochen wird, hat in Wien nun tat-



Wiens Bürgermeister Michael Häupl

sächlich ein Haus und nicht mehr nur Räume in einem Bürokomplex. Dadurch ist Europa in Wien sichtbarer geworden.“ Und er wies darauf hin, daß man sich auf lokaler Ebene der europäischen Dimension durchaus bewußt sei. Schließlich würden drei Viertel aller Entscheidungen in den Gemeindestuben von Beschlüssen der Europäischen Union direkt beeinflusst.

„Der Reformvertrag von Lissabon, der nun hoffentlich bald Realität werden sollte, vereinfacht nicht nur den Entscheidungsfindungsprozeß innerhalb der EU, sondern stärkt die Rolle der Kommunen innerhalb der EU“, so der Wiener Bürgermeister. Für Europas Städte sei das Ziel, das Subsidiaritätsprinzip in der Realität umzusetzen, unverrückbar, unterstrich Häupl weiters. Bei der Durchsetzung des Prinzips der Subsidiarität gehe es um die Möglichkeit der Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger über sich selbst, über die Gestaltung der Städte, über die Gestaltung des städtischen Umfelds und letztlich über die Gestaltung Europas.

„Europa hat gerade jetzt, in dieser für uns alle wirtschaftlich schwierigen Zeit, bei der Bevölkerung enorm an Akzeptanz gewonnen. Daß diese Akzeptanz sich weiter verstärkt und erhalten bleibt, daran müssen wir arbeiten. Die EU ist nicht nur in Brüssel, sondern auch in Wien, Graz, Linz, Salzburg – kurz, in all unseren Städten und Gemeinden. In Österreich und in Europa. Dafür ist das neue Wien-Haus der Europäischen Union mit ein Zeichen“, schloß Häupl. ■

<http://www.europarl.at>

http://ec.europa.eu/austria/index_de.htm

Wir werden gemeinsam europäische Geschichte schreiben

Der im Juli gewählte Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Jerzy Buzek, bringt als ehemaliger polnischer Premierminister viel politisches Geschick und große Symbolkraft in sein Amt ein. Ein Interview.

Herr Prof. Buzek, Sie werden der erste Präsident eines Europäischen Parlaments sein, dessen Befugnisse durch den Vertrag von Lissabon entscheidend gestärkt werden. Wie bereiten Sie sich auf diese Reform vor?

Das gesamte Parlament bereitet sich vor. Wir arbeiten in Ausschüssen, in Delegationen, das Präsidium mit 14 Vizepräsidenten arbeitet auch daran, genauso wie die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden. In erster Linie stärken wir unsere Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, die an der europäischen Gesetzgebung teilhaben werden. Der Vertrag gibt ihnen acht Wochen um Stellung zu beziehen.

Mitentscheidung ist die nächste Sache. Praktisch alle EU-Gesetze werden in Zukunft vom Parlament gemeinsam mit dem Rat beschlossen. Daher kommt der Mitentscheidung eine große Bedeutung zu. Wir werden uns bei sehr vielen Gesetzen einig werden müssen. Bisher war das Parlament in vielerlei Hinsicht eher ein Meinungsforum.

Nun bekommt das Parlament direkten Einfluß auf die Gestaltung des Haushalts, auf die Kohäsionspolitik, die Außenhandelspolitik und die Landwirtschaft, Bereiche die besondere Bedeutung für die Mitgliedsstaaten und ihre Bürger haben.

Die Rolle der EU-Diplomatie wächst enorm an. So wird das Europäische Parlament, so wie auch alle anderen Parlamente, eine Aufsichtsfunktion ausüben und seine eigene Außenpolitik auf eine ganz andere Stufe stellen. Unsere Kontakte zu Parlamenten in Drittstaaten, v.a. im Rahmen der parlamentarischen Zusammenarbeit EMPA, EUROLAT und EURNEST wird besondere Bedeutung erlangen. Die Beziehungen zum US-Kongreß und zu den Parlamenten der Weltmächte Brasilien, China, Japan und Rußland bleiben sehr wichtig.

Was möchten Sie gerne den Wählern sagen?

Die Wähler sollten sich bewußt machen, daß zwei Drittel der gesamten Gesetzgebung in

den Mitgliedsstaaten der EU in Verantwortung des Europaparlaments liegen. Das sollten ihnen die in den Wahlkreisen und in den Regionen gewählten Europa-Abgeordneten deutlich machen.



EP-Präsident Prof. Jerzy Buzek

Wir haben eine sehr große Verantwortung, mit den Bürgern zu kommunizieren. In allen EU-Mitgliedsstaaten werden wir sogenannte „Europa-Häuser“ eröffnen. Ihre Aufgabe wird es sein, Informationen zu vermitteln und als Bindeglied zwischen dem Europaparlament, der Kommission und den Bürgern zu wirken. Diese Büros sollten auch den Europa-Abgeordneten dienen und Kontakte zu den nationalen Parlamenten pflegen.

Nach Pierre Pflimlin, der kurzzeitig französischer Premier war, sind Sie der zweite Parlamentspräsident seit den ersten Direktwahlen des Europaparlaments, der vorher Regierungschef in einem Mitgliedsland war. Wie wird Ihnen diese Erfahrung helfen?

Die Arbeit des Parlamentspräsidenten hat viel mit dem eines Premierministers gemein, vor allem wenn es um politische Erwägungen, Entscheidungsfindung und politische Gespräche geht.

Meine Entscheidungen betreffen nur das Europäische Parlament, daher entscheide ich

über weniger als in meiner Zeit als Regierungschef. Allerdings habe ich viel mehr Arbeit in bezug auf meine vielseitigen Pflichten und die Pflege von Kontakten.

Einem Parlamentspräsidenten stehen enorme Möglichkeiten offen, politischen Einfluß auszuüben. Auch wenn solche Treffen keine bindenden politischen Entscheidungen nach sich ziehen, kann ich oft Politiker von den Positionen des Europäischen Parlaments überzeugen. Alle meine Kontakte aus der Zeit als Regierungschef sind mir natürlich nützlich. Mein Treffen mit dem tschechischen Präsidenten Václav Klaus, der ein recht schwieriger Partner ist, kann diesbezüglich ein gutes Beispiel sein.

Die Medien bezeichnen Sie als den „ersten Parlamentspräsidenten aus einem ehemals kommunistischen Land“. Hat dies 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs noch eine Bedeutung?

Europa ist nach dem zweiten Weltkrieg über Jahrzehnte entstanden. Während dieser Zeit war es für fast 50 Jahre durch einen Eisernen Vorhang getrennt. Die Länder westlich des Eisernen Vorhangs haben eine andere Nachkriegsgeschichte. Nach dem Krieg standen sie auf der gleichen Seite und bauten an einer gemeinsamen Zukunft. Den Durchbruch brachten die Vereinbarungen von 1950-51 und die Römischen Verträge von 1957. Alle saßen sie an einem Tisch.

Der tatsächliche Wandel kam mit dem Durchbrechen des Eisernen Vorhangs, denn in über 45 Jahren haben sich beide Hälften Europas ganz verschieden entwickelt. Die durch den Krieg geschlagenen Wunden wurden anders versorgt. Deshalb war die Öffnung des Eisernen Vorhangs so symbolisch. Ich bin auf eine gewisse Art und Weise ein Vertreter der Staaten, die auf der anderen Seite verblieben sind. So fühle ich dies, so bin ich gewählt worden und das höre ich über mich.

Aber ich vertrete die gesamte EU und dies ist ein Symbol, daß wir gleichgestellt sind

Österreich, Europa und die Welt

und daß wir die gleiche Verantwortung für Europa tragen. Wir unterscheiden uns immer noch in unserer Entwicklung, in unserer Geschichte, aber das alles ist nicht mehr dominierend. Die Gemeinschaft dominiert. Ich bin mir dieser enormen Verantwortung bewußt, denn man darf ganz einfach nicht versagen. Wir werden gemeinsam europäische Geschichte schreiben.

In ihrer Antrittsrede haben sie den Vorschlag eingebracht, eine Europäische Energie-Gemeinschaft ins Leben zu rufen. Wie kann das Parlament beitragen, so daß eine solche Gemeinschaft Wirklichkeit wird?

Die EU antwortet auf die Erwartungen ihrer Bürger. Deshalb haben wir eine gemeinsame Agrarpolitik, eine regionale Kohäsionspolitik, den Schengen-Raum, der unser Leben einfacher macht und einen Binnenmarkt, der unseren Wohlstand nährt.

Die Energieprobleme waren vor zehn, zwölf Jahren nicht so herausragend. Nun aber sind sie eines der größten und dringendsten Probleme in der EU. Hinzu kommt noch der Klimawandel.

Daher ist es höchste Zeit, eine gemeinsame Energiepolitik ins Leben zu rufen, genauso wie wir andere Politikbereiche geschaffen haben. Wir haben in den Vertrag die „Energiesolidarität“ aufgenommen und dieser Vertragsbasis kommt eine herausragende Bedeutung zu.

Im Interesse unserer Sicherheit sollten wir die Gas-Quellen diversifizieren und gemeinsam über Lieferungen von außerhalb Europas verhandeln.

Um den klimatischen Veränderungen entgegenzutreten, müssen wir grüne Energie auf einer großen Basis entwickeln. Der Klimaschutz nötigt uns ebenfalls zu gemeinsamer Forschung und zur Entwicklung von Technologien zur sauberen Nutzung von fossilen Brennstoffen.

Als Europa-Abgeordneter und Wissenschaftler waren sie stark in die EU-Förderung der Forschung eingebunden. Warum ist die Förderung von Wissenschaft aus öffentlichen Mitteln so wichtig? Kann sie in diesen schwierigen Zeiten der Wirtschaftskrise weiterhin aufrechterhalten werden?

Dadurch, daß wir uns grüner Energie zuwenden und die Verbrennung fossiler Brennstoffe ohne den Ausstoß von Schadstoffen erreichen wollen, entwickeln wir neue Bereiche der Wissenschaft. Wir wollen Innovation

fördern und die Konkurrenzfähigkeit der EU stärken. Wir reden hier über einen strategischen Zweig der europäischen Wirtschaft. Die Förderung wird so lange aufrechterhalten, wie europäische Wissenschaft und europäische Universitäten die Ergebnisse ihrer

Forschung in handfeste industrielle Technologien umsetzen können. Es ist ein Rad, das sich selbst antreibt, denn Innovationen sind immer profitabel.

Wir danken Ihnen für das Gespräch!

Prof. Jerzy Buzek

Jerzy Buzek, geboren am 3. Juli 1940 im schlesischen Śmiałowice, Polen. Ministerpräsident der Republik Polen und Abgeordneter des polnischen Parlaments (Sejm) in den Jahren 1997-2001.

Unter seiner Führung trat Polen 1999 der NATO bei. 1997 initiierte er die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union. 1998 gründete er die „Stiftung für die Familie“ und 2002 das Institut für die Zivilgesellschaft „Pro Publico Bono“. Mitglied der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarność, seit 1980 und Vorsitzender des ersten landesweiten Delegiertenkongresses der Solidarność 1981. Beteiligung an den geheimen regionalen und landesweiten Strukturen der Gewerkschaft. Nach 1989 Vorsitz des IV., V. und VI. Kongresses der Solidarność. Vor den Parlamentswahlen 1997 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft der Gesellschaftlichen Bewegung AWS (Bürgeraktion Solidarität).

Universitätsprofessor. Studium an der Schlesischen Technischen Universität, Fakultät für Energietechnik. 1971-1972 Studium im Rahmen eines Forschungsstipendiums an der Universität Cambridge (Verinigtes Königreich). Verfasser von ca. 200 wissenschaftlichen Arbeiten, Patentinhaber. Universitätsdozent an der Schlesischen Technischen Universität und an der Technischen Universität Oppeln (Opole). Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher und technischer Gesellschaften. Bis 1997 wissenschaftlicher Direktor des Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Gliwicz (Gliwice). Vertreter Polens bei der Internationalen Energieagentur – Treibhausgas-Forschungsprogramm (1992-1997). 1997 Mitbegründer des Deutsch-Polnischen Forschungsverbunds INCREASE für Umwelttechnik, Prozeßsicherheit und rationelle Energieanwendung. Gründer des Konsortiums für den Schutz der Erdatmosphäre in Schlesien 1994. In den Jahren 2002-2004 Prorektor der Akademie Polonia in Tschenstochau (Częstochowa) und Mitbegründer der Po-

lonia-Schule für Diplomatie. Ehrendoktorwürde der Universitäten Dortmund, Seoul und Isparta sowie der Schlesischen Technischen Universität und an der Technischen Universität Oppeln (Opole).

Seit 2004 Abgeordneter des Europäischen Parlaments, gewählt mit dem besten Wahlergebnis in Polen. Vizepräsident des European Energy Forum (EEF) seit 2004. Berichterstatter für das 7. Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration sowie für den Europäischen Strategieplan für Energietechnologie. Repräsentant des Europäischen Parlaments während der Parlamentswahlen in der Ukraine 2004; unterstützte die Orangefarbene Revolution. 2006 wurde er vom Monatsmagazin „Parliament Magazine“ als bester Abgeordneter des Europäischen Parlaments in der Kategorie „Wissenschaftliche Forschung und Technologie“ ausgezeichnet. 2006 erhielt er die in Polen für Errungenschaften im Bereich der Energiewirtschaft verliehene Auszeichnung „Weiße Kohle“. 2007 wurde er vom Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, anlässlich des 60. Jahrestags der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte mit der Statuette einer Friedenstaube geehrt. Laut der polnischen Wochenzeitung „Wprost“ und der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ wurde er 2008 zum besten polnischen Europaabgeordneten gewählt.

Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie sowie des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgeundheit und Lebensmittelsicherheit.

Mitglied der Delegation des Europäischen Parlaments im Parlamentarischen Kooperationsausschuss EU-Ukraine sowie der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südostasiens und der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN).

Am 14. Juli wurde Jerzy Buzek mit 86,18 Prozent der abgegebenen Stimmen für die kommenden zweieinhalb Jahre zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt.

3. gemeinsame Regierungssitzung Österreich und Ungarn

Bundeskanzler Werner Faymann: »Beziehung zwischen Österreich und Ungarn ist Vorbild für ganz Europa.«



Vorne (v.l.): BM Doris Bures, BM Gabriele Heinisch-Hosek, Bundeskanzler Werner Faymann, Ungarns Ministerpräsident Gordon Bajnai, LH Hans Niessl, Vizekanzler Josef Pröll, BM Norbert Darabos, BM Claudia Schmied, BM Michael Spindelegger und ein Mitglied der ungarischen Regierung (von der wir leider keine Namen hatten). Hinten: 2.v.l.: StS Andreas Schieder, StS Reinhold Lopatka, BM Niki Berlakovich; 2.v.r.: BM Reinhold Mitterlehner.

Alle Fotos: BKA/HOPI-MEDIA / Bernhard J. Holzner

Am 15. Oktober wurde in Eisenstadt die 3. gemeinsame Arbeitssitzung der Regierungen der Republik Ungarn und der Republik Österreich abgehalten. Im Mittelpunkt der Gespräche standen wirtschaftliche Fragen, aber auch die Themen EU, Bildung, Schule, Sicherheit und Naturschutz wurden diskutiert. Landeshauptmann Hans Niessl begrüßte Bundeskanzler Werner Faymann und zehn österreichische Bundesminister sowie den ungarischen Ministerpräsidenten Gordon Bajnai und acht ungarische Minister im Schloß Esterházy.

Bundeskanzler Werner Faymann stellte im Anschluß an die Sitzung fest, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gebe es für unsere beiden Länder viel zu tun. „Wir müssen über die Grenzen hinweg zusammenstehen und die Herausforderungen annehmen. Unser wichtigstes Ziel kann es nur sein, wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen und die Beschäftigung zu steigern. Eine gute und verlässliche Zusammenarbeit und Partnerschaft ist gerade in diesen Zeiten von großer

Bedeutung. Ich danke daher dem ungarischen Premierminister Bajnai und seiner Regierung für die gute Kooperation zwischen unseren beiden Ländern.“

Als Schwerpunktthema wurden die allgemeine Wirtschaftslage und die damit in Zusammenhang stehenden Fragen zu ihrer Bewältigung besprochen. Weiters wurde über Fragen der inneren Sicherheit und über gemeinsame Initiativen zur Kriminalitätsbekämpfung diskutiert. Auf bilateraler und multilateraler Ebene lag der Schwerpunkt der Diskussionen auf Energie-, Umwelt- und Verkehrsfragen und es wurde die Kooperation in Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftsfragen erörtert. Bundeskanzler Werner Faymann und Premierminister Gordon Bajnai unterzeichneten auch eine gemeinsame Erklärung, in der dem Wunsch nach einer weiteren Vertiefung der Beziehungen beider Länder Ausdruck verliehen wurde.

Die Regierungen beider Länder stellten fest, daß bisher zahlreiche gemeinsame Projekte realisiert und vereinbarte Ziele er-

reicht werden konnten. „Wir schätzen die regelmäßig abgehaltenen Arbeitssitzungen unserer beiden Regierungen als Höhepunkt der bilateralen Besucherkontakte. Sie bieten uns die Möglichkeit, Fragestellungen von politischer Relevanz gemeinsam zu erörtern und Informationen über gemeinsame und wechselseitige Projekte auszutauschen“, so der Bundeskanzler. Sofern es in den gemeinsamen Beziehungen Auffassungsunterschiede gibt, werden diese in der bewährten einvernehmlichen Form besprochen, „wie es sich für gute Freunde gehört“, so Faymann.

„Wir möchten auch weiterhin unsere gemeinsamen Interessen abstimmen und auf regionaler sowie auf internationaler Ebene – vor allem im Kontext der Europäischen Union – vertreten. In diesem Zusammenhang bieten die zahlreichen Gremien, die sich in der bilateralen Zusammenarbeit bewährt haben, einen wesentlichen Eckpfeiler zur kontinuierlichen Bearbeitung grenzüberschreitender Fachfragen. Die Ministerinnen und Minister der einzelnen Fachressorts ar-

Österreich, Europa und die Welt

beiten in diesen Bereichen sehr eng zusammen“, so Faymann.

Einigkeit zeigten beide Regierungschefs auch in der Frage der Ratifizierung des Lissabonner Vertrages. „Keinesfalls dürfen Menschenrechte oder Ansprüche von Vertriebenen geschmälert werden. Eine Benachteiligung kommt für uns in keiner Form in Frage. Wir verstehen, daß es noch Diskussionen geben kann. Diese dürfen aber nicht auf dem Rücken der Vertriebenen ausgetragen werden. Wir werden daher sehr genau darauf achten, welche Formulierungen in der Schlußphase des Ratifizierungsprozesses vorgeschlagen werden“, so Faymann.

„Wir sind uns darin einig, daß die heutige gemeinsame Regierungssitzung einen wichtigen Beitrag zur weiteren Vertiefung der hervorragenden Beziehungen Österreichs und Ungarns darstellt. Unsere gemeinsamen Sitzungen sind ein Fixpunkt in den bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn. Wir haben daher vereinbart, diese einzigartige Zusammenarbeit auf höchster politischer Ebene in der schon bewährten Form fortzusetzen, so Faymann abschließend.

Bajnai: Zusammenarbeit in der bewährten Form fortsetzen

Der ungarische Ministerpräsident Gordon Bajnai hob die 100jährige gemeinsame Geschichte beider Länder und das beispielgebend gute Verhältnis zwischen Ungarn und Österreich für Europa hervor. Ebenfalls vorbildhaft sei die Kooperation im Bereich der Kultur, so Präsident Bajnai und nannte die deutschsprachige Universität in Budapest als Beispiel. Er sprach weiters seine Bedenken bezüglich der Effektivität der Europäischen Verwaltung aus und wünschte sich im diesem Zusammenhang die baldige Ratifizierung des Lissabon-Vertrags durch den tschechischen Präsidenten.

Beide Länder befürworteten, die Zusammenarbeit auf höchster politischer Ebene in der bewährten Form fortzusetzen. Im Zentrum künftiger Vorhaben steht unter anderem, einen integrierten Zugang zur nachhaltigen Entwicklung der Region herbeizuführen.

Spindelegger: Kräfte in der EU bündeln

„Bei der letzten gemeinsamen Regierungssitzung standen wir wenige Tage vor dem Schengenbeitritt Ungarns und heuer feiern wir 20 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs – beide Ereignisse zeigen die enorme Entwicklung, die die ungarisch-österreichischen Beziehungen in den letzten Jahren er-

fahren haben. Heute verbindet uns eine gewachsene und bewährte partnerschaftliche Nähe“, erklärte Außenminister Michael Spindelegger in Eisenstadt. Er und sein ungarischer Amtskollege Péter Balázs diskutierten insbesondere weitere Möglichkeiten zur Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei der Vorbereitung der EU-Präsidentschaft gewidmet, die Ungarn im ersten Halbjahr 2011 übernehmen wird. „In der Union der 27 gewinnen regionale Kooperationen immer mehr an Bedeutung. Gerade kleinere Staaten wie Österreich und Ungarn müssen ihre Kräfte bündeln, um ihre Interessen bestmöglich



LH Hans Niessl, Ungarns Ministerpräsident Gordon Bajnai und Bundeskanzler Werner Faymann (v.l.)

durchsetzen zu können. Unser gemeinsamer Einsatz für den Westbalkan, die exzellente konsularische Kooperation und die Zusammenarbeit im Rahmen der Regionalen Partnerschaft sind hierfür Erfolgsbeispiele. Ungarn kann auch in seiner Vorbereitung auf seinen ersten EU-Ratsvorsitz selbstverständlich auf unsere Unterstützung zählen“, so Spindelegger.

Der Außenminister betonte das große österreichische Interesse an der „Europäischen Strategie für den Donauraum“, die bis 2011 umgesetzt werden soll: „Wir werden gemeinsam daran arbeiten, um die EU-Donaustrategie zu einem Erfolgsprojekt des ungarischen EU-Vorsitzes zu machen. Wir wollen als Kernländer des Donauraums diese Chance bestmöglich nutzen, um das Zukunftspotential der gesamten Region auszuschöpfen.“

Ungarn und Österreich unterstrichen ihre Entschlossenheit, weiterhin dynamische Fürsprecher für die europäische Integration der Westbalkanstaaten bleiben zu wollen. „Sowohl der rasche Beitritt Kroatiens zur EU als auch die europäische Perspektive des restlichen Westbalkan liegen im vitalen Interesse unserer beiden Staaten“, sagte Spindelegger, der zugleich anregte, im Rahmen der Regionalen Partnerschaft Ungarns, Österreichs, Polens, Tschechiens, der Slowakei und Sloweniens wieder verstärkt Aktivitäten für die Westbalkanstaaten zu setzen. „Gerade für die Jugend dieser Länder, die ja die Zukunft dieser Region entscheidend mit gestalten wird, müsse noch mehr getan werden, etwa durch die Einrichtung eines Westbalkan-Stipendienfonds.“

Mitterlehner setzt auf verstärkte Kooperation

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner hat die Themen Energie und Tourismus sowie die EU-Dienstleistungsrichtlinie angesprochen. „Wir setzen große Hoffnungen in die anstehende nationale Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, die uns mehr Möglichkeiten für grenzüberschreitende Kooperationen bietet. Wir brauchen mehr Wettbewerb und weniger Protektionismus, um neues Wachstum zu fördern.“

Zudem betonte Mitterlehner den großen Stellenwert des Tourismus: „Die Nahmärkte sind wichtiger denn je. Umso erfreulicher wäre eine Verstärkung der gemeinsamen touristischen Aktivitäten.“ Zuvor hatte der in Ungarn für Tourismus zuständige Minister Zoltan Varga die österreichischen Tourismus-Initiativen im Donauraum gelobt und zugleich neue Möglichkeiten für Kooperationen angedacht – wie etwa grenzüberschreitende Radwege zwischen Österreich und Ungarn.

Ein weiteres zentrales Thema der Regierungssitzung war der Energiebereich. Mitterlehner betonte dabei die gemeinsame starke Rolle der beiden Länder für die geplante Nabucco-Pipeline: „Angesichts der steigenden Nachfrage nach Erdgas wird Europa durch Nabucco mit neuen und stabilen Gasmengen versorgt werden, während den Lieferstaaten die Vorteile des europäischen Marktes offen stehen“, so der Wirtschaftsminister. Wichtig sei zudem der Ausbau der europäischen Energienetze – wie etwa der Győr-Leitung, für die inzwischen vom Wirtschaftsministerium alle Genehmigungen für den österreichischen Teil erteilt worden sind. ■

Russische Unterstützung für Österreichs UNO-Vorsitz

Außenminister Michael Spindelegger traf russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in Moskau.

Außenminister Michael Spindelegger erklärte am 5. Oktober anlässlich seines Besuchs in Moskau, wo er in Vorbereitung auf Österreichs Vorsitz im Sicherheitsrat im November ein längeres Treffen mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow hatte: „Ich freue mich über die Bereitschaft Rußlands, uns bei unserem Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat tatkräftig zu unterstützen“, Österreich habe sich das konkrete Ziel gesetzt, „den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten wieder an die Spitze der UNO-Agenda zu stellen. Wir wollen unter unserem Vorsitz im Sicherheitsrat die bestehenden internationalen Schutz-Instrumente weiterentwickeln und modernisieren. Darfur, Sri Lanka, Kongo und andere rezente Konflikte zeigen, daß hier Handlungsbedarf besteht. Ich habe daher meinen Kollegen Lawrow, ebenso wie die anderen Partner im Sicherheitsrat, eingeladen dieses Vorhaben mitzutragen“, so Spindelegger weiter.

Beide Außenminister erörterten auch jene internationalen Themen, die den Sicherheitsrat in den kommenden Wochen und Monaten beschäftigen werden. „Gerade in bezug auf den Iran zeigt sich, daß Rußland ein unerläßlicher Partner ist und in der internationalen Zusammenarbeit eine bedeutende konstruktive Rolle einnehmen kann. Der Umstand, daß Rußland bereit ist, bei der kontrollierten Urananreicherung des Iran zu helfen, ist ein wesentlicher Bestandteil des geeinten Auftretens der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber Teheran. Wir bauen darauf, daß Rußland seine Rolle auch weiterhin verantwortungsvoll gemeinsam mit den Partnern im Sicherheitsrat wahrnehmen wird.“

„Energie ist und bleibt ein wesentliches Thema zwischen der Europäischen Union und Rußland“, betonte Spindelegger, der auf die Besorgnis verwies, daß es diesen Winter zu einer Neuauflage der Gaskrise kommen könnte. „Wir müssen sicherstellen, daß die europäischen Konsumenten nicht neuerlich Opfer eines bilateralen Gas-Streits zwischen Rußland und der Ukraine werden. Dabei werden wir aber den beiden Parteien – Rußland wie Ukraine – nicht ihre Verantwortung



Foto: HOPI-MEDIA / Bernhard J. Holzner

Außenminister Michael Spindelegger (l.) traf bei einem offiziellen Arbeitsbesuch in Moskau mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zu politischen Gesprächen zusammen. Thema war auch die Unterstützung für Österreichs UNO-Vorsitz.

abnehmen. Die EU und insbesondere auch die europäischen Bürger haben kein Verständnis dafür, wenn bilaterale Probleme auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Der kommende Winter ist eine Gelegenheit, um das Vertrauen Europas in die Energie-Partnerschaft mit Rußland wieder herzustellen“, so der Außenminister.

Gegenstand der Gespräche waren auch bilaterale Themen: „Unsere Beziehungen zu Rußland sind traditionell eng und freundschaftlich. Wie der zunehmende Tourismus und Handel zeigen, ist Österreich für Rußland ein gefragter Partner. So liegt seit 2000

die Wachstumsrate der Nächtigungen russischer Touristen in Österreich durchschnittlich im zweistelligen Bereich. Hier gibt es für beide Seiten noch viel Potential, das es zu nützen gilt“, so Spindelegger. Der Außenminister nutzte die Gelegenheit, die auch noch ausständige Restitution österreichischer Kulturgüter anzusprechen: „Wenngleich große Fortschritte erzielt wurden, ist die Rückgabe etwa der Bestände der jüdischen Gemeinde Wien noch ausständig. Ich vertraue darauf, daß hier eine rasche Lösung gefunden wird.“

<http://www.bmeia.gv.at>

Schlüsselfaktor in der langfristigen Stabilisierung des Balkans

Besuch von Außenminister Michael Spindelegger
in Pristina und bei Österreichs KFOR Soldaten

Österreich und den Kosovo verbindet von Anfang an eine freundschaftliche und enge Partnerschaft. Wir waren einer der Wegbegleiter des Kosovos in seine Unabhängigkeit und haben den damaligen schwierigen Prozeß unter der Leitung von Martti Ahtisaari tatkräftig unterstützt“, erklärte Außenminister Michael Spindelegger am 9. Oktober anlässlich seines Besuchs im Kosovo. „Der Kosovo ist ein Schlüsselfaktor in der langfristigen Stabilisierung des Balkans. Unser vorrangiges Ziel ist und bleibt ein friedlicher, multiethnischer Kosovo, in dem alle Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen oder religiösen Herkunft in Würde und Sicherheit leben können“, so der Minister.

Spindelegger weiter: „Das setzt allerdings voraus, daß sich die Regierung aktiv um die serbische Minderheit bemüht. Ein Test werden dabei die Lokalwahlen im November sein. Ich hoffe, daß die serbische Bevölkerung sich zahlreich an diesem Wahlgang beteiligt. Es muß das Ziel der Regierung in Pristina sein, aus diesen ersten Wahlen im Kosovo ein ermutigendes Zukunftssignal für alle Kosovaren zu machen“, unterstrich Spindelegger.

Der Außenminister traf bei seinem eintägigen Besuch mit dem Präsidenten des Kosovo, Fatmir Sejdiu, sowie mit Premierminister Hashim Thaci zusammen. Am Rande des Treffens mit Premierminister Hashim Thaci haben beide Politiker ein bilaterales Rahmenabkommen über Entwicklungszusammenarbeit unterzeichnet. Am Nachmittag hat Spindelegger den österreichischen KFOR Truppen und dem Kommandanten der KFOR-Mission, Generalleutnant Markus Bentler, einen Besuch abgestattet.

„Die EU-Perspektive gilt für die gesamte Region des Westbalkan – somit auch für den Kosovo“, betonte der Außenminister, der allerdings zugleich darauf verwies, daß der Kosovo noch enormen Herausforderungen gegenüberstünde: „Das Hauptaugenmerk muß auf die Stärkung der staatlichen Institutionen und den Aufbau eines Rechtsstaates liegen. Die internationale Gemeinschaft und



BM Michael Spindelegger (l.) mit dem Präsidenten von Kosovo, Fatmir Sejdiu.

allen voran die EU sind bereit zu helfen, allerdings muß die Regierung in Pristina auch die enge Zusammenarbeit mit EULEX-Mission suchen.“

Österreich unterstützt seit der Unabhängigkeit den Kosovo beim Aufbau staatlicher

Strukturen. Derzeit nehmen aus Österreich etwa 17 Polizistinnen und Polizisten, 2 Richter und 4 Justizwachebeamte an der Mission EULEX teil. Zudem stellt Österreich im Rahmen der KFOR Mission mit knapp 700 Soldaten das größte Kontingent aus einem Nicht-NATO Land. „Mit diesem internationalen Engagement im Kosovo leisten wir einen konkreten nachbarschaftlichen Stabilisierungsbeitrag für die gesamte Region“, erklärte der Außenminister.

„Österreich ist aber auch bilateral stark engagiert. Wir wollen gerade im Wirtschaftsbereich unsere Beziehungen gezielt ausbauen“, so Spindelegger, der darauf verwies, daß Österreich insbesondere in den Bereichen Versicherung, Banken, Energie und Bauwesen besondere Expertise anbieten könne. „Mit der heutigen Unterzeichnung eines Rahmenabkommens über Entwicklungszusammenarbeit setzen wir einen weiteren konkreten Schritt, um unsere Zusammenarbeit auf eine gestärkte institutionelle Basis zu stellen. Ich hoffe, daß wir auch bald Verhandlungen über ein Investitionsabkommen aufnehmen können.“

<http://www.bmeia.gv.at>



AM Spindelegger in einem KFOR Hubschrauber auf dem Flug nach Pristina.

»Österreich«-Eurobarometer

Der vorliegende Bericht präsentiert die Österreich-Ergebnisse der 71. Standard-Eurobarometer-Befragung, die vom 12. Juni bis 6. Juli 2009 durchgeführt wurde.

Die Österreicher sahen sich im ersten Halbjahr 2009 vor allem mit zwei Themen konfrontiert: Zum einen war dies die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen mittlerweile auch die Realwirtschaft und den nationalen Arbeitsmarkt erreicht haben, zum anderen die Europawahl am 7. Juni, der ein intensiver Wahlkampf vorausging.

Zum Zeitpunkt der letzten Eurobarometer-Befragung begann die Finanz- und Wirtschaftskrise gerade, sich global auszuweiten. Die im Oktober 2008 zur Verfügung gestellten staatlichen Garantien für Kredite zwischen den Banken waren ein erstes Indiz dafür, daß die Krise auch Österreich erreicht hatte. Nichtsdestotrotz waren die Österreicher und Österreicherinnen zuversichtlich. Dies bestätigte auch die letzte Eurobarometer-Standard-Welle 70, die u.a. zeigte, daß man in Österreich die wirtschaftliche Situation des Landes durchaus besser beurteilte als

andernorts in Europa. Doch es gab bereits erste Anzeichen für bevorstehende Verschiebungen infolge der Krise. Von Frühjahr auf Herbst 2008 befanden nur mehr 43 Prozent (-31 Pp) die Situation der europäischen Wirtschaftslage für gut, mehr als jeder zweite (54%) für schlecht. Noch schlechter beurteilten die Österreicher die Weltwirtschaft: hier stimmten lediglich 27 Prozent der Aussage zu, diese befinde sich in einem guten Zustand, 69 Prozent hielten sie bereits für schlecht. Gleichzeitig stellte sich heraus, daß die Österreicher sich angesichts der Krisentendenziell der Europäischen Union anzunähern begannen. 47 Prozent der Österreicher erkannten im Herbst 2008 in der Mitgliedschaft Österreichs Vorteile. Der Wert konnte sich im ersten Halbjahr 2009 halten.

Auch die Mitgliedschaft wurde vergangenen Herbst mit 39 Prozent besser bewertet, mittlerweile liegt der Wert bei 41 Prozent. Im Juli 2009 läßt sich konstatieren: Die

Wirtschaftskrise ist endgültig in den Köpfen der Österreicher angekommen. Eine Mehrheit von 63 Prozent schätzt mittlerweile die heimische Wirtschaftslage als schlecht ein. Auch hinsichtlich der europäischen bzw. globalen Wirtschaftssituation bestätigt sich der Abwärtstrend. Und obwohl sich die Situation am heimischen Arbeitsmarkt immer noch besser präsentiert als auf anderen europäischen Märkten, hat sich der positive Wert der Herbst-2008-Welle halbiert. Demnach nennen bloß noch 30 Prozent der Österreicher die Situation „gut“, 69 Prozent befinden sie für „schlecht“. Die Allgegenwärtigkeit der Wirtschaftskrise drückt sich auch in der Frage nach den beiden wichtigsten Problemen des Landes aus: Jeweils 43 Prozent der Österreicher nennen die prekäre wirtschaftliche Situation sowie die Arbeitslosigkeit als die zwei dringendsten Probleme, denen das Land im Juli 2009 gegenübersteht.

Entscheidungskompetenzen der EU



Grafik: Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Die mitunter stärksten Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise spürt man am jeweiligen nationalen Arbeitsmarkt; hier erwarten sich 52 Prozent der Österreicher eher mehr als weniger Entscheidungen auf europäischer Ebene, um gegen die steigende Arbeitslosigkeit anzugehen.

Österreich, Europa und die Welt

Das zentrale europapolitische Ereignis der ersten Jahreshälfte 2009 stellte die Wahl zum Europaparlament am 7. Juni dar. Dieser ging ein Wahlkampf voraus, der seinen Fokus zu einem überwiegenden Teil auf nationale Belange legte. Zentrale Themen des Wahlkampfes waren die Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit sowie die erhöhte Kriminalitätsrate in Österreich. Unter den wenigen EU-Themen nahm der EU-Beitritt der Türkei einen zentralen Platz ein. Auch spielte die Frage der Wahlbeteiligung den gesamten Wahlkampf hindurch eine wesentliche Rolle. Die allseits diskutierte Frage war, wie viele Österreicher sich von der Wichtigkeit der Rolle des Europäischen Parlaments überzeugen ließen und wie viele schließlich den Gang zur Urne antreten würden.

Wie erwähnt beherrschten beide Themen – Wirtschaftskrise wie Europawahl – im letzten halben Jahr die nationalen Medien und dürften somit einen nicht gering zu schätzenden Einfluß auf das allgemeine Meinungsbild sowie die Indikatoren dieser Befragungswelle haben. Über die detaillierten Auswirkungen soll der folgende Bericht Aufschluß geben. Eines bleibt jedoch vorab festzuhalten: Europa und die Europäische Union waren im letzten halben Jahr thematisch um ein Vielfaches stärker präsent im öffentlichen Diskurs als in den vorangegangenen Jahren. Direkt anschließend an diese Einleitung folgt eine Zusammenfassung der Hauptergebnisse. Danach sollen allgemeine Fragen sowie die Einschätzung der persönlichen Situation einen Ausgangspunkt zur weiteren Betrachtung der Ergebnisse liefern. Anschließend daran folgen die Ergebnisse zu einigen der Schlüsselfragen zur momentanen Wirtschaftskrise. Im Kapitel „Vertrauen in nationale und internationale Institutionen“ befaßt sich der Bericht mit einem weiteren zentralen Thema. Die Einstellungen der Österreicher zur Europäischen Union und ihren Institutionen bilden den zweiten Schwerpunkt des vorliegenden Berichts. Im Anhang befinden sich die technischen Spezifikationen sowie der nationale Fragebogen.

Allgemeine Stimmung und Ausgangslage

Die Österreicher definieren sich nach wie vor in erster Linie durch ihre nationale Identität (95%). Nichtsdestotrotz fühlen sich bereits 78 Prozent der Österreicher als Europäer. Dabei bewerten die Österreicher ihr Leben überdurchschnittlich positiv. 85 Prozent der Befragten sind mit ihrer persönlichen Lebenssituation zufrieden (EU: 77%). Trotz steigen-

der Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 2009 schätzen die Österreicher ihre persönliche berufliche Situation ebenfalls gut ein (67%, EU: 52%). Auch die finanzielle Situation des eigenen Haushalts sehen Herr und Frau Österreicher noch nicht in Gefahr; 71 Prozent (EU: 65%) sagen, diese sei gut.

Einschätzung Österreichs und Europas in der Krise

Wenn es um die Einschätzung nationaler und europäischer Stimmungen und Lagen geht, sind die Österreicher zunehmend pessimistischer. Blickt man auf diverse Konsumstatistiken, scheint die Wirtschaftskrise noch nicht real im Alltag vieler Menschen angekommen. Allerdings registrieren die Österreicher durchaus, daß sich national wie international die Lage zunehmend schlechter darstellt.

Nur noch 36 Prozent (-24 Pp) der Österreicher bewerten die heimische Wirtschaftslage positiv, 63 Prozent (+25 Pp) schätzen sie eher schlecht ein. Dabei sind es vor allem die älteren Mitbürger, die die nationale Wirtschaft zunehmend in Gefahr sehen, die jüngeren 15- bis 24jährigen sind hingegen am optimistischsten. Die Lage der europäischen Wirtschaft wird im Vergleich noch schlechter bewertet; 73 Prozent glauben, es gehe der europäischen Wirtschaft schlecht. Im Europaschnitt sind es 68 Prozent, die das sagen. Am schlechtesten aber wird die Situation der globalen Wirtschaft gesehen. Daß es ihr gut gehe, sagen nur noch 19 Prozent der Österreicher und 15 Prozent der Europäer.

Die Lage am heimischen Arbeitsmarkt wird ebenso wie die wirtschaftliche Situation zunehmend negativ gesehen. Die internationale Konjunkturkrise hat in den letzten Monaten zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt, dies haben auch die Menschen in Österreich registriert. Waren es im Herbst 2008 noch 61 Prozent, die dem österreichischen Arbeitsmarkt ein gutes Zeugnis ausstellten, sind es im Juli 2009 um die Hälfte weniger (30%). Dennoch liegt Österreich damit weit über dem EU-Durchschnitt (13%).

Mit Bezug auf diese Ergebnisse ist es nicht weiter überraschend, daß die Österreicher die gegenwärtige wirtschaftliche Situation sowie die Arbeitslosigkeit als die beiden wichtigsten Probleme nennen (jeweils 43%), denen sich Österreich als Land momentan stellen muß. Auf persönlicher Ebene empfinden die Österreicher hingegen die Inflation und die steigenden Preise als wichtigstes Problem (51%). An zweiter Stelle rangiert aber bereits die gegenwärtige prekäre wirtschaftliche Situation (25%).

Erwartungen an die nächsten 12 Monate

Wenn es um die nächsten 12 Monate geht, sind die Österreicher reserviert optimistisch. Vor allem für die persönlichen Bereiche „Leben im Allgemeinen“, „finanzielle Situation des Haushalts“ und „persönliche Berufssituation“ erwarten sich die Österreicher mehrheitlich, daß diese unverändert bleiben. Arbeitslose und Studenten gehen am ehesten von einer Veränderung in diesen Bereichen im nächsten Jahr aus. Auf Österreich und Europa sehen die Österreicher deutlich turbulenteren Zeiten zukommen. So glaubt bereits mehr als jeder Dritte, daß sich die österreichische Wirtschaft im nächsten Jahr verschlechtern wird (36%). Dem halten 23 Prozent entgegen, die an einen Konjunkturaufschwung glauben. Dennoch sind auch in dieser Frage jene in der Mehrheit, die von einer Stagnation der nationalen Wirtschaft ausgehen (39%). Dies erscheint in Zeiten der Konjunkturkrise, die ein hohes Maß an Instabilität und Unsicherheiten mit sich bringt, doch auffällig.

Für den europäischen Wirtschaftsraum befürchten 41 Prozent der Österreicher eine Verschlechterung in den nächsten 12 Monaten. Europaweit teilen nur 28 Prozent diese Meinung, insgesamt glaubt eine Mehrheit der Europäer an eine stabile Entwicklung der europäischen Wirtschaft trotz Krise.

Auch die Entwicklung, die der nationale Arbeitsmarkt im nächsten Jahr nehmen wird, wird von einem großen Teil der Österreicher negativ gesehen (45%). Insbesondere die Selbständigen fürchten hier eine Verschlechterung am Arbeitsmarkt (51%). Auffallend ist, daß die jüngeren Österreicher in allen Fragen tendenziell optimistischer sind als die älteren. Nicht nur schätzen die 15- bis 24jährigen ihre eigene Situation am positivsten ein, sondern sie gehen auch eher von Verbesserungen oder zumindest einer stabilen Lage für die nächsten 12 Monate aus.

Vertrauen in nationale und internationale Institutionen

Wie auch in dieser Befragungswelle, liegen die Österreicher traditionell über dem EUDurchschnitt, wenn es um das Vertrauen in nationale Institutionen geht. Die Justiz genießt in dieser Frage das größte Vertrauen (73%, EU: 48%). Den politischen Parteien vertrauen in Österreich 40 Prozent der Menschen, der Wert ist damit leicht im Steigen begriffen. Europaweit vertrauen lediglich 19 Prozent aller Europäer den politischen Parteien ihres Landes. Der österreichischen Bundesregierung und dem österreichischen

Österreich, Europa und die Welt

Nationalrat vertrauen weit mehr als die Hälfte aller Österreicher (jeweils 58%). Damit liegt Österreich auch in dieser Frage deutlich über dem EU-Durchschnitt (jeweils 32%).

Das Vertrauen in die Europäische Union bleibt im Vergleich zu den vorherigen Befragungen weitestgehend konstant, steigt sogar leicht an (44%, +2 Pp). Dennoch gibt es in Österreich eine relative Mehrheit, die der EU nicht vertraut (49%). Am stärksten vertrauen die Länder Ostmitteleuropas der EU, allen voran Estland (68%), die Slowakei und Rumänien (jeweils 65%). Europaweit erreicht der Vertrauenswert im Juli 2009 erneut 47 Prozent und erweist sich somit trotz Krise und Europawahl erstaunlich stabil. Der UNO vertrauen abschließend 57 Prozent in Österreich, das damit einmal mehr über dem EU-Durchschnitt liegt (53%).

Österreichs Mitgliedschaft in der EU

Der leichte Aufwärtstrend, der sich in den beiden zentralen Fragen nach der Einschätzung der Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union zuletzt zeigte, hält auch im Juli 2009 weiter an. 41 Prozent (EU: 53%) der Österreicher finden, die Mitgliedschaft Österreichs in der EU sei eine gute Sache, 38 Prozent (EU: 28%) sind unentschieden und lediglich 19 Prozent (EU: 15%) geben an, sie wäre eine schlechte Sache. In der Frage, ob Österreichs Mitgliedschaft dem Land Vorteile verschaffen würde, antworten erneut 47 Prozent (EU: 56%) zustimmend, für 43 Prozent (EU: 31%) ist dies nicht der Fall. Auffallend ist, daß sowohl die österreichischen wie auch die europäischen Werte in beiden Fragen erstaunlich stabil sind. Wirtschaftskrise und Europawahl dürften sich somit weder besonders positiv noch negativ auf die grundsätzliche Einstellung der Bevölkerung zur Union ausgewirkt haben.

Ebenfalls erwähnenswert ist der lineare Abwärtstrend, der in beiden Fragen in Österreich mit höherem Alter sichtbar wird. Schätzen beispielsweise noch 55 Prozent der 15 bis 24-jährigen die Mitgliedschaft Österreichs als eine gute Sache ein, sind es nur mehr 36% Prozent der über 55-jährigen, die dies so sehen. Auch das Image der EU steigt in Österreich leicht an: 34 Prozent haben ein positives, 28 Prozent ein negatives Image. EU-weit genießt die Union bei 45 Prozent der Europäer ein positives Image, bei 16 Prozent hingegen ein schlechtes.

Wenig überraschend sind die beiden Top-Assoziationen, die die Österreicher im Zusammenhang mit der Europäischen Union haben. Für 55 Prozent bedeutet die EU zu-

nächst der Euro als Einheitswährung, für 46 Prozent die Freiheit, überall in der EU zu reisen, zu studieren und zu arbeiten. Ex aequo am zweiten Platz liegt allerdings bereits die Assoziation mit einer höheren Kriminalitätsrate, die besonders unter den älteren Mitbürgern stärker ausgeprägt ist.

Institutionen der Europäischen Union

Ähnlich wie die nationalen Institutionen sind auch die Institutionen der Europäischen Union in Österreich überdurchschnittlich bekannt. Das Europaparlament erreicht dabei einen Bekanntheitswert von 89 Prozent (EU: 89%), die Europäische Kommission von 83 Prozent (EU: 78%) und die Europäische Zentralbank kennen in Österreich 86 Prozent (EU: 75%).

Leicht über dem EU-Durchschnitt ist im Wahljahr 2009 das Vertrauen der Österreicher ins Europaparlament (50%, EU: 48%). Der Europäischen Kommission vertrauen 43 Prozent der Österreicher (EU: 44%). 45 Prozent vertrauen der Kommission eher weniger, ein Wert, der vor allem von den älteren Mitbürgern und Frauen forciert wird. Der Europäischen Zentralbank vertrauen in Zeiten der Krise 58 Prozent der Österreicher. Österreich liegt dabei weit über dem EU-Durchschnitt von 44 Prozent.

Demokratie und Mitsprache

Die Österreicher haben mehrheitlich das Gefühl, ihre Stimme zähle zwar etwas im eigenen Land (69%), jedoch nicht, daß ihre Stimme in Brüssel gehört würde: nur 37 Prozent stimmen der Aussage „Meine Stimme zählt in Europa“ zu. Eine relative Mehrheit der Österreicher befürchtet außerdem, daß Österreichs Stimme innerhalb der EU nicht genug zählt (48%). Daß Österreichs Interessen in Brüssel berücksichtigt werden, glaubt folgerichtig nur jeder Dritte (32%).

Beurteilung wichtiger EU-politischer Bereiche

Entgegen dem Trend, die EU vor allem als technokratisches, wirtschaftliches und lobbyistisches Projekt wahrzunehmen, beurteilen die Österreicher die Union gerade in den Bereichen Forschung (Mittelwert: 5,6 auf einer 10stufigen Skala, auf der 1 „sehr schlecht“ und 10 „sehr gut“ bedeutet), Demokratie (Mittelwert: 5,6) und Gesundheit (Mittelwert: 5,3) am besten. Auch bei der Gewährleistung der Energieversorgung beurteilen die Österreicher die Arbeit der Union gut (Mittelwert: 5,3). Am schlechtesten hingegen bewerten die Österreicher die Leistung

der EU in den Bereichen Arbeitslosigkeitsbekämpfung (Mittelwert: 3,9), Kriminalitätsbekämpfung (Mittelwert: 4,3) und der Gewährleistung wirtschaftlichen Wachstums (Mittelwert: 4,5). Eine Mehrheit der Österreicher (71%) spricht sich weiters für eine Europäische Währungsunion mit dem Euro als einheitliche Währung aus. Die Erweiterungsskepsis ist in Österreich weiter hoch: nur jeder vierte Österreicher könnte sich die Aufnahme weiterer Länder in die Union vorstellen, 67 Prozent reagieren ablehnend.

Zukunft der EU

Interessanterweise wünschen sich die Österreicher durchgehend in allen abgefragten Bereichen mehr Entscheidungen auf europäischer Ebene. Insbesondere in den Bereichen Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung sowie der Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Innovation erkennen die Österreicher zunehmend die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Zusammenarbeit. Allerdings gilt es, das Subsidiaritätsprinzip stets zu berücksichtigen: Die Österreicher erwarten sich von der EU vor allem einen gewissen Nutzen und ein effizientes Reagieren auf ihre Alltagssorgen, und sie erwarten sich von der EU augenscheinlich, in jenen Bereichen besonders aktiv zu werden, in denen der Nationalstaat nicht mehr alleine effizient reagieren kann. Dies stellt sich gerade in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise deutlich dar.

Bekanntheit des EU-Vorsitzes

Die Österreicher sind überdurchschnittlich gut über die jeweiligen Ratspräsidentschaften informiert. Von der tschechischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009 haben immerhin 55 Prozent der Österreicher – und damit deutlich mehr als im europäischen Durchschnitt (34%) – gehört oder gelesen. Besser informiert sind im Ländervergleich nur die Slowaken (68%), am schlechtesten die Briten (13% haben von der Präsidentschaft etwas gehört oder gelesen, 86% nicht). Über die Präsidentschaft Schwedens ab 1. Juli haben in Österreich zum Zeitpunkt der Befragung – die im übrigen vor 1. Juli zu Ende war – 41 Prozent etwas gehört oder gelesen. Auch hier liegt Österreich erneut über dem EU-Durchschnitt (21%).

Diese Studie

wurde im Auftrag der Generaldirektion Kommunikation durchgeführt und auch von dieser koordiniert. Dieser Bericht wurde für die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich verfaßt.

Franz Fischler erläutert

Der ehemalige EU-Kommissar, er war für den großen Bereich Landwirtschaft zuständig, hatte anlässlich der Tagung des Auslandsösterreicher-Weltbundes in Innsbruck (*siehe Ausgabe 76*) in einem Vortrag die Ergebnisse der Eurobarometer-Studie erläutert. Lesen Sie hier seine Beantwortung einiger Publikumsfragen.

Was machen die nationalen Institutionen und wofür übernehmen diese die Verantwortung? Was sind Gemeinschaftsaufgaben?

Fischler: Einer der großen Vorteile des Vertrages von Lissabon ist es, daß mit ihm eine substantielle Verbesserung zustandekommt. Aber der Bereich, in dem es auch in Zukunft die meisten Schwierigkeiten geben wird, sind jene Aufgaben, die weder der Nationalstaat, noch die Gemeinschaft für sich lösen können: die gemeinsamen – und in Wahrheit die wirklich großen Aufgaben.

Ein Beispiel: Es leuchtet wohl jedem ein, daß Österreich die Wirtschaftskrise für sich allein nicht lösen kann. Aber es leuchtet auch jedem ein, daß sie in Brüssel genauso wenig gelöst werden kann – sondern, daß es darauf ankommt, klarzulegen, wie die unterschiedlichen Ebenen eine solche Krise miteinander lösen können.

Da kommt dann die sogenannte Koordinationsfunktion ins Spiel. Es muß praktisch jeder mit jedem reden, sonst ist das Ende der Geschichte, daß wieder jeder gegen jeden losgeht, daß man sich abzuschotten beginnt – wie man ja da und dort schon als mögliche Lösung hören kann. Man setzt, wie es heißt, dann wieder auf die eigene Kraft und gibt sich Illusionen hin, daß man übernationale Aufgaben auf einmal beginnt, national zu lösen. Dasselbe gilt für Themen wie den Klimawandel oder die Energiepolitik, die ja auch unmittelbar zusammenhängen.

Es wird oft eine „sozialere Union“ gefordert. Kann die EU so etwas umsetzen?

Fischler: Alleine das Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland ist zu Zeit höher als

das gesamte EU-Budget für alle Bereiche. Da kann man sich also vorstellen, daß eine reine Übertragung der Aufgaben auf europäische Ebene nicht sehr viel weiterhelfen wird, weil man dafür kein Geld zur Verfügung hat. Da wird dann entgegengehalten, man könnte doch einiges koordinieren. Ja, das ist zweifellos richtig, aber trotzdem fehlt es zur Zeit

bald einmal einer diese, nach welchen Regeln auch immer, passiert hat, dann ist er innerhalb der EU gleich zu behandeln. Und es ist verständlich, daß sich der Bürger dagegen auflehnt. Das sind also Beispiele für Prüfsteine, an denen sich zeigen wird, wie die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Nationalstaaten und der EU sinnvoll be-

werkstelligt werden kann. Diese Fragen werden Europa die nächsten zehn Jahre bestimmen.

Warum ist es beim österreichischen Bürger nicht angekommen, daß unser Land der große Gewinner in der EU ist?

Fischler: Es ist schon richtig, daß eine – einigermaßen korrekte – Information die Basis für ist. Wenn man den Bürgern Dinge erzählt, die so einfach nicht stimmen oder einfach die Information zu wenig ist, ist es schwierig, einen

guten Eindruck zu hinterlassen. In dieser Richtung passieren auch Fehler. Ich glaube aber, daß auch eine noch so korrekte und noch so gute Information und auch noch so klare Fakten nicht ausreichen, um die Einstellung der Bevölkerung gewinnen zu können. Wir sollten nicht unterschätzen, daß, zum Beispiel, das Wahlverhalten von Menschen sehr stark emotional und nicht nur rational gestaltet ist. Da spielen Sympathie und Antipathie, da spielen Vorurteile, Erfahrungen eine gewaltige Rolle – bishin zur Angst. Wenn wir heute feststellen, wir brauchen Europa zur Bewältigung der Krise, ist dies sicher aus der Angst geboren, daß wir in ähnlichen Verhältnissen landen könnten, wie in der großen Krise in den 30er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Es ist sicher auch ein Problem, daß eine wachsende



Franz Fischler bei der Erläuterung des Eurobarometers in Innsbruck.

daran, daß es dem einzelnen Bürger klargemacht wird, welchen Teil der sozialen Frage der eigene Staat in Angriff nimmt und was woanders erledigt werden soll. Da bleibt dann der müde Eindruck beim Bürger, daß Europa zuständig ist, er aber „von Europa“ zu hören bekommt, daß es auch nicht zuständig ist. Wenn ich ein Arbeitsloser bin, hilft mir das nicht wahnsinnig viel weiter, weil ich den Eindruck habe, ich bin der Bauer am Schachbrett, der hier herumgeschoben wird. Deshalb ist die Frustration dem eigenen Staat und Europa gegenüber immer größer.

Ein weiteres Beispiel ist die Immigration. Es ist für die Bürger nicht nachvollziehbar, daß es an den verschiedenen „Eingangstoren“ zur Europäischen Union unterschiedliche Vorschriften gibt, unter welchen Voraussetzungen jemand diese „Türe“ passieren darf. So

Österreich, Europa und die Welt

Angst vorherrscht, andere Kräfte in der Welt über das entscheiden, was in der Welt Sache ist und immer weniger Europa. Es gibt genügend Studien, die sagen, wenn die aktuelle Entwicklung noch zehn oder 15 Jahre so läuft, wirtschaftlich Europa nur noch die Nummer 4 sein wird auf der Welt. Und wenn man hört, wie weit die außenpolitischen Meinungen innerhalb der europäischen Staaten auseinandergehen, wenn jeder seine eigenen außenpolitischen Süppchen kocht und das alles nach wie vor wichtiger ist, als einen gemeinsamen Sitz im Sicherheitsrat zu haben, dann ist das letztlich auch aus einer gewissen Sorge, wenn nicht sogar aus einer Angst vor der Zukunft heraus geboren. Man muß aber schon feststellen, daß Kommunikation ein zweiwegiger Prozeß ist: etwas, wo ich als Bürger einen Adressaten habe, wo ich weiß, daß ich mit dorthin mit einer Frage wenden kann. Da sind noch echte Mankos vorhanden. Und wenn man diese emotionale Seite ignoriert, dann darf man sich nicht wundern, daß die Sache nicht funktioniert. Schauen wir zurück in die Geschichte des 19. Jahrhunderts, im wesentlichen die Geburtsstunde der Nationalstaaten – deren Konstitutiva waren hauptsächlich Feinde von außen. Und diese Phänomene sind ja nicht einfach verschwunden, die gibt es ja noch. Und all das muß man berücksichtigen, wenn man in Europa weiterkommen will.

Sind die Europa-Befürworter eher Jugendliche, oder mehr Ältere?

Fischler: Wenn sie die 38 Prozent der Bevölkerung nehmen, die für die EU sind und diese nach Altersklassen ordnen, dann sehen Sie, daß der relative Prozentsatz bei den unter 20jährigen doppelt so groß ist, wie bei den über 60jährigen. Tendentiell ist nach wie vor die jüngere Generation stärker pro Europa als die ältere. Wenn Sie das nach Geschlechtern aufgliedern, dann sind es weniger Frauen, die dafür sind, als Männer.

Am Beispiel Gentechnik hat man den Eindruck, die EU möchte Österreich etwas aufzwingen. Warum stellt sich das so dar?

Fischler: Man muß erst einmal unterscheiden, von welcher Art der Gentechnik man spricht. Es gibt, etwa in der Pharmaindustrie, jede Menge Gentechnik, gegen die sich kein Mensch aufregt. Im Gegenteil, große Pharmaunternehmen, wie die Novartis, stellen kein einziges Medikament mehr her, das nicht auf der Gentechnik basiert. Sie meinen mehr die „grüne“ Gentechnik, also die Verwendung in der Landwirtschaft. Dazu sage



Foto: Österreich Journal

Franz Fischler: »Beim Thema Gentechnik steckt die EU in einem Dilemma.«

ich Ihnen einfach meinen Standpunkt: Das, was die „grüne“ Gentechnik bisher kann, da sehe ich praktisch keinen Nutzen für den Konsumenten. Denn es gibt, im großen und ganzen, nur drei Konzepte. Das eine beruht darauf, daß man mithilfe von Gentechnik eine Pflanze gegen ein Pflanzenschutz- oder Unkrautvernichtungsmittel resistent macht. Das sind dann die sogenannten „Roundup-Ready Soja Beans“. Das gibt es natürlich auch für Mais und jede Menge anderer Pflanzen.

Das zweite Konzept ist die Einpflanzung eines Gens – hauptsächlich – in den Mais, das dazu führt, daß der Pflanzensaft im Stängel für gewisse Schmetterlingslarven giftig wirkt. Damit wird ein wichtiger Schädling des Mais geschützt. Auch hier ist der Nutzen für den Konsumenten gleich Null. Noch dazu, wo er auch nicht billiger ist, als der andere. Somit kann ich jeden Konsumenten verstehen, der sagt: Ich brauche keine Gentechnik, ich will Gentechnik-freie Produkte kaufen. In Europa hat man diesem Wunsch auch Rechnung getragen, indem man gesetzlich eine entsprechende Kennzeichnung vorgegeben hat. Obwohl wir damit auch ein wenig unglaublich sind. Soll, zum Beispiel, in Österreich, gentechnisch veränderter Mais dazu verwendet werden, ein Schwein zu füttern, dann ist das verboten. Wenn ich Fleisch von einem mit gentechnisch verändertem Mais gefütterten Schwein verkaufe, ist das nicht verboten. Das ist österreichische Lo-

gik. Ich würde empfehlen, das ein wenig gelassener zu sehen und nicht auf die Versprechungen der Gentechnik-Lobby zu sehr zu hören, sondern den Hausverstand walten zu lassen. Worauf man aber als Konsument wirklich bestehen muß, ist, daß ich auf einfache Art und Weise erkennen kann, ob ich ein Produkt kaufe, das gentechnisch veränderte Organismen enthält, oder nicht. Das ist also bereits gesetzlich geregelt.

Streit hingegen gibt es noch, wenn es darum geht, ob der Bauer die Freiheit hat, zu entscheiden, ob er gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen will, oder nicht. Das Teufelische an der Geschichte ist aber, daß manche Bauern, die das nicht wollen, damit rechnen müssen, daß die ihren von den Nachbarfeldern infiziert werden – weil sich der Anrainer eben für gentechnisch veränderte Pflanzen entschieden hat. Da muß man entsprechende Vorkehrungen treffen, weil das so nicht der Fall sein kann. Da ist die EU bisher der Meinung gewesen, daß diese Aufgabe, wie man das regelt, den einzelnen Mitgliedsstaaten überlassen wird. Diese haben aber keinen Gefallen daran gefunden, sondern versuchen jetzt ständig, diese Aufgabe zurück nach Brüssel zu schicken. Das Problem soll dort gelöst werden. Da ist nun die Union als Ganzes in einem gewissen Dilemma, denn von Staats wegen zu verbieten, „grüne“ Gentechnik einzusetzen, ist nur durchsetzbar, wenn zunächst ein Risiko nachgewiesen wird. Dieses muß nicht groß

Österreich, Europa und die Welt

sein, aber irgendein Risiko, das wissenschaftlich erkannt wird, muß gegeben sein. Bis jetzt hat dieses Risiko niemand nachgewiesen, noch dazu, wo derzeit weltweit 200 Millionen Hektar mit gentechnisch veränderten Sorten bebaut werden. Wenn nun die EU akzeptieren würde, daß dies einzelne Mitgliedsstaaten einfach verbieten, würde dies ein Panel vor der World Trade Association (WTO) und Hunderte Millionen Euro an Strafzöllen nach sich ziehen. Dadurch ist die EU gewissermaßen Gefangene ihrer eigenen Mitgliedsstaaten, die nämlich als Mitglieder der WTO jeder einzeln und für sich diese Regelung mit dem nachweisbaren Risiko unterzeichnet haben.

Ist die Europäische Union zu schnell gewachsen?

Fischler: Stellen Sie sich vor, man hätte gesagt, man solle mit der großen Erweiterung noch weiter zuwarten. Und dafür hat es wohl viele Argumente gegeben wie: die Demokratien dort sind noch nicht reif genug, die fangen ja erst an, Demokratie zu lernen, etc., etc. Doch welcher verantwortungsvolle Politiker wäre das Risiko eingegangen, das in einer solchen Konzeption durchaus vorhanden ist, daß es am Ende des Tages auch in eine ganz andere Richtung gehen könnte, weil ja Rußland und andere Interessen nicht schlafen. Auch China macht ja Werbung für sein Gesellschaftsmodell. Von daher glaube ich, war es vollkommen richtig, diese Erweiterung zu realisieren – wissend, daß man sich da einige Schwierigkeiten einhandelt. Was jetzt fehlt, ist, daß zu wenig darüber nachgedacht wird, wie man die nächsten Schritte setzen soll.

Ist das vereinte Europa schon greifbar, oder ist es noch weit entfernt?

Fischler: Wenn es uns gelingt, die Jugend dazu zu bewegen, zu sagen, „Europa ist cool“, haben wir schon sehr viel erreicht. Aber das gelingt zur Zeit zu wenig, und zwar deshalb, weil man sich zu stark zum Teil in bürokratiebeladenen Projekten verfängt und nicht zu wirklichen Lösungen kommt sondern zu Kompromissen, die dann von den Menschen als eher „faule“ Kompromisse empfunden werden. Auch da spielt viel Emotionales eine Rolle. Und es gibt derzeit auch zu wenig Leadership auf den politischen Bühnen – gerade in Europa. Die Spin-Doktoren haben viel zu sehr das Sagen und es wird zu wenig langfristige Politik gemacht. Die wirklichen Probleme, die wir haben, sind aber auch nicht von heute auf

morgen zu lösen. Es ist richtig, da stecken wir in einem gewissen Dilemma. Wie kommen wir da heraus? Ich denke, es kann nur mit konkretem Handeln reagiert werden. Und den Mitgliedsstaaten muß klar werden, daß den Menschen gesagt werden muß, daß das gemeinsame Europa zur Lösung von Problemen beiträgt und nicht verursacht.

Wo liegen die Grenzen Europas?

Fischler: Man kann darüber viel philosophieren. Um es einfach zu machen, bringe ich ein Zitat von einem unverdächtigen Zeugen, damals noch ein gewisser Josephus Ratzinger, heute Papst Benedikt XVI. In einer Bischofssynode in Rom hat eben diese Frage Kardinalprimas Jozef Glemp von Polen gestellt mit dem Hintergrund, ob da vielleicht sogar einmal Rußland dazugehören könnte. Ratzinger sagte damals: „Europa kann man nicht geographisch definieren, Europa kann man nur historisch, besser kulturell bestimmen.“ In Wirklichkeit sollte man, was die Europäische Union angeht, kleinere Brötchen backen und bescheidener sein. Denn, wenn man ehrlich ist, ist es genauso eine Fiktion, wenn man EU und Europa identisch setzt. Auf Jahrzehnte und auf jede abschätzbare Zeit hin ist es undenk- und nicht machbar, daß alle geographisch in Europa liegenden Staaten Mitglieder der Union sein können. Da brauche ich noch gar nicht über Rußland philosophieren. De facto ist es so, daß die Balkan-Staaten eine Zusage haben, sie könnten früher oder später Mitglieder werden, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen. Die meisten erfüllen diese nicht, es wird also eher später als früher sein. Natürlich können die Schweiz und Norwegen jederzeit beitreten – Nettozahler sind immer herzlich willkommen – aber dann ist im großen und ganzen Schluß. Es kann sich, zumindest nach jetzigen Gegebenheiten, kein Mensch vorstellen, daß man ein Land wie die Ukraine, Moldawien oder Weißrußland in die Union aufnimmt. Das ist auf absehbare Zeit undenkbar – außer, man würde eine ganz andere EU im Auge haben.

Sie dürfen nicht vergessen: Ein ganz wesentlicher Bestandteil des Funktionierens der EU derzeit ist das, was man „Kohäsionspolitik“ nennt, sprich, daß man versucht, den ärmeren Regionen unter die Arme zu greifen, so daß sie sich besser entwickeln können und sich allmählich, so ist zumindestens die Hoffnung, an den Durchschnitt der Union annähern. Das hat ja in verschiedenen Regionen, denken Sie an Irland, an den Raum Lissabon, denken Sie an Südspanien, einige Streck-

ken hindurch auch ganz gut funktioniert. Wenn Sie diesen Stammpfeiler der Union beibehalten wollen, werden Sie unter den Mitgliedsstaaten keinen finden, der bereit wäre, etwa die Ukraine zu finanzieren. Und das trifft dann besonders auf Staaten zu, bei denen man darüber streiten kann, ob sie überhaupt zu Europa gehören, wie dies bei der Türkei der Fall ist.

Warum Brüssel und Straßburg?

Fischler: Jeder vernünftige Mensch wird fragen, warum machen die drei Wochen Parlament in Brüssel und eine Woche in Straßburg – und das jeden Monat? Es ist ja nicht nur, daß die Akten der Parlamentarier hin- und hergeführt werden müssen, auch jeder Kommissar hat in Straßburg ein eigenes Büro. Es ist nicht zu verstehen – mit Ausnahme der Tatsache, daß bei der Gründung der Europäischen Union die Franzosen darauf bestanden haben, daß es einen französischen Standort geben muß. Das steht mit Straßburg in den europäischen Verträgen – und ist nur mit Zustimmung der Franzosen dort wieder herauszubekommen, weil das einen einstimmigen Beschluß erfordert. Bis heute hat niemand etwas nennen können, was man den Franzosen Gutes tun könnte, damit sie auf den Standort Straßburg verzichten würden.

Wie kann es sein, daß man das Gefühl hat, daß die eigenen EU-Abgeordneten nicht die „erste Wahl“ sind, wenn sie nach Brüssel geschickt werden?

Fischler: Um es ein wenig bildlich darzustellen: Wenn Sie die ORF-Fernsehsendung „Zeit im Bild 1“ nehmen, die hat eine Sendedauer von 20 Minuten. Wenn Sie nun die Zeit, etwa für den Wetterbericht und ähnliches abziehen, bleiben vielleicht 10 Minuten für politische Beiträge übrig. Jetzt stellen Sie sich einmal vor, was – auch – in Wien passieren würde, wenn zumindest einmal pro Woche der österreichische Europapolitiker zu Wort käme. Alle Pressesprecher der Minister würden gemeinsam beim ORF anrufen, und fragen, was denn das für eine Schweinerei wäre. Es gäbe doch wichtigere Themen. Denn die nationalen Themen sind immer noch wichtiger als die europäischen. Da sollen sie ein Magazin machen, um 23 Uhr 50, oder so. Das ist die Realität, diese Frage entscheidet sich nicht allein am Vermögen oder Unvermögen der Europapolitiker, sondern auch daran, wieviel Europa die nationale Politik in der Information überhaupt zuläßt. ■

Europa nachhaltig kommunizieren

Österreich und die EU – auch knapp 15 Jahre nach dem Beitritt unseres Landes ist dieses Verhältnis von Ambivalenz geprägt.

Obwohl gerade Österreich von EU-Mitgliedschaft und EU-Erweiterung profitiert hat, ist der öffentliche und mediale Diskurs in nicht unbeträchtlichem Ausmaß von EU-Kritik, ja ausgeprägter Skepsis beherrscht. Ein paradoxes Phänomen, schließlich zeigen Umfragen, daß eine Mehrheit der ÖsterreicherInnen der EU-Mitgliedschaft positiv gegenübersteht.

Die Zustimmung zum EU-Beitritt im Juni 1994 war nicht zuletzt das Resultat einer gemeinschaftlichen Informationsarbeit von Regierung, Sozialpartnern, Interessensvertretungen, Vereinen und Initiativen – ein positiver Schwung, der jedoch nach dem Beitritt zusehends an Elan eingebüßt hat. Kontinuierliche Information ist aber angesichts der komplexen Strukturen und Abläufe auf europäischer Ebene eine grundlegende Voraussetzung, um Sinn und Mehrwert des Europäischen Integrationsprozesses zu vermitteln.

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) ist bestrebt, diesem Grundsatz entsprechend, die europäische Integration breiten- und öffentlichkeitswirksam zum Thema zu machen – Europa nachhaltig zu kommunizieren. Als parteipolitisch unabhängige Plattform auf sozialpartner-schaftlicher Basis hat die ÖGfE die wesentlichen Schritte des Integrationsprozesses begleitet, wobei der EU-Beitritt, die Einführung des Euro sowie die Erweiterung besondere Schwerpunkte darstellten.

In den vergangenen Monaten stand die Informationsarbeit zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mittelpunkt der Aktivitäten. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, der Vertretung der Europäischen Kommission und dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Wien waren österreichweit drei Wanderausstellungen auf Tour. Bei rund 170 Diskussionsveranstaltungen an Schulen konnten mehr als 25.000 SchülerInnen direkt erreicht werden. Weiters war die ÖGfE auf Bildungs- und Seniorenmesse sowie in 31 Wiener Pensionistenwohnhäusern mit einem umfangreichen Informationsangebot vertreten.

Im Rahmen der Aktion „Europaschirm“, getragen von der Wirtschaftskammer Österreich und dem Österreichischen Gemeinde-



Paul Schmidt,
Geschäftsführender
Generalsekretär der ÖGfE

bund, konnte das Thema „Europäische Integration“ direkt in rund 120 Gemeinden transportiert werden.

Die gestiegene Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament macht deutlich, daß die EU in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise im Bewußtsein der Menschen an Relevanz gewonnen hat. Wie Umfragen der ÖGfE zeigen, ist die Zahl jener, die für den Verbleib Österreichs bei der EU eintreten, auf 72 Prozent gestiegen. Ebenso meint eine Mehrheit, daß die Zusammenarbeit auf EU-Ebene bester Garant ist, der Krise zu begegnen.

Trotz positiver Tendenz gibt es nach wie vor gravierende Kommunikationsdefizite, wenn es gilt, den Mehrwert des Integrationsprozesses zu vermitteln. So sind etwa der Vertrag von Lissabon oder die EU-Erweiterung in der öffentlichen Wahrnehmung oft negativ besetzt. Weiters herrscht Unklarheit darüber,

welche Bereiche auf nationalstaatlicher Ebene geregelt werden und wo die EU zuständig ist. Von Medien und politisch Verantwortlichen wird schließlich nicht selten verschwiegen, daß Österreich bei EU-Entscheidungsprozessen gleichberechtigt eingebunden ist und mitentscheidet.

All diese Aspekte bilden einen potentiellen Nährboden für EU-Skeptizismus. Daher ist weiter kontinuierliche Informationsarbeit gefragt. Wesentlich sind ein zielgruppengerechter Ansatz sowie ein offener Dialog über Vorteile und Defizite des Integrationsprozesses. Es muß deutlich gemacht werden, wie gerade der/die einzelne im täglichen Leben von der Mitgliedschaft profitiert. Ein klares Bekenntnis der Entscheidungsträger zu Europa, ein Zusammenwirken aller maßgeblichen Akteure, wäre vonnöten.

Die ÖGfE sieht sich einer offenen EU-Informationsstrategie verpflichtet. Erfolgreiche Initiativen wie die Informationsarbeit für Jugendliche und Senioren sollen gemeinsam mit unseren Partnern intensiv fortgeführt, Strategien zum Dialog mit explizit EU-skeptischen Gruppen entwickelt werden. Die ÖGfE lädt alle herzlich ein, sich an diesem Dialog über den Europäischen Integrationsprozeß zu beteiligen.

Neuer Generalsekretär

„Der Europäische Integrationsprozeß betrifft uns alle: sein Mehrwert muß kontinuierlich kommuniziert und erklärt werden. Insbesondere EU-skeptische Zielgruppen sollen, in einem offenen und objektiven Dialog, verstärkt angesprochen werden“, hält Paul Schmidt, der neue geschäftsführende Generalsekretär der ÖGfE, der in den letzten drei Jahren stv. Leiter der Repräsentanz der Österreichischen Nationalbank in Brüssel war, fest. Gemeinsam mit Klaus Liebscher, der der ÖGfE als Präsident vorsteht, sieht es Schmidt als vorrangige Aufgabe an, die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik weiterhin als überparteiliche und unabhängige Plattform auf sozialpartner-schaftlicher Basis zu positionieren. ■

<http://www.euro-info.net>

LH Durnwalder und LR Mussner übergeben 20 Fertighäuser

»Wir wissen, wie schwer es für die Bewohner von Ocre ist, in die Normalität zurückzukehren, und hoffen, daß diese Häuser zumindest einen kleinen Beitrag zu dieser Rückkehr leisten.«

Mit diesen Worten hat Landeshauptmann Luis Durnwalder am 21. Oktober gemeinsam mit Landesrat Florian Mussner 20 Fertighäuser übergeben, die das Land für die Erdbebenopfer in den Abruzzen errichtet hat.

Der staatliche Zivilschutz, heute vertreten durch dessen Chef Guido Bertolaso, hat dem Land die Ortschaft Ocre – 1000 Einwohner, zwölf Kilometer von L'Aquila entfernt – als Einsatzort zugewiesen. In den Fraktionen San Felice und San Panfilo sind so 20 Fertighäuser entstanden, in denen 72 Bürger von Ocre Platz finden werden. Zur Verfügung gestellt werden Wohnungen für zwei, vier bzw. sechs Personen, die in spätestens einer Woche bezugsfertig sind. „Es ist wichtig, daß die Bewohner von Ocre Häuser in ihrem Heimatort beziehen können und nicht abwandern müssen“, so Durnwalder bei der Übergabe der Fertighäuser an die Gemeinde Ocre.

„Das Land, alle beteiligten Fachleute und die ausführenden Unternehmen haben alles daran gesetzt, die Häuser schnellstmöglich fertigzustellen, damit die Bewohner nicht länger in Zelten ausharren müssen“, so der Landeshauptmann. Die Häuser – allesamt Klimahäuser B – umfassen eine Fläche von 1270 Quadratmetern und eine Kubatur von 4440 Kubikmetern, sie werden vollständig eingerichtet. Errichtet wurden sie im Auftrag des Landes vom Unternehmen „Unionbau“, die Firma „Jungmann“ hat für die Einrichtung gesorgt. Neben den 20 Fertighäusern hat das Land zudem Plattformen für elf weitere Häuser zur Verfügung gestellt, die vom staatlichen Zivilschutz errichtet werden. Insgesamt wurden rund 2,5 Millionen Euro in die Erdbeben-Hilfe investiert.

Landesrat Mussner erinnerte daran, daß die Infrastruktur-Arbeiten von Fachleuten des Landesstraßendienstes erledigt worden sind. Jeweils rund ein Dutzend von ihnen waren in 15-Tage-Schichten im Einsatz, insgesamt 110 Tage oder 1300 Stunden lang, und zwar – wie betont wurde – in freiwilliger Arbeit auch über die Dienstzeit hinaus.



Waren innerhalb einer Woche bezugsfertig: 20 Fertighäuser haben LH Durnwalder und LR Mussner der Gemeinde Ocre übergeben

Die Arbeiter haben dafür gesorgt, daß rund 35.000 Kubikmeter Erde bewegt und drei Kilometer Kabel verlegt worden sind. „Die Arbeiten waren überaus anspruchsvoll, auch weil die uns zugewiesenen Baugründe in San Panfilo unter archäologischem Schutz

standen, während wir in San Felice mit der starken Hangneigung zu kämpfen hatten“, so Mussner, der die Arbeit der Projektanten hervorgehoben hat: „Sie mußten die Projekte in kürzester Zeit erarbeiten und konnten sich dabei nur auf wenige Informationen stützen“, so der Landesrat.

Landeshauptmann Durnwalder hat sich bei Gianmatteo Riocci, dem Bürgermeister von Ocre, bedankt: „Er hat uns unsere Arbeit nicht durch allzu viele bürokratische Auflagen erschwert und die Bevölkerung der Gemeinde hat für Kost und Logis für unsere Arbeiter gesorgt“, so Durnwalder, dessen Dank zudem an die ausführenden Unternehmen ging: „Sie haben flexibel und schnell gearbeitet, sodaß wir die Häuser nicht nur rechtzeitig vor Wintereinbruch, sondern auch vor dem geplanten Zeitpunkt übergeben können“, erklärte der Landeshauptmann. Riocci seinerseits hob die Qualität der zur Verfügung gestellten Häuser hervor. Er habe bereits eine Menge an Fertighäusern gesehen, diejenigen, die Südtirol zur Verfügung stelle, gehörten allerdings zu den qualitativ besten.



LH Durnwalder bei der Begehung des Areal in Ocre

Fotos: Südtiroler Landesregierung

Hilfe für die Milchbauern

280 Mio. Euro mehr für krisengeschüttelte EU-Milchbranche –
Berlakovich: EU-Kommission kommt unserer Forderung endlich nach



Foto: BMLFUV/Kern

Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich (mit Milchkanne) traf in Wien mit seinen europäischen Amtskollegen zu einem Gespräch über die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 und zu einem Milchgipfeltreffen zusammen.

Angesichts der dramatischen Milchmarktlage sollen im EU-Landwirtschaftshaushalt 2010 zusätzliche 280 Mio. Euro für die europäischen Milcherzeuger bereitgestellt werden. Dies wurde insofern notwendig, als im EU-Raum die Preise, die die Milchbauern Erlösen, drastisch zurückgegangen sind und vielfach deren Existenz gefährdet ist.

EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel ging am 19. Oktober somit auf die vehementen Forderungen vieler EU-Mitgliedsstaaten – darunter auch Österreich – nach weiteren Hilfen für diese krisengeschüttelte Branche ein. Sie habe „ihre Taschen geleert und noch 280 Mio. Euro aufgetrieben“, erklärte Fischer Boel zu Beginn des EU-Agrarministerrates in Luxemburg.

Die Agrarminister aus 21 EU-Mitgliedsstaaten hatten sich nach einem von Bundesminister Nikolaus Berlakovich initiierten Treffen eine Woche zuvor in einem gemeinsamen Brief unter anderem für einen mit 300 Mio. Euro ausgestatteten, neuen Milchfonds ausgesprochen. Das Europäische Parlament

und die EU-Finanzminister müßten den nunmehr 280 Mio. Euro nun noch zustimmen.

„Es ist erfreulich, daß die EU-Kommission der beim Milchgipfel in Wien konkretisierten Forderung nach einer größeren Unterstützung für die europäischen Milchbäuerinnen und -bauern nachkommt und 280 Mio. Euro an zusätzlichem Geld bereitstellt. Das war eine unserer zentralen Forderungen. Ich erwarte mir, daß das Europäische Parlament und die EU-Finanzminister dieser Maßnahme rasch zustimmen. Wichtig ist mir, daß das Geld dann unmittelbar den Milchbauern zugute kommt“, betonte Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich.

Was die Verteilung der zusätzlichen Mittel auf die einzelnen EU-Länder betrifft, meinte der Ressortchef, daß sie sich an der Milchproduktion orientieren könnte. Die Summe für Österreich könnte bei 4 bis 5,5 Mio. Euro liegen. Positiv wertete Berlakovich zudem, daß die Intervention für Butter und Magermilchpulver bis Februar 2010 fortgesetzt werde. Sollte es notwendig sein, könne es auch noch zu einer Verlängerung

bis Februar 2011 kommen. Außerdem sei heute eine Notfallklausel beschlossen worden. Demnach müsse die Kommission bei Auftreten eines größeren Problems am Milchmarkt nicht erst eine Ratssitzung abwarten, um rasch reagieren zu können.

Was den Vorschlag der Kommission zum nationalen Ankauf von Milchquoten von jenen Bauern, die aufgeben wollen, betrifft, zeigte sich Berlakovich hingegen skeptisch. Er habe das immer als defensive Maßnahme gesehen. Es sei nicht sinnvoll, die Landwirte aus der Milchproduktion herauszudrängen. Im Hinblick auf die vor dem Ratsgebäude abgehaltenen Protestkundgebungen von rund 5000 Bauern, die vom European Milk Board (EMB) organisiert wurden, das kleinere Verbände, wie die österreichische IG Milch oder den Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM), vertritt, meinte der Minister: „Wir können keine unendlich hohen Erzeugerpreise versprechen. Aber die Milchbauern können erwarten, daß wir etwas für sie tun. Leider kommt es auch zu radikalen Tendenzen, das ist bedauerlich.“ Auch der

Wirtschaft

Deutscher Bauernverband (DBV) distanzierte sich von der Demonstration. Mit den diskutierten 280 Mio. Euro bewege sich der EU-Agrarministerrat in die richtige Richtung, auch wenn die Summe nicht ausreiche, meinte DBV-Präsident Gerd Sonnleitner.

Copa/Cogeca: Auch andere EU-Agrarbereiche brauchen Hilfe

Die Dachverbände der EU-Bauern und ihrer Genossenschaften (Copa und Cogeca) begrüßten die 280 Mio. Euro für den Milchsektor, sprachen sich jedoch für mehr Maßnahmen aus, um die Krise in allen EU-Agrarbereichen zu lösen. „Das Handeln der EU-Kommission geht nicht weit genug. Auch viele Produzenten in allen Agrarbereichen, besonders im Schweinefleisch-, Getreide-, Olivenöl-, Zuckerrüben- und Rindersektor haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Noch nie zuvor hatten wir eine Situation, in der jeder einzelne Agrarbereich unter Druck gestanden ist. Weitere Marktmaßnahmen müssen eingeführt werden, damit diese Bereiche überleben können und um ein weiteres Zugrundegehen der ländlichen EU-Regionen abzuwenden. Europa kann nicht mit Landwirten weitermachen, die am Rande des Bankrotts stehen“, betonte Copa-Präsident Pádraig Walshe.

Warnung des EU-Rechnungshofs

Während die EU-Kommission sowohl an der geplanten jährlichen Erhöhung der Milchquoten sowie an deren Abschaffung im Jahr 2015 festhält, warnte wenige Tage zuvor der Europäische Rechnungshof vor den Folgen dieser Maßnahmen: In einem am 15. Oktober veröffentlichten Sonderbericht stellt der Rechnungshof fest, „daß die Milchquoten die Produktion wirksam eingeschränkt haben“ und im Vergleich zur Aufnahmefähigkeit des Marktes sogar einige Zeit zu hoch waren.

Der Hof empfiehlt, die Entwicklung des Milchmarktes weiter zu überwachen, „um zu verhindern, daß die Liberalisierung des Sektors zu einer neuen Überproduktion führt“. Er warnt auch davor, daß die Milchproduktion in der Union in die Gunstlagen abwandern könnte und speziell die Berggebiete dadurch unter Druck kommen würden.

In dem nunmehr vorliegenden Sonderbericht überprüft der Rechnungshof, ob die EU-Marktsteuerungsinstrumente für Milchzeugnisse ihre wichtigsten Ziele seit Einführung der Quoten im Jahr 1984 umgesetzt haben. „Die von der Union verfolgte Milchpolitik ist darauf ausgerichtet, weitreichende

und teilweise widersprüchliche Ziele zu erreichen; dazu gehören das Marktgleichgewicht, die Preisstabilisierung für Milchzeugnisse und die Sicherung einer angemessenen Lebenshaltung für Erzeuger sowie die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Milchprodukte“, heißt es in dem Bericht.



Foto: European Communities, 2009

EU-Kommissarin Mariann Fischer Boel hat »ihre Taschen geleert und noch 280 Mio. Euro aufgetrieben«.

Produktion wirksam durch Quoten eingeschränkt

Bezüglich des Marktgleichgewichtes gelangt der Hof zu dem Schluß, daß die Milchquoten die Produktion wirksam eingeschränkt haben, jedoch im Vergleich zur Aufnahmefähigkeit des Marktes lange Zeit zu hoch angesetzt waren. Der Hof empfiehlt, die Entwicklung des Milchmarktes weiter zu überwachen, „um zu verhindern, daß die Liberalisierung des Sektors zu einer neuen Überproduktion führt. Andernfalls könnte sich das Ziel der Kommission, das Regulierungsniveau durch eine Art Sicherheitsnetz möglichst gering zu halten, schnell als unrealisierbar erweisen“, gibt der Hof zu bedenken.

Quoten bewirkten Stabilisierung der nominellen Erzeugerpreise

Zum Ziel der Preisstabilisierung stellt der Rechnungshof fest, daß sich der nominale Erzeugerpreis für Milch in den Jahren 1984-2006 gegenüber der Zeit vor der Quoteneinführung wenig verändert habe. Der reale Wert des Erzeugerpreises war jedoch rück-

läufig, heißt es in dem Bericht. Darüber hinaus wird festgehalten, daß sich der Erzeuger- und der Verbraucherpreis für Milch nicht parallel entwickeln, da sie unterschiedlichen Einflüssen unterliegen. Der Hof empfiehlt daher eine regelmäßige Beobachtung des Preisbildungsprozesses im Lebensmittelsektor durch die Kommission. „Die Konzentration der Verarbeitungs- und Handelsunternehmen darf die Milchzeuger nicht in die Lage von Preisnehmern drängen und die Möglichkeiten der Endverbraucher, angemessen an Preissenkungen beteiligt zu werden, nicht einschränken“, wird im Hinblick auf die zunehmende Handelskonzentration angemerkt.

Im Zusammenhang mit dem Ziel, Milchzeugern eine angemessene Lebenshaltung zu sichern, stellt der Hof fest, daß das statistische Durchschnittseinkommen der Milchzeuger im Beobachtungszeitraum gleich blieb oder sogar anstieg. Dies sei auf eine Reihe von Gründen zurückzuführen, wie etwa eine höhere Produktivität, den wachsenden Anteil der Beihilfen am Einkommen der Milchzeuger und auf die stetig abnehmende Zahl der Betriebe.

Konzentration der Milcherzeugung hat negative Auswirkungen auf Berggebiete

Zwischen 1995 und 2007 nahm in der EU-15 die Zahl der Milchbetriebe um die Hälfte ab. Der Trend zur Konzentration der Produktion dürfte sich fortsetzen und beschleunigen, wenn die Erzeugung in den am wenigsten begünstigten Gebieten zurückgeht oder verschwindet, und in den Regionen mit intensiver Landwirtschaft eine Konzentration der Erzeugung zu beobachten sein wird, geben die Experten des Rechnungshofes zu bedenken. Es sollten daher Strategien überlegt werden, mit denen sowohl die spezifischen Probleme der benachteiligten Regionen – vor allem der Berggebiete – als auch die Auswirkungen der geographischen Konzentration der Milcherzeugung auf die Umwelt bewältigt werden können.

Anteil der EU am Welthandel sinkt

Hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit wird festgestellt, daß der Anteil der EU am Welthandel mit Milchzeugnissen seit 1984 schrumpft. Die europäischen Erzeuger für Grunderzeugnisse (Butter und Milchpulver) seien auf den Märkten nur bei entsprechend hohen Weltmarktpreisen wettbewerbsfähig. Lediglich die Hersteller von Käse und anderen Erzeugnissen mit hohem Mehrwert

Wirtschaft

könnten am globalen Markt mit langfristigen Marktanteilen rechnen. Die Kommission und die Mitgliedsstaaten sollten sich daher vorrangig auf die Bedarfsdeckung des europäischen Binnenmarktes konzentrieren und erst ergänzend auf die Herstellung von Käse und anderen Erzeugnissen mit hohem Mehrwert, die ohne Budgethilfe für den Weltmarkt exportfähig sind.

Kritische Faktoren bei Liberalisierung des Milchsektors beachten

Im Hinblick auf die geplante Abschaffung der Milchquoten ab 2015 verweist der Rechnungshof auf „kritische Faktoren, die bei der Liberalisierung des Milchsektors zu berücksichtigen sind“. Als Beispiele für mögliche negative Auswirkungen werden die Erhöhung der Milchproduktion bei gleichzeitigem Sinken der Erzeugerpreise und eine Verringerung des Betriebseinkommens trotz Erhöhung der erzeugten Mengen genannt. Steigende Überschüsse könnten zu einem höheren Exporterfordernis und letztendlich zu sinkenden Weltmarktpreisen führen, geben die Experten zu bedenken.

EU-Abgeordnete für Hilfspaket

Größtenteils positiv reagierten die Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments am 19. Oktober auf das von der Kommission vorgeschlagene Hilfspaket für die europäischen Milchbauern. Der Ausschuss war am Rande der Plenartagung zu einer Sondersitzung zusammengekommen, um sich mit den Vorschlägen zu befassen. Das Europäische Parlament hatte im vergangenen September gefordert, die EU müsse auf die Probleme der Milchbauern auch mit finanzieller Hilfe reagieren. In manchen EU-Ländern hat sich der Milchpreis seit 2007 halbiert, entsprechend sind die Einnahmen der Milchbauern eingestürzt.

In einer getrennten Abstimmung über den Haushalt für das nächste Jahr befürwortete das Parlament am 22. Oktober jedoch die Einrichtung eines Fonds mit 300 Mio. Euro.

Die Parlamentarier billigten auch einen Antrag, der es der Kommission ermöglicht, schnell Gegenmaßnahmen bei Störungen am Milchsektor zu treffen, d. h. wenn die Preise auf dem Gemeinschaftsmarkt deutlich steigen oder sinken. Die Kommission hat diese Befugnisse bereits für andere Sektoren der Landwirtschaft, z.B. den Fleisch- oder Zuckermarkt.

Mit den neuen Befugnissen könnte die Kommission auch die private Lagerung von verschiedenen Produkten einschließlich Kä-

se erlauben, so wie vom Parlament im September gefordert, erklärte Fischer Boel dem Landwirtschaftsausschuss. Die Abgeordneten nahmen eine Änderung am Gesetzesvorschlag vor, nach der diese Maßnahme nur befristet bis April 2010 gelten soll.



ÖKR Gerhard Wlodkowski
Präsident der Landwirtschaftskammer
Österreich und der Steiermark

Der zweite Legislativvorschlag würde den Mitgliedstaaten einen Teil der Überschussabgabe (Geldstrafe der Bauern, die mehr als die ihnen erlaubte Quote produzieren) zur Verfügung stellen, welche sie zurzeit erheben, wenn die Milcherzeugung die erlaubte nationale Produktionsmenge überschreitet. Diese zusätzlichen Mittel könnten sie zur Umstrukturierung des Milchmarktes verwenden.

Dieser zusätzliche Anteil entstünde, wenn ein Mitgliedsland sich entscheidet, die

Grenze zu senken, ab der die Abgabe erhoben wird. Der restliche Anteil der Überschussabgabe würde weiterhin von der EU erhoben, an den EU-Haushalt gezahlt und zur EU-weiten Umstrukturierung des Sektors verwendet werden, so wie bisher.

Nationale Regierungen sind nicht verpflichtet, die zusätzliche Geldstrafe zu erheben. Zudem wäre es eine befristete Maßnahme, die von April 2009 bis April 2010 läuft.

Das Parlament hat die Maßnahmen mit 480 Stimmen bei 109 Gegenstimmen und 27 Enthaltungen verabschiedet, sie müssen nun noch vom Ministerrat angenommen werden, um in Kraft treten zu können.

Wlodkowski: Großer Erfolg des österreichischen Landwirtschaftsministers

„Wir sind sehr froh darüber, daß sich die Europäische Kommission endlich bewegt hat und 280 Mio. Euro aus nicht verbrauchten Agrargeldern für Europas Milchbauern zur Verfügung stellen will. Der besondere Dank dabei gilt Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich, dem es gelungen ist, mit insgesamt 21 EU-Staaten ein konkretes Hilfsprogramm für die europäische Milchwirtschaft zu erstellen, für das sich nun die Kommission offensichtlich erwärmen konnte. Dieses Geld soll den Milchmarkt in Europa stabilisieren, damit sich der Erzeugerpreis für die Bauern wieder erholen kann“, erklärte Gerhard Wlodkowski, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, zur Zusage der Europäischen Kommission.

„Obwohl die europäische Milchanlieferung im laufenden Jahr um ca. 0,9% gesunken ist, gibt es wegen starker Export-



Die Milchkannen werden 365 Tage im Jahr frisch gefüllt – auch wenn sie den Milchbauern wesentlich weniger Einkommen bringen, als die früher noch der Fall war.

Foto: Landwirtschaftskammer Österreich

Foto: ÖVP / Jakob Glaser

Wirtschaft

Rückgänge und eines etwas schwächeren Verbrauches von Milchprodukten einen erheblichen Überschuss am EU-Markt. Die nun in Aussicht gestellten Geldmittel und die bereits laufenden Maßnahmen, wie Exportstützung und Intervention, aber auch stärkere Belastung der Überlieferer, sollen mithelfen, den Absatz zu steigern und die Anlieferung zu verringern, damit wieder ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage hergestellt werden kann. Somit können wir verhindern, daß die EU-Interventionslager bei Butter und Milchpulver weiter anwachsen“, ergänzte Wlodkowski.

Agrarpolitik hat gehandelt

„Neben den bereits gesetzten Maßnahmen, wie Einlagerung und verstärkter Export, Einführung einer Milchkuhprämie und Vorziehen der EU-Ausgleichszahlungen hat die Agrarpolitik in Österreich auch in Richtung Bauern, die ihr Lieferrecht überschreiten, ein Signal gesetzt: Bereits diesen Sommer wurden im Marktordnungsgesetz Regelungen beschlossen, die das Überliefern von Milch über die einzelbetriebliche Milchquote hinaus im laufenden Jahr wesentlich verteuern. Wir wollen nicht nur Hilfe von außen, wir setzen auch selbst Maßnahmen“, so Wlodkowski weiter.

Milchmarkt ab 2015

„Es ist eine Tatsache, daß in der EU die Milchquotenregelung ab dem Jahr 2015 nicht mehr existieren wird. Experten auf europäischer und österreichischer Ebene arbeiten derzeit an Modellen, die mithelfen sollen, einerseits die Milchproduktion auch in den Berg- und benachteiligten Gebieten weiterführen zu können und andererseits Europas Milchwirtschaft wettbewerbsfähig zu machen. Die bäuerliche Interessenvertretung bringt jedenfalls in diese Verhandlungen den Standpunkt der heimischen Erzeuger ein und sucht konkret nach Lösungen für eine gesicherte Milchwirtschaft in Österreich. Denn das ist nicht nur im Interesse tausender Bauernfamilien, das wollen auch die Konsumenten“, so Wlodkowski.

AMA: Milchwirtschaft kann verstärkt mit Gentechnikfreiheit punkten

„Die Signale am europäischen Milchmarkt sind derzeit wieder positiv. Für eine Trendwende sind aber noch weitere Maßnahmen auf EU-Ebene notwendig“, erklärte der Präsident der Vereinigung Österreichischer Milchverarbeiter (VÖM) und Geschäftsführer der Kärntnermilch, Helmut



Foto: AMA / Gert Eggenberger

Stephan Mikinovic, GF der AMA Marketing und Dir. Helmut Petschar, Präsident der Vereinigung Österreichischer Milchverarbeiter (VÖM) bei der Pressekonferenz zum Thema »Milchprodukte - Neue Herausforderung fuer die Klassiker des Lebensmittelhandels« vor dem 1. AMA Milchforum in Pörtlach.

Petschar, beim AMA-Milchforum in Pörtlach in Kärnten. Der Absatz von Milchprodukten im heimischen Handel präsentiert sich insgesamt relativ stabil, berichtete der Geschäftsführer der AMA Marketing, Stephan Mikinovic.

Er zeigte sich mit Petschar darüber einig, daß die heimischen Molkereien künftig vor allem mit Frische, Qualität und Herkunft punkten können. Nachdem im ersten Halbjahr 2010 die gesamte Palette österreichischer Milchprodukte auf kontrollierte Gentechnikfreiheit umgestellt sein wird, werde man auf den In- und Auslandsmärkten verstärkt mit diesem Merkmal zu punkten versuchen, so Petschar.

Milchabsatz im Handel stabil – ESL-Milch gewinnt dazu

Die im heimischen Lebensmittelhandel gekauften Mengen an Milchprodukten sind derzeit insgesamt relativ stabil, berichtete Mikinovic. Zieht man das jeweils 2. Trimester (Mai bis August) der Jahre 2008 und 2009 als Vergleichszeitraum heran, so ist sogar eine leichte Steigerung erkennbar. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Konsummilch (Trinkmilcherzeugnisse inklusive Joghurt und Sauermilch) war im Jahr 2008 mit 80,4 kg so hoch wie nie zuvor. Allerdings hat es in diesem Segment deutliche Verschiebungen gegeben: Die klassische Frischmilch verliert seit Jahren, ihr Anteil ist auf 49% gesunken, im europäischen Vergleich ist er aber immer

noch sehr hoch. Klarer Sieger in diesem Match ist die länger haltbare ESL-Milch, die schon fast ein Drittel des Gesamtmarktes (32%) ausmacht. Leicht erholt hat sich mit einem Marktanteil von 19% die Haltarmilch. Die österreichischen Konsumenten geben jährlich pro Kopf im Schnitt 39 Euro im Handel für Trinkmilch aus. An der Spitze im Bundesländervergleich liegen dabei die Kärntner mit mehr als 45 Euro.

Frische und Herkunft bleiben wichtigste Kaufargumente

Damit sich die österreichische Milchwirtschaft auf den immer härter umkämpften In- und Auslandsmärkten weiterhin gut behaupten könne, müsse sie sich mehr denn je auf ihre Stärken konzentrieren, waren sich Mikinovic und Petschar einig: „Der günstige Preis ist zwar für jeden zweiten Konsumenten ein wichtiges Kaufargument, aber bei weitem nicht das einzige. In einer Fesl-GfK-Umfrage vom November 2008 haben 73% der Befragten die Frische der Ware als oberstes Kriterium genannt, gefolgt von der heimischen Herkunft mit 64%“, berichtete Mikinovic. Als drittes wesentliches Kaufkriterium könne die kontrollierte Gentechnikfreiheit zu einem Wettbewerbsvorteil der heimischen Molkereien – insbesondere auch auf den Auslandsmärkten – werden, unterstrich Petschar. Hier verfüge Österreich in Europa gewissermaßen über ein Alleinstellungsmerkmal. ■

Die Bedeutung von Wettbewerb für Wachstum und Beschäftigung in Österreich

Die Intensität des Wettbewerbs steht nicht hoch im Kurs auf der wirtschafts-politischen Agenda in Österreich. Österreich teilt diese Unterschätzung mit vielen kleinen Volkswirtschaften, aber auch mit Frankreich und Italien.

In Österreich als kleinem Land mit wenigen Konzernzentralen versuchte die Wirtschaftspolitik bis weit in die 1990er-Jahre, das Entstehen von großen internationalen Unternehmen zu forcieren und kleine inländische Unternehmen vor übermächtiger Konkurrenz zu schützen. Nach der Integration in die Europäische Union und der Öffnung des Ostens hat Österreich weiter profitiert: Das früher hohe Handelsbilanzdefizit ist weggeschmolzen, die Leistungsbilanz ist hoch aktiv, Österreich ist einer der größten Investoren in Zentral-, Ost- und Südeuropa.

Österreich nur an 11. Stelle unter 29 Ländern

Laut OECD weist Österreich jedoch vor allem im Dienstleistungsbereich Liberalisierungsdefizite auf. Würden diese beseitigt, dann könnte die gesamtwirtschaftliche Produktivität mittelfristig bis langfristig um 0,4 Prozentpunkte pro Jahr rascher wachsen. Das WIFO hat die Wettbewerbsintensität in Österreich nach einem weiter gefaßten Ansatz einem internationalen Vergleich unterzogen. Dazu wurden zwölf Indikatoren verwendet, die teilweise aus qualitativen Einschätzungen von Führungskräften stammen, teilweise aus Daten über Zeit und Kosten von Betriebsgründungen, die Häufigkeit von Förderungen und Subventionen, die Höhe und Persistenz von Gewinnen und die Höhe der Export- und Importströme.

Österreich nimmt nach diesen Indikatoren die 11. Stelle von 29 Ländern ein. Diese Position ist angesichts der außerordentlich hohen Pro-Kopf-Einkommen nicht adäquat – süd- und zentraleuropäische Länder liegen wie Österreich im Mittelfeld. Führungskräfte bemängeln das zu große Ausmaß der Subventionen, den hohen Finanz- und Zeitaufwand für Betriebsgründungen und Defizite in der Gesetzgebung zur Wettbewerbspolitik.

Gemäß Querschnittsvergleichen erzielen Länder mit höherer Wettbewerbsintensität in

den Bereichen Wachstum, Beschäftigung und Einkommensverteilung größere wirtschaftliche Erfolge. Am höchsten ist die Wettbewerbsintensität unter den europäischen Ländern in Dänemark, das seine exzellente Position in Wirtschaftsleistung, Beschäftigung und Ökologie der Kombination von Investitionsanstrengungen, aktivierender Sozialpolitik und hoher Wettbewerbsintensität verdankt.

Reformdruck von außen

Die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb haben sich in den letzten 20 Jahren entscheidend geändert. Der größte Druck für rechtliche Veränderungen ging von der EU-Ebene aus. Die faktische Intensivierung des Wettbewerbs geht auf den EU-Beitritt, die Ostöffnung und die Globalisierung zurück.

Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, Personen und Unternehmen zu Veränderungen zu befähigen und die Fairness des Wettbewerbs zu garantieren. Ausbildungsschwächen und temporäre Beschäftigungsprobleme sind wirtschaftspolitisch offensiv zu lösen, immer mit Blick auf künftige Chancen und Stärken. Entsprechend hat sich das Wettbewerbsrecht gewandelt – vom Schutzgedanken für bestehende Betriebe zur Forcierung eines fairen, offenen Wettbewerbs. An die Stelle der Gewerbepolitik i. e. S. trat immer mehr eine aktive, gründungsfreundliche Politik für Klein- und Mittelbetriebe, die für einen großen Teil der Beschäftigung, aber auch der Innovationen und Dienstleistungen verantwortlich sind und eine symbiotische Ergänzung zu inländischen und internationalen Großbetrieben darstellen.

Die Institutionen der Wettbewerbspolitik wurden ebenfalls reformiert, sie entfalten aber nicht immer ihre volle Wirksamkeit und sind nicht ausreichend mit Ressourcen ausgestattet. Sie sind aber auch nicht optimal positioniert und deshalb auch nicht besonders wirksam. Fusionen werden in Österreich so gut wie nie abgelehnt, Bedingungen werden eher von der EU-Ebene denn von Öster-

reich vorgegeben (Fluglinie, Einzelhandel). Sanktionen wegen Kartellbildung und Marktmißbrauch werden nur vereinzelt national, primär aber von der EU verhängt.

Dies hat nicht nur mit der Gestaltung der Institutionen zu tun, sondern beginnt mit dem Fehlen einer Wettbewerbsgesinnung in Österreich. Die Bedeutung des Wettbewerbs für Arbeitsplätze und Innovationen wird nicht genügend erkannt. Es gibt keine vorwärtsgerichtete Wettbewerbspolitik, die ohne direkten Bezug zu einem Anlaßfall Wettbewerbschwächen ortet und beheben würde. Gründungen sind noch immer teuer und zeitaufwendig, die Reform des Venture-Capital-Marktes zur Forcierung innovativer Gründungen vollzieht sich sehr schwach, Unternehmen wachsen nach ihrer Gründung nur langsam. Der Preisauftrieb war im Jahr 2008 – wenig überraschend – in Österreich in jenen Sektoren höher, in denen der Wettbewerb schwächer ist (Energie, Nahrungsmittel, Arzneimittel). Nach Abflachen der Inflation verloren auch die Maßnahmen zur Forcierung des Wettbewerbs wieder an Dynamik. Wettbewerbs Elemente fehlen auch im Universitätssystem und an den Schulen. Hier erfolgt mehr vertikale Differenzierung als horizontale Leistungsmessung.

Die Wirtschaftskrise wird die Frage nach der Intensität des Wettbewerbs, nach der Regulierung von Sektoren und dem Eingreifen zugunsten inländischer Unternehmen neu stellen. Sie darf nicht dazu führen, bestehende Strukturen zu perpetuieren, sondern soll genutzt werden, künftige Bedürfnisse früh aufzuspüren. Eine Verschärfung der Gewerbeordnung wird diesmal im Gegensatz zu den Krisen 1873 und 1929/1932 unterbleiben, eher sollten die Chancen zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch weitere Liberalisierung der freien Berufe genutzt werden. Fusionen und Größe werden im Gefolge der Krise kritischer betrachtet werden: „too big to fail“ wird zu einem Problem der Wirtschaftspolitik. ■

Österreichs Wirtschaftswachstum dreht wieder ins Plus

Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators vom Oktober 2009 – Österreichs Exporte im Fahrwasser der Krise gebremst

Die Konjunkturaussichten für das zweite Halbjahr haben sich zuletzt deutlich verbessert. Gemäß den aktuellen Ergebnissen des OeNB-Konjunkturindikators ist für das dritte und vierte Quartal 2009 mit einem Wachstum des realen BIP von jeweils 0,4% (saison- und arbeitstäglich bereinigt, im Vergleich zum Vorquartal) zu rechnen. Dies bedeutet nach vier Quartalen mit schrumpfender Wirtschaftsleistung eine Rückkehr zu positiven Wachstumsraten. Für das Gesamtjahr 2009 ergibt sich aufgrund des massiven Einbruchs zu Jahresbeginn ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 3,6%. Die Wachstumsprognose für das zweite Halbjahr beruht im wesentlichen auf der Erholung weicher Faktoren wie Finanzmarkt- und Stimmungskindikatoren. Angesichts der noch ausstehenden Bestätigung durch „Hard Facts“ wie Industrieproduktion und Exporte ist das Prognoserisiko überdurchschnittlich groß. Gegenüber der letzten Veröffentlichung des Konjunkturindikators vom Juli 2009 wurde die Wachstumsprognose für das dritte Quartal um 0,7 Prozentpunkte nach oben revidiert.

Wichtigster Grund für die nun deutlich besseren Wachstumsaussichten im zweiten Halbjahr ist die raschere Erholung der Weltwirtschaft. Dabei erweisen sich die großen „Emerging Markets“ China und Indien zunehmend als globale Wachstumslokomotive. Bereits im zweiten Quartal ist das Wachstum in fast allen großen Wirtschaftsräumen über den Erwartungen gelegen.

Hinzu kommen zwei Faktoren, die das Wachstum im zweiten Halbjahr zusätzlich stützen. Einerseits tragen die Konjunkturpakete, die in Österreich wie in zahlreichen anderen Staaten eingeführt wurden, zu einer Stabilisierung der Nachfrage bei. Andererseits läßt der in den vergangenen Monaten beobachtete massive Abbau der Lager im zweiten Halbjahr positive Impulse der Lagerinvestitionen erwarten. Mit dem Auslaufen dieser teils vorübergehend wirkenden Faktoren ist jedoch die Gefahr einer Wachstumsabschwächung im Laufe des Jahres 2010 verbunden.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt folgt

der Realwirtschaft mit einer Verzögerung von einigen Monaten. Bis August gingen gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres 67.000 Arbeitsplätze verloren. Trotz Kurzarbeit und steigender Schulungen stieg daher die Zahl der Arbeitslosen im Jahresabstand um 55.000. Angesichts verhaltener Wachstumsaussichten muß für heuer und nächstes Jahr von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit ausgegangen werden.

Österreichische Außenwirtschaft im 1. Halbjahr 2009

Der heimische Leistungsbilanzüberschuß fällt mit +3,3 Mrd. Euro infolge des schwierigen globalen Wirtschaftsumfeldes im ersten Halbjahr 2009 spürbar geringer aus als im Vergleichszeitraum 2008. Güterein- und -ausfuhr brechen um jeweils rund ein Viertel ein, Dienstleistungen verlieren je knapp ein Zehntel. Weiterhin in der Flaute liegt auch Österreichs Kapitalverkehr mit dem Ausland. Abgesehen von einer rückläufigen Außenhandelsfinanzierung wird im ersten Halbjahr 2009 auch das Finanzgeschäft mit Unternehmensbeteiligungen und Wertpapieren sowie mit Krediten und Einlagen reduziert.

Österreichs Leistungsbilanz erreicht trotz des globalen Konjunkturtiefs im ersten Halbjahr 2009 mit +3,3 Mrd Euro ein gutes Ergebnis. Verglichen mit dem – durch die Krise noch relativ unbelasteten – Vergleichszeitraum 2008 (+5,5 Mrd Euro) bedeutet es jedoch erwartungsgemäß einen deutlichen Rückgang (-40%). Österreich exportierte Waren im Gegenwert von 47,2 Mrd Euro (-25%) und importierte ein Handelsvolumen von 48,5 Mrd Euro (-22%). Die Güterbilanz drehte nach einem Überschuß von 0,9 Mrd Euro damit ins Minus (-1,3 Mrd Euro).

Weiterhin robust zeigte sich das Reiseverkehrsgeschäft, das im ersten Halbjahr 2009 ein Plus von 4,2 Mrd Euro erwirtschaftete (Vergleichszeitraum 2008: 5,1 Mrd Euro). Ausländische Gäste gaben mit 7,6 Mrd Euro jedoch um 7% weniger in heimischen Beherbergungsbetrieben aus als zuletzt. Gleichzeitig weiteten österreichische Touristen ihr Budget für Auslandsreisen auf 3,4 Mrd Euro etwas aus.

De facto zum Stillstand kam im Umfeld der Wirtschafts- und Finanzkrise der heimische Kapitalverkehr mit dem Ausland: Österreichs strategische Unternehmensbeteiligungen, Wertpapierinvestitionen sowie Veranlagungen aus Krediten und Einlagen brachen in Summe um mehr als 66 Mrd. Euro ein. Bemerkenswert ist der Veranlagungsstopp der österreichischen Banken im ausländischen Einlagengeschäft: Nachdem im ersten Halbjahr 2008 noch 27,5 Mrd. Euro investiert worden waren, zogen die Banken in den ersten sechs Monaten 2009 netto sogar 3,3 Mrd. Euro von ausländischen Konten ab. Gleichzeitig reduzierten sie die grenzüberschreitende Kreditvergabe von 12,4 auf 0,8 Mrd. Euro. Die Finanzverpflichtungen Österreichs im Ausland wurden im ersten Halbjahr 2009 per Saldo um 5,9 Mrd Euro zurückgeführt (nach einem Verpflichtungsaufbau von knapp 54 Mrd Euro). Vollständig eingebrochen ist hier per Saldo die Finanzierung der heimischen Banken durch ausländische Einlagen: Nachdem im ersten Halbjahr 2008 noch mehr als 31 Mrd. Euro bei internationalen Geldgebern aufgenommen wurden, war im Berichtszeitraum 2009 netto so gut wie keine Nachfrage nach ausländischen Finanzmitteln feststellbar (0,3 Mrd. Euro).

Österreichs Wertpapierinvestoren, die ihre Veranlagungen bereits in der ersten Jahreshälfte 2008 um rund 90% auf 2,3 Mrd. Euro zurückgenommen hatten, stießen im ersten Halbjahr 2009 per Saldo sogar Papiere um 1,8 Mrd Euro ab. Umgekehrt wurden auch ausländische Wertpapierinvestments in Österreich um drei Viertel auf 3,4 Mrd. Euro deutlich reduziert.

Österreichische Direktinvestoren tätigten im ersten Halbjahr 2009 per Saldo nahezu keine Zukäufe, nachdem sie im Vergleichszeitraum 2008 noch mehr als 11 Mrd. Euro investiert hatten. Der Zufluß aus internationalen Unternehmensbeteiligungen nach Österreich (einschließlich Konzernkrediten) hat sich auf netto rund 3 Mrd. Euro halbiert.

Die offiziellen Währungsreserven wurden im ersten Halbjahr 2009 transaktionsbedingt um 2 Mrd Euro verringert. ■

<http://www.oenb.ac.at>

Österreich-Werbung: Inlands- und Nahmärkte im Visier

BM Mitterlehner und ÖW-Chefin Stolba präsentierten Winterkampagne – Inlands- und Nahmärtekampagne wirkt und wird auf den Winter ausgedehnt.

Wirtschafts- und Tourismusminister Reinhold Mitterlehner und die Geschäftsführerin der Österreich Werbung, Petra Stolba, präsentierten am 12. Oktober die Inlands- und Nahmärtekampagne zur Stärkung des heimischen Winter-Tourismus.

Mitterlehner zog dabei ein vorläufiges Resümee über den Verlauf des Sommers. Von Mai bis August lag die Zahl der Nächtigungen bei 46 Millionen, was einen Rückgang von 1,8 Prozent bedeutet. Während ausländische Gäste 31,5 Millionen mal in österreichischen Betten schliefen (minus 2,9 Prozent) legten die Nächtigungen der Inländer um 0,6 Prozent auf 14,5 Millionen zu. Bei den Ankünften ist dieser Trend sogar noch stärker zu sehen: Die der Ausländer gingen um 2,9 Prozent auf acht Millionen zurück, die der Inländer stiegen um 2,6 Prozent auf 4,4 Millionen.

Gästerekord im August – Guter September

Der August war nach Ankünften sogar der beste August aller Zeiten. Noch nie haben so viele Gäste Urlaub in Österreich gemacht, wie in diesem Hochsommer. Wegen des guten Wetters sind auch für den September wieder gute Zahlen zu erwarten. Besonders erfreulich ist, daß die Ankünfte aus allen in der Inlands- und Nahmärtekampagne beworbenen Ländern – Deutschland, Italien, Tschechien, Schweiz und Österreich – die Ankünfte gestiegen oder zumindest gleich geblieben sind. „Das ist die Bestätigung, daß die Inlands- und Nahmärtekampagne der Österreich Werbung der richtige Schritt war“, sagte Mitterlehner. Das Wirtschaftsministerium stellt dafür für heuer drei Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, die Wirtschaftskammer eine Million.

„Die Zahlen für den August und für die ersten sieben Monate des Jahres zeigen, daß angekündigte Katastrophen nicht stattfinden“, sagte Mitterlehner im Hinblick auf die Kritiker, die seit Monaten eine Aufstockung des Budgets um bis zu 50 Millionen Euro fordern. „Mehr Geld allein hilft nicht. Da braucht es vielfältige Anstrengungen aller,



Innsbruck mit dem Goldenen Dachl – ein Sujet aus der Winterkampagne 2009/10: Nur einen Katzensprung vom Skigebiet entfernt, unter der etwa 2500 m hohen Innsbrucker Nordkette, wird es im Dezember besonders gemütlich. Wie in allen großen und kleinen Städten Österreichs, fasziniert auch in Innsbruck ein Adventmarkt mit Weihnachtsschmuck, Kunsthandwerk und funkelnden Lichterketten. Gebratene Maroni und Glühwein sind das dazu passende Menü.

um den heimischen Tourismus nachhaltig zu stärken.“ Eine davon ist die Inlands- und Nahmärtekampagne für den Winter.

Experten prognostizieren für die kommenden Monate nachhaltige Auswirkungen auf das Konsumverhalten, also verstärkte

Wirtschaft

Spargesinnung. Dazu kommt das immer kurzfristigere und oft vom Wetter abhängige Buchungsverhalten. „Angesichts dieser Rahmenbedingungen wird die Wintersaison sicherlich kein Spaziergang“, erklärte ÖW-Geschäftsführerin Petra Stolba.

Die Österreich Werbung ist für diesen Winter gerüstet. „Dank des Sonderbudgets sowie interner Budgetumschichtungen können wir diesen Winter – wie schon im Frühjahr – auch daheim und in den für die Wintersaison relevanten Nahmärkten verstärkt die Werbetrommel für Urlaub in Österreich rühren. Die bisherigen Ergebnisse der Sommersaison bestätigen unsere Strategie: Tourismusmarketing kann zwar fehlendes Haushaltseinkommen nicht ersetzen, aber die Nachfrage verstärken und so dazu beitragen, unser Stück vom insgesamt kleiner werdenden Urlaubs-Kuchen zu vergrößern“, so Stolba.

Nachdem die Inlands- und Nahmärtekampagne im Sommer gut gewirkt hat, ist es nur logisch, eine weitere Kampagne für den Winter zu starten. Von der heurigen Sonderdotation des Wirtschaftsministeriums werden dafür 1,5 Millionen Euro verwendet. Damit stehen der Österreich Werbung für die Bewerbung des Winters um zehn Prozent mehr Mittel zur Verfügung als im vergangenen Jahr. Weltweit gibt die ÖW für das Wintermarketing rund 15 Millionen Euro aus.

Kernstück der Kampagne ist die Aktion „Österreich erfüllt Winterträume“. Gemeinsam mit dem heimischen Tourismus erfüllt die Österreich Werbung die schönsten Winterträume. Alle Österreicher sind aufgerufen, ihren ganz persönlichen Wintertraum auf <http://www.austria.info/wintertraum> einzugeben. Je origineller, schöner und ausgefallener der Traum ist, desto höher sind die Gewinnchancen! Dabei gibt's nur eine wichtige Voraussetzung: der Traum muß in Österreich realisierbar sein.

Verstärkt wird die Aktion durch Medienkooperationen mit den auflagenstärksten Bundesländermedien. „Gemeinsam mit diesen Medien ‚verführen‘ wir die Österreicher zum Träumen und zeigen das großartige Wintertraum-Potenzial Österreichs auf. Konkrete Wintertraum-Angebote der Betriebe werden ebenfalls in den Medien vorgestellt; damit unterstützen wir die Branche unmittelbar bei ihren Verkaufsaktivitäten“, sagte Stolba.

Online-Werbung, 24-Bogen-Plakate und Hörfunkspots auf Ö3 und im Privatradio stellen sicher, daß jeder Österreicher in den kommenden Wochen ins Träumen kommt.



Kinderskikurs – Urlaubsglück! – ein weiteres Sujet aus der Winterkampagne 2009/10

Winterträume werden aber nicht nur in Österreich, sondern auch in den besonders winteraffinen Märkten Deutschland, Tschechische Republik, Großbritannien und den Niederlanden erfüllt. Bis 11. November kann eingereicht werden, danach wählt eine Jury jene 13 Träume aus, die dann im Laufe der Wintersaison von den Landestourismusorganisationen erfüllt werden.

Ab 13. November lassen wir es schneien. Auf <http://schneeflocke.austria.info> kann man mit einer virtuellen Schere seine ganz persönliche Schneeflocke basteln. Ab Einbruch der Dunkelheit wird diese auf das Wiener Museumsquartier projiziert. Via Webcam können die Schneeflocken dann aus der ganzen Welt beobachtet werden und stimmen so wirkungsvoll auf die Wintersaison ein. Ebenfalls von den tatsächlichen Wetter- und Schneeverhältnissen unabhängig sind die Schneebälle, die per e-mail von <http://schneeballschlacht.austria.info> aus verschickt – oder noch zutreffender – geworfen werden können.

Verbesserungen bei Marketing und Infrastruktur

Zusätzliche Werbung ist aber nicht die einzige Maßnahme, die den österreichischen Tourismus in seiner herausragenden Position als Nummer Zehn bei den Reiseverkehreinnahmen weltweit stärken soll und mit dem er im weltweiten Vergleich Marktanteile dazu gewinnen soll. Wichtig ist es, das Angebot stetig zu verbessern und die Aktivitäten besser zu koordinieren. „Wir dürfen in unseren Anstrengungen jetzt nicht nachlas-

sen. Österreich muß sich noch klarer positionieren und die Strukturen im Bund, den Ländern und den Destinationen besser koordinieren“, sagte Mitterlehner.

Umgesetzt wird das in einem Strategieprozeß, der am 30. Oktober in Schönbrunn mit einer Enquete starten wird. Ausgangspunkt für die neue Tourisuskoordination ist die von Bundesregierung und Nationalrat initiierte Plattform Bund-Bundesländer. Danach werden Arbeitsgruppen zu den vier Schwerpunkten Marketing, Finanzierung und Förderungen, Infrastruktur und wirtschaftliche Rahmenbedingungen neue Zugänge erarbeiten. Aber auch die Bewerbung Österreichs durch die ÖW, die Bundesländer und die Destinationen soll besser abgestimmt werden. Im Februar sollen dann die Ergebnisse dieses Strategieprozesses präsentiert werden.

Förderungen sichern Finanzierung

Das Wirtschaftsministerium hat schon zu Jahresbeginn die Förderungen für die Tourismusbranche aufgestockt, um Finanzierungsengpässe zu vermeiden und Verbesserungen des Angebotes zu ermöglichen. Diese Förderungen, die über die Tourismusbank ÖHT ausgezahlt werden, kommen gut an. Die ÖHT hat von Jänner bis Ende September die Zahl der Förderungen um 43 Prozent auf 1005 aufgestockt. Das geförderte Investitionsvolumen ist um 20 Prozent auf 623 Millionen Euro gestiegen. Für die neu eingeführten erp-Kleinkredite gingen 80 Anträge ein, 54 davon wurden bereits genehmigt. ■ <http://www.austria.info/>

Wiener Immobilienmarkt – hohes Entwicklungspotential

Wien ist heute eine der wohlhabendsten Städte Europas. Das Wohlstandsniveau erreicht 125 Prozent des Österreich-Durchschnitts und mehr als 180 Prozent des EU-Mittels und basiert vorwiegend auf der hohen Dienstleistungskompetenz. Über 300 internationale Konzerne haben in Wien ihre Konzernzentrale für Aktivitäten in der Region eingerichtet. „Der Standort Wien profitiert unter anderem von der sehr guten Infrastruktur, dem hohen Maß an Sicherheit und sozialer Stabilität“, betont Reinhard Madlencnik; Leiter Real Estate in der Bank Austria.

Büromarkt bewegt sich nur langsam

Der Wiener Büromarkt gehört zu den stabilsten Büromärkten in Europa. Im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Metropolen wie London mußte er etwa keinen dramatischen Rückgang bei den Spitzenmieten verzeichnen. Seine eher langsamen und unspektakulären Bewegungen haben sich gerade in der aktuellen Situation als Vorteil erwiesen. Trotzdem hat die Krise auch in Wien im ersten Halbjahr 2009 zu einem spürbaren Rückgang bei der Neuproduktion von Büroflächen sowie bei der Vermietungsleistung geführt. „Obwohl sich auch der Wiener Immobilienmarkt den Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise nicht entziehen kann, sind diese deutlich geringer als in vielen anderen europäischen Hauptstädten“, hebt Madlencnik hervor.

In Wien gibt es derzeit einen Bestand an Büroflächen von etwas über 10 Millionen m². Kamen laut CB Richard Ellis 2008 noch zirka 250.000 m² dazu, werden für dieses Jahr nur mehr rund 180.000 m² neu gebaute Büroflächen erwartet. Gleichzeitig soll die Vermietungsleistung von ungefähr 400.000 m² im Vorjahr auf unter 300.000 m² zurückgehen. „In den vergangenen Jahren lag die Neuproduktion unterhalb der Vermietungsleistung, wodurch es zu einem langsamen, relativ stetigen Anstieg der Mieten kam“, erklärt Bank Austria Immobilienanalystin Karla Schestauber. Der Leerstand bei Büros liegt in Wien im Premiumsegment derzeit bei zirka 5 bis 6 Prozent, was dem untersten Bereich im europäischen Vergleich entspricht. 2010 dürfte sich die Leerstandsrate allerdings stärker erhöhen, da deutlich mehr

Foto: <http://www.moessner.at>



neue Büroflächen auf den Markt kommen werden. „Damit geht die Angebots-Nachfrage-Schere auf und der Druck auf die Mieten, insbesondere für Büros in weniger guten Lagen und in weniger guter Qualität, wächst“, sagt Schestauber.

Die Spitzenrenditen sind im ersten Halbjahr 2009, verglichen zu 2008, leicht gestiegen und lagen je nach Projekt in einem Bereich von zirka 5,5 bis 6 Prozent. Aus heutiger Sicht ist eine Stabilisierung auf dem aktuellen Niveau zu erwarten, ein weiterer leichter Anstieg ist jedoch nicht auszuschließen.

Einzelhandel: verschärfter Wettbewerb

Mit rund 1,3 Millionen m² (inkl. Shopping City Süd) befinden sich zirka 37 Prozent der österreichischen Einkaufszentrumsverkaufsflächen in Wien. Rund ein Viertel aller Einkaufszentren sind in der Bundeshauptstadt angesiedelt. Ihre Struktur wird dabei klar vom Modehandel dominiert. So liegt laut RegioPlan der Anteil der Modebranche in den Wiener Einkaufszentren bei 30 Prozent, gefolgt von rund 20 Prozent Lebensmittelgeschäften. Je größer die Einkaufszentren sind, desto höher ist in der Regel auch der lokale Bekleidungsanteil. „Die Einkaufszentren versuchen, die Baumärkte und Möbelhäuser mit ihren geringeren Quadratmeter-Umsätzen abzusiedeln. Für die freierwerdenden Flächen suchen sie Mieter, die we-

sentlich höhere Quadratmeter-Umsätze generieren“, so Madlencnik. Die Spitzenrendite im Shopping Center-Bereich lag Mitte 2009 bei zirka 6 bis 6,25 Prozent bei leicht steigendem Trend. Die besonders beliebten Top-Einkaufsstraßen Wiens wie die Kärntner Straße oder die Mariahilfer Straße verfügen über ungefähr 200.000 m² Einkaufsflächen. Auf Grund des geringen Angebotes an Neuvermietungsflächen wird das Mietniveau in den sehr guten Lagen voraussichtlich stabil bleiben. Die Spitzenrenditen liegen derzeit bei rund 4 bis 4,5 Prozent.

Leistbare Wohnungen tragen zur Attraktivität Wiens bei

Der Neubaubedarf wird im wesentlichen von der demografischen Entwicklung beeinflusst, vor allem von der Zahl der Haushalte. Die aktuelle Wirtschaftskrise dämpft die Wohnungsnachfrage wenig. Zwar wird der Kauf von Wohnungen für die Eigennutzung teilweise verschoben, gut ausgestattete Objekte in Ballungsräumen werden allerdings weiterhin kräftig nachgefragt.

Eine Eigenheit des Wiener Wohnbaus ist die Dominanz gemeinnütziger Bauvereinigungen, die langfristig zwei Drittel der Wohnungen in der Stadt bauen. Im Bundesdurchschnitt liegt deren Anteil bei deutlich weniger als der Hälfte. Der Erfolg der Wohnungspolitik in Wien läßt sich unter anderem an der relativ moderaten Marktpreisentwicklung erkennen, auch wenn in Wien, wie in den meisten Großstädten, relativ hohe, lokale Preisunterschiede auftreten.

Der Wiener Wohnungsmarkt ist trotz unterdurchschnittlicher Neubautätigkeit und überdurchschnittlich wachsender Haushaltszahlen in den letzten Jahren noch stabil geblieben. Das heißt ein Großteil der Wohnungsnachfrage hat vorerst auch ein marktkonformes Angebot gefunden und stärkere marktverzerrende Nachfrageüberhänge konnten vermieden werden. „Dabei kommt dem öffentlichen Engagement im Wohnbau, in Form des gemeinnützigen und subventionierten Sektors, sicher eine stabilisierende Rolle zu“, faßt Schestauber zusammen. Um jedoch die Attraktivität Wiens zu sichern, wird es künftig höhere Neubauraten als zuletzt brauchen. ■

Gustieren, bestellen, genießen!

Auf www.austriangrocery.com finden Freunde der österreichischen Küche bereits rund 2500 Markenartikel »Made in Austria«!

Manner, Darbo, Almdudler, Pischinger, Mirabell ... immer mehr österreichische Lebensmittelproduzenten erkennen die Vorteile eines Online-Shops. Doch dessen Erstellung ist eine schwierige, langwierige und, vor allem, kostenintensive Angelegenheit. Aus diesem Grund greifen immer mehr Markenhersteller auf AustrianGrocery.com zurück. Hier ist es Geschäftsführer Michael Patzal und seinem Team gelungen, eine Produktpräsentation vom Feinsten in die virtuelle Welt des Internet zu zaubern. Was vor rund zweieinhalb Jahren als Hobby begann, wird aufgrund der täglich steigenden Nachfrage aus aller Welt zum Vollzeitberuf für das gelernte Grafik-As Patzal.

Die unzähligen Bestellungen sorgen aber nicht nur für viel Arbeit, sondern auch für mindestens ebensoviel Freude. „Die vielen

Dankschreiben, die wir bekommen, sind oft wirklich rührend. So bedankt sich beispielsweise eine Kundin aus Deutschland für die (Expres-)Zustellung von zwei Sachertorten, die innerhalb von 20 Stunden bei ihr eingelangt waren. Ein 80-jähriger Kunde aus Französisch Polynesien ist ganz begeistert, weil er das erste Mal seit über 20 Jahren wieder eine Leberknödelsuppe genießen kann. Das sind nur zwei kleine Beispiele, die uns aber zeigen, daß einerseits die Nachfrage nach österreichischen Produkten – aufgrund der hohen Qualität und dem Gefühl, etwas von zu Hause am Tisch zu haben – auch in (Krisen-) Zeiten wie diesen steigt, und wir andererseits auch auf dem richtigen Weg sind“, so Patzal.

Aufgrund der stark angestiegenen Paketzahlen war es Patzal auch möglich, niedrigere Transportkosten als zum Einstand seines

Shops auszuhandeln, zudem wird, im Gegensatz zu vielen anderen Shops, auf die Einhebung von Kreditkartengebühren verzichtet, denn auch hier bewies Patzal sein Verhandlungsgeschick – alles zum Nutzen seiner Kunden.

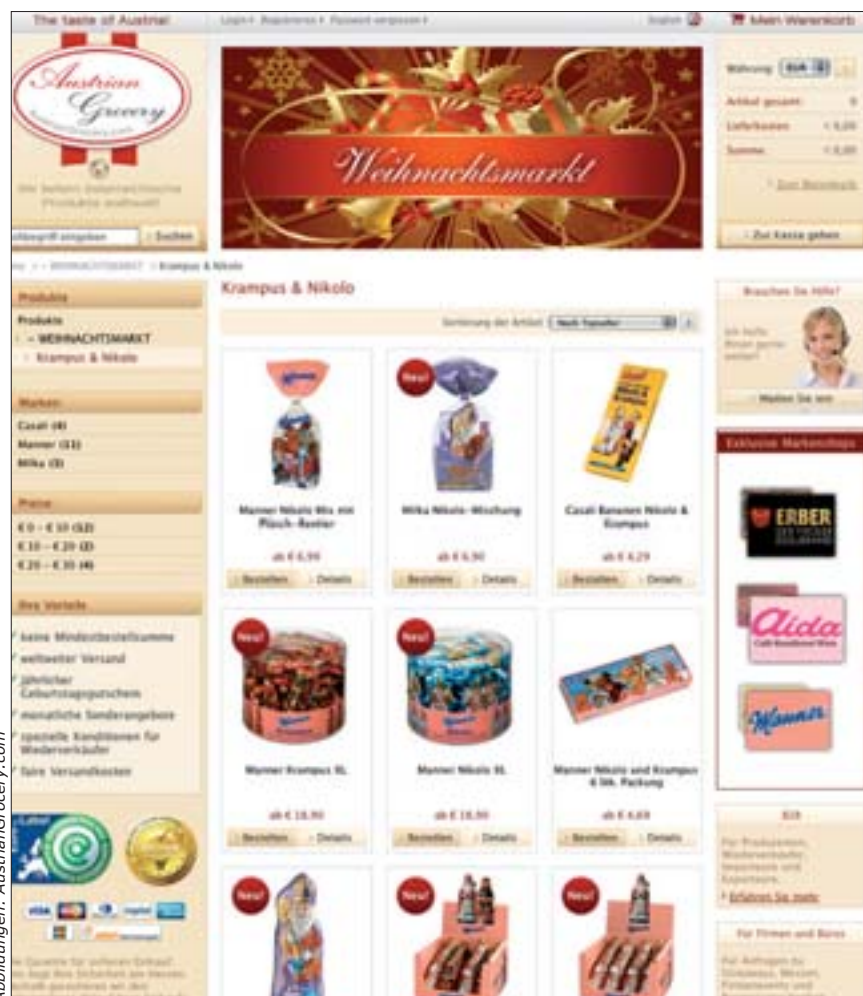
Firmen entdecken AustrianGrocery.com

Aber nicht nur viele Private, auch eine stetig wachsende Zahl an Unternehmen greift auf das Service von AustrianGrocery.com zu: Schnitten oder Mozartkugeln eignen sich ideal als Give-aways bei Firmenpräsentationen, auf Messen, oder auch als kleine, aber besondere Präsente für langjährige Geschäftskunden und Mitarbeiter zu verschiedensten Anlässen, wie Jubiläen, Geburtstage, Weihnachten und Ostern. So ordert beispielsweise eine in Irland ansässige Werbeagentur für die Kundenpräsentation in einem Wiener Innenstadthotel Dutzende AIDA-Mozartwürfel als kleine Aufmerksamkeit für die Anwesenden, oder Banken sind rund um den Weltspartag froh über die Großpackungen an Süßigkeiten, an die man sonst nur schwer herankommt – AustrianGrocery.com kann sie aber günstig und rasch zustellen. Auch die New Yorker Philharmoniker zählten schon zu den Kunden von AustrianGrocery.com für ihre regelmäßig stattfindenden Mozartkonzerte für Kinder.

Wer nun denkt, Michael Patzal wäre damit zufrieden, der irrt: Neben dem gleichbleibend hohen Servicefaktor wird nämlich, sozusagen hinter den Kulissen, auch eifrig am weiteren Ausbau des Shops gearbeitet. So sind seit kurzem an die 450 Wein-, Sekt- und Fruchtsaftspezialitäten von namhaften Herstellern (die Auflistung auch nur eines Querschnittes würde diesen Rahmen sprengen) neu im Getränkesortiment zu finden. Manner und Mirabell haben sich, neben dem Alt Wiener Schnapsmuseum und der Konditorei AIDA, für die Installation eines eigenen Exklusiv-Shops entschieden – auf diese Weise findet man deren süße Verführer noch einfacher und rascher.

Alles für den Kunden

Auf Anfrage besorgt AustrianGrocery.com auch Produkte, die die nicht im Stan-



Abbildungen: AustrianGrocery.com

Speziell für AuslandsösterreicherInnen

dardsortiment enthalten sind. In erster Linie handelt es sich hier um Wurstspezialitäten wie Käsekrainer oder Leberkäse, für die eine geschlossene Kühlkette unabdingbar ist, um den Erhalt der hohen Ausgangsqualität gewährleisten zu können. So können überall auf der Welt problemlos Feste mit „österreichischem Touch“ veranstaltet werden, wie zum Beispiel 2008 während der EURO in der österreichischen Botschaft in Dublin.

Großen Wert legt AustrianGrocery.com bei der Kundenbetreuung vor allem darauf, daß alle Anfragen so rasch wie nur möglich beantwortet werden. „Es ist für mich einfach eine Frage der Höflichkeit, daß man Kunden nicht zu lange warten läßt. Das Büro der AustrianGrocery.com ist daher von Montag bis Freitag praktisch rund um die Uhr besetzt – nur am Wochenende brauchen auch

wir eine kleine Auszeit“, bittet Michael Patzal – mit einem Augenzwinkern – um Verständnis, daß sein Team an Wochenenden oder Feiertagen nicht erreichbar ist.

AustrianGrocery.com bietet ihren Kunden übrigens etwas, was sonst kaum zu ergattern ist: Im ersten Bruchware-Shop werden Manner-Produkte, die qualitativ absolut der „Normalware“ entsprechen. Wegen Überproduktion oder kleinen optischen Fehlern (etwa Bruch) werden sie aber vom Hersteller günstiger abgegeben – zu Ihrem Vorteil!

Immer informiert

Großer Beliebtheit unter Tausenden Stammkunden erfreut sich vor allem der etwa 14tägig versandte Newsletter der AustrianGrocery.com. Die Vorteile für die Empfänger liegen auf der Hand: Sie sind immer über

die aktuellen Sonderangebote informiert, erfahren Details über die einzelnen Produkte und lernen die neuen Artikel kennen.

Weihnachten steht vor der Tür

Feinste Lebkuchen, einzigartige Weihnachtsmarmelade oder Bratapfelflikör – das sind nur einige der schmackhaften Produkte, die sich in den Weihnachts-Geschenkkörben der AustrianGrocery.com finden. Unternehmen wie Privatpersonen nutzen traditionell die Möglichkeit Geschäftspartner, Familie, Freunde und Bekannte mit Präsenten aus der Heimat zu erfreuen. Generell sind in der Weihnachtskategorie alle süßen Schätze versteckt, die Milka, Manner & Co. in der Adventzeit zu bieten haben. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich traditionell die Adventkalender. ■
<http://www.AustrianGrocery.com>

Ansprache von Bundespräsident Heinz Fischer zum Nationalfeiertag

Guten Abend, liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Der österreichische Nationalfeiertag ist ein Tag, der für mich jedes Jahr mit sehr positiven Gefühlen besetzt ist.

Es geht nicht nur um die historische Bedeutung dieses 26. Oktober, an dem im Jahr 1955 das Neutralitätsgesetz als Instrument österreichischer Friedenspolitik beschlossen wurde.

Es geht um unsere rot-weiß-rote Identität, um gemeinsame Grundwerte und Prinzipien.

Damit meine ich Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit – insbesondere auch soziale Gerechtigkeit – und den Rechtsstaat, dem wir besondere Aufmerksamkeit widmen müssen, damit das Vertrauen in unseren Rechtsstaat erhalten bleibt.

Es geht auch um die Verantwortung für unsere Mitmenschen, die nicht nur vom Staat, sondern auch von vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und von unseren karitativen Organisationen in wirklich beispielhafter Weise wahrgenommen wird. Dafür heute ein herzliches Wort des Dankes.

Und es geht auch um unsere aktive Mitarbeit am Projekt der europäischen Zusammenarbeit.

Es gehört zu den Aufgaben des Bundespräsidenten, Brücken zu bauen zwischen verschiedenen Auffassungen, verschiedenen Institutionen, verschiedenen Parteien und zwischen verschiedenen Menschen. „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“, heißt es in der berühmten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Diesen Grundsatz dürfen wir auch im täglichen Leben nie aus den Augen verlieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Am Nationalfeiertag des vorigen Jahres habe ich auf die heranrückende Finanz- und Wirtschaftskrise hingewiesen. Unsere Wirtschaftsforscher haben damals vorhergesagt, daß es zumindest in den Jahren 2009 und 2010 in ganz Europa und auch in Österreich deutlich niedrigere Wachstumsraten und steigende Arbeitslosigkeit geben wird.

Heute wissen wir, daß im laufenden Jahr 2009 in Österreich sogar mit einem Wachstumsrückgang von mehr als 3% zu rechnen ist.

Für das kommende Jahr 2010 sagt die Mehrheit der Wirtschaftsforscher zwar wieder langsam ansteigendes Wachstum voraus, aber es wird – trotz großer gemeinsamer Anstrengungen – leider noch keine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt geben.



Foto: ORF/Milenko Badzic

Bundespräsident Heinz Fischer

Die Krise ist also noch nicht überwunden. Wir sind weiterhin gefordert, die Wirtschaft anzukurbeln, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und den Menschen eine Perspektive zu geben.

Vor allem junge Menschen dürfen in Österreich nicht arbeitslos auf der Straße stehen.

Außerdem müssen wir aus Fehlern und aus Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre lernen.

Ich meine damit abenteuerliche Spekulationen, mangelndes Verantwortungsbewußtsein, zu wenig Kontrolle oder Exzesse bei Bonuszahlungen. Das alles hat zu dieser Krise mit beigetragen.

Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Europaweit und weltweit sind wir auch beim Klimaschutz gefordert. Wissenschaftler aus allen Kontinenten sind sich einig, daß eine globale Klimaerwärmung um mehr als 2 Grad Celsius verheerende Folgen für die Natur und für die Menschheit hätte.

Eine erfolgreiche Gegenstrategie in Euro-

pa erfordert, bis zum Jahr 2020 die Emissionen um mindestens 20% im Vergleich zu 1990 und um 80% bis zum Jahr 2050 zu reduzieren.

Die große und weltweite Klimakonferenz in Kopenhagen im kommenden Dezember hat die ebenso schwierige wie existenziell wichtige Aufgabe, weltweite Vereinbarungen zu erarbeiten, die diesem Ziel gerecht werden. Österreich wird an dieser Konferenz sehr aktiv mitarbeiten.

Bemühungen um Umwelt- und Klimaschutz müssen von uns allen sehr ernst genommen werden. Jeder einzelne kann und soll dazu seinen Beitrag leisten.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Erlauben Sie mir noch eine kurze Anmerkung zur Bundespräsidentenwahl im kommenden Jahr.

Ich werde häufig gefragt, ob ich für eine zweite Amtsperiode zur Verfügung stehe.

Ich denke, der Nationalfeiertag sollte nicht für die Präsentation einer persönlichen Entscheidung verwendet werden. Aber der kommende Monat November wird der richtige Zeitraum sein, diesbezüglich Klarheit zu schaffen.

Die eigentliche Wahlwerbung sollte dann im kommenden Jahr so kurz wie möglich und so fair wie möglich sein.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Lassen Sie mich schließen mit der Feststellung, daß es keine perfekte Demokratie und keine fehlerlose Politik gibt.

Dennoch haben wir viele gute Gründe, auf Österreich stolz zu sein und uns zu freuen, in diesem schönen und friedlichen Land leben zu können: Stolz z.B. auf Kultur und Wissenschaft, auf die hohe Lebensqualität, aber auch auf unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, und unser Bemühen um sozialen Ausgleich.

Und als schönes, friedliches und soziales Land wollen wir Österreich auch an die nächste und übernächste Generation weitergeben. Dazu ist die Bereitschaft zu gemeinsamen und zukunftsorientierten Anstrengungen erforderlich.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. ■

Spielberg feiert Stadterhebung

Rasanter Aufstieg vom Dorf zur blühenden Stadt

Foto: Land Steiermark / Manfred Liebinger



Bürgermeister Kurt Binderbauer mit der Stadterhebungsurkunde, die er kurz zuvor von LH Franz Voves (r.) überreicht bekommen hatte.

Seit 23. Oktober darf sich Spielberg in der Steiermark „Stadt“ nennen! Rund 500 Spielbergerinnen und Spielberger waren dabei, als Landeshauptmann Franz Voves Bürgermeister Kurt Binderbauer die Urkunde zur Stadterhebung überreichte. „Spielberg ist ein Beispiel für prosperierende kommunale Entwicklung durch die Bereitschaft, im Gemeinderat konstruktiv zusammenzuarbeiten und Synergien von überregionalen Netzwerken zu nutzen, gleichzeitig aber auch unkonventionell und unbürokratisch an die Lösung gemeinschaftlicher Fragen und Probleme heranzugehen“, so Voves in seiner Festrede. „Die Erhebung zur Stadt ist nicht nur Auszeichnung und Zeichen für die starke Entwicklung Spielbergs in den vergangenen Jahrzehnten, sie ist auch eine Aufwertung für den Bezirk“, freut sich der Bezirkshauptmann von Knittelfeld Werner Wurzbach.

Der Aufstieg Spielbergs zur Stadt verlief rasant: Nur wenige Jahre nach der Verleihung eines eigenen Gemeindewappens wurde Spielberg 1986 zur Marktgemeinde erhoben. Heute, nicht einmal ein Vierteljahrhundert später, ist das Herz des Aichfeldes die jüngste von insgesamt 35 steirischen Städten. Seit den Siebzigerjahren hat sich die Bevölkerungszahl auf 5500 Einwohner verdoppelt, damit ist man die zweitgrößte Ge-

meinde im Bezirk Knittelfeld. Bürgermeister Kurt Binderbauer über das Erfolgsgeheimnis der Vorzeigestadt: „Spielberg wird von vielen Menschen als attraktiver Wohnort ange-

sehen, der mehr als nur ein ‚Zuhause in den eigenen vier Wänden‘ bietet. Der Ausbau von Infrastruktur und Lebensqualität hat mit dem Bevölkerungszuwachs der letzten Jahrzehnte Schritt gehalten – im öffentlichen wie im privaten Bereich.“ Mit Motorsportveranstaltungen, einem 18-Loch-Golfplatz und einer Reitanlage hat sich Spielberg nicht nur als attraktiver Tourismus-Standort etabliert. Der Elektromotorenhersteller Austria Antriebstechnik AG ist mit rund 600 Mitarbeitern auch ein bedeutender Wirtschaftsmotor für die Region.

Einen großen „Sohn Spielbergs“ dürfte die Stadterhebung vermutlich auch freuen: Wie historische Untersuchungen ergeben haben, lebten nämlich die Vorfahren des amerikanischen Starregisseurs Steven Spielberg vor mehr als 200 Jahren als Bauern in unmittelbarer Nähe zum Österreichring. Als sie in die Ukraine auswanderten, gaben sie sich den Namen „Spielberg“ als Erinnerung an ihre Herkunft. Bleibt nur noch abzuwarten, ob Steven Spielberg – wie seine unvergeßliche Filmfigur „ET“ – „nachhause telefoniert“ und zur Stadtehre gratuliert. ■

<http://www.spielberg.at>

Foto: Stadtgemeinde Spielberg



Strudlhofstiege ist wieder wie neu

Am 14. Oktober erfolgte das offizielle Bauende für die rund einjährige Instandsetzung der Strudlhofstiege. Die feierliche Wiedereröffnung wurde im Beisein von Wiens Planungsstadtrat Rudi Schicker und Bezirksvorsteherin Martina Malyar begangen. Der Grundsatz der Instandsetzung lautete: Altes Aussehen – moderne Technik, der von der MA 29 – Brückenbau und Grundbau voll umgesetzt wurde.

„In Wien zu Fuß unterwegs zu sein zählt sich aus, denn oft kann man die schönsten Winkel der Stadt nur so erkunden. Erst wenn man die nun restaurierte Stiegenanlage im Alsergrund zwischen Strudlhofgasse und Liechtensteinstraße als FußgängerIn hinunter flaniert und sich auf die literarischen Spuren von Heimito von Doderer begibt, kann man in aller Ruhe dieses bedeutende Jugendstil-Bauwerk begutachten. Die Erneuerung dieser Stiegenanlage ist ein weiteres Beispiel dafür, wie sorgsam Wien mit historischer und auch kulturell bedeutender Bausubstanz umgeht“, betonte Stadtrat Schicker.

Ein wesentlicher Grundsatz war, daß während der Bauzeit die Stiege auch mittels provisorischer Stiegenlösungen immer begehbar blieb. Die Mobilität der Benutzer wurde durch die Bauarbeiten nicht behindert, die wichtige Verbindung zwischen Währinger Straße und Liechtensteinstraße war über eine Holzkonstruktion immer verfügbar. Erneuert wurden vor allem der Stein- und Metallbestand inklusive der Kandelaber. Die Anlagen der beiden Brunnen wurde ebenso neu hergestellt. Herausragend ist dabei die Rekonstruktion der Brunnenanlage im oberen Bereich. Die nicht historische Fliesenverkleidung wurde neu gestaltet, in langer Recherche konnte das historische Vorbild für den Fischkopf, der als Wasserspeier fungiert, gefunden werden. In Anlehnung an die ursprüngliche Gestaltung wurde das Relief aus Donaukies in Handarbeit nachgebildet. Die Gehwege aus Asphalt wurden durch eine Betondecke mit rutschsicherer Waschbetonoberfläche ausgetauscht, die sich an der historischen Bausubstanz orientiert.

Aus den Mitteln des Altstadterhaltungsfonds wurden für die Arbeiten mehr als 107.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Gesamtbaukosten betrugen rund 1,5 Millionen Euro.



Foto: MA 29 / Wurscher

Die neu revitalisierte Strudlhofstiege in ihrer ganzen Pracht.

Zur Instandsetzung des Bauwerks

Die Strudlhofstiege ist nicht nur ein literarisches, sondern auch ein bauliches Juwel im Alsergrund. Umso wichtiger war der behutsame Umgang mit der Bausubstanz und den einzelnen Materialien bei der Sanierung, die von der MA 29 – Brückenbau und Grundbau durchgeführt wurde. Daß hier nur Spezialisten ans Werk dürfen ist natürlich klar. In diesem Fall sind es aber vorwiegend Spezialistinnen, die mit viel Liebe und künstlerischem Überblick die einzelnen Materialien zu neuem Glanz bringen.

Vor allem die Steinarbeiten und die Metallkonservierung wurden durch zwei diplomierte Metallkünstlerinnen und eine Steinrestauratorin betreut. Erfahrung konnten sie schon bei vielen historischen Objekten sammeln, die ihnen bei der Instandsetzung der Strudlhofstiege zu Gute kommen. Ihre Tätigkeit war über die gesamte Bauzeit nötig, da dieses Bauwerk in mehreren Abschnitten erneuert wurde. Die größte Herausforderung an die Restauratorinnen war, das alte Aussehen der Stiege mit modernen Mitteln und Materialien zu erhalten. Neben der aufwendigen Arbeit vor Ort gehörte natürlich auch eine intensive Grundlagenforschung an den einzelnen Werkstoffen und in den diversen Archiven dazu.

Zum historischen Bauwerk

Die Stiege ist aus Mannersdorfer Kalkstein erbaut. Die Anlage wird von einem zweigeteilten Beckenwandbrunnen geschmückt. Am unteren Ansatz führen zwei geschwungene Stiegenläufe zum oberen Becken. Dieses wird von einer Kopfmaske als Wasserspeier an der Stiegenwand geschmückt. Auf dem ersten Treppenabsatz befindet sich eine mosaikverkleidete Nische mit einem Fischmaul als Wasserspeier. Mittels dreier Rampen wird der Höhenunterschied von rund 11 Metern zwischen der Strudlhofgasse und der Bolzmannngasse überwunden.

Der Namensgeber Peter von Strudel

Die Strudlhofstiege erinnert an den Hof- und Kammermaler Peter von Strudel. Er wurde um 1660 in Cles (Trentino, Italien) geboren und starb am 4. Oktober 1714 in Wien. Er errichtete 1690 den Strudelhof und wurde später zum Direktor der Kunstakademie gewählt. Sein Werk als Bildhauer und Maler bildet in Österreich den Übergang zum Hochbarock. Wie es sich für Wien so gehört, ging im Laufe der Jahre ob der akustischen Vereinfachung das „e“ im Namen von Strudel verloren. Heute lautet daher die veritable Frage – Strudel oder Strudl, die unbeantwortet bleiben muß. ■

2 x Silber für Tulln

Die niederösterreichische Bezirksstadt an der Donau konnte sich gegen fast 300 Gemeinden und 200 Projekten durchsetzen und punktete beim internationalem »LivCom«-Wettbewerb.

Die Blumenstadt Tulln überzeugte bei den „International Awards for Liveable Communities 2009“ mit ihrer Zukunftsplanung, dem Wahren des kulturellen Erbes, ihrem sensiblen Umgang mit vorhandenen Umweltressourcen und mit der in Europa einzigartigen ökologischen Gartenschau „Garten Tulln“. Bei der Siegerehrung in Pilsen (Tschechische Republik) am 12. Oktober erhielten die Stadtvertreter dafür zwei Silber-Medaillen.

293 Gemeinden und 196 Projekte aus 18 Nationen beteiligten sich bei den „International Awards for Liveable Communities 2009“ (Internationaler Wettbewerb zur Auszeichnung lebenswerter Gemeinden) um Medaillen. In die zweite Runde, zur Abschlußpräsentation in Pilsen (Tschechische Republik), schafften es 57 bzw. 28 von ihnen. Tulln ging gleich zwei Mal ins Rennen: als Gemeinde und mit dem in Europa einzigartigen Projekt „Garten Tulln“, der ersten ökologischen und dauerhaften Gartenschau.

Daß man im Wettstreit mit Städten wie z.B. Gold Coast City (Kanada), Riad (Saudi-Arabien), Dubai (Arabische Emirate), Yokohama (Japan) zwei Mal Silber holen konnte, freut Bürgermeister Willi Stift: „Tulln setzt sich auf vielfältige Weise dafür ein, einen lebendigen, zukunftsfähigen und vor allem umweltfreundlichen Ort mit hoher Lebens- und Freizeitqualität für Bevölkerung und Gäste zu schaffen. Daß wir dafür auch laufend internationale Anerkennung bekommen, ehrt uns natürlich!“ Die Bezirks-Hauptstadt hat im Jahr 2004 beim „LivCom Award“ Bronze geholt und vergangenes Jahr bei der Entente Florale als erste Stadt Europas eine zweite Gold-Medaille nach Hause gebracht.

Die internationale „LivCom“-Fachjury gab Tulln Höchstbewertungen für seine Zukunftsplanung, dem Wahren des kulturellen Erbes sowie dem sensiblen Umgang mit vorhandenen Umweltressourcen. Beeindruckt zeigten sich die Experten aus den Bereichen Stadtentwicklung, Umweltmanagement und Landschaftspflege auch von der Nachhaltigkeit und der ökologischen Ausrichtung der „Garten Tulln“.



Foto: Andreas Pimperl

Juryvorsitzender Yoritaka Tashiro und Generalsekretär Alan Smith (1.u.4.v.l.) der internationalen LivCom Awards 2009 gratulierten Thomas Uibl und Sandra Pfister (Prokurist und Marketing-Verantwortliche der Garten Tulln, 2. u. 3. v.l.), Bürgermeister Willi Stift, Julia Hambrusch (Gartenleiterin Garten Tulln), Consulter Matthias Zawichowski und Stadtamtsdirektor Franz Lasser (v.l.) zu den 2 Silber-Medaillen.

Versilbertes Spezial-Projekt »Garten Tulln«

Im Rahmen der „LivCom Awards“ werden jedes Jahr auch Preise für innovative Projekte vergeben, die ebenso zukunfts-trächtig wie umweltbewußt sind und welche sich positiv auf die örtlichen Naturräume auswirken bzw. diese fördern. Die „Garten Tulln“ ist hierfür ein Paradebeispiel. Umgeben vom revitalisierten, 450.000 m² großen und direkt am Stadtzentrum gelegenen Tullner Auegebiet hat sich die erste langfristige Gartenschau als ökologisches Kompetenzzentrum etabliert. Bereits nach eineinhalb Saisons konnte man den 500.000sten Besucher begrüßen.

Vereinsfreundlichste Gemeinde

Vereine bilden das Rückgrat einer Gemeinde. Mit ihren sozialen, kulturellen und sportlichen Angeboten leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität der Bevölkerung. Die insgesamt 115 Tullner Vereine werden von der Stadtgemeinde mit ca. 226.600 Euro gefördert. Dieses Engagement zum Wohle der Bürger wird nun ausgezeichnet: Tulln ist die vereinsfreundlichste Gemeinde im Bezirk.

„Vor allem in einer dynamischen und wachsenden Stadt wie Tulln ist die soziale Komponente sehr wichtig. Vereine stellen etwas Verbindendes dar: Unabhängig von Alter und Herkunft kommen Menschen zusammen, um sich einem gemeinsamen Hobby zu widmen. Das fördert die Integration und steigert den Zusammenhalt“, zeigt sich Vizebürgermeister Peter Eisenschenk erfreut – einerseits über die große Akzeptanz der Vereine bei den Tullner Bürgern und andererseits über die Auszeichnung als vereinsfreundlichste Gemeinde.

Die knapp 15.000-Einwohnergemeinde Tulln unterstützt die insgesamt 150 Vereine auf vielfältige Art und Weise. So wurden 2008 rund 226.600 Euro an Bar-Subventionen an alle Vereine ausgeschüttet. Gemeinde-eigene Räumlichkeiten können teilweise kostenlos genutzt werden. Für Vereinsveranstaltungen werden Ehrenpreise zur Verfügung gestellt. Bei dem seit über 15 Jahren von der Stadtgemeinde organisierten Aktivsommer können Vereine und Institutionen den jungen Gemeindebürgern ihre Sport- und Freizeit-Angebote präsentieren und somit neue Mitglieder werben. ■

<http://www.tulln.at>

Wien bekommt Helmut-Zilk-Platz

Wien bekommt einen Helmut-Zilk-Platz: Die Fläche zwischen Augustinerstraße, Albertinaplatz, Tegetthoffstraße und Führichgasse in der Inneren Stadt wird nach dem, vor einem Jahr verstorbenen, Altbürgermeister benannt.

Dieser Platz veranschaulicht, wie Helmut Zilk die Stadt geprägt und beeinflusst hat. Die bewegte Geschichte des Platzes ist durch das Hrdlicka-Mahnmal, dessen Entstehung neben dem Künstler auch maßgeblich ihm zu verdanken ist, allgegenwärtig. Darüber hinaus beherbergt er Kultureinrichtungen, wie die Albertina und das Film-museum sowie den Tirolerhof und das Café Mozart“, so Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny am 27. Oktober.

Vor dem Zweiten Weltkrieg befand sich hier der Philippshof, ein Gründerzeithaus, das 1883/84 nach Plänen von Carl König errichtet wurde. Am 12. März 1945 kam es zum schwersten Luftangriff auf Wien während des Zweiten Weltkrieges, wobei nahezu ausschließlich das historische Stadtzentrum bombardiert wurde. Hierbei wurde das Areal um den Albertinaplatz nahezu komplett zerstört. Der Philippshof und sein Luftschutzbunker stürzten ein und begruben vermutlich 300 Menschen unter sich. Die genaue Opferzahl ist unbekannt, da nicht alle Toten geborgen werden konnten.

Der Platz wurde planiert; anstelle des Philippshofs wurde eine Grünfläche angelegt, von der 1988 ein Teil für das Mahnmal gegen Krieg und Faschismus abgetrennt wurde. Es soll im Zentrum der Stadt der Opfer von Krieg und Holocaust gedenken und gleichzeitig an ein „Niemals wieder“ gemahnen.

Am 24. November 1988 wurde das noch unvollendete Mahnmal mit einer Gedenkveranstaltung, zu der mehr als tausend Menschen kamen, feierlich enthüllt. Die Zeit-historikerin Erika Weinzierl hielt in Anwesenheit zahlreicher Politiker und hochrangiger Vertreter der Religionsgemeinschaften die Ansprache. Dieser Enthüllung ging jedoch eine heftige öffentliche Diskussion voraus. Der Konflikt entzündete sich im wesentlichen an der Standortfrage: Während die einen, allen voran die Wiener ÖVP, den Morzinplatz bevorzugten, sprach sich die Wiener Stadtregierung – unter Verweis auf den historischen Bezug und den einstimmig gefassten Beschluß von 1983 – im Wiener Gemeinderat für den Standort vor der Albertina aus. Die Debatte wurde auch im Lichte des Gedenkjahres 1988 – man gedachte der



Ereignisse von 1938 – von Parteien, Medien und Öffentlichkeit sehr breit geführt. Es war schließlich Helmut Zilk, der in seiner damaligen Funktion als Wiener Bürgermeister die Diskussion mit einer dezidierten Entscheidung zugunsten des Albertinaplatzes beendete. Das fertig gestellte Mahnmal wurde am 21. Juni 1991 der Öffentlichkeit übergeben.

Das „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“ besteht aus mehreren Teilen:

„Der straßenwaschende Jude“ erinnert an die Entwürdigung und Erniedrigung, die der gnadenlosen Verfolgung und Ermordung vorangingen.

„Orpheus betritt den Hades“, eine in einem Marmorblock aufgehende Männergestalt, ist Mahnmal für die Bombenopfer und den Opfertod jener, die dem Nationalsozialismus unter Einsatz ihres Lebens widerstanden haben.

Auf dem „Stein der Republik“ sind Auszüge aus der damals formulierten Regierungserklärung sowie die Namen jener Männer verewigt, die sie unterschrieben haben.

Das „Tor der Gewalt“ – Die Skulptur zur Linken („Hinterlands-Front“) soll an die Opfer des Massenmordes erinnern, der in den Lagern und Gefängnissen von den Nationalsozialisten verübt wurde, ebenso an die Opfer des Widerstandes und der Verfolgung aus Gründen nationaler, religiöser und ethnischer Zugehörigkeit, geistiger und körperlicher Behinderung und sexueller Orientierung. Die Figurengruppe der rechten Tor-

säule („Heldentod“) ist dem Gedenken an alle Opfer des Krieges gewidmet.

Helmut Zilk wurde am 9. Juni 1927 in Favoriten geboren. Nach einer Karriere als Volks- und Hauptschullehrer wechselte Zilk 1955 zum Rundfunk. Dort baute er unter anderem das Schulfernsehprogramm auf, arbeitete als Ombudsmann und wurde mit den „Stadtgesprächen“ und „In eigener Sache“ einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Von 1967 bis 1974 war er Programmdirektor des ORF.

Der damalige Wiener Bürgermeister Leopold Gratz machte ihn 1979 zum Kulturstadtrat. Fred Sinowatz berief Zilk schließlich 1983 als seinen Nachfolger ins Unterrichtsministerium, allerdings kehrte der rührige SPÖ-Politiker bereits ein Jahr später als Bürgermeister ins Rathaus zurück. In den folgenden zehn Jahren seiner Amtszeit widmete sich Zilk besonders dem Stadtbild. Bei seiner ersten Kommunalwahl 1987 wurde diese Politik mit einer absoluten Mehrheit von fast 55 Prozent für die SPÖ belohnt. Im Dezember 1993 stand Zilk als Opfer der ersten Briefbombenserie im Rampenlicht der Öffentlichkeit, wobei seine linke Hand schwer verstümmelt wurde.

Am 24. Oktober 2008 starb Helmut Zilk an Herzversagen. Seit 1978 war der beliebte SPÖ-Politiker und Ehrenbürger der Stadt Wien mit Operetten- und Musicalstar Dagmar Koller in dritter Ehe verheiratet. ■

Neue Erdäpfelvielfalt in Wien

Wiens Umweltstadträtin Ulli Sima präsentierte erste Ernte alter Kartoffelsorten. Starköche kredenzten ihre besten Erdäpfelgerichte.

Violetta, Muresan, Pinki und Ciclamen – klingende Namen, die man auf den ersten Blick nicht gerade mit Erdäpfeln in Verbindung bringen würde. Doch genau darum handelt es sich: um alte Sorten von Kartoffeln, die von Biobäuerinnen im Waldviertel gezüchtet und in Zusammenarbeit mit Slow Food Wien und der Arche Noah, der Gesellschaft für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt, auf den Bioflächen der Stadt Wien ausgesät wurden. Jetzt war die Zeit der ersten Ernte gekommen. Am 21. Oktober lud Umweltstadträtin Ulli Sima zum Wiener Abend mit Erdäpfelvielfalt und „Gemischtem Satz“ auf die Summerstage ein.

Erdäpfelgerichte von Amann, Cmyral, Domschitz und Gerer

Gleich vier prominente Köche präsentierten ihre besten Erdäpfelvariationen mit den ursprünglich fast in Vergessenheit geratenen Erdäpfelsorten. Denise Amann, Inhaberin und Köchin des Restaurants Noi, kochte Mangoldwickler mit Ziegenfrischkäse auf Violettagröstl mit Liebstöckel, Florian Cmyral, „Chef de Cuisine“ des Salut, kredenzte einen orientalischen Erdäpfelsalat. Christian Domschitz vom Vestibül verwöhnte die BesucherInnen des Events auf der Summerstage mit Mohnnudeln und Erdäpfelkompott und Reinhard Gerer wartete mit Rösti und Sardellen auf. Durch den Abend führte Barbara van Melle, Obfrau von Slow Food Wien.

Stadt Wien als Bio-Pionier

Die Stadt Wien ist eine der größten Biobäuerinnen Österreichs. Das Stadtgut Lobau/Essling wurde bereits 1987 auf biologische Bewirtschaftung umgestellt und zählt damit zu den Pionieren im biologischen Landbau. Jährlich werden dort 500 Tonnen Bio-Erdäpfel geerntet. Nun leistet das Stadtgut wieder Pionierarbeit. Durch den Anbau alter, fast in Vergessenheit geratener Erdäpfelsorten.

„Die Stadt Wien nimmt ihre Verantwortung für den Schutz der Artenvielfalt wahr. Diese alten Sorten bieten eine wohl-schmeckende, interessante Abwechslung für die Küche und werden schon in Kürze wieder im Handel erhältlich sein“, freut sich Umweltstadträtin Ulli Sima über die neue



Foto: RK / Christian Houdek

Starköche und Erdäpfel als Stars auf der Summerstage: Slow Food Wien Obfrau Barbara van Melle, StRin Ulli Sima, Christian Domschitz, Denise Amann und Florian Cmyral (v.l.)

Erdäpfelvielfalt in Wien. Die alten Sorten sind durch die Industrialisierung der Landwirtschaft von den Äckern verschwunden.



Foto: Terramadre / Bernhard Kaar

Frische, ungetrocknete Safran-Ernte aus der Wachau

Die Gene der alten Sorten konnten jedoch gerettet werden. Nach einer Saatgutvermehrung durch die Biobäuerinnen im Waldviertel wurden die Sorten kürzlich wieder eingesetzt.

Slow Food – Bewegung verstärkt Nachfrage nach Vielfalt

Durch Slow Food und andere Bewegungen, die neben Genuß auch die biologische Landwirtschaft und die Erhaltung der Artenvielfalt in den Mittelpunkt stellen, steigt auch die Nachfrage nach mehr und abwechslungsreicheren Sorten im Handel.

Genußvolles, regionales Essen und Trinken auf der »Terra Madre Austria 2009«

Die Erdäpfel werden erstmals auf der „Terra Madre Austria 2009“ vom 28. bis 29. Oktober 2009 im Wiener Rathaus zu kaufen sein.

Bei der „Terra Madre Austria 2009“ können BesucherInnen im Arkadenhof des Wiener Rathauses Produkte, die nach Slow Food-Kriterien hergestellt wurden, verkosten, kennenlernen und kaufen. Der Eintritt ist frei. Veranstalter sind die Stadt Wien und Slow Food Wien.

<http://www.terramadre.at>

Hohe Auszeichnung für Superintendent Paul Weiland

Niederösterreichs Landeshauptmann Pröll: Vertrauensvolle Zusammenarbeit - Weiland: Auszeichnung für die Evangelische Kirche und ihren Einsatz für Menschen

Mit dem „Silbernen Komturkreuz mit Stern“ für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich ist der evangelische Superintendent Paul Weiland am 10. Oktober ausgezeichnet worden. Landeshauptmann Erwin Pröll verlieh das Ehrenzeichen im Rahmen eines Festaktes in Schloß Haindorf anlässlich des 60. Geburtstages von Paul Weiland. Dabei bezeichnete der Landeshauptmann den aus dem Burgenland stammenden Superintendenten als „gewachsenen Niederösterreicher“, der ein „ganz wertvolles Mitglied der Familie Niederösterreich“ geworden sei.

In einer Zeit, in der es „immer mehr Fragen und immer weniger Antworten“ gebe, brauche es „anerkannte Seelsorger“ wie Weiland. „Wir leben in einer Gesellschaft der schnellen Nachrichten, nicht gelungen ist es allerdings, bleibende Botschaften zu installieren“, bemerkte der Landeshauptmann. Weiland gelinge es, sich auch kritisch Trends entgegenzustellen, sich auch „selbst zu hinterfragen“, „kluge Antworten“ zu geben und „klare Werte zu leben“. Daß die Zusammenarbeit zwischen Kirchen und Land funktioniere, sei kein Schlagwort, sondern werde ständig vertrauensvoll praktiziert. Eine Ökumene, die getragen ist von Toleranz und Respekt, sieht der Landeshauptmann als „Vorbild für das Zusammenleben“ in Niederösterreich.

Bischof Bünker: Demut ist Kind der Freiheit und nicht der Herrschaft

Dem Festakt vorausgegangen war ein Dankgottesdienst, in dem Bischof Michael Bünker predigte. Darin wandte sich der Bischof gegen eine falsches Verständnis des Begriffes „Demut“. Richtig verstanden sei Demut „ein Kind der Freiheit und nicht der Herrschaft“. Demut dürfe weder Maske für Selbstherrlichkeit noch falsche Selbstunterschätzung sein. „Wirklich siehst du dich nur in der Haltung der Demut“, so der Bischof wörtlich. Demut – Thema der Predigt Weilands bei seiner Amtseinführung im Jahr 1998 – sei „eine der schönsten Blumen auf dem Feld der Menschlichkeit“. Das Christen-



Foto: Dieter Schewig

Landeshauptmann Erwin Pröll (l.) und Superintendent Paul Weiland

tum dürfe sich nicht unkritisch mit Macht einlassen, sagte der Bischof. In der evangelischen Kirche werde das Leitungsamt „kollektional, synodal, ohne Gewalt, nur durch das Wort“ ausgeübt. Dabei gelte es darauf zu achten, „was dem jeweils anderen dient“, etwa jenen, „die nicht wissen, warum sie in Schubhaft oder armutsgefährdet sind“.

Als „dienstältester Pfarrgemeindegurator“ dankte Synodenpräsident Peter Krömer im Namen der ehrenamtlichen und weltlichen AmtsträgerInnen Weiland für sein „persönliches Vorbild in Tun und Handeln“, besonders auch für das „deutliche Bemühen um das geistliche Führen und Leiten“. Der römisch-katholische Weihbischof Anton Leichtfried wiederum zeigte sich dankbar für das „engagierte ökumenische Miteinander“. Superintendentialkuratorin Erna Moder und Senior Karl-Jürgen Romanowski, die gemeinsam den Festakt moderierten,

dankten Weiland für die seine Hilfsbereitschaft und sein Engagement, aber auch für seine Fähigkeit, „mit klarem Profil offen mit anderen Kirchen zu kommunizieren“.

Angesichts der großen Zahl der Gratulanten aus dem kirchlichen und öffentlichen Leben Niederösterreichs aber auch darüber hinaus dankte Weiland für das „respektvolle und freundschaftliche“ Miteinander. „Es ist ein Privileg mit Ihnen und Euch gemeinsam unterwegs sein zu dürfen“, so der Superintendent. Die Auszeichnung sieht Weiland als Würdigung der Evangelischen Kirche, die sich einsetze für Menschen, die keine Stimme mehr haben, „die nicht mit Leistung oder Herkunft punkten können“. Immer wieder gehe es darum, „ohne Rentabilitätsdenken auf die Würde jedes einzelnen hinzuweisen“.

Unterlegt war der Festakt mit an die Wand projizierten Karikaturen aus der Feder

Religion und Kirche

des Amstettner Pfarrers Siegfried Kolck-Thudt. Sie zeigten den Superintendenten, seinen römisch-katholischen Amtskollegen und den Landeshauptmann in typischen Situationen. Organisiert wurde das Fest vom niederösterreichischen Superintendentenausschuß. Die Liturgie des Dankgottesdienstes gestalteten Seniorin Birgit Schiller und die stellvertretenden Superintendentalkuratorin Veronika Komuczky.

Pröll: »Unglaubliche Nähe und großes Wohlwollen zwischen Kirche und Land«

Das gute Klima der Zusammenarbeit zwischen Land und Kirchen prägte das traditionelle „Ökumenische Mittagessen“, zu dem Landeshauptmann Erwin Pröll die Vertreter der Evangelischen und der Römisch-



Geburtstags-Empfang vor dem Schloß Haindorf in Langenlois



oben: Propst Maximilian Fürnsinn, Weihbischof Anton Leichtfried, St Paul Weiland und Gattin Marianne und Landeshauptmann Erwin Pröll (v.l.)

rechts: Superintendentalkuratorin Erna Moder und Senior Mag. Karl-Jürgen Romanowski moderierten den Festakt

katholischen Kirche vier Wochen zuvor ins Landhaus geladen hatte. In seiner Ansprache betonte der Landeshauptmann die „unglaubliche Nähe und das große Wohlwollen zwischen den Kirchen und dem Land“ und versicherte, auch in der Zukunft dieses Miteinander pflegen zu wollen. Die „krisenhaften Erscheinungen“ der vergangenen Monate hätten gezeigt, daß „das schnelle Geld nicht alles im menschlichen Leben ist“, bleibend seien vielmehr „die immateriellen Werte, die

den Menschen ausmachen und tragen“. Den kirchlichen Würdenträgern dankte er „für Ihr Wort und Ihre Seelsorge“, die es dem Land ermöglichten, „traditionell verwurzelt und gleichzeitig mit offenem Auge nach vorne zu gehen“. Denn bei allen Entscheidungen und Herausforderungen tue man gut daran, „auch dankbar daran zu denken, daß wir den Schutz und die Begleitung von oben brauchen“. Die sozialen Einrichtungen der Kirchen bezeichnete Pröll als „wichtige Ergänzung der Arbeit des Landes“.

Kardinal Christoph Schönborn bedankte sich für die „bewährte Tradition“ des ökumenischen Mittagessens. Der Kardinal ortet in der Zivilgesellschaft eine „Sehnsucht nach einem schützenden Dach“ und eine Suche nach „Verortung und Beheimatung“. Es sei eine große Herausforderung an die Kirchen, Klöster und Glaubensgemeinschaft-



Fotos: Dieter Schewig

Religion und Kirche



Foto: Dieter Schewig

Bischof Michael Bünker bei der Predigt im Dankgottesdienst

ten, „offen auf diese Erwartungshaltung zuzugehen“ statt sich abzukapseln. Manchmal fehle es am „wachen Zugehen auf die Zivilgesellschaft, die mit Religion und Glaube wenig Erfahrung hat“. Besorgt äußerte sich der Kardinal über die Arbeitslosenzahlen. Insgesamt scheine es, daß man „die Lektion aus der Krise noch nicht gelernt“ habe. Schönborn plädierte für eine Wirtschaft, die „auf Nachhaltigkeit statt auf schnelle Gewinne“ ausgerichtet sei. Hier sei die Wachsamkeit von Kirche und Politik gefordert.

Superintendent Paul Weiland bedankte

sich im Namen der Evangelischen Kirche für die Einladung und zeigte sich „froh und dankbar“ über das Verhältnis von Kirche und Staat „in Eigenverantwortung, aber doch im Miteinander“. Dieses Miteinander sei „ein glaubwürdiges Zeugnis für unsere Arbeit und unsere gemeinsamen Anliegen“. In diesem Zusammenhang erinnerte der Superintendent, der gemeinsam mit Seniorin Birgit Schiller und Senior Karl-Jürgen Romanowski an dem Treffen teilnahm, an die Barmer Theologische Erklärung, die vor 75 Jahren „wegweisend“ das Verhältnis zwischen Kirche und Staat definiert habe. Die „freie Kir-

che im freien Staat“ habe sich auch in Österreich bewährt, so der Superintendent. Die Kirchen und der Staat seien eigenverantwortlich und doch miteinander unterwegs. Als gemeinsame Bereiche nannte Weiland hier etwa das Engagement für den freien Sonntag, den Religionsunterricht, die Militärseelsorge oder das Bewahren von Kulturgütern. Der Superintendent kündigte bei dem ökumenischen Mittagessen auch an, daß der „Weg des Buches“, ein Pilgerweg auf den Spuren der Bibelschmuggler, künftig um einen Abschnitt in Niederösterreich erweitert werden soll. ■

Superintendent Paul Weiland

Geboren am 14. September 1949 in Rottenmann, Steiermark; aufgewachsen in Stadtschlaining im Burgenland; Studium der Theologie an der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Wien von 1969 bis 1975. Abgeschlossen mit dem Examen pro candidatura (Magister).

Religionslehrer an Wiener AHS von 1975 – 1977. Vikar in der Evangelischen Pfarrgemeinde Wien-Währing und im Amt für Hörfunk und Fernsehen in den Jahren 1977 – 1979. Abgeschlossen mit dem Examen pro ministerio (Pfarramtsprüfung) im Jänner 1979.

Ordination am 11. März 1979 durch Bischof Oskar Sakrausky; Pressepfarrer der Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich

und Geschäftsführer des Evangelischen Presseverbandes von 1979 – 1998.

Seit 1. September 1998 Superintendent der Evangelischen Kirche A. B. in Niederösterreich mit Amtssitz in St. Pölten.

Mitglied der Synode A. B. und der Generalsynode der Evangelischen Kirche in Österreich.

Derzeit auch Präsident der Österreichischen Bibelgesellschaft, Obmann des Evangelischen Bundes in Österreich, Obmann des Evangelischen Presseverbandes in Österreich, Mitglied in zahlreichen kirchlichen Gremien und Einrichtungen, darunter in der Gemischten Evangelisch/Katholischen Kommission und im Ökumenischen Rat der Kirchen in Österreich. Berater des Lutherischen Weltbundes in Genf in Kommunikationsfragen.



Foto: NLK Schleich

Weihbischof Anton Leichtfried, SI Paul Weiland, Landeshauptmann Erwin Pröll, Kardinal Christoph Schönborn und Propst Maximilian Fürnsinn – dieses Gruppenfoto entstand anlässlich des »Ökumenischen Mittagessens« im September in St. Pölten.

Festlicher Empfang für Diakone

Freiwillig Engagierte stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt – Diakone aus ganz Österreich in Rankweil mit LH Herbert Sausgruber

Mit einem Empfang im Vinomnasaal in Rankweil begrüßten Landeshauptmann Herbert Sausgruber und Rankweils Bürgermeister Martin Summer am 24. Oktober die rund 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der österreichweiten Tagung der Diakone. Das bundesweite Treffen dient dem Austausch und der Vernetzung ebenso wie der gemeinsamen Fortbildung. „Freiwillig engagierte Menschen leisten einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die zumeist ehrenamtlich tätigen Diakone erfüllen neben ihrem Dienst am Altar auch einen wichtigen Dienst für all jene, die auf Hilfe angewiesen sind“, lobte der Landeshauptmann das umfangreiche soziale Engagement. In Vorarlberg gibt es derzeit 20 Diakone, die haupt- und ehrenamtlich in den Pfarren arbeiten.

In Österreich sind derzeit insgesamt knapp 600 Diakone tätig, mehr als 70 befinden sich in Ausbildung. Der Großteil der Diakone engagiert sich ehrenamtlich im Dienste der Katholischen Kirche. Zu ihren Aufgaben zählt die Seelsorge in der Pfarre ebenso wie in den Krankenhäusern oder den Gefängnissen. Daneben sind viele als Religionslehrer tätig, predigen in den Pfarren, sind Wortgottesdienstleiter oder Taufspender oder wirken im Begräbnisdienst. Und auch die erfolgreiche Privatinitiative „Tischlein deck Dich“, die Bedürftigen Lebensmittel zur Verfügung stellt, wurde von einem Diakon, dem Vandanser Elmar Stüttler, ins Leben gerufen. Alle zwei Jahre organisieren die Diakone eine bundesweite Tagung, die der Fortbildung, aber auch dem gegenseitigen Kennenlernen dient. In Vorarlberg tagten die Diakone zuletzt vor 20 Jahren.

Zwischen Liturgie und Diakonie

Heuer thematisierten die Diakone im Bildungshaus Batschuns ihr eigenes Wirken im Spannungsverhältnis von Liturgie und Diakonie. Die beiden kirchlichen Grundfunktionen, auf der einen Seite der Gottesdienst und auf der anderen Seite der Dienst am Nächsten, sollten eigentlich gleichwertig sein. Im Bewußtsein vieler Christen nimmt die Liturgie allerdings eine Vormachtstellung gegenüber der Diakonie ein. Eine endgültige Klärung der Frage vermochte die



LH Herbert Sausgruber begrüßte rund 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Vinomnasaal in Rankweil

Diskussion im Rahmen der Tagung zwar nicht liefern. Dennoch förderten die Gespräche wertvolle Impulse und neue Erkenntnisse zu Tage.

Dank an das Organisatorenteam

Dem Organisatorenteam rund um den

Leiter des Diakonatskreises in der Diözese Feldkirch, Gerold Hinteregger, dankte der Landeshauptmann für die gewissenhafte Vorbereitung und Durchführung der Tagung im Vinomnasaal. Für einen gemütlichen Festabend sorgte anschließend der Kabarettist Markus Linder. ■



LH Sausgruber im Gespräch mit Bischof Anton Leichtfried (Diözese St. Pölten)

Gold von Wien für Henry und Franz Leichter

Nach einer Begrüßung durch Bürgermeister Michael Häupl und in Anwesenheit von Stadtrat Rudolf Schicker wurden am 15. Oktober Franz S. Leichter und Henry O. Leichter von Vizebürgermeisterin Renate Brauner im Wappensaal des Wiener Rathauses mit der Ehrenmedaille in Gold der Bundeshauptstadt Wien ausgezeichnet.

„Henry O. Leichter und Franz S. Leichter repräsentieren einen wichtigen Teil der Geschichte Wiens mit all ihren hellen und dunklen Stunden. Beide haben ihre Kindheit in Wien verbracht und mußten aufgrund der politischen Verfolgung ihrer Eltern Käthe und Otto Leichter sowie aufgrund der Nürnberger Rassengesetze vor den Nazis flüchten. Beiden haben sich immer ihrem Wien stark verbunden gefühlt und haben ganz wesentlich zur Wiederherstellung des Ansehens Wiens und Österreichs in den USA beigetragen“, so Brauner in ihrer Laudatio.

„Henry und Franz Leichter haben nie vergessen, woher sie gekommen sind. Die Geburtsstadt Wien verneigt sich vor zwei herausragenden Botschaftern Wiens. Ihr Lebenswerk ist gekennzeichnet von Menschlichkeit, Respekt vor anderen, dem großen Drang nach Gerechtigkeit, Freiheit und dem entschiedenen Eintreten für Schwächere“, so Brauner.

Henry Leichter wurde als Heinz Leichter 1924 in Wien als erster Sohn von Käthe und Otto Leichter geboren, 1930 wurde der zweite Sohn Franz Leichter geboren. Käthe Leichter promovierte 1918 bei Max Weber in Nationalökonomie, war Mitarbeiterin von Otto Bauer und baute in den zwanziger Jahren das Frauenreferat der Wiener Arbeiterkammer auf. 1921 heiratete sie den sozialdemokratischen Journalisten Otto Leichter. Der studierte Jurist Otto Leichter war Mitbegründer des Verbandes der sozialdemokratischen Studenten und Akademiker und ab 1925 Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“. Im Zuge der Februar-Ereignisse des Jahres 1934 und des damit einhergehenden Verbots der Sozialdemokratie in Österreich gingen Käthe und Otto Leichter in die Schweiz ins Exil.

Nach ihrer Rückkehr Ende 1934 mußten sie ihre Wohnung in Wien aufgeben und zogen nach Mauer (NÖ). Dort wurden sie im



Henry O. Leichter und Franz S. Leichter gemeinsam mit Vbgmin Renate Brauner und Stadtrat Rudolf Schicker

Foto: media wien

März 1935 verhaftet, wobei Käthe Leichter nach wenigen Tagen und Otto Leichter nach drei Monaten aus der Haft entlassen wurden. Otto und Käthe Leichter gehörten zwischen 1934 und 1938 in der Illegalität zum engsten Kreis der „Revolutionären Sozialisten“. Im Zuge des Anschlusses entschloß sich Otto Leichter zur umgehenden Flucht aus Österreich. Trotz intensiven Drängens von Otto Leichter erkannte Käthe Leichter die immanente Gefahr der Verfolgung durch die Nationalsozialisten zu spät und wurde am 30. Mai 1938 von der Gestapo inhaftiert. Sie wurde u.a. mit Rosa Jochmann im Konzentrationslager Ravensbrück interniert und im März 1942 in Bernburg/Saale ermordet. Otto Leichter gelang es mit den Söhnen über Paris, Vichy-Frankreich und Lissabon 1940 nach New York zu emigrieren.

Henry O. Leichter beteiligte sich als junger Soldat der US-Armee an der Befreiung Deutschlands und Österreichs. 1946 beendete er seinen Militärdienst und besuchte bis 1948 das Swarthmore College in Pennsylvania. Danach ging er u.a. als Mitarbeiter im Büro des US-Hochkommissars für Deutschland nach Europa zurück. Nach dieser Tätigkeit kehrte Henry Leichter in die USA zurück und studierte Rechtswissenschaften

an der Columbia University. Nach Abschluss des Studiums im Jahr 1957 war er als Rechtsanwalt für unterschiedliche Kanzleien tätig. 1963 wurde er ins Team von US-Präsident John F. Kennedy berufen, wo er eine Position im „Peacecorps“ einnahm. Schließlich kehrte er in seine Profession zurück und gründete eine eigene Kanzlei in New York City, zu deren Kunden u.a. zahlreiche österreichische Unternehmen und das Österreichische Olympische Komitee zählten. Henry Leichter engagierte sich auch politisch in New York City und war unter den führenden Reformkräften innerhalb der Demokratischen Partei im Bundesstaat New York, darunter Eleanor Roosevelt und dem früheren Gouverneur Herbert H. Lehman. Henry Leichter fungierte u.a. auch als State Committeeman der Demokratischen Partei und engagierte sich in mehreren Wahlkampagnen.

Franz S. Leichter ging wie sein Bruder auf das Swarthmore College. Nach dem College-Abschluß 1952 studierte Franz in Harvard Rechtswissenschaften. Nach seinem ersten Studienjahr wurde er in die US-Armee einberufen und diente in Fernost. Danach schloß er sein Studium ab und war mehr als 50 Jahre als Anwalt tätig. Er war in dieser Zeit u.a. Anwalt des österreichischen Konsulats in New York sowie des österreichischen Kulturinstituts. Auch Franz Leichter beteiligte sich an der Reformbewegung innerhalb der Demokratischen Partei in New York. 1968 wurde er in das Abgeordnetenhaus des Bundesstaates New York gewählt. 1974 zog er in den Senat des Bundesstaates New York ein. In seiner Amtszeit als Mandatar beschäftigte er sich insbesondere mit den Themen Bankwesen, KonsumentInnenschutz, Umweltpolitik, Nahverkehr, Wahlreform und Wahlkampffinanzierungsreform, Antidiskriminierung, leistbarem Wohnen und trat als Gegner der Todesstrafe auf. Nach seinem Abschied aus dem Parlament in Albany 1998 wurde Franz Leichter 2000 von Präsident Bill Clinton zum Direktor des „Federal Housing Finance Board“ bestellt und 2001 von dessen Nachfolger George W. Bush bestätigt. Dabei war er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Amt 2006 federführend an einer Reform der Richtlinien des „Affordable Housing Program“ beteiligt. ■

»Praemium Imperiale« für Alfred Brendel

Der österreichische Pianist wurde gemeinsam mit Zaha Hadid, Richard Long, Hiroshi Sugimoto und Tom Stoppard von Prinz Hitachi in Tokio geehrt.



Foto: DauthKaun Public Relations, Berlin

Prinz Hitachi überreicht dem österreichischen Pianisten Alfred Brendel den »Praemium Imperiale« in der Kategorie Musik.

Die fünf diesjährigen Preisträger des internationalen Kunst- und Kulturpreises »Praemium Imperiale« erhielten am 22. Oktober von der Japan Art Association ihre Auszeichnungen. Seine Hoheit Prinz Hitachi, jüngerer Bruder des japanischen Kaisers Akihito und Schirmherr der Stiftung, überreichte die weltweit höchste Ehrung zeitgenössischer Kunst in Tokio – im September hatte er bereits die Bekanntgabe in Berlin durch seine Anwesenheit geehrt.

Auch die diesjährigen Preisträger wurden von der Japan Art Association in Tokio wieder für ihr einzigartiges Lebenswerk, für ihren Einfluß auf die internationale Kunst und Kultur sowie für die gesellschaftliche Bedeutung ihrer Werke gewürdigt. Dotiert ist die Auszeichnung, die auch der „Nobelpreis der Künste“ genannt wird, mit jeweils rund 111.000 Euro. Dazu verlieh Prinz Hitachi jedem der Geehrten im Rahmen der Zeremonie eine Urkunde und eine Medaille.

In der Kategorie Musik wurde Alfred Brendel geehrt. Der österreichische Pianist ist für Interpretationen bekannt, die sich durch intellektuelle Tiefe und hohe Authentizität auszeichnen. Brendels Repertoire ist sehr umfangreich und umfaßt insbesondere die klassischen Werke deutscher und österreichischer Komponisten, deren spielerische, poetische Nuancen er stets durch seinen klaren, sensiblen Anschlag hervorzuheben weiß. Als erster Pianist spielte er

Beethovens sämtliche Klavierwerke ein. 2008 beendete er seine professionelle Karriere nach sechs Jahrzehnten mit einer Abschiedstournee.

In der Kategorie Malerei wurde dieses Jahr Hiroshi Sugimoto geehrt. Der japanische Fotograf schafft anspruchsvolle Arbeiten von herausragender technischer Qualität. Dabei geht es ihm nicht um das Einfangen eines Moments, sondern um Bilder, die das Gegenteil von „Schnappschüssen“ sind – und stets auf einem klaren künstlerischen Konzept basieren.

Der britische Land-Art Künstler Richard Long wurde in der Kategorie Skulptur ausgezeichnet. Seine Konstruktionen beeindruckten durch ihre Einfachheit, basieren auf der Beziehung zwischen Mensch und Natur. Seit 40 Jahren geht Richard Long im künstlerischen Schaffensprozeß auf seine ganz eigene Weise vor: Steine oder Holz werden in einfachen geometrischen Formen wie Kreisen, Ellipsen, Kreuzen oder Linien angeordnet.

Den „Praemium Imperiale“ in der Kategorie Architektur erhält Zaha Hadid. Ihre avantgardistischen Ideen und revolutionären Konzepte haben der modernen Architektur neue Sichtweisen eröffnet. Hadids eigenwillige und visionäre Arbeiten sind sehr abstrakt, geprägt von geraden Linien und scharfen Winkeln, dabei zugleich von fließender Formgebung mit verflochtenen geometrischen Kurven.

Der Preis in der Kategorie Theater/Film geht an den britischen Schriftsteller Tom Stoppard, einen der wichtigsten modernen Dramatiker weltweit, dessen Stücke sich durch außergewöhnliche sprachliche Sensibilität auszeichnen. Sein literarischer Durchbruch kam mit „Rosencrantz and Guildenstern are Dead“, einem absurden Drama über zwei Nebencharaktere aus Shakespeares „Hamlet“.

Außer den fünf Preisträgern des „Praemium Imperiale“ wurden bereits bei der feierlichen Bekanntgabe in Berlin und in Anwesenheit Ihrer Kaiserlichen Hoheiten Prinz und Prinzessin Hitachi die Gewinner des „Praemium Imperiale Grant for Young Artists 2009“ ausgezeichnet.

Die Japan Art Association hat den angesehenen Kunstpreis „Praemium Imperiale“ vor über 20 Jahren ins Leben gerufen. Vorgeschlagen werden die jeweiligen Gewinner jeweils von den Internationalen Beratern. 103 Künstlerinnen und Künstler sind seit Bestehen geehrt worden, darunter u.a. Martha Argerich, Pina Bausch, Claudio Abbado, Georg Baselitz, Leonard Bernstein, Ingmar Bergmann, Christo & Jeanne-Claude, Ornette Coleman, Norman Foster, Frank Gehry, David Hockney, Anselm Kiefer, Akira Kurosawa, Yayoi Kusama, Ken Loach, Issey Miyake, Renzo Piano, Maya Plisetskaya, Steve Reich, Bridget Riley und Niki de Saint Phalle. ■

Otto Tausig für Lebenswerk geehrt

Publikumspreis für Birgit Minichmayr, Ausstattungs-Nestroy zum 5. Mal an Martin Zehetgruber, Martin Kusej bester Regisseur



Foto: RK / Alexandra Kromus

Otto Tausig, StR Andreas Mailath-Pokorny und Sona McDonald

Am Abend des 12. Oktober wurden im Circus Roncalli auf dem Wiener Rathausplatz zum 10. Mal die Nestroy-Theaterpreise vergeben, die Verleihung moderierten Christoph Wagner-Trenkwitz und Nicolaus Hagg. Mit dem Preis für sein Lebenswerk wurde der 87 jährige Otto Tausig geehrt, der über 50 Jahre lang als Schauspieler, Regisseur und Dramaturg im In- und Ausland tätig gewesen ist. Seit seinem Bühnenabschied als „Schnoferl“ in Nestroys „Mädl aus der Vorstadt“ war er weiterhin regelmäßig im Film und beim Fernsehen zu sehen. Sein Herzensblut gibt er für die Unterstützung der Entwicklungshilfe, der er schon lange seine sämtlichen Gagen spendet. Es sei ein bißchen gemein, schon jetzt für das Lebenswerk ausgezeichnet zu werden, denn dieses sei ja noch nicht beendet, so Tausig in seiner Dankesrede.

Eine doppelte Auszeichnung gab es für Mimin Birgit Minichmayr, die den erstmals verliehenen Publikumspreis in Empfang nehmen durfte und zusätzlich als beste Hauptdarstellerin für ihre Rolle in „Der Weibsteufel“ im Akademietheater geehrt wurde.

Den Preis für den besten Hauptdarsteller erhielt Andre Jung für seine Darstellung des „Krapp“ im Beckett/Handke-Abend bei den

Salzburger Festspielen. Der Nestroy für die beste Nebenrolle ging an Sona MacDonald für ihre Rolle im „Talisman“ im Theater in der Josefstadt, jener für den besten Nachwuchs an Gerrit Jansen für seinen „Bertram“ in Shakespeares „Ende gut, alles gut“ im Kasino am Schwarzenbergplatz.

„Der Weibsteufel“ im Akademietheater holte neben dem Preis für Minichmayr noch zwei weitere Nestroys, nämlich jenen für die beste Regie, mit dem Martin Kusej prämiert wurde, sowie die bereits fünfte Auszeichnung für die Ausstattung von Martin Zehetgruber – in diesem Jahr für seine Riesen-Baumstämme in „Der Weibsteufel“.

Als „Beste deutschsprachige Aufführung“ wurde das Jelinek-Stück „Rechnitz (Der Würgeengel)“ in den Münchner Kammerspielen ausgezeichnet, der Spezialpreis ging an das Wiener Koproduktionshaus „brut“. Bereits im Vorfeld bekannt waren der Autorenpreis für Roland Schimmelpfennings „Besuch bei dem Vater“ sowie für das theatercombinat mit „bambiland“ als beste Off-Produktion. Die zehnte Nestroy-Gala endete mit einem Empfang im Wiener Rathaus.

Die Nestroy-Preise werden seit dem Jahr 2000 vergeben und sollen dem österreichischen Theater und seinen AkteurInnen eine würdige Anerkennung ihrer Leistungen aussprechen. Die alljährliche Veranstaltung wird vom „Verein Wiener Theaterpreis“ ausgerichtet und maßgeblich von der Kulturbeteiligung der Stadt Wien unterstützt. ■



Foto: RK / Schaub-Walzer

Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny, Karin Kathrein, Vorsitzende der Nestroy-Jury, Franz Wohlfahrt, Generaldirektor Novomatic AG, Otto Tausig, Bernhard Paul, Direktor des Circus Roncalli, Autor und Schauspieler Nicolaus Hagg

USA ehren Fliegenfischer

Oberösterreichischer Fliegenfischer Roman Moser empfing
US-Ehrung – Fixer Platz in der New York Hall of Fame

Am 17. Oktober wurde der Gmundner Fliegenfischer Roman Moser in die „Hall of Fame“ des New Yorker Fliegenfischermuseums aufgenommen, das bis dato nur Amerikanern und – posthum – auch Engländern vorbehalten war. Moser ist damit auch der erste noch lebende Europäer und deutschsprachige Fliegenfischer, dem diese Ehrung im Catskill Fly Fishing Center and Museum in Livingston Manor (NY) zuteil wurde. Seine Bronzeplakette wird dann Seite an Seite mit der von Robert Redford in der Hall of Fame hängen, der für die Regie des Films „a river runs through“ geehrt wurde. Der Film löste einen regelrechten Fliegenfischerboom aus. Fliegenfischen ist übrigens nicht nur eine beliebte Outdoor-Aktivität der naturverbundenen Amerikaner, sondern bei rund acht Millionen Fliegenfischern in den USA (im deutschsprachigen Raum lediglich 25.000) ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

62 renommierte US-Fliegenfischer und Fliegenbinder wurden seit der Gründung des Museums in die Hall of Fame aufgenommen. Darunter sind Persönlichkeiten wie Theodore Gordon, Nick Lyons, Ernest Schweibert, Everett Garrison, Hoagy B. Carmichael Jr., etc. Gemeinsam mit Moser werden auch posthum die Briten Frederick Halford (Vater des Trockenfliegenfischens) und G.E.M. Sues (Erfinder der Nymphenfliege) geehrt. Wer also ins „Allerheiligste“ des New York Fliegenfischermuseums kommt, muß schon was drauf haben, ein Nicht-Amerikaner muß um so besser sein.

Moser wird in Summe für seine Entwicklungen und Erfindungen geehrt, mit der er der Fliegenfischerei weltweit seinen unverkennbaren Stempel aufgedrückt hat. In der internationalen Fachliteratur zum Thema ist der Name Roman Moser nicht mehr wegzudenken.

„Der Einzug in die Hall of Fame ist für mich zweifellos die Krönung meines Lebenswerkes“, freut er sich deshalb zu Recht. Schon mit zehn Jahren sammelte Moser beim „Schatzenzupfen“ am Steg vor der Haustür im Traunsee seine ersten Erfahrungen. Von da an ging es steil bergauf. Mit 25 war er ein Meister des Gebetsroither-Wurfstils (geht auf den Gmundner Hans Gebets-



Foto: Roman Moser GmbH

Moser ist der erste noch lebende Europäer und deutschsprachige Fliegenfischer, der im Catskill Fly Fishing Center and Museum in Livingston Manor verewigt wurde.

roither zurück, dessen Schüler Moser war), heute auch als „Austrian Style“ bekannt. 2009 brachte Moser dazu erstmals die DVD „Werfen im Dreivierteltakt“ heraus – ein absoluter Renner in der Szene.

Mit 30 war Moser das „enfant terrible“ der internationalen Fliegenbinderszene: mit seinen impressionistischen Fliegenmustern aus den Synthetikfasern von Badezimmer-teppichen und dem Einsatz von Messingperlen brachte er den alteingesessenen Platzhirschen das Fürchten bei. Die letzten 30 Jahre widmete sich Moser – neben seiner Haupttätigkeit als Lehrer an der HAK Gmunden – der Weiterentwicklung von Bindematerialien, die heute überall in der Welt des Fliegenfischens im Einsatz sind. Vor allem aber ist ihm die nachhaltige Gewässerbewirtschaftung (river management) ein Anliegen.

Als vehementer Verfechter der Renaturierung von Flüssen, die in den 50er- und 60er-Jahren unter dem Euphemismus „Abflußer-

tüchtigung“ begradigt wurden, versucht er den Salmoniden ihren artgerechten Lebensraum zurück zu geben. Daß dieser Spagat zwischen Ökonomie und Ökologie möglich ist, sieht man am Fluß Ager, den Moser bewirtschaftet. Er war es auch, der schon vor vielen Jahren die „Whitlock Vibert“-Box – eine Art Brutkasten für Salmoniden zum Wiederaufbau schwindender Fischbestände – aus den USA nach Europa zurück gebracht hat.

Wenn Moser nicht gerade irgendwo in der Welt Vorträge und Kurse hält und an den großen Flüssen dieser Erde neue Entwicklungen ausprobiert, werkt er im stillen Kämmerchen vor sich hin – denn die Ideen gehen ihm nie aus. Nächstes Projekt ist sein von Fliegenfischern schon mit Spannung erwartetes Buch – eine Zusammenschau seiner jahrzehntelangen Aktivitäten, gespickt mit Episoden von Begegnungen mit namhaften Fliegenfischern u.v.m. ■

<http://www.romanmoser.com>

Raumzeit auf dem Prüfstand

Gammastrahlenmessung bestätigt Einsteins Relativitätstheorie

Das Fermi Gammastrahlen-Weltraumteleskop sendet seit einem Jahr wissenschaftliche Daten zur Erde. Über eintausend einzelne Gammalichtquellen konnten bereits entdeckt werden. Nun berichten die beteiligten Wissenschaftler – unter ihnen der Innsbrucker Astroteilchenphysiker Olaf Reimer – in der Fachzeitschrift *Nature* über eine Messung, die neue Einblicke in die Struktur von Raum und Zeit geben.

Die Gravitation ist eine in der Physik viel diskutierte Wechselwirkung, die sich nicht so recht in andere physikalische Theorien einfügen will. In seiner Relativitätstheorie hatte Albert Einstein Raum und Zeit in einer einheitlichen vierdimensionalen Struktur, der Raumzeit, vereinigt, über deren Krümmung sich auch die Schwerkraft zwischen zwei Massen vermittelt. Um die Gravitation mit den anderen fundamentalen Wechselwirkungen zu versöhnen, gehen viele neue Theorien davon aus, daß diese Raumzeit bei kleinsten Längen (etwa 10^{35} Meter) eine schwammige Struktur haben kann. In Konsequenz würden sich dann beispielsweise hochenergetische Gammastrahlen geringfügig langsamer fortbewegen als niederenergetisches Licht. Dies würde allerdings Einsteins Annahme widersprechen, daß jede elektromagnetische Strahlung – Radiowellen, Infrarotlicht, sichtbares Licht, Röntgenstrahlung und Gammastrahlung – sich mit der gleichen Geschwindigkeit durch ein Vakuum bewegen.

Einstein behält Recht

Das Fermi Gammastrahlen-Weltraumteleskop und andere Satelliten haben am 10. Mai 2009 einen kurzen Gammastrahlenausbruch (GRB 090510) beobachtet, der vermutlich von der Kollision zweier Neutronensterne herrührte. Das Ereignis fand in einer 7,3 Milliarden Lichtjahre entfernten Galaxie statt, und doch konnten die Meßinstrumente auf dem Fermi-Satelliten zahlreiche Gammastrahlenphotonen dieses 2,1 Sekunden dauernden Ausbruchs einfangen. Zwei davon hatten eine deutlich unterschiedliche Energie, sie differierte um das Millionenfache. Und doch kamen die beiden Photonen nach ihrer sieben Milliarden Jahre dauernden Reise mit weniger als einer Sekunde Abstand bei der Erde an. „Diese

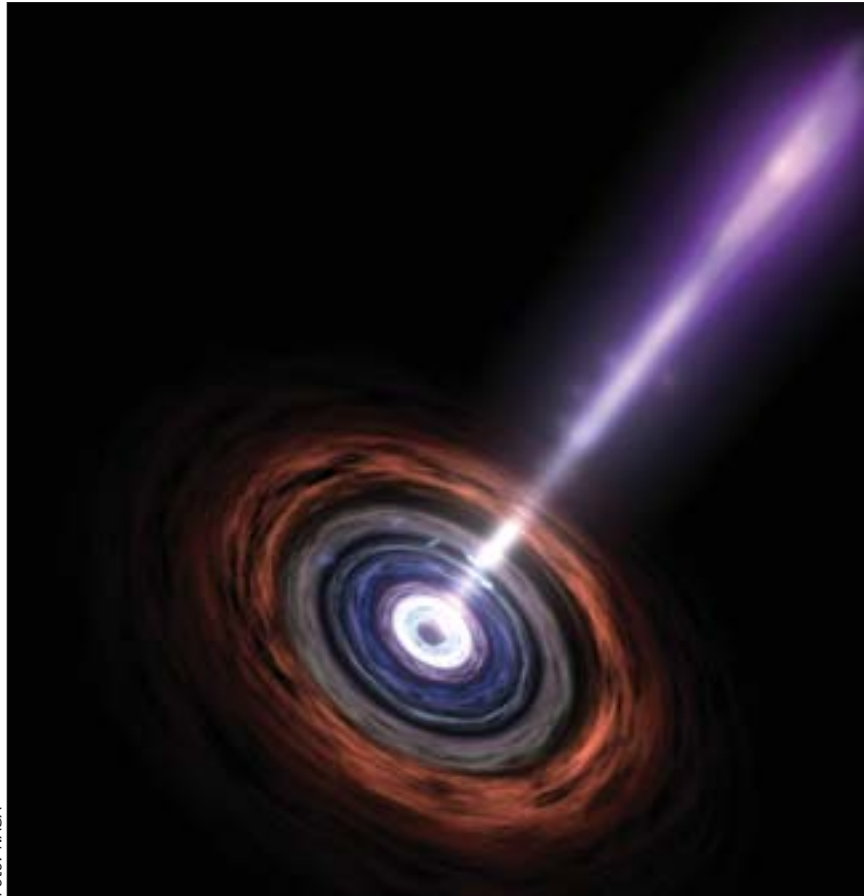


Foto: NASA

Über eintausend einzelne Gammalichtquellen konnten mit dem Fermi Gammastrahlen-Weltraumteleskop bereits identifiziert werden.

Messung widerlegt diejenigen Theorien, welche eine lineare Abhängigkeit zwischen Energie und Lichtgeschwindigkeit vorhersagen“, sagt Olaf Reimer vom Institut für Astro- und Teilchenphysik der Universität Innsbruck, der seit vielen Jahren am Fermi-Projekt beteiligt ist. „Mit einer Wahrscheinlichkeit von 100 Millionen Milliarden hatten die beiden Photonen die gleiche Geschwindigkeit“, betont Reimer, „Einsteins Relativitätstheorie bleibt also unangetastet.“

Zahlreiche Erfolge

Mit den Instrumenten an Bord des 4,5 Tonnen schweren Satelliten konnten in nur einem Jahr zahlreiche neue Rekorde in der Gammaastronomie aufgestellt werden. Bei dem oben erwähnten Gammastrahlenausbruch wurde Materie mit einer Geschwindigkeit von 99.9995 Prozent der Lichtgeschwindigkeit ausgestoßen, die schnellste

bisher beobachtete Bewegung. Auch die Gammastrahlung mit der höchsten je beobachteten Energie (33,4 Milliarden Elektronenvolt oder die 13 milliardenfache Energie des sichtbaren Lichts) wurde im September bei einem weiteren Ausbruch gemessen (GRB 090902B). Ein anderes Ereignis (GRB 080916C) produzierte die höchste je gemessene Gesamtenergie: das 9000fache einer typischen Supernova. „Das Fermi Gammastrahlen-Weltraumteleskop ist jetzt seit mehr als einem Jahr in Betrieb“, erzählt Olaf Reimer. „Es durchsucht alle drei Stunden den gesamten Himmel mit einer in diesem Wellenlängenbereich unerreichten Auflösung und Empfindlichkeit. Wir erhalten ein immer detaillierteres Bild des Universums. So haben wir bereits über eintausend Gammastrahlenquellen entdeckt, das sind fünf Mal mehr als wir bisher kannten“, so Reimer. ■

<http://www.nasa.gov/fermi>

Neue Technologie gegen drohende Phosphorknappheit

Die Lagerstätten für das lebenswichtige Element Phosphor reichen noch 150 Jahre. Ein TU-Team entwickelt eine neue Technik für Phosphor-Recycling, um dem drohenden Mangel gegenzusteuern.

Phosphor ist ein lebenswichtiges Element. Die Steuerung des Energiehaushalts in den Zellen von Pflanzen und Tieren oder die Zusammensetzung der Erbsubstanz DNA hängen direkt von seiner Verfügbarkeit ab. „Das Problem ist, daß die weltweit für die Industrie verfügbaren Phosphorreserven voraussichtlich nur mehr für etwa 150 Jahre reichen“, weiß Helmut Rechberger, Professor für Ressourcenmanagement am Institut für Wassergüte, Ressourcenmanagement und Abfallwirtschaft der Technischen Universität Wien. Er und sein Team arbeiten in einer Kooperation mit dem Institut für Verfahrenstechnik der TU Wien an der Entwicklung von Technologien, mit denen man bereits verbrauchten Phosphor aus Abwasser wieder zurückgewinnen kann. „Würde unsere Technik in Österreich flächendeckend eingesetzt, so könnten wir mit dem Recycling-Phosphor bis zu 30 Prozent unseres gesamten Bedarfs decken“, ist Professor Helmut Rechberger überzeugt.

Foto: TU Wien



Helmut Rechberger, Univ.Prof. für Ressourcenmanagement

Wichtiger Bestandteil von Dünger

Phosphor hat vor allem in Düngemitteln für die Landwirtschaft eine große Bedeutung. Eigentlich wäre im Boden reichlich Phosphor vorhanden, doch Pflanzen können nur einen Bruchteil davon tatsächlich aufnehmen. „Ob Pflanzen den Phosphor verwerten können, hängt davon ab, in welcher chemischen Form er vorliegt“, erklärt Rechberger. In Abwässern ist die Konzentration des verwertbaren Phosphors zwar hoch, deshalb wurde zum Beispiel Klärschlamm früher als Dünger auf die Felder ausgebracht. „Hier gibt es aber das Problem, daß im Klärschlamm auch viele Schadstoffe wie Schwermetalle, künstliche Hormone und andere Arzneimittel enthalten sind. Deshalb ist in manchen Regionen die Ausbringung von Klärschlamm auf die Felder heute bereits verboten“, weiß der TU-Forscher.

Phosphorkonzentrat aus Klärschlamm

Unter dem Titel „Urban Mining“ entwickelt das Forschungsteam gemeinsam mit

dem Wiener Unternehmen Ash Dec Umwelt AG ein neues Verfahren, bei dem die Entwicklungsarbeit und die langjährige Erfahrung der TU Wien auf dem Gebiet der Wirbelschichtverbrennung zum Einsatz kommt. Dabei wird Klärschlamm zunächst in konventionelle Verbrennungsanlagen eingebracht. „Die organischen Stoffe wie Hormone und Medikamente werden dabei zerstört, die Schwermetalle wandern ins Rauchgas und werden herausgefiltert“, erklärt Benedikt Nowak, Projektassistent am Institut für Verfahrenstechnik, der TU Wien. Übrig bleibt Asche, in der der Phosphor hoch konzentriert ist. Diese Asche wird bei einer Temperatur von 1000 Grad nochmals chemisch und thermisch behandelt. „Bei diesem Schritt verflüchtigen sich weitere Schwermetalle, die dann aus dem angereicherten Gas heraus abgeschieden werden“, sagt Nowak. Am Ende bleibt ein phosphorreiches Material zurück, das zu Dünger weiter verarbeitet werden kann.

Gutes Phosphor-Erz bereits rar

Pro Kopf und Jahr werden heute europaweit knapp sechs Kilogramm des immer rarer werdenden Phosphors verbraucht. ExpertInnen erwarten, daß sich mit dem Wachsen der Weltbevölkerung und den sich global verändernden Ernährungsgewohnheiten der Verbrauch von Phosphor noch weiter beschleunigt wird. Zudem liegen viele der noch vorhandenen Lagerstätten in politisch instabilen Regionen. „Die qualitativ hochwertigen Erzvorkommen der Welt sind heute größtenteils schon abgebaut“, weiß TU-Forscher Rechberger. „Weil aber das noch verfügbare Erz selbst immer mehr Schadstoffe wie Cadmium oder Uran enthält, wird auch seine Aufbereitung immer kostspieliger“, sagt er. „Damit ist es nur mehr eine Frage der Zeit bis Phosphorrecycling ökonomisch konkurrenzfähig wird.“ ■

<http://www.iwa.tuwien.ac.at>

Videolink:

http://www.tuwien.ac.at/flash_video/091007urbanmining/

Österreich am Weg zur Innovationsführerschaft

Chancen und Herausforderungen für Industrie und Wissenschaft.

Österreich ist am Weg zur Innovationsführerschaft – bestätigt der Rat für Forschung und Technologieentwicklung – und hat das Potential, durch Kommunikationstechnologien und die Bildung intelligenter Ökosysteme Vorsprünge zu erreichen. Die Konferenz „Pathways to a Digital Future“ am 12. Oktober im Haus der Industrie diskutiert die Chancen und Herausforderungen für Industrie und Wissenschaft auf dem Weg zum „Innovation Leader“.

Österreich befindet sich in seiner FTI-Performance im internationalen Vergleich mit Ländern wie Frankreich, Irland, Belgien und den Niederlanden unter den „Innovation Followers“, also der Gruppe hinter den führenden Innovationsnationen („Innovation Leaders“), wie der jüngst veröffentlichte Bericht „Strategie 2020“ des austrian council, Rat für Forschung und Technologieentwicklung, bestätigt. Die Voraussetzung für Spitzenstellungen und Vorsprünge in IKT setzt die Bildung von strategischen IKT-Partnerschaften zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik voraus. „Unser Ziel dabei ist die Forcierung einer schnellen und bedarfsgerechten Umsetzung exzellenter Forschung in Produktinnovationen mit Markterfolg“, betonte Hannes Ametsreiter, Vorstandsvorsitzender der Telekom Austria Group.

„Erfolgreiche und innovative Produktentwicklungen bedürfen einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Industrie und Wissenschaft“, meint Harald Himmer, Generaldirektor Alcatel-Lucent Austria. „Investitionen in Forschung und Entwicklung sind essentiell, um den Standort Österreich als Innovationsführer zu positionieren und damit die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.“

Die Bedeutung der IKT für alle Lebensbereiche unterstreicht Peter Koren, Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung: „Die IKT werden in den nächsten Jahrzehnten entscheidend für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, die Effizienz unserer öffentlichen Dienste und unsere Lebensqualität sein. Unsere Wirtschaftsleistung und damit unsere Arbeitsplätze hängen zu einem hohen Grad von diesen Technologien ab. Daher müssen wir entsprechende Rahmenbedingungen



Foto: FTW Forschungszentrum Telekommunikation Wien

Podiumsdiskussion anlässlich der Konferenz »Pathways to a Digital Future«

schaffen, damit Österreich eine Spitzenposition bei der Entwicklung und Nutzung von IKT einnimmt.“

Intelligente Ökosysteme für Kommunikation, Verkehr, Energie und Gesundheit sind strategische IKT Wachstumsfelder für nachhaltiges Wachstum in Zukunftsmärkten. Treiber dieser Entwicklung sind innovative IKT Anwendungen wie das Internet der Zukunft, intelligente Transportsysteme, elektrische Mobilität oder der Aufbau intelligenter Energiesysteme.

Ein Beispiel ist die Weiterentwicklung von Verkehr und Transport zu intelligenten Ökosystemen auf Basis verkehrstelematischer Innovationen. Die langfristige Vision ist die Verwirklichung einer energieeffizienten, bedarfsgerechten und sicheren Mobilität mit automatischem Fahren auf Straßen und Schiene. Aktuell erforscht und entwickelt das Forschungszentrum Telekommunikation Wien (FTW) gemeinsam mit Partnern aus Industrie und Wissenschaft das in Kommunikationstechnologien steckende Potential zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Straße. „Die Integration von Kommunikationsnetzwerken in Verkehrssysteme versorgt Verkehrsteilnehmer, Fahrzeuge und Infrastrukturbetreiber in Echtzeit mit Informationen über Straßenzustände, Verkehrsdichte, Fahrverhalten oder Unfälle, sodaß alle

sicher und ohne Zeitverzögerungen ihr gewünschtes Ziel erreichen“, erklärt Prof. Wolrad Rommel, Geschäftsführer des FTW.

Die Konferenz „Pathways to a Digital Future“ in Kooperation mit der Industriellenvereinigung anlässlich des zehnjährigen Bestehens des FTW diskutiert die Chancen und Herausforderungen für Industrie und Wissenschaft auf dem Weg zur Innovationsführerschaft Österreichs. Prominente Key Note Speakers waren Georg Kapsch, Vorstandsvorsitzender Kapsch-AG, Hannes Ametsreiter, Vorstandsvorsitzender Telekom Austria Group, Harald Himmer, Alcatel-Lucent Austria, sowie Ulrike Baumgartner-Gabitzer, Vorstandsmitglied Verbund.

Das Forschungszentrum Telekommunikation Wien (FTW) ist ein national führendes und international anerkanntes Zentrum zur Erforschung und Entwicklung von Technologien für die Kommunikationssysteme der Zukunft. Die Initiative wird als K1-Zentrum im Rahmen des österreichischen Kompetenzzentrenprogramms COMET von Bund und Land Wien gefördert und weiter ausgebaut. Wichtigstes Ziel des FTW ist die Stärkung der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit der Partner sowie des Technologiestandortes Wien durch die Bündelung und den weiteren Ausbau vorhandenen Wissens. ■

Wittgenstein- und START-Preisträger 2009

Rund 10 Millionen Euro für Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher –
Forschungsfinanzierungsgesetz auf Agenda für neues Wachstum

Wissenschafts- und Forschungsminister Johannes Hahn hat gemeinsam mit FWF-Präsident Christoph Kratky die heurigen Wittgenstein- und START-PreisträgerInnen präsentiert, die feierliche Verleihung folgt am 26. Jänner 2010. „Insgesamt werden den Preisträgerinnen und Preisträgern in den kommenden fünf bzw. sechs Jahren rund zehn Millionen Euro für ihre wissenschaftlichen Arbeiten zur Verfügung stehen“, so der Minister.

Der Wittgenstein- und die START-Preise als renommierteste und höchst dotierte österreichische Wissenschaftspreise werden bereits zum 14. Mal verliehen. Heuer gibt es zwei Wittgenstein-Preisträger: Zum einen wird der Preis an den gebürtigen Bayern Jürgen Knoblich vom Institut für Molekulare Biotechnologie in Wien verliehen. Zum anderen an den gebürtigen Vorarlberger Gerhard Widmer, der derzeit an der Linzer Johannes-Kepler-Universität forscht. Der Wittgenstein-Preis wird für bereits erbrachte außergewöhnliche wissenschaftliche Leistungen verliehen, beide Preisträger bekommen für die kommenden fünf Jahre jeweils 1,5 Millionen Euro.

Mit den START-Preisen werden junge Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher ausgezeichnet, sie bekommen eine namhafte Summe für die Realisierung viel versprechender neuer Projekte. Die START-Preise sind jeweils mit 1,2 Millionen Euro für sechs Jahre dotiert und wurden heuer an zwei Preisträgerinnen und vier Preisträger verliehen: Francesca Ferlaino (Leopold-Franzens-Universität Innsbruck), Ilse Fischer (Universität Wien), Arthur Kaser (Medizinische Universität Innsbruck), Manuel Kauers (Johannes-Kepler-Universität Linz), Thorsten Schumm (Technische Universität Wien) sowie David Teis (Medizinische Universität Innsbruck).

„Auch heuer spiegeln die Preise die heimischen Stärkefelder wider“, verwies der Minister auf die Bereiche Computational science, Life science, Mathematik/Informatik sowie Physik. Johannes Hahn sprach im Rahmen der Pressekonferenz auch dem



Foto: BMWF

FWF-Präsident Kratky, Christoph Kratky, Gerhard Widmer, David Teis, BM Johannes Hahn, Arthur Kaser, Thorsten Schumm, Ilse Fischer und Jürgen Knoblich (v.l.)

Wissenschaftsfonds FWF, der seit Bestehen des Programms im Auftrag des BMWF die Abwicklung übernommen hat, seinen Dank aus. „Die Spitze, die mit dem Wittgenstein-Preis ausgezeichnet wird, braucht eine starke Basis, die gerade auch mit der Arbeit des FWF gefördert wird durch die kompetitive Vergabe von Projektmitteln, die Doktoratskollegs oder auch die gezielten Frauenförderungsprogramme“, unterstrich der Wissenschaftsminister.

Seit 1996 wurden 23 Wittgensteinpreise und 76 START-Preise vergeben und bis dato rund 115 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Mit dieser Förderung der Spitzenforschung wird die Ausbildung junger Forscherinnen und Forscher wesentlich unterstützt. Ein Wittgenstein-Preisträger beschäftigt durchschnittlich 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ein START-Preisträger durchschnittlich 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. „Damit erfassen diese beiden Programme mehr als 1000 höchstqualifizierte Stellen, die einen entscheidenden Beitrag zur Schaffung von neuem Wissen in Österreich leisten“, sagte Hahn.

„Wir sind generell auf einem sehr guten Weg“, so der Minister weiter. Österreich ist bei den Investitionen in die Forschung heuer unter die Top 3 der EU aufgestiegen und liegt mit einer Forschungsquote von 2,7 Prozent weit über dem EU-Durchschnitt von 1,9 Prozent. „Um die Forschung auch künftig auf verlässliche und stabile Beine zu stellen, habe ich in Alpbach ein Forschungsfinanzierungsgesetz vorgeschlagen. Es soll das finanzielle Rückgrat für die heimische Forschung werden“, bekräftigte Hahn sein Vorhaben, das auch mit der Rede des Finanzministers Rückenwind bekommen hat. „Das Forschungsfinanzierungsgesetz steht weit oben auf der Agenda für neues Wachstum.“

Abschließend betonte Hahn: „Wir haben hier heute die Spitze der Forschung. Aber für die Spitze braucht es Breite. Es ist mir ein großes Anliegen, Menschen für Forschung zu begeistern, sie mit den faszinierenden Forschungsleistungen in Berührung zu bringen. Ich darf an dieser Stelle etwa auf die ‚Lange Nacht der Forschung‘ aufmerksam machen.“ Heuer findet sie am 7. November statt. ■

Wissen braucht Raum

1. Bauabschnitt des JKU-Science Parks fertig – Feierliche Eröffnung des neuen Mechatronikgebäudes an der Johannes Kepler Universität (JKU)

Mit einer symbolischen Schlüsselübergabe von Bundesimmobiliengesellschaft (BIG)- Geschäftsführer Wolfgang Gleissner an JKU-Rektor Richard Hagelauer wurde am 9. Oktober der erste Bauabschnitt des Science Parks feierlich eröffnet. Nach zweieinhalb Jahren Bauzeit und mit Kosten von etwa 30 Mio. Euro ist das 143 Meter lange Mechatronikgebäude das neue Prunkstück am Campus. Im Anschluß an die Eröffnungsfeier gab es ein „Open House“ für die Standortbevölkerung. Highlight dabei: Eine spektakuläre Leistungsschau der neu eingezogenen Mechatronikinstitute.

Alleine die prominente Besetzung der Eröffnungsfeier unterstreicht die Bedeutung des Projektes: Neben zahlreichen Partnern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft werden auch der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Johannes Hahn, Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer und der Linzer Bürgermeister Franz Dobusch den Feierlichkeiten beiwohnen.

Mit der Form eines geknickten Körpers und einem Tragwerk, das wie eine Brückenkonstruktion ausgeführt ist, ist das Mechatronikgebäude optisch spektakulär. Auf einer Bruttogeschoßfläche von fast 20.000 m² haben die rund 250 Bediensteten die Möglichkeit, Forschung und Lehre auf höchstem Niveau zu betreiben.

Das Gebäude beherbergt die zuvor in der VOEST angesiedelten Mechatronikinstitute, zahlreiche Labors und Seminarräume. Durch die zusätzliche Einmietung externer Forschungseinrichtungen (ACCM – Austrian Center of Competence in Mechatronics) ergeben sich hervorragende Synergieeffekte.

„Mit der Eröffnung des 1. Bauabschnitts ist der erste große Schritt gesetzt, um die JKU zu einer international renommierten Universität mit hoher Bedeutung für Wirtschaft und Industrie weiter auszubauen und vor allem auch die Anforderungen eines modernen Industriestandorts Oberösterreich zu erfüllen“, sagt Hagelauer.

„Wir stärken mit der Mechatronik ein wichtiges Zukunftsfeld“, so Wissenschaftsminister Johannes Hahn bei der Eröffnung. Mit dem Neubau für die Mechatronik wurde nun der erste Bauteil des Science Parks abgeschlossen, im Sommer war bereits der



Das neue Mechatronikgebäude an der Johannes Kepler Universität in Linz



Uni-Rats Vorsitzender GD Ludwig Scharinger, BM Johannes Hahn, JKU-Rektor Richard Hagelauer, BIG-GF Wolfgang Gleissner und LH Josef Pühringer (v.l.)

Spatenstich für die Bauteile II und III erfolgt. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF) investierte rund 30 Millionen Euro in diesen Bau. „Zahlreiche Studierende und Lehrende profitieren davon“, so Hahn. „Wir konnten eine wichtige Voraussetzung und gute Rahmenbedingungen schaffen, um das vorhandene Entwicklungspotenzial entsprechend ausschöpfen zu können“, ist Hahn überzeugt.

Das neue Mechatronikgebäude öffnete mit einem „Open House“ seine Pforten auch für die Standortbevölkerung. Höhepunkt war die Leistungsschau der Mechatroniker, die wegen ihrer breiten Ausbildung in den Be-

reichen Maschinenbau, Elektrotechnik und Informatik gern als „Zehnkämpfer“ unter den Technikern bezeichnet werden. An mehr als 20 Stationen wurden Forschungsarbeiten vorgestellt und Einblicke in die Welt der Mechatronik gegeben – vom Labor im Scheckkartenformat über Motorenprüfstände und Aerodynamik im Windkanal bis hin zum sechsbeinigen Roboter oder einem Radarsystem für zukünftige Kraftfahrzeuge. „Mit bis zu 1000 modernsten High-Tech-Arbeitsplätzen im Vollausbau wird sich der Science Park der JKU zum dynamischen Zentrum für Forschung und Entwicklung in Oberösterreich entwickeln“, betonte Hagelauer. ■

Fotos: JKU Linz

Edvard Munch und das Unheimliche

Von 16. Oktober 2009 bis 18. Jänner 2010 im Leopold Museum

Edvard Munch, einer der wichtigsten europäischen Künstler, steht im Mittelpunkt der großen Herbstausstellung des Leopold Museum. Munchs Werk ist von Liebe, Angst und Tod bestimmt. Die symbolgeladene Atmosphäre verleiht vielen seiner Werke eine unheimliche Komponente. Die Seelenzustände, die innere Zerrissenheit des Künstlers, manifestiert sich in drastischen Bildfindungen, wie etwa in den Werken „Angst“ oder „Das Geschrei“. Die Tragik in der sexuellen Beziehung wird im Bild „Der Vampyr“ deutlich. Die Frau mit roten Haaren wie Schlangen, saugt dem „männlichen Opfer“ das Blut aus.

Die Ausstellung „Edvard Munch und das Unheimliche“ spannt einen Bogen vom späten 18. Jahrhundert (Piranesi, Goyas „Caprichos“) bis zum frühen 20. Jahrhundert. Sigmund Freud wird 1919 in seinem Aufsatz „Das Unheimliche“ die sprachlichen, künstlerischen und psychologischen Assoziationen untersuchen, die mit diesem Begriff in Zusammenhang gebracht werden.

Die Beschäftigung mit dem Unheimlichen, Unerklärlichen und Unfaßbaren war in der bildenden Kunst schon immer vorhanden (Albrecht Dürer, „Ritter, Tod und Teufel“, die unheimlichen Phantasien des Hieronymus Bosch, Johann Heinrich Füssli „Nachtmahr“). Die berühmten 1745-50 entstandenen „Carceri“ des Giovanni Battista Piranesi bedrücken im 18. Jahrhundert durch die Stimmung des Unheimlichen und Unzugänglichen. Francisco de Goyas berühmte Radierung „Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer“ (um 1799) ist ein Schritt in ein neues Denken, hundert Jahre später (1900) schreibt Sigmund Freud das epochale Werk, „Die Traumdeutung“. Nach den meisterhaften Zyklen Goyas um 1800 sind vor allem die Werke der Symbolisten in Deutschland, Frankreich, Belgien und Italien durchdrungen von unheimlichen Ideen. Am Ende dieser Reihe stehen die Künstler Edvard Munch, James Ensor und Alfred Kubin, deren Werke ihre eigenen übersteigerten Ängste und Seelenzustände in künstlerisch vollendeter Form dargestellt haben. Bisweilen erscheint, etwa bei Munch, das Bild zunächst nicht unheimlich, aber hintergründig ist das Be-



Edvard Munch, *Geschrei*, 1895; Lithografie mit Fettkreide und Tusche auf Papier 35,3 x 25,3 cm; Munch-museet, Oslo; The Munch Museum/The Munch Ellingsen Group/VBK, Wien 2009

unruhigende spürbar, aus dem heraus es geschaffen wurde. Munch und andere waren fähig das Verborgene sichtbar zu machen.

Egon Schiele hat in seine frühen expressionistischen Jahren, 1911 und 1912, eine Reihe von beunruhigenden, mystischen Bildern geschaffen, wie zum Beispiel die „Offenbarung“, „Tote Stadt“, die „Selbstseher“

und die „Eremiten“, ein moderner Totentanz.

Die Ausstellung gibt einen tiefgreifenden Einblick in die seelischen Abgründe der künstlerischen Vorstellungswelten. Die „Visionen des Unsichtbaren“ entführen in die Welt der (Alb-)Träume und Geister, in die Sphäre des Okkulten. Die Darstellungen der Ängste erzählen von Tod, Verlust, Sexualität

Kultur



Francisco de Goya, Aus dem Zyklus »Disparates«: Torheit der Furcht (Blatt 2/22), 1819-23; Radierung auf Papier, 30,9 x 42,9 cm; OÖ Landesmuseen, Sammlung Kastner

oder auch vom „Bösen“. Die „Symbole des Unterbewussten“ werden hinter Masken entdeckt, am Ende und am Beginn von Treppen, in Spiegeln, oder in unergründlichen Wasseroberflächen. Die Macht der geheimen, unvorstellbaren Geschichten, faszinierte die Künstler in vielerlei Hinsicht. Ein wiederkehrendes Thema ist auch „Das unheimliche Heim“: Verunsicherung, Angst und Gefahr brechen ein in das scheinbar Sichere, Vertraute der heimischen Umgebung.

Zu den Höhepunkten der Ausstellung zählen neben den Werken Edvard Munchs (u.a. die „Angst (Abends auf der Karl Johan Gate)“, „Die Pubertät“, „Das kranke Mädchen“, die „Madonna“, „Selbstporträt in der Hölle“) jene des Belgiers James Ensor, Bilder von Arnold Böcklin und Gustave Moreau oder Cuno Amiets Triptychon „Hoffnung und Tod“, ein Schlüsselwerk des Symbolismus. Die Querverbindungen zur Literatur der Zeit zeigen sich unter anderem in der Rezeption Edgar Allan Poes bei Ensor und

Alfred Kubin, *Das Grausen*, um 1901/02; Tusche, Feder laviert, Spritztechnik auf Katasterpapier; 32,5 x 31,1 cm



Foto: Leopold Museum, Wien © Eberhard Spangenberg/VBK, Wien 2009

Kultur

Kubin oder in den Illustrationen Felicien Rops' zu „Les Diaboliques“ von Barbey d'Aureyville. Faszinierend sind die zu Georges Rodenbachs Roman „Brügge, die tote Stadt“ entstandenen Arbeiten von Fernand Khnopff oder Georges Minne.

Neben dem Munch Museum in Oslo, das mit über 30 Objekten Hauptleihgeber der Schau ist, sind u.a. das Musée Victor Hugo Paris, das Kunsthaus Zürich, das Nationalmuseum Oslo, das Museum voor Schone Kunsten Gent, das Museum Kröller-Müller in Otterlo, die Galleria d'Arte Moderna Turin, das Städel Museum Frankfurt und das Von der Heydt Museum Wuppertal weitere prominente Leihgeber.

Der 300 Seiten starke, durchgehend farbig illustrierte Katalog läßt Kunsthistoriker, Kulturwissenschaftler und Psychologen zu Wort kommen, die in ihren Aufsätzen unterschiedlichen Aspekten des Themas nachspüren: So werden die Bedeutung des Unheimlichen für das Schaffen Edvard Munchs oder James Ensors ebenso untersucht wie der Einfluß des Okkulten, des „Magnetismus“ und „Mesmerismus“ auf Künstler der Zeit. Das „Umkippen“ der Idylle ins Erschreckende, Irritierende bei Max Klinger ist ebenso Thema wie das besondere Stilmittel des Zwielfichts und seine Bedeutung. Den wahrnehmungspsychologischen Ursachen, weshalb wir etwas als irritierend, angst-einflößend oder eben unheimlich empfinden, ist schließlich ebenfalls eine eigene Betrachtung gewidmet. Die Ausstellung erhält fraglos durch die Präsentation von so vielen großformatigen Hauptwerken von Edvard Munch ihr Gepräge und ihre Bedeutung.

Andererseits unterstreichen die Künstler James Ensor, der selten in Wien zu sehen ist, Alfred Kubin, Giovanni Battista Piranesi u.a. das Thema und erweitern den Blick auf die künstlerischen Spielarten der uneingeschränkten menschlichen Phantasie. Zudem erweckt alles Geheimnisvolle und Unerklärliche Neugier und Interesse. ■

<http://www.leopoldmuseum.org>



oben: Gustav Moreau, *Le Victime* [Opfer]; Öl auf Leinwand, 80 x 65 cm; Musée Gustave Moreau, Paris

unten: Max Klinger, Aus dem Zyklus »Eine Liebe«: Tod (Opus X: Blatt 10/10), 1903: Radierung auf Papier, 68 x 52,5 cm, Privatbesitz



Achtes Kunstprojekt für Salzburg ...

... und die älteste Gemäldegalerie der Stadt ist wieder zugänglich



Alle Fotos: Tourismus Salzburg GmbH

Das achte Kunstprojekt in Salzburg unter dem Titel »Vanitas« ist in der der Chorkrypta des Salzburger Doms zu besichtigen.

Der international renommierte französische Künstler Christian Boltanski hat das achte Kunstprojekt in Salzburg geschaffen und unter dem Titel „Vanitas“ ein Schattenspiel in der Chorkrypta des Salzburger Doms inszeniert. Unweit davon wurde mit der Eröffnung des Langen Ganges St. Peter ein wichtiger Schritt in Richtung eines einzigartigen Museumsrundganges gesetzt.

Das achte Kunstprojekt Salzburg nimmt eine besondere Stellung innerhalb der Skulpturenprojekte der Salzburg Foundation ein, denn es lädt den Betrachter an einen historischen Ort ein, der bislang unzugänglich war und eigens für das Projekt wiederhergestellt wurde: In der Chorkrypta des spätromanischen Salzburger Doms hat der französische Künstler Christian Boltanski unter dem Titel „Vanitas“ ein Schattenspiel inszeniert, das sich sehr präzise auf den Ort einläßt.

Boltanski schafft ein Bild der Vergänglichkeit, das dem Raum entspricht: Die Chorkrypta war einst geweihter Kirchenraum, der auch als Grablege diente. Durch die behutsame Intervention des Künstlers entsteht der geschichtsträchtige Raum als mystischer Ort neu und vereint die Spiritualität seiner Kunst mit der kirchlichen Aura.

Christian Boltanskis Installation „Vanitas“ besteht aus zwei Teilen, einem visuellen und einem akustischen. An einer Wand im Raum befestigt der Künstler zwölf skizzenhafte, feingliedrige Figuren aus Metallblech, die von Kerzen angeleuchtet werden. Im flackernden Licht werfen sie Schatten an die Wand, während in der Apsis die Projektion eines schattenhaften Todesengels langsam seine Kreise zieht. Dazu ertönt im Raum die beständige Wiederholung einer automatischen Zeitansage. Das Schattenspiel des

Künstlers ist ein moderner „Totentanz“, während dessen Betrachtung hörbar die Zeit verrinnt. „Ich möchte, daß man hier die Zeit hören und spüren kann“, sagt Christian Boltanski über sein Werk. „Die Menschen können viel tun, aber sie können nicht gegen die Zeit kämpfen. Gott ist der Herr der Zeit.“

Die Chorkrypta des von Konrad III. (1181-1200) erbauten Doms wurde nach dem Brand von 1598 und dem folgenden Abbruch des spätromanischen Doms zugeschüttet. Bei den Domgrabungen (1956-1958) wurde sie erstmalig freigelegt, aber erst anlässlich des Kunstprojekts Salzburg mit Christian Boltanski zu einem öffentlichen Raum gemacht, der nun allen Besuchern offensteht.

Christian Boltanski (*1944) lebt und arbeitet in Malakoff bei Paris. Er war dreimal auf der documenta in Kassel vertreten

Kultur

und hat 2006 den renommierten Praemium Imperiale für Skulptur erhalten.

„Vanitas“ ist das achte Kunstprojekt, das die Salzburg Foundation seit dem Jahre 2002 mit namhaften internationalen zeitgenössischen Künstlern im Herzen der Mozartstadt Salzburg realisiert. Ein internationales, unabhängiges Kuratorenteam wählt jährlich einen hochkarätigen Künstler aus, der nach Salzburg eingeladen wird und dort seine Ideen eines Kunstwerks für den öffentlichen Raum in der Stadt Salzburg entwickelt. Im Mittelpunkt steht die Absicht, innerhalb von 10 Jahren einen städtischen Kunst- und Skulpturenpark von höchster Qualität zu konzipieren und zu realisieren.

<http://www.salzburgfoundation.at>

Die Lange Galerie der Erzabtei St. Peter – Salzburgs älteste Gemäldegalerie – ist nach 200 Jahren wieder zugänglich. Unweit des neuen Kunstwerkes wurde am 21. September 2009 die Lange Galerie der Erzabtei St. Peter nach 200 Jahren wieder zugänglich gemacht. Der majestätische, 70 m lange Gang, der die ganze Fassade zum Domplatz einnimmt, wurde 1657-1661 nach italienischem Vorbild erbaut und diente lange Zeit als Galerie für die Erzbischöfe.

Seit 2001 ließ die Erzabtei St. Peter die Lange Galerie renovieren, um sie für Besucher als Museum begehbar zu machen. Nun zieren 17 großformatige Gemälde aus



Detail aus dem Kunstwerk »Vanitas«

der stiftseigenen Kunstsammlung den lichtdurchfluteten Raum, der vom Dommuseum aus, durch die Kunst- und Wunderkammer, zugänglich ist.

Mit der Eröffnung der Längen Galerie rückt das Ziel eines europaweit einzigartigen Museumsrundganges rund um den Domplatz ein Stück näher. Kernbereich des Themenschwerpunktes „Himmel und Erde in einer Hand“ ist der Salzburger Residenz- und Dombezirk. Der Salzburger Museumsleitplan sieht vor, die Einheit des Domplatzes auch im Inneren der ihn umgebenden Gebäude wiederherzustellen und eine durchgängige Begehbarkeit von Residenz, Dom, Lange Galerie, Wallstrakt bis zur Franziskanerkirche zu schaffen. Ziel ist die Rekonstruktion der nach dem ersten Weltkrieg aufgelösten Einheit von weltlichen und kirchlichen Gebäuden, Ausstattungen und Sammlungen. „Es wird so für Besucher ein Gesamterlebnis geschaffen, das europaweit einzigartig ist“, erklärte Museumsreferent LH-Stv. Wilfried Haslauer: „Ich freue mich sehr darüber, daß die Lange Galerie nach rund 200 Jahren wieder für die Öffentlichkeit geöffnet wurde und daß somit ein wichtiger Schritt zur Realisierung des Rundganges gesetzt wird.“ ■

<http://www.stift-stpeter.at>



Foto: Foto: Mag. Reinhard Weid/Verlag St. Peter

Mit der Eröffnung der Längen Galerie rückt das Ziel eines Museumsrundganges rund um den Domplatz ein Stück näher.

Bestens gerüstet

Das Zeughaus in Graz beherbergt die weltweit größte historisch gewachsene Sammlung an Harnischen, Helmen, Blankwaffen, Gewehren und Pistolen. All diese Objekte haben neben ihrer faszinierenden Geschichte eines gemeinsam – der Besucher darf sie nicht berühren, bewegen, drehen...

Von Leopold Toifl (Text) und Michael Mössmer (Fotos).



Alle Fotos: <http://www.moessmer.at>

Der Großteil des 1. Stocks wird von Handfeuerwaffen und Zubehör eingenommen

Das heutige Landeszeughaus in der Grazer Herrengasse entstand zwar erst in den Jahren 1642 bis 1645 und wurde mit dem Einbau seiner hölzernen Inneneinrichtung bzw. der folgenden Einlagerung der Zeugbestände zwei Jahre später völlig fertig gestellt. Es war aber nicht das erste Zeughaus, das die steirischen Landstände in Graz betrieben. Begonnen hatte alles schon wesentlich früher, zu Beginn des 15. Jahrhunderts. So ist bekannt, daß nach dem Tod Herzog Ernsts des Eisernen († 1424) größere Mengen an Büchsen und Harnischteilen nach Wiener Neustadt transferiert wurden. Es muß also schon damals eine gut bestückte Rüstkammer in Graz bestanden haben. Ausreichend dokumentiert ist die Geschichte des

landschaftlichen Zeugwesens aber erst seit dem beginnenden 16. Jahrhundert und zudem bis 1567 praktisch ident mit der Historie des Hofzeughauses. Bis dahin nämlich wurden die Waffenbestände zusammen mit den landesfürstlichen Armaturen verwahrt und durch den jeweiligen Hofzeugwart betreut.

Die ältesten Zeughäuser in Graz

Erste konkrete Schritte zur sachgerechten Lagerung und Betreuung der Armaturbestände in Graz unternahm der spätere Kaiser Maximilian I., indem er am 16. Jänner 1506 den Georg Geroltinger zum hiesigen Zeugwart bestellte. Mit Geroltinger beginnt die Reihe der namentlich bekannten Zeugwarte in Graz. Einen weiteren Hinweis auf die

frühe Existenz eines Grazer Zeughauses bieten die um 1507 geschaffenen Zeugbücher Maximilians, in denen die Grazer Waffenbestände, besonders aber die „Artillerie“ mehrfach Erwähnung fanden.

Tätig waren die ersten Zeugwarte in einem Gebäude am heutigen Freiheitsplatz, das 1838 abgerissen wurde und an dessen Stelle heute das Denkmal für Kaiser Franz I. steht. Die Stadtansicht von Lorenz de Sype und Wenzel Hollar zeigt am bezeichneten Ort einen aus dem Mittelalter stammenden dreigeschoßigen Turm (markiert mit dem Buchstaben „V“), an den sich südlich der in Richtung Hofgasse weisende Zeughausbau anschloß. Nördlich dieses Komplexes verlief die mittelalterliche Stadtmauer, östlich schloß

Kultur

der zwischen 1581 und 1585 errichtete Registraturtrakt („langer Stock gegen das Zeughaus“) der Burg an.

Eingelagert waren hier nicht nur die landesfürstlichen Waffenbestände, sondern von 1527 bis 1570 auch jene der steirischen Landschaft. Betreut wurden beide Vorräte aber durch den jeweiligen Hofzeugwart.

Die ältesten Nachrichten über den Bauzustand dieses ersten Zeughauses datieren vom 18. Mai 1537. Damals klagte die Hofkammer, daß die Fenster des Gebäudes nur mit einfachen Kreuzgittern versehen waren. Weil man Brandstiftung und eventuelle Sabotage an den dort stehenden Geschützen befürchtete, erhielt der Zeugwart Adam von Trauttmansdorff den Befehl, die Fenster unverzüglich mit eisernen Läden zu versehen. Im Juli 1540 wiederum erwies sich ein Schwibbogen zwischen Hofzeughaus und Stadtmauer als derart baufällig, daß akute Einsturzgefahr drohte. Am 17. August erhielt Baumeister Johann Tschertte den Auftrag zur Reparatur. Die Instandsetzungen folgten mit Gewißheit, denn die Werkstatt des Zeughauses und die dort tätigen Zeugschmiede und Zeugschlosser spielten fortan beim Ausbau der Grazer Befestigungen ab 1544 eine nicht unwesentliche Rolle. Sie fertigten vor allem Eisenbestandteile und Bauwerkzeuge.

Weil die absolute Sicherheit in jenem alten Zeughauskomplex nicht mehr gegeben war – ein Diebstahl von Pistolen im Jahr 1563 legt Zeugnis davon ab – und wegen akuten Platzmangels entschlossen sich die Landstände zur Trennung ihrer Waffenbestände von den landesfürstlichen Armaturen. Im Herbst 1567 bestellten sie in der Person des aus Lichtenfels/Main stammenden Hans Schueler einen eigenen landschaftlichen Zeugwart und transferierten 1570 ihre Waffen in Räumlichkeiten des kurz zuvor errichteten Landhauses in der Herrengasse. Der Großteil der Harnische und Handfeuerwaffen gelangte in eigens dafür adaptierte Dachkammern, während die schweren Geschütze in Gewölben zu ebener Erde Aufstellung fanden. Langspieße und Zündstricke wurden im Rindscheitrakt des Landhauses verwahrt. Als 1587 der Boden der letztgenannten Rüstkammer einbrach, suchte man nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten und fand solche im Rauberhof (heutiges Joanneum), im Eisernen Tor, in Gewölben der Landschaftsbastei und später auch im Paulustor.

Zwar waren die landschaftlichen Zeugbestände im großen und ganzen auf relativ



Das Landeszeughaus in der Herrengasse entstand in den Jahren 1642 bis 1647.

nahe beieinander liegende Orte konzentriert, doch bedeutete die dezentrale Lagerung bei der Waffenausgabe im Ernstfall einen erheblichen Zeitverlust, ganz zu schweigen von mangelnder Übersichtlichkeit.

Der Grund für den eklatanten Platzmangel lag in den Rüstungsbestrebungen der Landschaft, die bedingt durch die Türkengefahr und die Verpflichtung zur Grenzverteidigung im letzten Viertel des 16. Jahrhunderts bedeutende Waffenkäufe in den süddeutschen Produktionszentren Augsburg und Nürnberg aber auch bei den heimischen Handwerkern getätigt hatte. Abermals vermehrt wurde die Zahl der Armaturen durch den Längeren Türkenkrieg (1593-1606), den

damit verbundenen Haidukeneinfällen des Jahres 1605 und letztlich (1619-1622) durch die Bedrohung der Steiermark durch den ungarischen Magnaten Bethlen Gabor.

Waren im ältesten noch erhaltenen Zeuginventar von 1557, das sich allerdings auf die im alten Hofzeughaus gelagerten landschaftlichen Zeugbestände bezog, 3596 Objekte verzeichnet, so steigerte sich deren Zahl auf 63.576 Stück im Jahr 1590 und weiter auf 81.483 Stück im Jahr 1625. Es nimmt also nicht Wunder, daß das erste Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts eifrige Bestrebungen sah, bessere Ordnung in die Rüstkammern zu bringen und die an vielen Orten verstreut liegenden Waffen möglichst zentral einzula-

Kultur

gern. Besonders Zeugwart Wilhelm Hagen machte sich darum verdient. Auf seinen Vorschlag wurden mehrere Räumlichkeiten im Landhaus zur Armatureseinlagerung adaptiert, zudem 1608 etliche Arkaden des Hofes zwecks Unterbringung von Geschützen vermauert.

Damit erzielte man zwar eine weitere Zentralsierung, doch auf Kosten einer räumlichen Beengtheit, die den aus Ranten bei Murau stammenden Geographen Martin Zeiller 1632 zur Bemerkung veranlaßte: „So haben auch die löblich Land Stände in deren ansehnlich erbauten Landhaus in der Herrengasse gelegen, ein Zeughaus, welches mit groben Stücken, Rüstungen und Munition ziemlich versehen. Aber schad ist es, daß alles so eng beisammensein und übereinander liegen muß.“

Erichtung des land-schaftlichen Zeughauses

Natürlich wußten auch die Verordneten um diese Problematik, rangen sich aber erstaunlicherweise erst 1639 zum Bau eines eigenen geräumigen Zeughauses zwecks Einlagerung aller (!) Waffen und Rüstungen durch. Am 16. März erwarb die steirische Landschaft das zwischen dem Landhaus und der Wohnung des Freiherrn Karl von Stadl gelegene Radmannsdorf'sche Haus um 3900 Gulden und begann nach dreijährigen Vorbereitungsarbeiten und der Beschaffung von Baumaterialien mit dessen Umgestaltung zu einem Zeughaus.

Verantwortlich für den Bau zeichnete der Tessiner Baumeister Antonio Solar, mit dem die Landschaft am 15. Juli 1642 einen entsprechenden Vertrag schloß. Zu errichten war ein fünfgeschoßiges Arsenal mit einem gemauerten Gewölbe zwischen Parterre und erster Etage, Steinböden im ersten Stock und im Dachboden sowie Holzböden in den anderen Geschossen. Der hölzerne Dachstuhl mußte ziegelgedeckt sein.

Unterstützt durch den Bauschreiber Adam Wundegger ließ Solar zuerst den rückwärtigen Teil des Radmannsdorf'schen Hauses abbrechen und bis Ende Oktober 1643 durch einen völligen Neubau ersetzen. Anfang Jänner 1644 erbat dann Wundegger von den Verordneten weitere Weisungen betreffend „fortfahr: vnd Prosequierung mit dem Rattmannstorferischen Zeughauß gepew“ und erhielt folgend den Auftrag, „zu yeztangehender bequemen Zeit“ auch den zur Herrengasse gelegenen Trakt niederreißen zu lassen und den Neubau in die Wege zu leiten. Zwecks Kostenersparung verwendete man



Schwere Doppelhaken (l.) und leichtere Steinschlossgewehre (r.)



Stellagen mit Arkebusierreiterharnischen und zugehörigen Helmen



Landsknechtsharnische (an den Wandfeldern) und Reiterrüstungen



Viele der Gewehre des Landeszeughauses sind durch Beineinlagen verziert.

nicht nur neues Baumaterial, sondern auch vom Abbruch des Radmannsdorf'schen Haus herrührendes Zeug. Von jetzt an gingen die Arbeiten zügig voran und spätestens im Herbst 1644 präsentierte sich das neue Zeughaus von außen gesehen im heutigen Zustand. Als Merkmal seiner Wehrhaftigkeit flankieren bis heute die 1646 vom Bildhauer Hans Mamol geschaffenen Steinfiguren von Mars und Minerva das Eingangsportal.

Insgesamt 107 namentlich bekannte Personen (Handwerker und Tagelöhner) teilten sich in die von Wundegger ausbezahlten Löhne von 13.738 Gulden 1 Schilling 21 Pfennig. In rund zweijähriger Bauzeit waren 26 Klafter Stein (für den Unterbau), 598.600 Mauerziegel, 56.500 Dachziegel, 5700 Pflasterziegel, 350 Hohlziegel, 4500 Schindeln und 1836 Bodenbretter verlegt worden. Als Bindemittel dienten 764,5 Startin Kalk, 94.600 Nägel und 764 Klampfen. 1997 Fuhren Sand wurden zum Neubau gekarrt, 1139 Fuhren Schutt mußten weggeführt werden. Aus 4720 „Gemainen Latten“ und 75 „Truchen Latten“ entstanden diverse Wandverkleidungen und Stellwände.

Völlig fertig gestellt war das Gebäude nach Anbringung hölzerner Dachrinnen und



Birnhäubel und Radschlossgewehre

eisenbeschlagener Fensterbalken zu Jahresmitte 1647. Die Metallarbeiten stammten von der Schlosserin Elisabeth Kipferlin, Dachstuhl und Böden von Georg Kalchhammer, für die farbliche Ausgestaltung war der Maler Stefan Rötzig zuständig. Seit dem Frühjahr 1647 fertigte der Tischler Balthasar Guetl die Inneneinrichtung des Zeughauses und schuf dabei äußerst funktionelle Gestelle, Holzwände und Regale.

Der erste Stock war bestückt mit insgesamt 73 Gewehrrechen, die die Handfeuerwaffen trugen. Die schweren Doppelhaken dagegen lagen auf speziellen Halterungen zwischen den Fenstern. Die zweite Etage präsentierte sich zweigeteilt: hier lagerten Harnische und teilweise auch Gewehre auf Stellagen, während die Pistolen in den als verschließbare Kästen adaptierten Wandnischen lagen. Die spezifische Einrichtung des dritten Stocks waren so genannte Zwerchwände (quer im Raum stehende Holzwände), auf denen die Landsknechtsharnische hingen. Als besonders ausgeklügelt galt die Einrichtung des vierten Stockwerks, in dem achteilige Holzrechen mit unterschiedlichen Abständen zueinander eine leichte Verwahrung der Feuer-, Blank- und Stangenwaffen

erlaubten. In dem der Schmiedgasse zugewandten Gebäudeteil standen die Regale und Holzwände parallel zur Schmalseite, im herrengassenseitigen Abschnitt dagegen parallel zur Längsseite. Der Vorteil dieser Aufstellung lag in der optimalen Ausnutzung des durch die Fenster einfallenden Tageslichts.

Am 31. Juli 1647 war es dann soweit: Die Verordneten erteilten dem neu bestellten Zeugwart Hans Christoph Putterer den Befehl, die Armaturen einzuräumen.

Herrengassenseitig verbunden sind Zeughaus und Landhaus durch einen ab Juli 1645 ebenfalls von Antonio Solar errichteten schmalen Gebäudeteil. Aus einem 1778 von Heinrich Formentini und Josef Carlon gezeichneten Plan geht hervor, daß der Dachboden jenes Verbindungstraktes zumindest während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zur Verwahrung von Artilleriebedarf verwendet wurde.

Aufwendige Instandhaltung

Solar hatte sich alle Mühe gegeben, ein solides Gebäude zu errichten, das allen Anforderungen des Zeugwesens entsprach. Tatsächlich traten vorerst keine nennenswerten Mängel (abgesehen von unbedeutenden Reparaturen am Dach 1655) auf, ehe der Zeugwart Sigmund von Klaffenau den Verordneten im Mai 1666 die Dringlichkeit notwendiger Ausbesserungen vor Augen führte. Von da an allerdings rissen die Beschwerden über offensichtliche Baumängel nicht mehr ab.

Schon im Herbst des Folgejahres forderte Klaffenau „Paubesserung bey dem Zeugwesen“ sowie Instandsetzungen am Mauerwerk des Zeughauses selbst. Kaum war das geschehen, mußte im September 1669 das „geschwachte gwölß“ beim hofseitigen Einfahrtstor repariert werden. Zur selben Zeit, am 20. September 1669, erbat der landschaftliche Zeugschlosser und Büchsenmeister Eusebius Thuelly die Renovierung des immer noch als Rüstkammer genutzten Dachbodens des Landhauses.

Umfangreichere Bauarbeiten brachte endlich das Jahr 1673 mit sich. Errichtet wurde ein dreigeschoßiger und als Archiv genutzter Verbindungsbau zwischen Rindscheittrakt des Landhauses und Zeughaus, dessen Satteldach an den vierten Stock des Arsenal grenzte. Die zur Schmiedgasse hin gelegene vorletzte vertikale Fensterreihe des Zeughauses wurde dadurch verschlossen. Es ist nicht verwunderlich, daß Sigmund von Klaffenau angesichts der durch den Türkenerkrieg von 1663/1664 abermals gestiegenen



Geschützwaage von 1677, dahinter Regale mit Handfeuerwaffen

Zahl von Waffen die Gelegenheit ergriff und am 24. Jänner 1674 deren Unterbringung „im Neu erbauten Archiv ober der 2 gwölber“ vorschlug. Die Verordneten stimmten zu und betrauten den Bauschreiber Johann Franz Heldorfer mit den nötigen Adaptierungen.

Mit der Errichtung von landschaftlichem Zeughaus, Archiv, Zeugschlosserei und Zeugschmiede war ein abgeschirmter Bereich entstanden, der als „Rüstungszentrum“ der steirischen Landschaft diente und dem Wunsch der Verordneten nach möglichst Geheimhaltung des landschaftlichen Wehrwesens entgegen kam. Allerdings konnte die räumliche Beengtheit im Brandfall eine verheeren-

de Wirkung nach sich ziehen, weshalb man sich schon frühzeitig um geeignete Schutzmaßnahmen bemühte: 1649 bis 1655 wurden sämtliche Schindeldächer im Umkreis des Zeughauses durch Ziegeldächer ersetzt, Funken sprühende Rauchfänge wie jene der Zeugschlosserwerkstätte oder der Landmarschallwohnung umgebaut. Am 23. Mai 1676 erhielten die Fenster des Zeughauses neue eiserne Läden und 1689 reparierte Florian Satmann die schadhaft gewordenen Feuerspritzen.

Es war denn auch nicht Feuer sondern Wasser, das der Bausubstanz des Arsenal während des 18. Jahrhunderts mehrmals enormen Schaden zufügte. Im August 1702

Kultur

ging ein ungewöhnlich schweres Gewitter über Graz nieder, wobei große Wassermassen aus desolaten Regenrinnen des angrenzenden stadl'schen Hauses ungehindert auf die Südmauer des Zeughauses flossen. Wände, Trambalken und die von diesen getragenen Fußböden nahmen die Feuchtigkeit auf und begannen sich im Laufe der Zeit zu verziehen. 1715 waren beinahe sämtliche Trambäume im zweiten und dritten Stock abgemorscht und mußten ausgetauscht werden. Karl Josef von Stadl verpflichtete man zur Bezahlung der halben Reparaturkosten.

Ähnliches spielte sich 1737 ab, als Hagelkörner fast alle Fenster des Zeughauses einschlugen. Diesmal drang Wasser direkt ins Gebäudeinnere ein. Wieder sogten sich die Holzböden voll, was ein Verfaulen der Bretter und Trambäume von innen her nach sich zog. Die Steinplatten im ersten Stock und im Dachboden zeigten Schimmelpilze, hervor-

gerufen durch in die darunter liegende Schuttschicht eingedrungenes Wasser.

Erst am 9. September 1739, als die Schäden offensichtlich wurden, regte der Vize-dom Dismas Josef von Dietrichstein an, den Fußboden „zu ebner Erdt genzlich“ aufzureisen und die feuchte schimmelige „Schidt“ gegen eine trockene auszuwechseln. Dabei kam es äußerst gelegen, daß die Landstände gerade mit der Errichtung einer neuen Landstube befaßt waren, wobei jede Menge trockenen Schuttes anfallen mußte. Mit diesem die Steinböden unterlegen zu lassen, lag in der Absicht Dietrichsteins. In den übrigen Etagen sollten die angefaulten Trambäume neu eingezogen werden. Zugleich mit dem Bau der Landstube wurden im Verlauf des Jahres 1740 auch die Reparaturen im Zeughaus vorgenommen, doch ersetzte man entgegen der Absicht Dietrichsteins nur die tatsächlich verschimmelten Teile der Böden.

Auflösungsbestrebungen

Gefahren ganz anderer Art drohten dem Zeughaus seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Die Zentralisierungsbestrebungen Maria Theresias verlangten nämlich die weitgehende Subordination des landschaftlichen Wehrwesens gegenüber dem Wiener Hofkriegsrat. Eng verbunden damit war ein mit 30. August 1749 datiertes Hofdekret, das bei den Grazern erst heftiges Entsetzen, dann aber hektische Aktivitäten auslöste. Das landschaftliche Zeughaus sollte aufgelöst, die noch brauchbaren Waffen dem Hofkriegsrat übergeben, alles andere aber versteigert werden. Die Verordneten forderten am 13. September von der Buchhaltung einen Bericht, wann und mit welchen Mitteln das Zeughaus errichtet worden war und „in was angelegenheiten solches zu allgemeinen dienst= und Nutzen genossen worden seye“. Die Antwort beinhaltete eine kurze Baugeschichte und wies auf den großen Nutzen des Arsenal's bei der Feindabwehr hin. Am 15. September brachten die Verordneten den Bericht der steirischen Landschaft zur Kenntnis, die daraufhin im Rahmen eines Ausschußlandtages ein formelles Schreiben mit der Bitte, das landschaftliche Zeughaus auf eigene Kosten erhalten zu dürfen, an Maria Theresia verfaßte: „Als werden Euer k.k. Majestät allerunterthänigst allergehorsamist gebetten, in Anbetracht der in allen Vorfällenheiten und ferners unablässlich fortsetzenden ständischen Treu, Eifer und Devotion erdeutetes Zeighaus ihnen Ständen gleich anderen Landschaften, Communitäten, Städt und Märkten unbeschränkt beizulassen, womit das Land in Stand seyn möge ... bey etwa kunftig ausbrechenden feindlichen Empörungen sich fernerhinig allerhöchsten dienst beschützen und vertheidigen zu können“.

Das Bittgesuch vom 23. September zeigte Erfolg, die Monarchin lenkte ein und gestattete die Weiterführung des landschaftlichen Zeughauses. Finanziert wurde der Unterhalt des Gebäudes von jetzt an durch sporadische Waffenverkäufe.

Ungeachtet des feurigen Patriotismus vom Herbst 1749 führte die chronische Geldnot der steirischen Stände dann aber beinahe doch noch zur Auflösung des Zeughauses. 1765 beschloß das Gubernium den Verkauf und sandte den steirischen Landeshauptmann Johann Max von Wildenstein in solcher Angelegenheit nach Wien. Auch diesmal waren es die Verordneten, die die Absicht der Regierung hintertrieben und die versprochen, die Unterhaltskosten für das



Hunderte Pistolen werden in speziellen Regalen in den Wandnischen verwahrt.

Kultur

Zeughaus von jährlich 800 Gulden aus den Einnahmen des Weinaufschlages (eine Art Getränkesteuer) zu tragen.

Dennoch gab es immer wieder Versuche, die Rüstkammer anderen Zwecken als der Waffenlagerung zuzuführen. So etwa konnte im April 1786 die Inbetriebnahme einer Verpackungsstelle für „Ehxito=Güter“ (aerarische Exportgüter) gerade noch verhindert werden. Abermals wies man auf die Einmaligkeit des Zeughauses „als redender Beweis von der Treue und von der Tapferkeit unserer Vorältern, die unter diesen Rüstungen Leib und Blut für den Landesfürsten, das Volk und das Vaterland dargeboten“ hatten, hin.

Wesentlich schlimmere Folgen für das Zeughaus hätte ein anno 1807 geplanter Umbau mit sich gebracht. Am 14. Februar konstatierte eine Kommission unter Ignaz von Attems und Xavier von Lendenfeld schwerwiegende Schäden an den Holzböden und durchgehende Vermorschung der Trambalken. Auch das Gebälk des Dachstuhles zeigte sich in erbärmlichem Zustand, man befürchtete den Einsturz des gesamten Gebäudes. Als Lösung schlug man die Verlegung vollkommen neuer Toppelböden sowie die Auswechslung sämtlicher Trambalken und



Zwischen zwei Landknechtsharnischen schweift der Blick auf Regale mit Handfeuerwaffen.

Dachträger vor. Zur Verminderung der Brandgefahr lieferten Attems und Lendenfeld ein radikales Patentrezept: die Holzböden des zweiten und vierten Stockwerkes sollten herausgerissen, in der dritten Etage ein Gewölbe eingezogen werden. Auf diese Weise wären zwei hohe saalähnliche Räumlichkeiten entstanden, die allerdings dem typischen Rüstkammercharakter widersprachen.

Obwohl die Oberbaudirektion am 18. April 1807 der „Aushöhlung“ zustimmte und das Geld für den Umbau durch eine groß angelegte Versteigerung alter unbrauchbarer Waffen und Gerätschaften aufgebracht wurde, geschah nichts weiter. Noch das Frühjahr 1809 sah diesbezügliche Verhandlungen.

Der Einmarsch französischer Truppen in Graz und die folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen rund um den Schloßberg (im Zuge der Kampfhandlungen schlug übrigens am 13. Juni 1809 eine Granate in den vierten Stock des Zeughauses ein und beschädigte die dortige Hellebardenstellage) verzögerte die Angelegenheit auch weiterhin. Fallen gelassen wurden die Umbaupläne nach dem Friedensschluß von Schönbrunn, der dem Habsburgerreich und damit auch



Der 2. Stock birgt besonders viele Landknechtsharnische (links), Arkebusierreiterharnische (rechts) sowie Sturmhauben (Decke).

Kultur

der Steiermark hohe Reparationszahlungen auferlegte.

Erst 1813/1814 verfügte die steirische Landschaft wieder über ausreichend Geldmittel, um die schadhafte Dachrinne, Fußböden, Mauerbänke des Dachstuhles und die desolatesten Trambäume auswechseln lassen zu können. Als Besonderheit galten die übrigens schon am 2. August 1795 auf Vorschlag von Professor Biwald durch den Schlossermeister Kiterle angebrachten Blitzableiter. Als dann der Wiener Waffenhistoriker Josef Scheiger in einem Vortrag vom 6. Oktober 1849 die mögliche Entfernung der Zwischenböden als Unsinn apostrophierte und auf den damit verbundenen Authentizitätsverlust hinwies, war das Thema „Aushöhlung“ des Zeughauses definitiv vom Tisch.

So gar nicht zur edlen Gesinnung Scheigers und anderer Fürsprecher zur Bewahrung des Zeughauses paßte aber die Tatsache, daß die Waffenbestände schon seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zur Gestaltung von Ornamenten und Arrangements mißbraucht worden waren und immer noch wurden. So etwa war aus Gewehren der kaiserliche Adler gebildet, Harnische hatte man willkürlich historischen Persönlichkeiten zugeordnet, aus Pistolen geformt prangte der Namenszug des Zeughausadministrators Heinrich Formentini an der Wand. In den Stockwerken befanden sich Gegenstände wie ein skelettierter Elefantenkopf, eine Sänfte der Familie Bathory oder der gotische Reisewagen Kaiser Friedrichs III., die mit der eigentlichen Zeughausammlung nichts zu tun hatten.

Das Zeughaus wird zum Museum

Erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts kehrte man der „romantischen“ Gruppierung der Waffen den Rücken und gelangte wieder zu einer Ordnung der Bestände nach zusammengehörigen Typen und Gattungen. Verantwortlich dafür zeichnete Dr. Fritz Pichler. Neben einer grundlegenden Restaurierung der Armaturen erfolgten 1881 groß angelegte Reparatur- und Umbauarbeiten: Viele der Trambalken waren derart vermorscht, daß sie ausgetauscht werden mußten. Zusätzlich wurden zwei parallel laufende Längsträger und neun bis elf vertikale Stützen pro Stockwerk eingefügt. In den ersten drei Obergeschoßen ersetzte man die bis dahin noch existierende originale Inneneinrichtung des 17. Jahrhunderts durch die heute noch bestehenden Stellagen. Nur der vierte Stock blieb annähernd intakt. Einer grundlegenden Erneuerung unterzo-



Schwert und Säbel gehörten zur Ausrüstung steirischer Söldner.



Blankwaffenbestand: mehr als 2400 Schwerter, Säbel, Panzerstecher und Dusäggen



Nur noch wenige Geschütze werden heute noch im Landeszeughaus verwahrt.

gen wurde auch der Dachboden durch die Neuschichtung zahlreicher Sparren. Am 6. Mai 1882 konnte die Sammlung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und fünf Jahre später erschien der vom Steiermärkischen Landesausschuß herausgegebene erste Zeughaus-Führer.

Eine wesentliche bauliche Veränderung für Zeughaushof und Landhaushof brachte das Jahr 1890 mit sich. Der Rindscheittrakt des Landhauses fiel damals der Spitzhacke genauso zum Opfer wie das Archiv, wodurch dem Arsenal eine Rüstkammer verloren ging. An seine Stelle setzte der Architekt Hermann Scanzoni den zierlichen Verbindungsgang zwischen Landstube und herrengassenseitigem Landhausteil. Schon 1886 waren die seit 1608 vermauerten Arkaden des Landhaushofes geöffnet worden.

Mit der Vermietung an eine Grazer Teppichfirma am 1. Juli 1895 ging auch die ehemalige Kanonenhalle für das nunmehrige Landeszeughaus vorübergehend verloren und die Besucher betraten die Sammlung von jetzt an durch die von der Herrengasse in den Zeughaushof führende Durchfahrt. Bei dieser Konzeption blieb es bis 1987.

Während des Zweiten Weltkrieges waren sämtliche Waffenbestände in die Schlösser Schwarzenegg, Stainz, Waasen und Brunnsee ausgelagert, die geleerten hölzernen Einbauten erhielten 1943 einen Feuer hemmenden Anstrich mit Brandschutzessenz. Glücklicherweise blieb das Zeughaus im Verlauf alliierter Bombenangriffe von direkten Treffern verschont, doch verursachte eine in der Nähe eingeschlagene Fliegerbombe Schäden: der Luftdruck zersplitterte etliche Fensterscheiben und beschädigte auch das Dach. Letztlich ermöglichte das Entgegenkommen der britischen Besatzungsmacht die rasche Rückkehr der Waffen nach Graz, im November 1945 die Einräumung des zweiten und dritten Stockwerkes und im April 1946 die Wiedereröffnung der gesamten Sammlung.

Der Einrichtung einer neuen Werkstatt in den Jahren 1950/1951 folgten Umbauarbeiten in der 1983 von der Teppichfirma zurück gewonnenen Kanonenhalle, so daß ab 29. April 1987 wieder ein geeigneter Empfangsraum für Besucher zur Verfügung stand. Auch die Fassade des Zeughauses in der Herrengasse erhielt, allerdings erst 1992, durch die dringend nötige Neufärbelung ein frisches Gesicht. Mittlerweile ist das Originaltor des Jahres 1646 mit den beiden flankierenden Statuen von Mars und Minerva wieder verschlossen. In der Kanonenhalle wurde



Aus dem obersten Stockwerk bietet sich ein wunderbarer Blick auf das Landhaus.

nämlich im Mai 1997 die als Einführung in das Zeughaus gedachte Dauerausstellung „Zum Schutz des Landes“ installiert. Seither gilt wieder das Tor im Verbindungsbau zwischen Landeszeughaus und Landhaus als Zugang zu der mit rund 32.000 Objekten wohl größten an seinem Originalplatz befindlichen historischen Waffensammlung der Welt.

Die Verwaltung des Zeughauses

Genauso wie das Hofzeughaus wurde das landschaftliche Zeughaus durch Zeugwarte verwaltet. Sie waren den Verordneten weisungsgebunden und hatten für die reibungslose Abwicklung des gesamten Zeugwesens

zu garantieren. Auf ihr Gutdünken hin wurden Waffen angekauft oder Ausbesserungen unterzogen, Harnische erworben, Geschütze gegossen. Die sachgerechte Lagerung der Munition gehörte ebenso zu ihrem Aufgabenbereich, wie die Ausgabe der Armaturen an Aufgebotssoldaten oder Privatpersonen. Nach dem Einlangen der bestellten Waffen und Harnische war es die Pflicht der Zeugwarte, deren Tauglichkeit und Qualität mittels Beschußprobe zu prüfen. „Der bestellte Zeugwart soll die Ime eingeanwortete Munition, Gschüz vnd allen Zeug seinem Ambt nach fleißig treulich verwahren, sauber vnd rein haltn“, hieß es dazu im Amtsdeutsch des 16. Jahrhunderts.

Kultur

Sämtliche Lieferungen in und aus dem Zeughaus wurden in periodischen Zeugwartsabrechnungen penibel verzeichnet und der Gesamtstand in Inventaren festgehalten. Dabei mußte sich der Zeugwart mit seinem jeweiligen Gegenschreiber, ohne dessen Unterschrift keine Abrechnung gültig war, absprechen. Weitgehend selbständig war der Zeugwart jedoch bei der Verteilung der im Zeughaus selbst anfallenden Arbeiten. Er galt als Chef der mit der Instandhaltung der Armaturbestände betrauten Büchsenmeister, Zeugschlosser, Zeugschmiede und Plattner, hatte als solcher deren Tätigkeit zu überwachen.

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts waren die landschaftlichen Zeugwarte durchwegs evangelisch, ehe nach der Entlassung des Wolf Haug anno 1602 aus religionspolitischen Gründen (Durchführung der Gegenreformation) die Zugehörigkeit zur katholischen Glaubensrichtung Voraussetzung für den Amtsantritt wurde. Bis 1629 gehörten die Zeugwarte dem bürgerlichen Stand an, seither stammten sie aus Adelskreisen. Diese Tradition setzte sich auch dann fort, als seit 1749 Zeughausadministratoren die Amtsgeschäfte der bisherigen Zeugwarte übernahmen.

Grundsätzlich bestand für jede Person, die Teilnehmer am Landesaufgebot auszurüsten hatte, die Möglichkeit eines Waffenerwerbs direkt aus dem landschaftlichen Zeughaus. Dabei konnten die Interessenten die Armaturen entweder zum Selbstkostenpreis kaufen oder sie schlichtweg leihen. In letzterem Fall mußten die Waffen nach Ende der Kampfhandlungen wieder zurückgestellt werden. Daß eine termingerechte Rückgabe nicht die Regel war, beweisen stets wiederkehrende Ermahnungen an säumige Entleiher. In besonders krasser Weise zeigte sich dies nach den Kriegsjahren 1663/1664, 1683 und 1704, als größere Waffenmengen nicht nur an Privatpersonen sondern auch an die grenznahen steirischen Städte und Burgen verliehen worden waren. Die Rückgabe erfolgte damals erst nach mehrmaligen Aufforderungen bis zu zwei Jahre später.

Zu einer weitaus größeren Fluktuation (Ankauf, Lagerung und Weitergabe) an Armaturen kam es, wenn die kleineren landschaftlichen Zeughäuser in Marburg (Maribor), Pettau (Ptuj) und Radkersburg mit Kriegsrüstungen aus der Grazer Zentrale ausgestattet wurden. Das gleiche galt, wenn man im Rahmen des so genannten „Muni-

tionsdeputates“ Waffen und Rüstungen an die windische Militärgrenze schickte. In solch zyklisch wiederkehrenden Fällen gelangten die Armaturen vorerst in das Grenzzeughaus von Varaždin, von wo aus sie durch den Grenzzeugwart auf die Rüstkammern der einzelnen Grenzfestungen weiter verteilt wurden.

Aber nicht nur für Kriegszwecke konnte man Gegenstände im Zeughaus erwerben. Interessenten bezogen hier die nötigen Utensilien auch für Jagd, Turnier, Wetterschießen oder Feuerwerke. Besonders beliebt war der Erwerb von Schießpulver für die Abhaltung der Fronleichnamsprozessionen durch die katholische Kirche.

Mittlerweile dienen die Objekte des Landeszeughauses anderen, friedlichen Zwecken. Sie sind zu bewunderten Ausstellungsstücken geworden, die nicht nur am Originalplatz in Graz sondern zwischen 1992 und 1999 im Rahmen der Tournee „Imperial Austria“ auch in diversen Museen der USA, Kanadas und Australiens für Aufsehen gesorgt haben. Auch auf der steirischen Burg Rabenstein bei Frohnleiten waren bereits Objekte aus dem Zeughaus ausgestellt. ■

<http://www.museum-joanneum.at/de/landeszeughaus>



Seit 1997 ist in der ehemaligen Kanonenhalle die ständige und äußerst beeindruckende Schausammlung »Zum Schutz des Landes« eingerichtet.

Kampf um die Stadt

Politik, Kunst und Alltag um 1930 – eine Ausstellung im Wien Museum
im Künstlerhaus von 19. November 2009 bis 28. März 2010



Karl Kraus II, 1925: Oskar Kokoschka, Öl auf Leinwand; © Fondation Oskar Kokoschka/VBK, Wien 2009

Ein umfassendes Zeitgeschichte- und Kulturpanorama Österreichs der 1920er- und 1930er-Jahre, eine der größten historischen Ausstellungen der vergangenen Jahre: Das Wien Museum zeigt ab 19. November im Künstlerhaus auf beiden Geschossen „Kampf um die Stadt. Politik, Kunst und Alltag um 1930“.

In einer interdisziplinären Ausstellung wird die Zeit zwischen den mittleren 1920er- und mittleren 1930er-Jahren in Österreich dargestellt – mit Fokus auf Wien: Es geht um jene entscheidenden Jahre, als die Zukunft der jungen Republik auf der Kippe stand, zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Aufbruch und Reaktion. Es gab keine nationale Identität, die politischen, sozialen, weltanschaulichen und kulturellen Gegensätze waren schroff und unversöhnlich, die Feindbilder zwischen Schwarz, Rot und Braun starr, die Lebensverhältnisse instabil. Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit führ-

ten zur sozialen Deklassierung und Verunsicherung breiter Schichten. Faschistoide



Österreichische Arbeitsschlacht; Plakat der Vaterländischen Front, um 1937

und antisemitische Tendenzen bekamen Rückenwind, Gewaltbereitschaft und aggressive Agitation bestimmten das Klima.

Die divergierenden Werthaltungen spiegelten sich auch in der Lebenspraxis der Menschen. Neben den wichtigsten Ereignissen der Zeitgeschichte und zentralen Konfliktfeldern werden grundlegende Tendenzen und Leistungen in Kunst, angewandter Kunst und Populärkultur dargestellt. Eine besondere Aufmerksamkeit gilt dem Alltagsleben und dem Lifestyle der 1920er- und 1930er-Jahre. Vor allem versucht die Ausstellung, die Tiefendimension des Politischen und die kollektiven Identitäten gegensätzlicher soziokultureller Milieus herauszuarbeiten, mit Blick auf politische Codes und bildkulturelle Stereotypen.

Noch war der Kampf nicht entschieden

„Um 1930“ war der Ausgang der politisch-ideologischen Konflikte noch unent-

Kultur



Polizeiliche Absperrung des 1. Bezirkes am 1. Mai 1933 © Wien Museum

schieden. Noch bestimmten Dissonanz und Pluralismus das politische und kulturelle Leben, noch standen einander divergierende ideologische Leitbilder und Lebensstile gegenüber. Doch bald sollten sich die Fenster, die Ausblicke auf neue Freiheiten und Lebensmodelle öffneten, wieder schließen. Politisch war 1934 die Ausschaltung der Sozialdemokratie und die Etablierung des klerikal-autoritären „Ständestaat“-Regimes ein entscheidender Wendepunkt, im kulturellen und gesellschaftlichen Leben war schon um 1930 ein Paradigmenwechsel zu spüren.

Der Titel „Kampf um die Stadt“ bezieht sich auf einander überlagernde Konfliktlinien: Einerseits wurden die Straße und der öffentliche Raum zur politischen Kampf- und Aufmarschzone. Andererseits durchzog ein tiefer ideologischer Riss alle gesellschaftlichen Bereiche, nämlich der Antago-

nismus zwischen modernen Fortschrittskonzepten und traditionsgebundenem Verwurzelungsmythos: Asphalt gegen Scholle, Bubi-kopf gegen Gretelfrisur, Großstadtkultur gegen anti-urbane Ressentiments, das „Rote Wien“ mit seinem europaweit beachteten sozialistischen Reformmodell gegen das „schwarze“ konservative Alpen-Österreich. Linke und Modernisten propagierten den „neuen Menschen“ und warnten vor einer drohenden „Verdorfung Wiens“. Konträr dazu agitierten Katholisch-Konservative und Völkisch-Nationale gegen „Sittenlosigkeit“ und „Verjudung“ des Großstadtlebens.

Von den Roaring Twenties zum konservativen Kulturbruch

Der urbane Alltag erfuhr in den 1920er-Jahren einen tiefgreifenden Modernisierungsschub und wurde dynamischer, schnel-

ler und greller. Das Bild der Stadt veränderte sich: Der Verkehr nahm zu, Leuchtreklamen, Film-Paläste und eine amerikanisch geprägte Populärkultur vermittelten ein neues großstädtisches Lebensgefühl. „Neu“ wurde zum Modewort, die Formen der Zeit änderten sich, neue Produkte hielten Einzug in Konsum und Alltag. Andererseits lebten viele Menschen in bitterer Armut und prekären Verhältnissen. Zumindest abgeschwächt gab es auch in Wien die „Roaring Twenties“, mit einem Schuß Frivolität in Mode, Styling und geschlechtlichen Rollenmustern – zumindest bis zum um 1930 spürbaren konservativen Kulturbruch.

Kunst und neue Massenmedien

Neben zeit-, kultur- und alltagsgeschichtlichem Material bildet die bildende Kunst einen Schwerpunkt der Ausstellung: Rund



Straßenschlacht am 15. Juli 1927; Fotografie; © ÖNB/ Wien, Bildarchiv

Kultur

© ÖNB/Wien, Flugblätter-, Plakate- und Exlibrisammlung



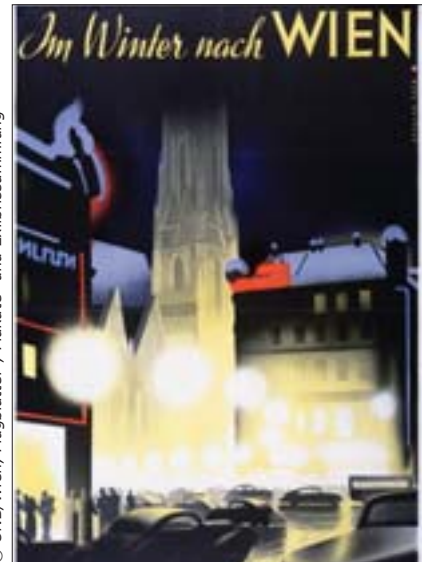
Filmplakat »Café Elektric«, 1927
Entwurf: Anton Ziegler

© Imago/ÖNB/Lothar Rübelt



Leuchtreklame »ATA PUTZT ALLES!«
Lothar Rübelt, Fotografie

© ÖNB/Wien, Flugblätter-, Plakate- und Exlibrisammlung



Plakat »Im Winter nach Wien«, 1934/35
Entwurf: Atelier Veit (Friedrich Veit)

© Wienbibliothek im Rathaus, Plakatsammlung



Entwurf: Wahlplakat, 1930
Victor Theodor Slama

250 Kunstwerke korrespondieren einerseits mit den Sachthemen, andererseits wird im zentralen Saal des Künstlerhauses ein repräsentativer Überblick über die Tendenzen der Zwischenkriegszeit geboten – eine „Kunstausstellung in der Ausstellung“ mit Hauptwerken und Raritäten wichtiger Exponenten wie Oskar Kokoschka, Max Oppenheimer, Alfons Walde oder Otto Rudolf Schatz. Generell kam es jedoch in den 1920er-Jahren zu einer Stagnation in der österreichischen Kunst, litt doch auch das Kulturleben unter dem Bedeutungs- und Energieverlust der Metropole Wien nach 1918. Andererseits

kam es in Gebrauchsgrafik, Architektur, Fotografie, angewandter Kunst oder Tanz zu einer Blüte. Die neuen Massenmedien dieser Zeit spielen in der Ausstellung eine besondere Rolle: Ein wichtiges Gestaltungsmittel sind Film-Großprojektionen, dazu kommen Reportagefotos und die Plakatkunst, die als Spiegel eines völlig neuen Lebensstiles das Bild der Stadt entscheidend geprägt hat.

Fakten zur Ausstellung

Idee und Konzept zur Ausstellung stammen vom Direktor des Wien Museums, Wolfgang Kos. Neben Kuratorinnen und Kuratoren des Wien Museums sind zahlreiche externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an dem Projekt beteiligt. Erstmals seit langer Zeit bespielt das Wien Museum wieder beide Geschosse des Künstlerhauses, wie einst bei den Großausstellungen „Traum und Wirklichkeit“ oder „Die Türken vor Wien“. Auf etwa 2000 m² Ausstellungsfläche werden rund 1800 Objekte gezeigt. Die Ausstellungsarchitektur stammt von BWM Architekten, die Grafik von Erwin Bauer. Zur Ausstellung erscheint ein etwa 500 Seiten starker Katalog im Czernin Verlag mit zahlreichen Abbildungen und Beiträgen namhafter Wissenschaftler/innen.

Themen der Ausstellung in Stichworten

Chronologie der politischen Gewalt / Politische Lager und ihre Symbole / Kommunaler Wohnbau und Fürsorgesystem im Roten Wien / Antisemitismus / Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit / Konfliktfeld Bildung /

© Belvedere, Wien



Franz Lerch, Mädchen mit Hut, 1929,
Öl auf Leinwand

Konfliktfeld Sexualität / Frauen- und Männerbilder / „Kampf um die Seele“: Sozialdemokratie versus Kirche / Tendenzen in Malerei und Skulptur / Kulturpolitik und Kunstbetrieb / Neue Medien und ihre Auswirkung auf Politik und Alltag / Schneller und heller – die Modernisierung der Großstadt / „Café Elektric“ und die Halbwelt der Nacht / Natursehnsucht und Stadtkritik / Heimatkult, Volkstumsideologie und Alpenmythos / Mode und Lifestyle / Bauen und Wohnen (Architektur, Interieur, Kunstgewerbe) / Plakatdesign und neue Werbeformen / Körperbilder in Tanz und Fotografie / Die Amerikanisierung der Massenunterhaltung (Revue, Tanzmusik, Film).

<http://www.wienmuseum.at>

100 Jahre Stadttheater Baden

LH Erwin Pröll: Kristallisationspunkt für kulturelle Entwicklungen



Foto: Stadttheater / <http://www.christian-husar.com>

Die Geschichte des Theaters Baden geht bereits in das Jahr 1716 zurück und hat somit eine der ältesten Theatertraditionen in Niederösterreich vorzuweisen.

Die Stadt Baden ist ein Kristallisationspunkt für viele Entwicklungen im kulturellen Bereich für ganz Niederösterreich“, sagte Landeshauptmann Erwin Pröll am 24. Oktober bei der Festveranstaltung in Baden zum 100jährigen Bestehen des Stadttheaters. Das Stadttheater Baden sei durch die Kooperation mit der Niederösterreichischen Kulturwirtschaft in einer besonders guten Situation, die auch für die Zukunft eine fruchtbringende künstlerische Periode gewährleiste.

„Die Stadt Baden und das Land Niederösterreich tragen wesentlich dazu bei, einerseits dem Stadttheater alle künstlerischen Freiheiten zu lassen und andererseits die notwendigen wirtschaftlichen Ressourcen für den Betrieb zur Verfügung zu stellen“, so der Landeshauptmann. Aufgabe des Landes sei es, jene Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu schaffen, bei denen sich in einem offenen kulturpolitischen Klima im Land etwas Nachhaltiges und Bleibendes entwickeln kann. „Die Philosophie des Landes Niederösterreich in der Kulturpolitik ist es, Gegensätze zu verbinden, offen für Neues zu

sein und ein vielfältiges Kulturgeschehen zu pflegen“, sagte Pröll abschließend.

Im Zuge der Eingliederung des Stadttheaters Baden in die Niederösterreichische Kulturwirtschaft (NÖKU) erfolgte die Umbenennung in die Dachmarke Bühne Baden, unter der nun die zwei Spielstätten, das Stadttheater und die Sommerarena aufscheinen, wobei beide Häuser ihre Eigenständigkeit behalten.

Vorgeschichte

Die Geschichte des Theaters Baden geht bereits in das Jahr 1716 zurück und hat somit eine der ältesten Theatertraditionen in Niederösterreich vorzuweisen. Schon 1775 erbaute die Stadt an der heutigen Stelle am Theaterplatz das erste Theatergebäude. Es war ein mit Schindeln gedeckter Ziegelbau. Infolge Bauфälligkeit ließ man Ende 1811 den Bau abreißen und vom Architekten Josef Kornhäusel ein neues Theater errichten, welches 1812 eingeweiht wurde. Das Hoftheater an der Schwechat wurde ursprünglich nur im Sommer bespielt – der Kurort brauchte eine

entsprechende Unterhaltung. 1867 kam dann die Winterspielzeit dazu – Baden wuchs langsam in eine Ganzjahressaison hinein. Das Theater war so ziemlich das einzige Vergnügen der Kurgäste und ein Ort der „Freizügigkeit“ – zumindest von dem, was man seinerzeit darunter verstand. Karl Graf Sinzenhof erzählte am Ende des 18. Jahrhunderts: „...im Theater ‚Der Fabrikant‘, angeblich von Schröder! Dann ein Ballett, in dem uns zwei Tänzerinnen ihre weißen Höschen bis zum Gürtel sehen ließen. Die eine hatte purpurrote Strumpfbänder, die andere grüne, ...“

Das Gebäude war Anfang des 20. Jahrhunderts baufällig und bildete eine ständige Brandgefahr, daher war eine gar nicht geringe Antriebskraft zum Neubau die Überzeugung, daß das Gebäude sowieso bald abbrennen würde.

Bau des Stadttheaters

Unter Bürgermeister Rudolf Zöllner entschied man sich ein Theater zu bauen, das dem Schwechat Theater glich. Man hat einen Wettbewerb ausgeschrieben, in dem

Kultur

die Gemeinde aufrief, einen angemessenen Bauplan vorzulegen und die finanziellen Mittel nicht zu überschreiten. Ursprünglich wollte man das neue Theater zu Ehren Kaiser-Franz-Josephs, der 1908 sein 60jähriges Regierungsjubiläum feierte, als „Kaiser-Franz-Joseph-Jubiläums-Stadttheater“ benennen. Der Wiener Hof gab dafür jedoch nicht seine Einwilligung und so heißt es seitdem nur noch Jubiläums-Stadttheater. Der Vergnügungsverein, der Trabrennverein sowie die Sparkasse Baden erklärten sich dazu bereit ein Drittel der Baukosten zu übernehmen. Am 7. August 1908 wurde entschieden, daß die Firma Helmer und Fellner den Auftrag für den Bau des neuen Theaters sowie für verschiedene Nebengebäude bekam. Man schätzte die Baukosten auf rund 700.000 Kronen. Der Bau des neuen Theaters begann am 14. September 1908 und fand am 2. Oktober 1909 sein Ende. Heutzutage würde ein Bau dieser Art bis zu drei Jahre dauern. Daß die damalige Errichtung des Stadttheaters in dieser Rekordzeit abgeschlossen wurde, ist den Bauherren zu verdanken, weshalb Helmer und Fellner eine Plakette als Zeichen der Anerkennung überreicht wurde. Übrigens eine seltene Ehre für einen Generalunternehmer.

Am 2. Oktober 1909 hob sich der Vorhang im neuen Theater zum ersten Mal. Dabei entstand das Programm, das für ähnliche Anlässe in Baden bis heute fast als verbindlich gilt: Beethovens „Die Weihe des Hau-



Foto: Erich Wellenhofer

Erika Adensamer, Bürgermeisterin der Stadt Baden, Landeshauptmann Erwin Pröll und ORF-»Kulturlady« Barbara Rett (v.l.) bei den 100-Jahr-Feierlichkeiten

ses“ – komponiert in Baden, Grillparzers Bekehrungsszene aus „König Ottokars Glück und Ende“ und „Die Fledermaus“ von Johann Strauß (Handlungsort Baden).

Von der Eröffnung bis zur Gegenwart

Nichts auf Erden dauert ewig, irgendwann wird alles schäbig! Dies ging auch dem Stadttheater Baden so. 1929 und 1939 erfolgten Ausbesserungen, 1959 eine Generalsäuberung und Überholung, die jeweiligen Wiedereröffnungen hatten das gleiche Programm wie 1909. Im Jahr 1979, anlässlich der 500-Jahr-Feier der Stadt Baden, erfolgte

eine komplette Außen- und Innenrenovierung des Theaters. Im Jubiläumsjahr 2009 wurden einige Büros adaptiert, eine neue Portierloge erschaffen, der Zuschauerraum mit einer neuen Tonanlage ausgestattet und die öffentlichen Bereiche mit einem neuen Teppich und einer neuen Tapezierung versehen. Für den Chor wurde ein neuer, geräumiger und moderner Probenraum errichtet.

In die neue Saison startete man übrigens mit Jacques Offenbachs fantastischer Oper „Hoffmanns Erzählungen“, die man bis Anfang Dezember 2009 genießen kann. ■

<http://www.buehnebaden.at>



Ansicht des Zuschauerraumes des Stadttheaters Baden, wie er sich im Jahr 1960 zeigte.

Foto: aus dem Bestand des RollettMuseums

1. Wiener Filmmusik-Preis mit Vienna Symphonic Library

Uraufführung der Komposition von Roman Kariolou,
dem Preisträger des Wiener Filmmusikpreises



Foto: Best of Film Music

Das ORF Radio-Symphonieorchester Wien spielte im Wiener Konzerthaus erstmals Highlights aus James Bond-Filmen

Im Rahmen des Gala-Konzerts „Hollywood in Vienna“, das am 14. Oktober im Großen Saal des Wiener Konzerthauses stattfand, wurde neben berühmten Filmmusiken von John Williams, John Barry, Max Steiner, Bruce Broughton und Harald Kloser auch die Komposition von Roman Kariolou, dem Preisträger des Wiener Filmmusikpreises, uraufgeführt. John Axelrod dirigierte das ORF Radio-Symphonieorchester Wien live zur Filmsequenz aus „Krieg und Frieden“, die Regisseur Robert Dornhelm eigens für den Filmmusik-Wettbewerb zur Verfügung stellte.

Vergangenes Jahr bestritt der britische Topagent James Bond in „Ein Quantum Trost“ eine Action-Jagd über die Bregenzer See-

bühne, die zu den atemberaubendsten Szenen der Film-Geschicht zählt.

Auch dieses Jahr war Bond wieder in Österreich zu erleben, diesmal musikalisch: Im Rahmen von „Hollywood in Vienna“ wurden erstmals Höhepunkte der Musik zu James Bond vom ORF Radio-Symphonieorchester Wien aufgeführt. Am Dirigentenpult sollte eigentlich der Mann stehen, der der Action-Serie von Beginn an ihren unverwechselbaren Sound verlieh: Hollywood-Legende John Barry. Der war aber aus familiären Gründen daran gehindert, nach Wien zu reisen, dankte aber via Videobotschaft für die Ehrung.

Das „James-Bond-Thema“, das Barry für den ersten Film „James Bond jagt Dr. No“

(1962) orchestrierte, wurde kommerziell so erfolgreich, daß die Produzenten Albert R. Broccoli und Harry Saltzman den Komponisten auch mit den Soundtracks für die weiteren Filme der Serie beauftragten. Es folgte eine Zusammenarbeit von vier Jahrzehnten.

Barrys unverwechselbare, verwegene-freche und spannende Musik wurde zu einem Schlüsselement des Bond-Stils. So vertonte Barry unvergessliche Filme wie „Goldfinger“, „Liebesgrüße aus Moskau“, „Feuerball“, „Man lebt nur zweimal“ und „Im Geheimdienst Ihrer Majestät“. Seine Bond-Titelsongs wurden von einigen der größten Namen in der Jazz- und Popszene interpretiert, von Shirley Bassey („Goldfinger“, „Diamantenfieber“) über Louis Armstrong bis zu

Kultur

Duran Duran („Im Angesicht des Todes“) und a-ha („Der Hauch des Todes“). Und mit „Goldfinger“ verdrängte Barry sogar die Beatles vom Spitzenplatz der amerikanischen Hitlisten!

Später wandte sich Barry auch symphonisch-epischen Filmmusiken zu und schuf u.a. für Sydney Pollacks „Jenseits von Afrika“ (1985) und Kevin Costners Western „Der mit dem Wolf tanzt“ (1990) Oscar-gekrönte Soundtracks, die ebenfalls im Wiener Konzerthaus zu hören waren.

Der 75 jährige fünffache Oscar- und vierfache Grammy-Preisträger ist der erste Filmkomponist, der im Rahmen dieser Konzert-Serie von der Stadt Wien für sein musikalisches Lebenswerk geehrt wurde.

Durch die „Hollywood in Vienna“-Gala führte der charismatische Jung-Dirigent John Axelrod, der bereits mit den namhaftesten Orchestern der Welt Erfolge feierte. Er hat mit dem RSO-Wien auch Filmmusik-Suiten wie „Casablanca“ und „Vom Winde verweht“ vorgestellt.

Diese entstammen der Feder des Wiener Filmmusik-Pioniers Max Steiner, der auch Namensgeber für den neu geschaffenen Filmmusik-Ehrenpreises ist: den „Max Steiner Life Achievement Award“.

John Barry ist „thrilled“ und „fühlt sich sehr geehrt“, der Erste zu sein, der diesen Preis erhielt, da Max Steiner immer „sein größtes musikalisches Vorbild“ war. Er sah dem Gala-Abend mit großer Freude entgegen und betrachtete seine Ehrung als einen der Höhepunkte seines Lebens. Grund genug, daß auch viele Freunde und Partner von Barry nach Wien gereist waren, um „Hollywood in Vienna“ beizuwohnen – u.a. auch die jetzige Bond-Produzentin und Tochter des legendären Albert Broccoli, Barbara Broccoli.

Auch andere Filmmusik-Highlights wurden aufgeführt, u.a. „Lawrence von Arabien“ und „A Passage to India“ aus der Feder des kürzlich verstorbenen Komponisten Maurice Jarre, „7 Jahre in Tibet“ und „Star Wars“ von Spielberg-Komponist John Williams sowie „The Day after Tomorrow“ des Hollywood-Österreichers Harald Kloser und „Silverado“ von Bruce Broughton. Harald Kloser und der zehnfache Emmy-Preisträger Bruce Broughton waren ebenfalls bei der Gala anwesend.

Red carpets, Großbild-Leinwand und Lichtinszenierung sorgten dafür, daß das Konzerthaus anläßlich des Events in einen Filmpalast verwandelt wurde.

Damit sich für junge Komponisten überhaupt die Chance auf eine Aufführung mit



Foto: Heinz Zeggl

Herbert Tucmandl, GF der Vienna Symphonic Library, Regisseur Robert Dornhelm und der Gewinner des 1. Wiener Filmmusik-Preises, Roman Kariolou (v.l.)

großem Orchester ergibt, ist es gerade bei Filmmusik wichtig, ein möglichst authentisch klingendes Layout der Komposition dem Regisseur oder Produzenten präsentieren zu können. Namhafte Komponisten auf der ganzen Welt greifen hierfür gerne zu den Klängen der Vienna Symphonic Library, die in diesem Bereich Weltmarktführer ist. Vier von fünf Oscar-nominierten Komponisten des Jahres 2009 sind User der Vienna Instruments. Auch viele der Referenten des Internationalen Filmmusik-Symposiums, das vor wenigen Tagen an der Universität für Musik und Darstellende Kunst in Wien stattfand, zählen zu den Usern der Vienna Symphonic Library, wie z. B. Bruce Broughton, Harald Kloser, Walter Werzowa, Christian Kolonovits, Andy Baum, Matthias Weber, Bob Gutdeutsch, Klaus Hundsichler, Mischa Krausz, Sascha Peres, Christian Kardeis u.v.a.

So verwundert es nicht, daß auch Roman Kariolou, der Preisträger des Wiener Filmmusikpreises 2009 sowie auch die Komponisten der zweit- und drittplatzierten Einreichungen, Christof Unterberger und Gerrit Wunder, zur klanglichen Umsetzung ihrer Kompositionen virtuelle Instrumente und Software-Produkte aus dem Hause Vienna Symphonic Library verwendeten. Alle drei Komponisten wurden im Rahmen des Filmmusik-Symposiums vorgestellt und erhielten in Anerkennung ihrer herausragenden Leistungen Sachpreise der Vienna Symphonic Library.

Die hohe dramaturgische, kompositorische und klangliche Qualität der 61 Ein-

reichungen überzeugte auch die internationale Jury, die aus John Barry, Robert Dornhelm, John Mauceri, Bruce Broughton, John Waxman, Christian Kolonovits und Christian Scheib bestand. Auch im Bereich der Medien- und Filmmusik verfügt Österreich über ein reichhaltiges, kreatives Potenzial, welches auf eine interessante Entwicklung des Wiener Filmmusikpreises in den nächsten Jahren blicken läßt.

<http://www.hollywoodinvienna.com>

Die Vienna Symphonic Library GmbH

Das Wiener Unternehmen entwickelt unter der Führung des Gründers und Geschäftsführers Herbert Tucmandl seit dem Jahr 2000 Sample-Libraries und Software-Tools für Musikschaffende, mit deren Hilfe Orchesterwerke nahezu authentisch reproduziert werden können. In einer einzigartigen Synthese aus traditionsreicher Klangkultur und Spitzentechnologie werden hierfür Einzeltöne und Tonfolgen sämtlicher Orchesterinstrumente, von der Solo-Violine bis zum Kontrabaß-Ensemble, vom Heckelphon bis zum Bösendorfer Imperial, in der eigens erbauten Silent Stage aufgenommen. Seit 2005 tragen auch unterschiedliche Software-Innovationen wie die auf Multi-Impulsantworten basierende Vienna MIR-Raumsimulation zur Exportquote von über 96 Prozent bei. Die Website bietet neben Informationen zu DVD- und Download-Produkten eine Vielzahl von Hörbeispielen, Video-Tutorials sowie eine umfassende, interaktive Bibliothek zur Instrumentenkunde. ■

<http://www.vsl.co.at>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In dieser Folge portraitiert er

Celia Lovsky

Schauspieler:in

Cäcilie Lvovsky, Tochter des Komponisten Bretislav Emil Lvovsky und dessen als Cellistin tätigen Gattin Vallee, geboren am 21. Februar 1897 in Wien, wuchs im Umfeld berühmter Konzertsäle auf. Als Schauspieler:in ausgebildet an der Akademie für Musik und darstellende Kunst, machte sie 1917-1926 als strahlender Stern an heimischen Bühnen, 1926 in Max Reinhardts Berliner Shakespeare-Inszenierungen, 1927/28 in Frankfurt am Main und bis 1933 erneut in Berlin durch beachtliche Erfolge auf sich aufmerksam. Die ganz große Karriere verhinderte der Machtantritt der Nationalsozialisten.

Während eines London-Aufenthaltes 1934 traf und heiratete sie Peter Lorre, den sie von Berlin her kannte. Lorre, durch die gelungene Interpretation eines psychopathischen Kindermörders in Fritz Langs erstem Tonfilm und impressivem Meisterwerk „M-Eine Stadt sucht einen Mörder“ (1931) zum Star geworden, stand dort zehn Wochen lang bei Gaumont British für Alfred Hitchcocks Kriminaldrama „The Man Who Knew Too Much“ vor der Kamera. Nachdem Lorre einen Fünfjahresvertrag bei Columbia unterschrieben hatte, übersiedelte das Paar in die kalifornische Filmmetropole. Im näch-



Celia Lovsky in der Columbia-Produktion »Rumble on the Docks« (»Dschungel von Manhattan«), 1956



Celia Lovsky als Mutter des Jazzdrummers in »The Gene Krupa Story«, mit Sal Mineo in der Titelrolle, 1959

sten Jahrzehnt begnügte sich die Schauspieler:in mit der Rolle als Hausfrau, nahm aber drei Jahre nach der Trennung der Ehe unter dem Namen Celia Lovsky ihre darstellerische Tätigkeit wieder auf, bei MGM, Warner Bros., Universal, Fox und ab 1953 auch in Fernsehstudios.

Die Wienerin brachte es nicht zu ausgesprochenem Starruhm, war jedoch mit über 40 Spielfilmen, der beachtlichen Anzahl von annähernd 100 Episoden der TV-Serien „Dragnet“, „Playhouse 90“, „Hallmark Hall of Fame“, „The Crusader“ oder „The Twilight Zone“ sowie vielen Live-Shows eine der meistbeschäftigten Charakterdarstellerinnen Hollywoods. Wenn auch hauptsächlich im Fach der eleganten Aristokratin oder noblen Dame eingesetzt, verstand sie es, flache Typisierungen zu vermeiden und in anderen, breitgefächerten Rollen – leidende Mütter, Frauen in Lebenskrisen oder verbitterte Emigrantinnen – mit schauspielerischer Brillanz zu beeindrucken.

Sie überzeugte bei MGM in dem Melodram „The Last Time I Saw Paris“ („Damals in Paris“) und in der musikalischen Romanze „Rhapsody“ („Symphonie des Herzens“, beide 1954), bei Warner Bros. in

Serie »Österreicher in Hollywood«

„New York Confidential“ (1955), in Columbias Filmversion des Romans von Franz Werfel „Me and the Colonel“ („Jakobowsky und der Oberst“, 1958) und in der Biografie „The Gene Krupa Story“ (1959) in der Rolle der Mutter des berühmten Jazzdrummers und Bandleaders. 1957 brillierte sie als taubstumme „Mom“ des Schauspielers Lon Chaney in der Universal-



Celia Lovsky bei einem Garderobentest für die Rolle der »Frau Sigerist« in der MGM-Romanze »Rhapsody«, 1954



Das Ehepaar Lorre/Lovsky und der Wiener Dramaturg Berthold Viertel auf dem Weg nach Hollywood, bei ihrer Ankunft in New York, 1934.

Verfilmung „Man of a Thousand Faces“ („Der Mann mit den tausend Gesichtern“), wobei sie die amerikanische Zeichensprache virtuos beherrschte. In der Allied Artists Produktion „Hitler“ (1962) spielte sie Hitlers Halbnichte Geli Raubal. Ihr letzter Kamerauftritt als ältere Lady im Rollstuhl als Co-Star von Sam Jaffe und Luther Adler erfolgte in der Episode „Mister Nobody“ im Rahmen der TV-Serie „The Streets of San Francisco“ 1974. „Cilly“ Lovsky zog sich danach aus den Ateliers zurück.

Walter Kohner, langjähriger Agent und Freund, bescheinigte ihr neben einem wundervollen Gesicht große Gelassenheit, Ausstrahlung und Humor. Sie führte nach eigenen Worten ein erfülltes und aufregendes Leben. Zuletzt lebte die Schauspielerin in ihrem großen Haus in den Hollywood Hills etwas nördlich des berühmten Sunset Strips, zog siamesische Katzen groß und pflegte ihr Lieblingshobby, „viele wundervolle Freunde zu empfangen und zu unterhalten“. Celia Lovskys Dinnerpartys gehörten zu den feinsten in Hollywood, ihre Gästeliste umfasste meist ehemalige Kollegen, Leute aus der Welt des Theaters und des Films.

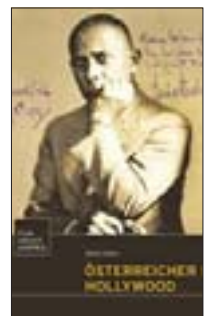
Celia Lovsky, US-Bürgerin und hoch verehrt, starb am 12. Oktober 1979 in Los Angeles. Ihre Asche wurde im Cathedral Mausoleum in „Hollywood Forever“ (früher „Hollywood Memorial Park“) bestattet. Die Grabplatte trägt den Namen Cecile Lorre.

Hätte sie in Europa bleiben und im deutschen Sprachbereich ihre Karriere fortsetzen können, sie wäre zu größtem Starruhm auf-

gestiegen – zur Helen Hayes von Europa. (Jerry Belcher in der „Los Angeles Times“). ■

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über 12jährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüberhinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>

Kärnten: Abenteuerland im Schnee

Kärnten, Österreichs südlichstes Bundesland, wird im Winter immer mehr zum Trendsetter in den Alpen.



Foto: Kärnten Werbung GmbH

Auf den rund 1200 stehenden Gewässern in Kärntens kolossaler Landschaftskulisse läßt es sich auch gemächlich Eislaufen.

Hier wird Neues getestet und das Beste den Besuchern auch gleich vorgestellt. Kleine und große Abenteuerer finden hier ihren ultimativen Kick – beim Eisklettern, Eistauchen, beim Mountainbiking auf Eis und Schnee oder bei den Profis im New Technology Center (NTC) beim NTC Blue Day. Vor allem Skitouren sind der absolute Hit in diesem Winter.

Mit Steigfellen unterwegs

Mit Spitzengeschwindigkeiten die Pisten runter zu düsen macht immer wieder Spaß. Allerdings geht dabei der Blick auf die Schönheiten der Natur links und rechts der Piste all zu oft verloren. Wer die Landschaft wirklich spüren, erleben und atmen möchte, schnallt sich besser die Tourenski an und erobert den Kärntner Winter Schritt für Schritt. Geheimtipps für Tourengerher sind

die Berghänge im Lavanttal, das malerische Lesachtal in Kärntens Naturarena und der Dobratsch. Dort führen, fernab vom Skirummel in den Wintersportzentren, wunder-volle Touren in allen Schwierigkeitsstufen durch eine nahezu unberührte Natur. Ob Aufstieg oder Abfahrt – der Kick liegt hier in der Weite der Landschaft und im unendlichen Gefühl von Freiheit.

Ein besonders vielfältiges Angebot hält die Nationalpark Region Hohe Tauern Kärnten für Touren-Freunde bereit. Im Skitourenfolder „White Spirit“ finden auch Anfänger oder Gebietsneulinge wertvolle Tipps und Hinweise. Spezielle Skitouren-Pauschalen machen den Einstieg leicht. Die Berge abseits des Hauptkammes locken mit feinstem Pulverschnee schon Anfang Dezember. Die 3000er der Hohen Tauern können noch bis weit in den Mai hinein mit den

Skiern erobert werden. Prächtige Firnabfahrten in einer großartigen Landschaft sind garantiert.

Eisiges Vergnügen

Kärnten hat über 1200 stehende Gewässer und über 1000 Flüsse und Bäche. Viele davon sind im Winter von einer dicken Eiskecke überzogen. So ist es kein Wunder, daß im südlichsten Bundesland Österreichs eisige Sportarten wie Eislaufen und Eisstockschießen ganz oben auf der Beliebtheitsskala stehen. Zur größten Natureisfläche des Landes verwandelt sich der Weißensee, Europas höchst gelegener Badensee. Auf 6,5 Quadratkilometern tummeln sich dort den ganzen Winter über Eisläufer aus allen Ländern. Höhepunkt ist die alljährlich stattfindende „Alternative holländische 11-Städte-Tour, ein Marathon-Eislauf-Happening mit über

Foto: Kärnten Werbung GmbH



Ski laufen, Carven, Snowboarden – das sind die Klassiker auf den Pisten.

5000 Teilnehmern. Es ist die größte Eis-sportveranstaltung der Welt.

Während Eisläufer auf der Eisdecke ihre Kurven ziehen, erkunden unter ihnen Eis-taucher die glasklare Unterwasserwelt, in der Steilwände, Wurzelstöcke, versunkene Bäume und auch eine Marienstatue zu bestaunen sind. Den ganzen Winter über gibt es am Weißensee eine Tauchbasis, die Kurse und Exkursionen anbietet.

Auch das Eisklettern gehört zu den coolen Herausforderungen in Kärnten. Objekte der Begierde sind vor allem vereiste Wasserfälle, die mit Eispickel und Steigeisen erklommen werden. Beliebte Klettergebiete sind das Maltatal und Mallnitz im Mölltal. Vor Eis und Schnee schrecken in Kärnten auch eingefleischte Mountainbiker nicht zurück und frönen ihrer Leidenschaft auf vereisten Wegen, zugefrorenen Seen und Teichen.

Eine Besonderheit findet bereits zum 16. Mal am Weißensee statt: Das Internationale Eisgolfturnier von 11. bis 13. Februar 2010. Für das Wintergolfen wird die Natur-eisfläche des Sees kurzerhand in einen Golfplatz umfunktioniert. Greens werden zu „Whites“ und dann kann auch im Winter eingelocht werden.

Alles was Trend ist

Ski laufen, Carven, Snowboarden – das sind die Klassiker auf den Pisten. Doch es gibt Alternativen. Wer wissen möchte, was wirklich trendy ist, sollte sich einen „NTC Blue Day“ am Naßfeld nicht entgehen lassen. Er ist die ultimative Bühne für die neuesten und verrücktesten Fun-Sportarten. Dies gehört zum Beispiel zum Angebot:

Snowtube (Rodeln mit einem Riesen-Reifenschlauch), Snowbike (eine Art Fahrrad – nur mit Kufen), Skifox (Kombination aus Ski und Schlitten), Airboard (Luftkissen-Schlitten), Sled (kurzes Surfboard, auf dem man auf dem Bauch liegend rodeln), Scooter (eine Art Riesenroller auf Kufen) und Blade (kurze Carving-Ski). Alle diese Sportgeräte können im NTC Fun Sports Park getestet, gemietet und auch gekauft werden.

Nostalgiker unter den Skiläufern werden sich freuen: Auch das Telemarken kommt auf Kärntens Pisten wieder immer mehr in Mode – das schwingvolle Talskifahren nordischer Art, das gern mit einem Hofknicks verglichen wird.

Foto: Kärntner Berg und Schiffführer / Kärnten Werbung GmbH



Auch das Eisklettern gehört zu den coolen Herausforderungen in Kärnten – hier werden vor allem vereiste Wasserfälle mit Eispickel und Steigeisen erklommen.

Winterspaß für die ganze Familie ist im Laubnitztal in der Region Katschberg – Rennweg angesagt. Dafür sorgt eine 300 Meter lange Snowtubing-Bahn. Besonders beliebt ist das Nacht-Snowtubing. Jeden Freitag ist die Bahn bis 23.00 Uhr geöffnet. Dann stürzen sich die „Snowtuber“ bei Flutlicht den Abhang hinunter, anschließend lädt die Bonnerhütte zu einer gemütlichen Kärntner Jause ein.

In der Ski- und Sportschule Krainer-Wulschnig in Bad Kleinkirchheim ist die Zufriedenheit des Gastes oberstes Gebot. Neben den „klassischen Angeboten“ können neue Trend- und Funsportarten wie Snowbiken, Nordic-Ice-Skating, Eissurfen, Eis-tennis oder Mountainbike-Snowdownhill ausprobiert werden.

Alles von oben

Skifahrer, Langläufer, Schneeschuhwanderer, Eisläufer. Wer alle und alles im Blick haben möchte, kann einen Flug mit dem Paraglider über die wundervolle Winterlandschaft wagen. Gestartet wird zum Höhenflug vom Goldeck bei Spittal in der Region Millstätter See.

Topskipaß Kärnten-Osttirol

Der Topskipaß Kärnten-Osttirol ist der Türöffner für alle Kärntner und Osttiroler Skigebiete. Der Topskipaß Kärnten-Osttirol ist von eineinhalb bis zu 14 Tagen erhältlich und ist in allen Skigebieten gültig. Sechs Tage kosten für Erwachsene € 184,- und für Kinder € 93,-.

<http://www.kaernten.at>

Im Land der Skipioniere

Seit über 100 Jahren spielt Wintersport aller Art im bergigen Land zwischen Bodensee und Arlberg eine bedeutende Rolle.



Foto: Archiv Vorarlberg Tourismus / Roman Horner

Lech und seine Ortsteile bilden ein einziges, großes und vielfältiges Skigebiet, in dem die Pisten bis vor die Hoteltüre reichen.

Im Westen Österreichs, im Vierländereck zu Deutschland, der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, liegt Vorarlberg. Seit über 100 Jahren spielt Wintersport aller Art im bergigen Land zwischen Bodensee und Arlberg eine bedeutende Rolle. Dennoch sind aus den Dörfern keine „Skistationen“ geworden, längst nicht alle Gipfel sind erschlossen. Die Skigebiete wurden maßvoll in die Natur eingefügt, was das Auge sehr zu schätzen weiß.

Im Land der Skipioniere

Vorarlberg ist ein Pionierland des alpinen Skilaufs, das bis heute Maßstäbe setzt. 1906 fand am Arlberg der erste Gäste-Skikurs statt. Zu jener Zeit entwickelte Hannes Schneider die berühmte „Arlberg- Skitechnik“, die sich bald international durchsetzte. Ab 1937 war am Arlberg der erste elektrisch betriebene Schlepplift im Einsatz. Vorarlbergs Ski-

schulen und Skiclubs zählen zu den traditionsreichsten der Welt.

Bis heute spielt Vorarlberg im internationalen Wintersportgeschehen eine wichtige Rolle. Das weltweit tätige Unternehmen Doppelmayr-Lifte hat seinen Sitz in Vorarlberg, wo das Unternehmen auch forscht und entwickelt. Gemeinsam mit einem Vorarlberger Liftunternehmen entstand die Idee der „beheizbaren Sesselliftsitze“, die mittlerweile in vielen Skigebieten im Einsatz sind. Weltweit stammen zahlreiche Beschneiungsanlagen aus Vorarlberg.

Das Wintersportland Vorarlberg bietet jeden Komfort und viel eindrucksvolle Natur auf angenehm überschaubarem Raum. Die Dörfer haben ihren Charakter bewahrt und überraschen mit einer gekonnten Mischung aus alter und neuer (Holz-)Architektur. Respektvoll-herzliche Gastgeber verwöhnen mit Qualität und Niveau.

Die 6 Vorarlberger Urlaubsregionen

Mehr Raum – mehr Zeit: Der Arlberg mit dem Skigebiet von Lech Zürs und Stuben auf der Vorarlberger Seite zählt weltweit zu den fünf besten Ski-Resorts (Skiresort Service International 2007/08 bereits zum 6. Mal). Der DSV Ski-Atlas kürt den Arlberg zu Österreichs Nummer Eins. 85 Bergbahnen/ Lifte, 280 Kilometer Pisten, bis 2810 Meter Seehöhe.

Die Eleganz des Einfachen: Der Bregenzerwald und die besondere Architektur – die Skiregion für Naturgenießer und Feinsinnige. Überaus naturschneereich, was Tourengeher und Variantenskifahrer begeistert. 93 Bergbahnen/Lifte, 225 Kilometer Pisten, bis 2060 Meter Seehöhe

Sportlich aktiv: Das Montafon mit den Skigebieten der Silvretta Montafon (Nova - St. Gallenkirch/Gaschurn, Silvretta Montafon Hochjoch - Schruns), Golm - Tschagguns/Vandans, Kristberg - Silbertal und Gargel-

ÖJ-Reisetip

len. Dazu Winterparadiese wie das aus-sichtsreiche Winterwanderdorf Bartholomä-berg und die Silvretta-Bielerhöhe (2.032 Meter). 61 Bergbahnen/Lifte, 219 Kilometer Pisten, bis 2380 Meter Seehöhe

Alpin & familiär: Die Alpenregion Bludenz mit den familienfreundlichen Skigebieten im Brandnertal und am Sonnenkopf im Kloster-tal. 23 Bergbahnen/Lifte, 85 Kilometer Pisten, bis 2300 Meter Seehöhe. Auf natur-nahen Wintersport setzt man im Biosphä-renpark Großes Walsertal.

Ländlich urban: Die Region Bodensee-Vorarlberg, wo sich Stadtkultur und Wintervergnügen bestens kombinieren lassen. Einige kleine Skigebiete, das größte Skigebiet ist jenes von Laterns mit 6 Liften und 27 Pi-stenkilometern bis 1780 Meter Seehöhe.

Bergabenteuer & Naturgenuß: Das Klein-walsertal mit allerlei spektakulären Veran-staltungen, Ruhigem und dem grenzüber-schreitenden Skigebiet Kleinwalsertal-Oberstdorf. 46 Bergbahnen/Lifte, 124 Kilo-meter Pisten bis 2220 Meter Seehöhe.

Schöne Pisten, natürliche Freiräume

Vorarlberg versteht sich darauf, den per-fekten Rahmen für exzellentes Skivergnügen zu schaffen. Kein Wunder, denn Skifahren wurde im Land vor dem Arlberg „erfunden“. Wintersport spielt seit über 100 Jahren eine bedeutende Rolle.

Vorarlberg profitiert als Skiland von sei-ner konsequenten Qualitätsstrategie und von idealen topografischen Voraussetzungen. Rund zwei Drittel Vorarlbergs liegen über 1000 Meter hoch. Täler und Gebirgszüge strukturieren das Land in kompakte, ange-nehm überschaubare Räume.

Viele der Skigebiete reichen in schneesichere Höhen von 1400 bis 2400 Metern. Von ganz oben reicht der Blick wunderschön weit über die Vorarlberger und Schweizer Bergwelt. Die Landschaft zeigt sich ein-drucksvoll imposant, aber nicht so schroff, wie es in noch höheren Lagen der Fall sein kann. Für eine gute Mischung aus sanften und anspruchsvollen Skihängen ist ge-nügend Platz. Genügend Raum lassen einige Skigebiete auch für eine Kombination aus präparierten und unpräparierten Hängen. In allen Regionen Vorarlbergs – besonders am Arlberg – hat das Fahren im freien Gelände eine lange Tradition.

Skifahren im freien Gelände

Leicht und elegant sieht es aus, wenn Könnern durch den Tiefschnee schwingen und irgendwo im Gelände ihre eigene Spur

Foto: Archiv Vorarlberg Tourismus / Alexander Kaiser



Der Sonnenkopf in der Alpenregion Bludenz mit familienfreundlichen Skigebieten

Foto: Archiv Vorarlberg Tourismus / Roman Horner



In der stillsten Zeit im Jahr: der Weihnachtsmarkt in der Bregenzer Oberstadt

Foto: Archiv Kleinwalsertal Tourismus



Das Winterparadies Hirschegg im Kleinwalsertal

ÖJ-Reisetip

ziehen. Das Skifahren auf unpräparierten Hängen hat einen besonderen Reiz und gewinnt immer mehr Anhänger. Nicht unbedingt wegen des Abenteuers, sondern vielmehr wegen der herrlichen Ruhe und dem Zauber der unberührten Natur.

Auch abseits der Skipisten bietet Vorarlberg viele Möglichkeiten, den Winter in vollen Zügen zu genießen. Bei romantischen Winterwanderungen oder flotten Alpine-Coaster-Fahrten zum Beispiel.

Winter wirkt wohltuend

Winterurlauber bestätigen einhellig den großen Erholungswert, den bewegte Tage an der frischen Winterluft haben. Die wissenschaftliche Bestätigung dazu liefert der Vorarlberger Internist und Höhenmediziner Professor Egon Humpeler. Seine umfangreichen Forschungen belegen, daß sich Bewegung in moderaten Höhenlagen wohltuend auf Körper, Geist und Seele auswirkt. Im Sommer genauso wie im Winter. Der verminderte Sauerstoffpartialdruck in Höhen zwischen 1000 und 2000 Metern regt die Körperfunktionen an, vor allem den Stoffwechsel. Gerade im Winter fördern noch dazu die frische Luft und die besondere Stille das Wohlbefinden.

Winterwandern

Rund 290 Kilometer Wander- und Schneeschuhrouten verlaufen durch das Montafon. Allein in Bartholomäberg umfaßt das Wanderwegenetz 60 Kilometer, dazu kommen 100 Kilometer beschilderte Routen für Schneeschuhwanderer.

Im Skigebiet Silvretta Montafon Nova stehen vier Winterwanderwege zur Wahl. Sie sind zwischen 1 und 2,5 Kilometer lang und führen durch die malerischen Landschaften abseits der Skipisten. Als erste Region in Österreich hat der Bregenzerwald seine Winterwanderwege nach dem landesweiten Winterwanderwege-Konzept einheitlich und in gut sichtbarem Pink beschildert. Rund 200 Kilometer Winterwanderwege führen zu ausgewählten schönen Plätzen.

200 Kilometer Winterwander- und Schneeschuhwege, ebenfalls einheitlich und neu beschildert, zählt die Alpenregion Bludenz. Besonders schöne Wege führen über das 1250 Meter hohe Hochplateau Tschengla im Brandnertal und auf den 1400 Meter hohen Muttersberg bei Bludenz. Sehr beliebt ist auch die Wanderung vom Sonnenkopf im Klostertal aufs Mutjöchle (2074 Meter).

50 Kilometer präparierte und gespurte Winterwanderwege zählt das Kleinwalsertal.



Foto: Archiv Vorarlberg Tourismus / Peter Mathis

Rund 290 Kilometer Wander- und Schneeschuhrouten verlaufen durch das Montafon.

Ein besonderer Tipp ist der wahlweise drei oder fünf Kilometer lange Rundweg am Hochplateau Gottesacker auf 2000 Metern Höhe. Ausgangspunkt ist die Bergstation der Ifenlifte. In einer Schleife führt der Weg durch hohe Schneedünen und bietet herrliche Ausblicke ins Tal.

Das Winterwander-Wegenetz von Lech Zürs am Arlberg umfaßt 38 Kilometer. Ein fünf Kilometer langer Weg führt von Lech nach Zürs, drei Kilometer lang ist der Weg von Oberlech/Tannegg zur Kriegeralpe.

Auch in der Region Bodensee-Vorarlberg finden Winterwanderer eine gute Auswahl an Wegen in der Ebene, entlang des Bodenseeufer und auf den Aussichtsbergen wie zum Beispiel am Pfänder bei Bregenz oder am Bödele oberhalb von Dornbirn.

Regionale Genüsse, erlesene Adressen

Vorarlberg speist vorzüglich und zählt im Österreich-Vergleich – umgelegt auf die Einwohnerzahl – die meisten von Gourmetführern ausgezeichneten Restaurants und Wirtschaftshäuser.

Kässpätzle, Bodenseefelchen, Bergkäse und der „Subirer“ sind wohl die bekanntesten kulinarischen Botschafter Vorarlbergs. Auf den ersten Blick sind es ganz einfache Speisen und ein Brand aus einer höchst unscheinbaren Mostbirne. Und doch: Der wahre Genuß entfaltet sich nur dann, wenn die Zutaten von erlesener Qualität sind, wenn die Zubereitung liebevoll – auch virtuos – gelingt.

Das wissen die Vorarlberger Köchinnen und Köche, die seit jeher eng mit der heimischen Landwirtschaft zusammen arbeiten. In ihren Küchen verwenden sie, wo immer mög-

lich, regionale und saisonale Köstlichkeiten und zaubern daraus Bodenständiges oder Kreativ-Leichtes.

Feinschmecker aus aller Welt schätzen die Vorarlberger Küche. Immerhin finden sie hier – im Verhältnis zur Einwohnerzahl und im Vergleich zu anderen österreichischen



Foto: walsen-image.com / Archiv Diedamskopf Bergbahnen

Eine zünftige »Kässpätzlepartie« im Bergrestaurant Diedamskopf

Bundesländern – die meisten ausgezeichneten Restaurants und Wirtschaftshäuser. Der bekannte Gourmet-Führer „Guide Michelin“ verleiht in seiner Ausgabe von 2009 acht Vorarlberger Restaurants einen Stern. Allein die 1400 Einwohner-Gemeinde Lech Zürs zählt vier Restaurants mit Michelin-Stern. Der Gourmetführer Gault-Millau krönt 53 Vorarlberger Restaurants mit ein bis drei Hauben. Der österreichische Gourmet-Guide „A la Carte“ verleiht 53 Wirtschaftshäusern und Restaurants ein bis drei Sterne. ■

<http://www.vorarlberg.travel/>